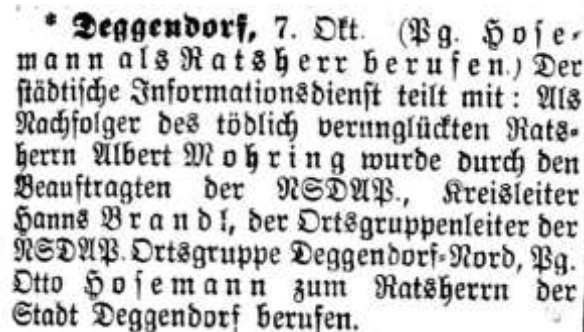


Deggendorf 1933-1945

Teil 2: Deggendorf 1939-1945

Personelle Veränderungen im Rat

Während des Krieges gab es einige Veränderungen in der Zusammensetzung des Rates. Im Jahr 1939 schieden drei Ratsherren aus: Albert Mohring war am 25. Juli bei einem Autounfall ums Leben gekommen¹. Albert Höcht verstarb am 28. Dezember nach längerer Krankheit² und Alois Graßl schied wohl auch Ende 1939 aus dem Rat aus, nachdem er zwei Jahre lang so gut wie nicht an den Beratungen teilgenommen hatte³. Im Jahr 1941 verließ Dr. Niedermayer wegen Versetzung den Rat⁴, und im März 1942 starb Ratsherr Josef Bauer ganz plötzlich. Als Nachfolger von Albert Mohring wurde der Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Nord, Otto Hosemann, von Kreisleiter Brandl als Ratsherr berufen⁵.



* Deggendorf, 7. Okt. (Pg. Hosemann als Ratsherr berufen.) Der städtische Informationsdienst teilt mit: Als Nachfolger des tödlich verunglückten Ratsherrn Albert Mohring wurde durch den Beauftragten der NSDAP, Kreisleiter Hanns Brandl, der Ortsgruppenleiter der NSDAP Ortsgruppe Deggendorf-Nord, Pg. Otto Hosemann zum Ratsherrn der Stadt Deggendorf berufen.

Hosemann stammt aus Elsaß-Lothringen, nahm als Kriegsfreiwilliger am 1. Weltkrieg teil und wurde dort verwundet. Nach dem Krieg mussten er und seine Eltern das Elsaß verlassen. Otto Hosemann machte in München seine Ausbildung als Diplom Kaufmann. In dieser Zeit schloss er sich 1919 einem Freikorps an. Schon am 17. August 1923 trat er in die Ortsgruppe der NSDAP in Vilshofen ein⁶. Er bezeichnet sich selbst als *Altparteigenosse*⁷. 1924 heiratete er die geschiedene Anni Haberland. Beide traten 1926 aus der katholischen Kirche aus, weil Anni als Geschiedene *von der röm. kath. Kirche mit kirchlichen Strafen belegt* wurde⁸. Hosemann nahm dreimal am Reichsparteitag in Nürnberg und an verschiedenen Aufmärschen teil. 1929 trat er in die Ortsgruppe Deggendorf ein und 1933 in die SA, wo er es bis zum *Verw. Obersturmführer* brachte⁹. Beruflich war er Vertreter, zunächst für Tabakwaren, dann für Mauersteine und schließlich für Mineralölerzeugnisse. Ab 1938 bekam er bei der Standortverwaltung der Wehrmacht eine Anstellung. Da die NSDAP Ortsgruppe auf *weit über 1000 Parteigenossen* angewachsen war¹⁰, wurde sie im März 1939 geteilt, wobei Sebastian Weiß die Leitung der Ortsgruppe Süd und Otto Hosemann die Leitung der Ortsgruppe Nord übernahm. Hosemann wurde jedoch zum 1. Februar 1940 nach Nürnberg als Zahlmeister zum Ers. Verpflegungsmagazin in die Wehrmacht eingezogen¹¹. So musste Sebastian Weiß kommissarisch wieder die gesamte Ortsgruppe weiterführen. Ende Mai 1943 wurde Hosemann wegen einer chronischen Nierenerkrankung aus der Wehrmacht entlassen¹². Er trat zwar sein Amt als Ortsgruppenleiter nicht wieder an, doch die Partei ließ

ihren „Alten Kämpfer“ nicht im Stich. Auf Wunsch von Kreisleiter Hain wurde Hosemann von der Gauleitung aushilfsweise auf Kriegsdauer als Mitarbeiter in der Kreisleitung angestellt¹³. Neben der Betreuung der in Deggendorf untergebrachten Evakuierten übernahm er für den sich im Krieg befindenden Hanns Neubauer auch die Leitung der Kreisschule Niederalteich. Nach eigenen Angaben stieg zwischen 1943 und 1945 sein Verdienst von 2.000 auf 2.700 RM an¹⁴. Wie parteihörig Hosemann in dieser Stellung war, zeigt eine kurze Episode aus der Zeit des Kriegsendes. Am 23. April 1945 hatte sich Dr. Sell an ihn mit dem Vorschlag gewandt, dass die Kasernen geräumt werden sollen, um dort Verwundete unterzubringen. Laut Dr. Sell habe Hosemann dies abgelehnt mit der Begründung, *dass er sich schon sehr unangenehm habe anreden lassen müssen, weil bei den leitenden Stellen dafür kein Verständnis gezeigt worden sei*¹⁵. Wegen seiner Funktion als Ortsgruppenleiter und Mitarbeiter in der Kreisleitung unterlag Hosemann nach dem Krieg dem *automatischen Arrest* und wurde am 9. Mai 1945 in Internierungshaft genommen. Während dieser Zeit war er in den Lagern Plattling, Natternberg, Altenstadt, Dachau, Göggingen und schließlich Hammelburg untergebracht¹⁶. Auf Grund seiner erheblichen *Nierensekretionsstörung* wurde er nach Überprüfung durch eine amerikanische Ärztekommision am 13. Juni 1947 vorzeitig aus der Haft entlassen und durfte nach Deggendorf zurückkehren¹⁷. Der öffentliche Kläger in Hammelburg übergab die Akten der Spruchkammer Deggendorf *zur beschleunigten Behandlung in eigener Zuständigkeit*¹⁸. Bis zum Spruchkammerverfahren am 7. Mai 1948 musste er sich *alle 14 Tage im Zimmer 11 der Geschäftsstelle des öffentlichen Klägers* melden¹⁹. Wie andere Nationalsozialisten auch, nutzte Hosemann die Zeit bis zur Verhandlung, um eidesstattliche Erklärungen zu sammeln, die seine Unschuld beweisen sollten. Unter den Erklärungen befinden sich sogar die Aussagen eines politischen Häftlings im KZ Dachau sowie eines Repräsentanten der Benediktiner Abtei Niederalteich. Auffallend ist, dass außer Dr. Sell kein einziger prominenter Deggendorfer Nationalsozialist für ihn eine Erklärung abgab. Der öffentliche Kläger hatte zunächst die Einstufung in die Gruppe III und eine Geldsühne von 2.200 RM gefordert²⁰. Hosemanns Anwalt, Dr. Riedl, erklärte sich mit der Einstufung einverstanden, fand aber die Sühne für die finanziellen Verhältnisse der Familie zu hoch. Da die Bewährungsfrist von 2 Jahren durch die Inhaftierung von 25 Monaten bereits abgelaufen war, wurde im Spruch vom 7. Mai 1948 Otto Gustav Hosemann in die Gruppe IV der Mitläufer eingereiht und musste einen *Sühnebetrag von 1000 RM* in einen *Wiedergutmachungsfond* zahlen²¹. Genau wie Hans Graf, versuchte Hosemann 1957 eine Entschädigungszahlung für seine *amerikanische Kriegsgefangenschaft* zu bekommen²², wahrscheinlich auch ohne Erfolg. Hosemanns Frau Anni, die ab 1939 als *Blockfrau* fungiert hatte, wurde zunächst in die Gruppe III, dann in die Gruppe IV eingereiht²³. Die Spruchkammer Deggendorf hob später allerdings ihren eigenen Spruch wieder auf, da Frau Hosemann unter die Weihnachtsamnestie hätte fallen müssen²⁴.

Der am 30. Januar 1940 erneut zum Ratsherren ernannte Schlossermeister Franz Wartner wurde im Teil 1 dieser Arbeit schon näher besprochen. Hier nur der Bericht der *BO* vom 28. Januar 1940 zu seiner Wiederernennung.

Ein neuer Ratsherr

Hg. Franz Wartner ernannt

Wie der Städtische Informationsdienst mitteilt, wurde als Nachfolger für den verstorbenen Ratsherrn Hg. Albert Höcht durch den Beauftragten der NSDAP, Kreisleiter Hanns Brandl, der Schlossermeister Franz Wartner zum Ratsherr der Stadt Deggendorf berufen. Der neuberufene Ratsherr entstammt einer alten Deggendorfer Familie. Er wurde am 3. Dezember 1895 als Sohn der angesehenen Kaufmannsleute Anton und Fanny Wartner geboren. Den Krieg 1914/18 machte er als Freiwilliger mit. Im August 1918 in der Durchbruchschlacht bei Amiens wurde er verschüttet und geriet verwundet und gasvergiftet in französische Gefangenschaft, aus der er erst Februar 1920 heimkehrte. 1921 machte er seine Meisterprüfung als Schlossermeister und kaufte 1924 das Anwesen, das er jetzt bewohnt, und gründete dort sein Geschäft. Unermüdlich hat er für die Partei gewirkt. Von 1933 bis 1937 war er Blockleiter, danach wurde er Zellenleiter. Bereits 1933 bis 1935 war er Ratsherr, doch trat er, als im Juli 1935 die Eingemeindung Schachings erfolgte und sechs Ratsherrn von Schaching übernommen wurden, freiwillig zurück. Hiermit bewies er sein selbstloses Wesen, das die eigene Person zurückstellt und nur der Sache allein dient. Als Ratsherr hat er sich damals besonders als Verwalter der Städtischen Wasserwerke angenommen. Seit 1935 ist er auch Mitglied des Ausschusses der Stadt- und Kreisparlasse. Hg. Wartner, der seit August wieder beim Heeresdienst ist, befindet sich zur

Zeit auf Urlaub, wird aber schon in den nächsten Tagen an die Front zurückkehren. — — —



Foto: Terino, Deggendorf
Ratsherr Hg. Franz Wartner

Als am 1. Februar 1941 Dr. Niedermayer beruflich versetzt wurde, musste auch er aus dem Rat ausscheiden²⁵. Für ihn wurde in der Beratung vom 3. Februar 1941 der Ortsbauernführer Ludwig Mutz als Ratsherr eingeführt. Mutz, der ein Anwesen mit 22 Tagwerk und eine Sattlerei besaß, muss ein recht streitbarer Mann gewesen sein. Im März 1933 hatte er den Spenglermeister Ludwig Heimerl, der bei der Notpolizei mitmachte, als *saudumm* bezeichnet. Dieser zeigt ihn bei der Polizei an, und vier Tage später kritisiert Bürgermeister Dr. Reus ihn für diese Äußerung in scharfer Form und droht ihm sogar strafrechtliche Konsequenzen an: *Wir behalten uns vor, diese Ihre Auesserung zu gegebener Zeit entsprechend zu verwerten*²⁶. 1938 geriet er mit Stadtbaumeister Kellner in Streit, als er bei einem geplanten Tausch seines Anwesens in den Augen Kellners zu hohe Forderungen stellte und auf diesen beharrte²⁷. Der Ortsbauernführer hatte auch Auseinandersetzungen mit verschiedenen Leuten in Zusammenhang mit anderen Grundstücksfragen²⁸. Laut Aussagen der Betroffenen waren diese aber nicht *politischer Natur* sondern nur *ernährungswissenschaftlicher Natur*. Wie unten gezeigt wird, waren Mutz und seine Frau auch als Vermieter streitbare Menschen. Pfarrer Dr. Stich bestätigt Mutz jedoch, dass er Mitglied der katholischen Kirche geblieben war, regelmäßig den Gottesdienst besuchte und auch an Prozessionen teilnahm²⁹. In einer eidesstattlichen Erklärung heißt es, dass Mutz der Partei vorgeworfen habe, dass diese in der religiösen Frage versage, *da die Partei die*

*Einstellung des Volkes, insbesondere die des Bauern auf religiösem Gebiet mißachtet*³⁰.

Dennoch arbeitete Ludwig Mutz aktiv in der Partei mit. Von 1940 bis 1944 war er Zellenleiter³¹, und von 1933 bis 1937 beim SA Reitersturm, wo er als Sattlermeister Reparaturen des Geschirrs ausführte. Nach einem Streit mit dem Führer des Sturmes trat er 1937 wieder aus der SA aus. Am Krieg nahm Mutz nicht teil. Auf Grund einer Verwundung im 1. Weltkrieg hatte er eine Versteifung der Finger an beiden Händen, und hatte dazu noch 1938 einen Schlaganfall erlitten³². Im Spruchkammerverfahren beantragt der Kläger 1947 die Einreihung in die Gruppe III wegen seiner Parteizugehörigkeit seit 1. Mai 1935, seiner Zugehörigkeit zum SA Reitersturm und seiner Tätigkeit als Zellenleiter³³. Außerdem war er als Ortsbauernführer für die Verteilung der ausländischen Arbeiter auf die Höfe zuständig gewesen. Laut öffentlichem Kläger gab es zunächst auch kritische Stimmen zu Mutz. Er sei als *aktiver Nazi* bekannt gewesen³⁴. Der frühere SPD Stadtrat Gregor Süßmeier beschuldigte Mutz in sehr deutlicher Weise: *Sobald Mutz in die Gastwirtschaft kam, mußten sofort die Unterhaltungen eingestellt werden, da man fürchtete, durch ihn denunziert zu werden. Er war ein eifriger Uniformträger und war bei jedem Aufmarsch dabei*³⁵. Doch Mutz kann auch zahlreiche ihn unterstützende Erklärungen sammeln, wie die von der Oberin der Englischen Fräulein, welche bestätigt, dass Mutz sie vor der *Beschlagnahme von 18 Tagwerk besten Ackerbodens auf dem Klosterberg* bewahrt habe. Wie im Teil 1 dieser Arbeit gezeigt, hatte die Stadt beabsichtigt, auf dem Klosterberg eine Gruppensiedlung zu errichten, was aber wegen des Kriegsausbruches scheiterte. Der öffentliche Kläger beantragt im September 1947 die Einreihung von Ludwig Mutz in die Gruppe III³⁶. In dieser Klageschrift wird, wie bei vielen anderen Ratsherren, seine Tätigkeit als Stadtrat mit keinem Wort erwähnt. Für das Spruchkammerverfahren hatte Mutz ein schriftliches Verfahren beantragt. Eine mündliche Verhandlung würde ihn *so erregen, dass er ernsthaften körperlichen Schaden davontragen könnte*³⁷. Als in der Verhandlung am 12. November 1947 auch Gregor Süßmeier seine Beschuldigungen teilweise zurücknahm, wurde Mutz in die Gruppe III eingestuft, und er musste eine Sühne von 800 RM bezahlen. Auf Rat seines Anwalts Langnickel nimmt Mutz das Urteil an³⁸. Nach Ablauf der Bewährungsfrist wird Ludwig Mutz in die Gruppe IV der Mitläufer eingereiht. Das Verfahren gegen Mutz zeigt aber deutlich, welcher Druck auf die Zeugen in den Spruchkammerverfahren ausgeübt wurde, keine negativen Aussagen über die Beklagten zu machen. Selbst erklärte Gegner der Nationalsozialisten wie Gregor Süßmeier nahmen ihre ursprüngliche Aussage zurück.

Als der Ratsherr Josef Bauer am 18. März 1942 ganz plötzlich verstarb, wurde kein weiteres Mitglied für den Rat ernannt, sodass dieser von da an bis 1945 aus nur 14 Ratsherren besteht. Hier die Liste der Ratsherren zu Beginn des Beratungsjahres 1943³⁹:

Bei Beginn des Beratungsjahres 1943
waren berufen u.ernannt als:

Bürgermeister - Stellvertr.:

Buchdruckereibesitzer Sebastian W e i ß .

Erster Beigeordneter:

Jngenieur Werner B a d m a n n , Stadtkämmerer.

Zweiter Beigeordneter:

Bau-Jngenieur Hans N e u b a u e r, Stadtbaurat,
z.Zt.wegen Einberufung zur Wehrmacht
beurlaubt.

R a t s h e r r e n :

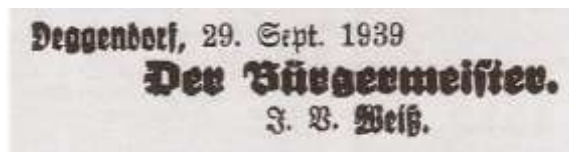
- | | |
|---------------------|------------------------------|
| 1.) Eckert Theodor, | 8.) Dr.Sell Walter, |
| 2.) Graßl Jgnaz, | 9.) Singer Ferdinand, |
| 3.) Hosemann Otto, | 10.) Stadler Franz Xaver, |
| 4.) Mack Josef, | 11.) Schnitzlbaum Frits, |
| 5.) Mutz Ludwig, | 12.) Treffer Josef, |
| 6.) Noel Theobald, | 13.) Wartner Franz, |
| 7.) Retsach Karl, | 14.) Weichselgartner Ludwig. |

Protokollführer: Verw.Oberinspektor B i e l m e i e r .

Der 2.Beigeordnete, Hanns Neubauer, fehlt laut Titelblatt des Protokolls bei den Beratungen mindestens von Anfang 1942 bis 1945 wegen seines Einsatzes bei der Wehrmacht. Er muss aber auch schon früher gefehlt haben, da er, wie in Teil 1 dieser Arbeit gezeigt, auch an den Feldzügen gegen Polen und Frankreich teilgenommen hatte. Obwohl Otto Hosemann von Februar 1940 bis Ende Mai 1943 offiziell zur Wehrmacht nach Nürnberg abkommandiert war, scheint seine Tätigkeit dort ihn zunächst nicht die ganze Zeit in Nürnberg festgehalten zu haben, denn er fehlt laut Protokoll bei den Beratungen 1940 und 1941 jeweils nur

viermal. 1942 nimmt er an keiner der Beratungen teil, aber 1943 ist er wieder bei der Beratung vom 8. Februar anwesend. Die anderen Ratsherren wurden meist aus Altersgründen nicht mehr zur Wehrmacht eingezogen. Der im Jahr 1900 geborene Fritz Schnitzelbaum galt wohl wegen seiner Funktion als hauptamtlicher Kreisobmann der DAF als unabkömmlich.

In den Kriegsjahren 1940 und 1941 finden jeweils 12 Beratungen in relativ regelmäßigen Abständen statt. Auch 1942 gibt es noch 11 Beratungen, während 1943 die Zahl auf 8 sinkt. 1944 finden nur mehr 6 Beratungen statt, wobei in der 2. Hälfte des Jahres, in der sich die Kriegslage hoffnungslos verschlechtert hatte, es nur noch ganze 2 Beratungen gibt. Auch 1945 treten die Räte noch zweimal zusammen, am 12. Januar und am 11. April, zwei Wochen vor der Einnahme der Stadt durch die Amerikaner. Diesem Eindruck der gewissenhaften Pflichterfüllung steht aber die mangelnde Teilnahme an den Sitzungen entgegen. Es fehlt oft fast die Hälfte der Räte. Das beginnt schon 1939. In der Beratung am 11. August sind 9 Räte abwesend, am 6. September wiederum 7 Räte, wobei Bürgermeister Graf wohl aus Gründen der Geheimhaltung nicht als fehlend im Protokoll aufgeführt wird. In der Beratung vom 13. September wird in Anwesenheit von Kreisleiter Brandl Sebastian Weiß die Stellvertretung des Bürgermeisters übertragen⁴⁰. Weiß unterzeichnet ab jetzt Schriftstücke folgendermaßen:



Deggendorf, 29. Sept. 1939
Der Bürgermeister.
S. B. Weiß.

Bei dieser wichtigen Beratung sind alle Räte außer Alois Graßl und dem sich im Krieg befindlichen Beigeordneten Hanns Neubauer anwesend. Doch dies wird sich schnell ändern. In der letzten Beratung des Jahres, in der unter anderen der Grundstückstausch für die geplante Gruppensiedlung auf dem Klosterberg und der Verkauf der Vollmuth Fabrik behandelt werden, fehlen 8 Räte⁴¹. Die Vollmuth Villa war schon 1938 verkauft worden, aber nicht, wie in meiner Arbeit über Bürgermeister Graf dargestellt, für 24.000 RM an den Fleischbeschauertierarzt Habereder. Im Beratungsprotokoll vom 27. Dezember 1938 heißt es, dass Habereder vom Kauf zurückgetreten sei. Nachdem die Villa *in den hiesigen Tageszeitungen ausgeschrieben* worden war, kaufte die *Autolackiererei Karl Strohmaier in Plattling* das Objekt für 22.000 RM. Der um 2.000 RM niedrigere Verkaufspreis wird offiziell damit begründet, dass das Gebäude *gründlich instandgesetzt werden muss*. Im Protokoll wird die Villa näher beschrieben. Sie *besteht aus 8 heizbaren Zimmern, 2 Küchen, 1 Dachzimmer, Bodenanteil, Waschhaus sowie Garten*. Das Gebäude ist heute noch in der Stadtfeldstraße 8 in seiner fast ursprünglichen Form erhalten. Unter anderen befinden sich in diesem Haus die Räume des RBO .

Im Jahr 1940 fehlten im Durchschnitt mehr als 5 Räte, 1941 knapp 5, 1942 mehr als 4, wobei von den verbliebenen 14 Räten am 21. Juli 8 Räte abwesend waren. In dieser Beratung ging es immerhin um den Haushaltsplan 1942. Bei den Beratungen 1943 fehlten im Durchschnitt

fast 6 Räte und 1944 waren es wiederum mehr als 4 Räte. Dieses Desinteresse an den Beratungen ist auch in anderen Städten und Gemeinden zu beobachten. Wie schon im Teil 1 dargelegt, ist der Hauptgrund dafür, dass die Räte nur mehr 'beraten' dürfen, aber keine Beschlüsse fassen können⁴².

Die Eingliederung der Stadt in den Landkreis

Deggendorf war bis 1940 kreisfreie Stadt gewesen. Am 29. März 1940 ordnete das Staatsministerium des Innern *die Eingliederung der nicht zu Stadtkreisen erklärten bisher kreisunmittelbaren Gemeinden in den Landkreis* an⁴³. Für die Erledigung der dadurch bei der Kreisverwaltung zusätzlich anfallenden Arbeiten stellte die Stadt vier Mitarbeiter an den Landkreis ab: die Verwaltungsinspektoren Höfner und Eder, Bauamtmannt Obereder und Lissy Tragnitz. Da der Kreis auch das Hochbauamt übernahm, überließ ihm die Stadt als Dienstraum das *Zimmer Nr. 1 des Rathauses*⁴⁴. In dergleichen Beratung lehnte der Bürgermeister auf Anraten von Kassenoberinspektor Strobel es ab, dem BDM ganz oder teilweise eine *Freistelle an einer BDM Haushaltungsschule zu finanzieren*. Der Grund sei *die Haushaltslage der Stadt, die durch die Eingliederung der Stadt in den Landkreis weiter verschlechtert wird*⁴⁵. Selbst wenn die Eingliederung nur ein Vorwand für die Ablehnung des BDM Antrags war, zeigt die Formulierung im Protokoll doch, dass die Stadt von der Eingliederung nicht sehr begeistert war. Am 13. November 1940 nahmen die Vertreter der Stadt zum ersten Mal an einer Kreistagsitzung teil. Das ist der Bericht über die Begrüßung durch Landrat Seyfferth⁴⁶:

Die Stadt dem Landrat unterstellt

Landrat Seyfferth betonte in seiner Begrüßung, daß die heutige Tagung eine ganz besondere Bedeutung habe, nicht nur, weil der Beratung der Haushaltspläne diesmal ganz besondere Tragweite zukomme, sondern vor allem deswegen, weil es zum erstenmal in der Geschichte des Landkreises und der Stadt Deggendorf sei, daß die Stadt in der Kreistagung mitvertreten sei. Dieser Umstand ist auf die Durchführung des Gesetzes über die Eingliederung der kreisunmittelbaren Städte zurückzuführen. Während nämlich in Bayern einige mittelgroße und selbst kleinere Städte direkt dem Regierungspräsidenten unterstellt waren, sind sie nunmehr dem Landrat unterstellt worden. Diese Umstellung, so führte der Landrat aus, sei notwendig geworden, um das Gefüge des Gesamthauses des Deutschen Reiches, dem Willen des Führers gemäß, fester und straffer zu gestalten. Und indem er der Stadt versicherte, daß seinerseits nichts unterbleiben werde, um alle ihre Belange weitgehendst zu berücksichtigen, sprach er den Wunsch und die Bitte an die Vertreter der Stadt Deggendorf aus, daß auch sie den neuen Gegebenheiten Rechnung tragen möchten und weiterhin mitwirken sollten an den neuen Aufgaben zum Wohle ihrer schönen Stadt.

Danach wurden die städtischen Vertreter mit Handschlag durch den Landrat verpflichtet. Es waren dies der stellvertretende Bürgermeister Weiß, der Kreisamtsleiter, Beigeordneter Badmann, und der Kreisverwalter der DAF, Ratsherr Schnitzelbaum. Ansonsten hören wir sehr wenig über die Kreistagsitzungen. Entweder fanden diese ganz selten statt oder es wurde über sie nicht berichtet. 1943 gab es einen interessanten Tausch im Landratsposten. Zum 1. September wurde Landrat Seyfferth an das Landratsamt Erding versetzt. Im Gegenzug kam der Erdinger Landrat Konrad Häfner nach Deggendorf. Hier der kurze Bericht darüber⁴⁷:

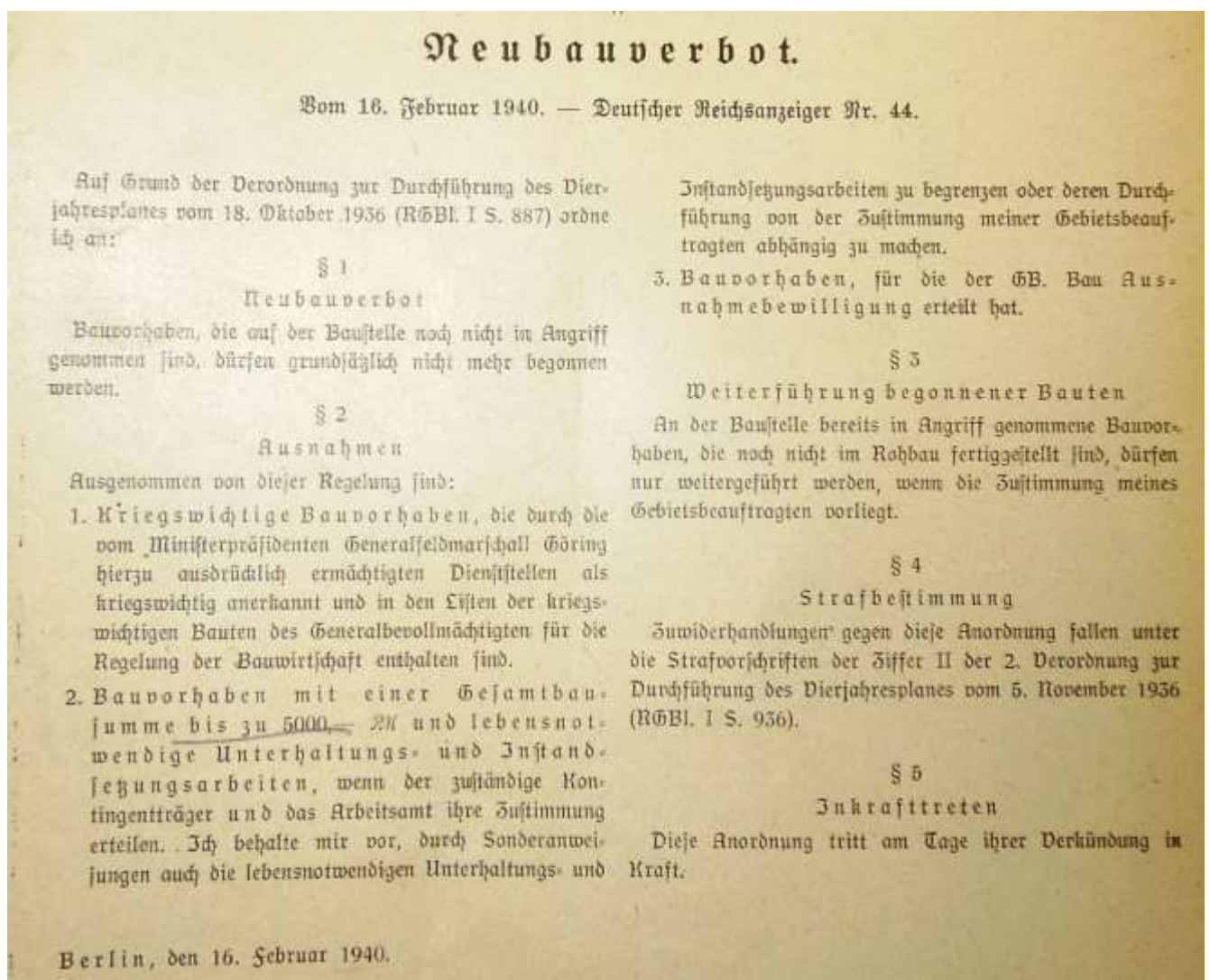


Dienstesnachricht. Mit Wirkung vom 1. September wird der Landrat in Deggendorf, Franz Seyfferth, an das Landratsamt in Erding in gleicher Dienstbeziehung versetzt. Der Landrat in Erding, Konrad Häfner, wurde in gleicher Dienstbeziehung an das Landratsamt Deggendorf versetzt. — Landrat Seyfferth, der fünf Jahre in Deggendorf tätig war, hat sich vor allem als D.N.K.-Kreisführer tatkräftig für die Belange des Deutschen Roten Kreuzes eingesetzt.

Häfner blieb nicht lange im Amt. Nicht einmal ein Jahr später wurde am 10. Juli 1944 Karl Heindl als Landrat des *Kreises Deggendorf und des angeschlossenen Kreises Viechtach* eingeführt⁴⁸. Aus den Worten von Regierungspräsident Bommel bei der Einführung geht jedoch hervor, dass Heindl in Deggendorf kein Unbekannter war: *Seit fast dreiviertel Jahren hätte er die Geschäfte eines Landrates versehen zur allgemeinen Zufriedenheit*⁴⁹. Das würde bedeuten, dass Konrad Häfner wirklich nur ein paar Monate das Amt innehatte. Bommel wies in seiner Ansprache besonders auf die Notwendigkeit einer guten Zusammenarbeit von Partei und Staat hin, die vor allem im kameradschaftlichen Verhältnis von Kreisleiter und Landrat zum Ausdruck kommen müsse. War dies bei Landrat Häfner nicht der Fall gewesen? Kurz vor Kriegsende gab es eine erneute Veränderung im Verhältnis der Stadt zum Landkreis. In der Beratung vom 12. Januar 1945 informiert Sebastian Weiß die Ratsherren, dass laut Erlass vom 31. Mai 1944 *zur Erzielung weitergehender Dezentralisation und Vereinfachung im Sinne einer volksnahen Verwaltung Verwaltungsaufgaben vom Landrat auf die Gemeinden übertragen werden sollen*⁵⁰. Die Stadt erhält wieder, *wenn auch nicht alle, so doch sehr viele Aufgaben zur selbständigen Erledigung zurücküberwiesen, die ihr als unmittelbarer Stadt oblagen*. Die Stadt hatte dies offensichtlich gegen den Willen von Landrat Heindl beantragt. Weil man sich nicht mit dem Landrat einigen konnte, kam am 22. November 1944 Regierungsvizepräsident Dr. Sierp persönlich nach Deggendorf, um die Punkte im Beisein des Landrats durchzusprechen. Jetzt hatte Heindl plötzlich keine Einwände mehr, dass der Stadt wieder ihre ursprünglichen Aufgaben außer dem Passwesen, der Ausländerpolizei und dem Viehseuchengesetz übertragen werden. Diese Übertragung sollte am 1. April 1945 erfolgen. Sie dürfte wegen der Kriegereignisse aber nie wirksam geworden sein.

Bautätigkeit und Wohnungsnot während des Krieges

Der Einsatz aller verfügbaren Ressourcen für die Aufrüstung führte dazu, dass schon ab 1935 die Zahl der erstellten Neubauwohnungen zu sinken begann und zwar von 319.439 im Jahr 1934 auf 220.334 im Jahr 1939⁵¹. War das Bauen wegen des Rohstoffmangels schon vor Kriegsausbruch reglementiert und beschränkt, so gilt ab 15. Februar 1940 das bereits angesprochene Bauverbot für alle *Bauvorhaben, die auf der Baustelle noch nicht in Angriff genommen sind*. Begonnene Vorhaben, die im Rohbau fertiggestellt sind, dürfen weitergeführt werden. Vom Verbot ausgenommen sind *kriegswichtige Bauvorhaben*, die als solche von den zuständigen Dienststellen anerkannt sind, sowie Bauvorhaben mit Gesamtkosten von unter 5.000 RM und *lebensnotwendige Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten*⁵²:



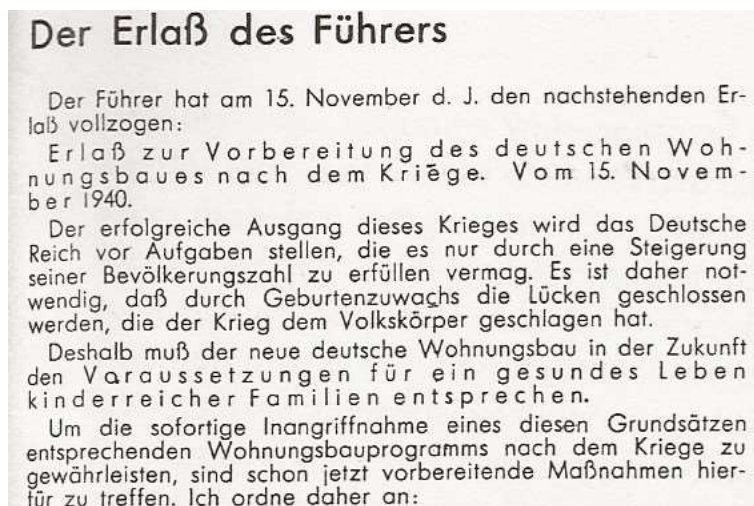
Diese Bestimmungen bleiben bis Kriegsende in Kraft, und die Strafbestimmungen bei Verstößen werden im Laufe des Krieges noch verschärft. So kündigt der DWK 1943 an⁵³: *Durch unbefugtes Bauen werden, auch wenn es sich um scheinbar unwesentliche Bauten (Einfriedungen, Schuppen und dergl.) handelt, dem Baubedarf der Front, des Luftschutzes usw. in unverantwortlicher Weise Arbeitskräfte, Baustoffe und Beförderungsmittel entzogen.*

Verstöße gegen das derzeitige Bauverbot werden auf Grund neuer Bestimmungen sehr empfindlich bestraft. Dazu war schon vorher die Höchstgrenze für genehmigungsfreie Bauvorhaben von bisher 5.000 auf 500 RM herabgesetzt worden⁵⁴. Als Grund dafür wurde die Zunahme der Zerstörungen durch die Luftangriffe oder, wie der DWK es ausdrückt, *der britischen Mordangriffe auf Wohnstädte*, genannt. Der starke Rückgang der Bautätigkeit zeigt sich auch bei den Zahlen der in der Bauwirtschaft Beschäftigten⁵⁵:

	1939	1940	1941	1942	1943	1944
Bauwirtschaft insgesamt						
Deutsche	1 260 228	843 564	627 230	412 873	327 156	315 757
Ausländer	49 224	101 768	201 227	176 825	184 743	205 950
Kriegsgefangene	–	17 248	132 906	97 727	83 736	96 051
zusammen	1 309 452	962 580	961 363	687 425	595 634	617 758

Trotz des verstärkten Einsatzes von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen halbiert sich von 1939 bis 1944 die Zahl der in der Baubranche Beschäftigten.

Auf die jetzt noch größer werdende Wohnungsnot reagierte die nationalsozialistische Propaganda mit Versprechungen über forcierten Wohnungsbau gleich nach dem gewonnenen Krieg. Hitler selbst hatte mit dem *Erlaß des Führers* vom 15. November 1940 zur Vorbereitung des deutschen Wohnungsbaues nach dem Kriege dieses Thema ins Gespräch gebracht⁵⁶:



Laut Helmut Halter sei dies *als Beruhigungsmaßnahme für das deutsche Volk* gedacht gewesen⁵⁷. Dieses offensichtliche Vertrösten der Wohnungssuchenden auf das Kriegsende erscheint selbst führenden Nationalsozialisten fragwürdig. So schreibt Propagandaminister Goebbels: *Wir dürfen dem Volk jetzt nicht den Mund wässrig machen. Wenig davon reden, vor allem angesichts der Unmöglichkeit, heute überhaupt etwas zu tun...Man soll im Krieg vor allem vom Krieg und nicht vom Frieden reden*⁵⁸. Aber auch die BO kündigt am 26. November 1940 unter der Überschrift *Vorarbeiten für das Bauschaffen* ein großes Bauprogramm nach dem Krieg an:

Auch in Deggendorf wird nach dem Kriege sofort mit einem umfangreichen nationalsozialistischen Wohnungsbauprogramm begonnen werden. Die Vorarbeiten hierfür sind schon im Gange. Im Zusammenwirken mit der Partei hat die Stadt Deggendorf sie mit Nachdruck in Angriff genommen.

Zu den Vorarbeiten gehörte das Verschmelzen der drei in Deggendorf bestehenden Baugenossenschaften. Dies geschah am 25. November 1940 *unter dem Vorsitz vom stellvertretenden Bürgermeister Weiß im Rathaussaal.*

Wie in Teil 1 der Arbeit gezeigt, hatten in Deggendorf laut Sebastian Weiß schon 1939 etwa 250 Wohnungen gefehlt. Trotzdem greift auch in unserer Stadt das Neubauverbot. Der geschäftsführende Vorstand der Baugenossenschaft, Stadlbauer, führt bei der Hauptversammlung im Mai 1940 aus, dass die Neubautätigkeit im Geschäftsjahr 1939/40 *geruht habe*⁵⁹. Er betont aber, dass im vergangenen Jahr zumindest in einer größeren *Anzahl von Häusern Fenster, Türen, Flur- und Treppenaufgänge mit neuem Anstrich versehen* wurden. Dennoch kann 1940 zumindest die Fertigstellung eines Großwohnhauses an der Hindenburgstraße angekündigt werden⁶⁰:

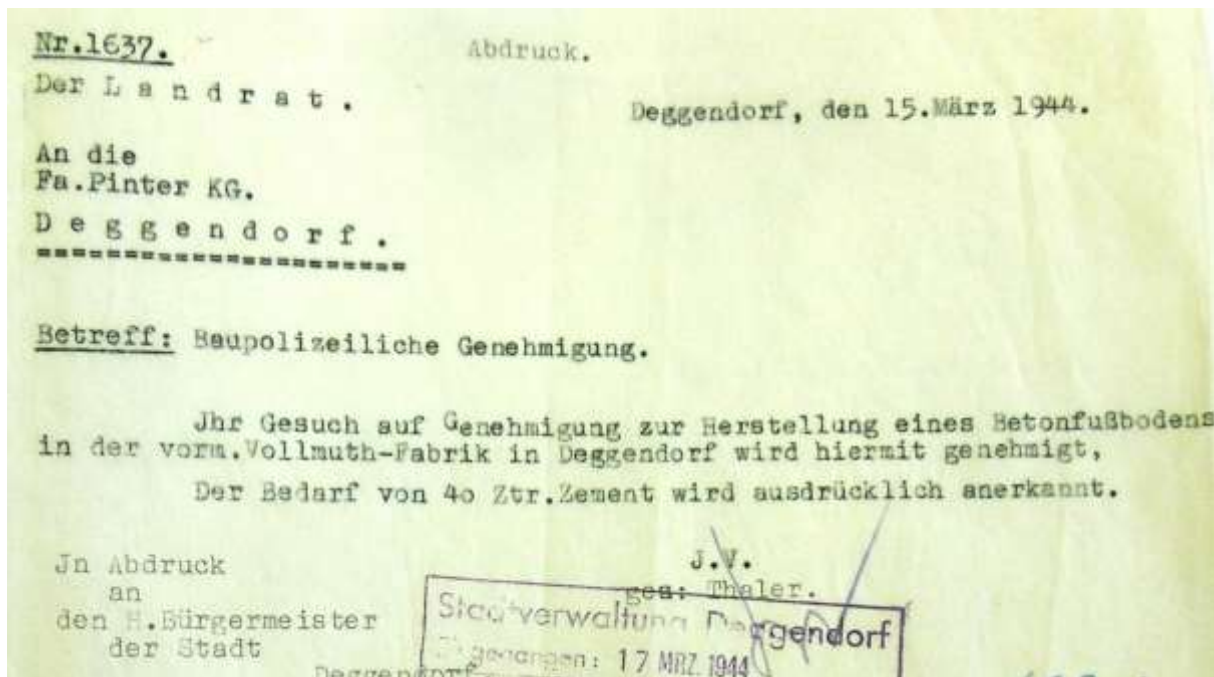


Diese Fertigstellung war deshalb möglich, weil der Rohbau bis zum 16. Februar 1940 schon längst vollendet war.

Andererseits finden auf dem Gelände der Vollmuth Fabrik größere Abrissarbeiten statt. Nachdem die Wehrmacht das Gelände erworben hatte, lässt sie im Juli 1939, wahrscheinlich aus Sicherheitsgründen, den Kamin der Fabrik sprengen⁶¹.



Die Fabrik selbst vermietet die Wehrmacht an die Firma Pinter, die zunächst nur eine Belegschaft von 6 Mann hat. Aber diese Metallgießerei *hat heereswichtige Aufträge und stellt Heeresgussartikel in Leichtmetall und Zinnlegierung her*⁶². Da eine Aufstockung der Belegschaft auf 20 Mann vorgesehen ist, werden 1942 größere Instandsetzungsarbeiten notwendig, deren Kosten sich auf 1.368 RM belaufen⁶³. Diese Firma bekommt natürlich Bauerlaubnis, wartet allerdings diese gar nicht ab. So moniert das Stadtbauamt, dass bereits bauliche Änderungen wie *Aufführung eines Kamins und abteilen eines Büroraums* ohne baupolizeiliche Genehmigung vorgenommen worden seien⁶⁴. Die Firma hatte wohl daraufhin das Baugesuch nachgereicht, denn im Februar 1943 genehmigt der Landrat, offensichtlich nachträglich, dieses Gesuch⁶⁵. Die Firma Pinter befindet sich auch 1944 noch im Vollmuth Gebäude. Zu diesem Zeitpunkt genehmigt nämlich der Landrat die *Herstellung eines Betonfußbodens* mit einem Bedarf von 40 Ztr. Zement⁶⁶:



Heute befindet sich die Firma Pinter in Brunnwiesen. Wann genau sie das Vollmuth Gelände verließ, ist nicht bekannt. Dies muß aber vor Juli 1945 geschehen sein, denn am 30. Juli 1945 genehmigt Bürgermeister Maderer in einem Schreiben an die Kleiderfabrik Linden das *Baugesuch vom 17.7.1945 (Einbau von Aborten und Büroräumen, sowie Anlage eines Kamins im Obergeschoss d. ehem. Vollmuthfabrik)*⁶⁷. Laut Bauplan erweitert die Kleiderfabrik Linden 1959 den zweistöckigen Teil des Gebäudes um zwei weitere Stockwerke⁶⁸.

Im Kriegsjahr 1940 wurden zwar noch einige wenige Bauvorhaben genehmigt, die aber keine Wohnungsbauten waren. So berichtet die *BO* im März⁶⁹:

Baugenehmigungen. Wie wir letztbin schon mitteilten, können Bauvorhaben in der Höhe bis zu einem Gesamtbetrag von 5000 RM bewilligt werden. Einigen eingelaufenen Anträgen hat das Bauamt jetzt stattgegeben. Es wurde dem Bäderrevisor Emil P e n z die Errichtung eines Gartenhauses bewilligt und dem Montagemeister Josef E r h a r d der Ausbau eines Dachgeschosses mit Balkon. Weitere Anträge sind zur Zeit noch in Bearbeitung und werden dieser Tage entschieden werden.

Im April wurden weitere drei Bauvorhaben genehmigt. Es sind dies Kaminbau und Instandsetzungsarbeiten, Bau einer Werkstätte und Umbauarbeiten in einer Gastwirtschaft⁷⁰, also wieder keine Neubauten.

Da es keinen Neubau von Wohnungen gibt, wird Wohnraum nur noch durch einfachere Zubauten, wie den Ausbau von Dachgeschossen, geschaffen. So wird in der Beratung vom 29. November 1943 der Einbau von Dachwohnungen in zwei städtischen Gebäuden

beschlossen. Die neu geschaffenen Wohnflächen betragen 64 und 71 qm. *Die erforderlichen Baustoffe werden aus den kontingentierten Beständen vom Landrat Deggendorf zur Verfügung gestellt*⁷¹.

a) *Vortrag des Berichtstatters:* *Im Zuge der Durchführung der Wohnraumlösungsverordnung ergibt sich nunmehr die Möglichkeit, auch in den im Betreff genannten Wohnhäusern 2 Dachwohnungen einzubauen. Die erforderlichen Baustoffe werden aus kontingentierten Beständen vom Landrat Deggendorf zur Verfügung gestellt. Die Ausführung ist in eigener Regie vorgesehen.*

Bei Bauausführung in Regie der Stadt betragen die Kosten für beide Wohnungen 10.800 RM. Das Protokoll endet mit dem Hinweis auf die akute Wohnungsnot in der Stadt: *Der Wohnungsmangel in Deggendorf ist ein äusserst grosser, sodass jede Gelegenheit, die Wohnungsnot einigermaßen zu steuern, ergriffen werden muss. Die Ratsherren sind einstimmig für die Bauausführung in der vom Stadtbauamt vorgeschlagenen Weise.*

Diese Wohnungsnot zwang die Menschen, auf engstem Raum zusammenzuleben. Die Folge waren immer wieder Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern, aber auch zwischen Mietern untereinander, bei denen Bürgermeister Weiß oft schlichtend, manchmal aber auch drohend eingreifen musste. Hier seien nur ein paar Beispiele aufgezeigt. So droht Weiß 1940 einer Mieterin auf dem Baggerfeld mit Kündigung, falls sie ihren Streit mit anderen Mietern nicht beendet⁷²: *Trotzdem ich Sie wiederholt darauf aufmerksam gemacht habe, dass Sie die Streitereien und Anwürfe gegen die in ihrem Hause wohnenden übrigen Mietparteien zu unterlassen haben, werden heute wiederum heftige Beschwerden gegen Sie vorgebracht. Sollten die Streitereien nicht beigelegt werden, so werde ich veranlassen, dass die Wohnheim-Baugenossenschaft die Kündigung gegen Sie ausspricht. Es ist mir unverständlich, dass man es gerade in der heutigen Zeit nicht unterlassen kann, mit seinen Mitmenschen in Unfrieden zu leben.*

Wie manche Vermieter angesichts der Wohnungsnot die Situation ausnutzten, zeigt das Beispiel der Familie Blasi. Diese führte 1942 Beschwerde, dass ihr Sohn abends vom Vermieter öfters ausgesperrt wurde⁷³:

Betreff: *Beschwerde der Familie B l a s i .*

Durch die Familie Blasi wird lebhaft Beschwerde darüber geführt, dass Sie absichtlich den Sohn Franz Xaver aus dem Hause heraussperren und dadurch stets Unannehmlichkeiten und Weiterungen entstehen, wenn derselbe nach Beendigung des Hitlerjugendappells nach Hause kommt. Insbesondere soll Ihre Tochter namens Schäuflinger sich in dieser Angelegenheit besonders hervortun.

Weiß droht dann dem Hausbesitzer, dass er *mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln* gegen ihn einschreiten werde, hofft aber, dass *die ganze Sache mit diesem Schreiben aus der*

Welt geschafft ist. Auch über den Ratsherren und Ortsbauernführer Ludwig Mutz gab es heftige Klage von Seiten seiner Mieter. 1941 beschwerte sich Oberfeldwebel Deufel über seinen Vermieter und dessen Frau⁷⁴. Mutz erschwere Besuche für die Familie Deufel in ihrer Wohnung im 1. Stock. Besonders während der Abwesenheit von Deufel drangsalierte man seine Frau. In einem Schreiben des Kompanieführers an Kreisleiter Hain wird Klage geführt, dass Herr Mutz der Frau Teufel befiehlt, dass sie ihn in Zukunft immer zu grüßen habe⁷⁵. Frau Mutz soll gegenüber Frau Deufel folgende Äußerung gemacht haben: *Zuerst kommen wir, dann kommt lange nichts, dann kommt ein Haufen Dreck und dann erst kommen Sie.* Nach der Beschwerde Deufels beim Bürgermeister kündigt ihm Mutz. Deufel möchte zwar ausziehen, kann aber keine passende Wohnung finden. Was Weiß gegen den Ratsherren und mächtigen Ortsbauernführer unternommen hat, ist nicht bekannt.

Die Wohnungsnot trifft zwar alle Familien, besonders aber die kinderreichen Familien mit geringem Einkommen. Deshalb wird 1942 die Anordnung erlassen, dass kinderreiche Familien bei der Wohnungsbeschaffung bevorzugt werden sollten. Diese Anordnung übernimmt auch der Stadtrat Deggendorf im Juni 1942⁷⁶:

Die Wohnungsnot macht sich in Deggendorf genau so, wie in anderen Städten immer stärker bemerkbar, es lässt sich dagegen z.Zt. nicht viel unternehmen. Eine Reihe von Städten hat nun Anordnungen zur Erleichterung der Wohnungsbeschaffung für kinderreiche Familien erlassen. Auf Grund dieser Anordnung wurden in den Städten, die diese Anordnung erlassen haben, schon beachtliche Erfolge erzielt.

Um nun in Deggendorf für kinderreiche Familien wenigstens einigermaßen Abhilfe in der Wohnungsnot zu schaffen, erscheint die Erlassung der Anordnung notwendig.

Natürlich hofften auch Parteiführer und Funktionäre auf eine bevorzugte Behandlung durch den Bürgermeister bei ihrer Wohnungssuche. So wandte sich Oberlehrer K. Schiller, der nach Deggendorf ziehen will, an *Herrn Ortsgruppenleiter Weiß* mit der Bitte, ihm eine Wohnung zukommen zu lassen. Er gibt dafür diese Begründung⁷⁷:

Ich glaube, daß ich schon auch wegen meiner Verdienste um die Belange der NSDAP. (über 7 Jahre Ortsgruppenleiter-2 Jahre Kreispresseamtsleiter bis heute noch-8 Jahre Amtswalter der NSV. und des WHW. auch bis heute noch-Kreisredner und Schulungsredner) in dieser Hinsicht berücksichtigt werden könnte

Doch auch ihm kann oder will Weiß nicht helfen. Hier dessen ablehnende Antwort⁷⁸:

Der Bürgermeister der Stadt
 Deggendorf. Konzept.

I. An
 Herrn Oberlehrer K. S c h i l l e r
 P ö t z m e s
 =====
 über Mainburg Rdb.

Lieber Parteigenosse Schiller!

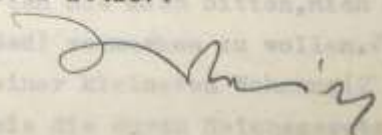
Im Besitze Ihres Briefes vom 31. Juli muss ich Ihnen leider mitteilen, dass die Wohnungsverhältnisse in Deggendorf sehr schlecht sind. Es fehlen zur Zeit mindestens 200 Wohnungen. Infolge des derzeitigen Bauverbotes kann diese ungeheure Wohnungsnot zur Zeit überhaupt nicht und nach dem Krieg nur sehr langsam behoben werden.

Sollte ich durch Zufall eine passende Wohnung für Sie in Erfahrung bringen, so werde ich Pg. Einhellinger sofort verständigen.

Ich begrüße Sie mit

Heil Hitler!

II. Zum A k t .



Um so mehr überrascht es, dass in Deggendorf die oben angesprochenen neuerrichteten Wohnungen in der Hindenburgstraße nur sehr zögerlich angemietet werden. In einem Darlehensantrag an den Gauwohnungskommissar gibt Weiß 1942 eine Liste mit den Namen der Mieter sowie deren Einkommen und Kinderzahl bei⁷⁹:

N o m m e	Stand	Alter	Netto- Eink.	Kinder	davon i. Haus- halt lebend.
1.) Haala Rosa	Leutn. Witwe	27	336.--	3	3
2.) Brandl Maria	Justizrats-Witwe	63	195.--	2	-
3.) Hiltl Friedrich	Reichsb. O. Jasp. i. R.	66	330.--	4	-
4.) Hilpert Hans	Amtmann a. D.	59	386.--	-	-
5.) Stock Fritz	Optiker	40	820.--	1	1
6.) Remele Karl	Apothekenprov.	50	380.--	-	-
7.) Heidenreich Max	Dipl. Jng.	34	417.--	2	2
8.) Eimerich Max	Bauselchner	35	329.--	5	5
9.) Zapf Hans	Edf.-Kreiskassen- wart	45	370.--	1	1
10.) Bruckner Georg	Kreiskassenleiter	40	228.--	-	-
11.) Ostermaier Gg.	Techniker	43	254.--	-	-
12.) Neustifter Fra.	Kasseninspektor	36	250.--	-	-

Der Bürgermeister fügt dann hinzu: *Infolge der bisherigen hohen Mietpreise von RM 62.- und 67.- war die Vermietung dieser Wohnungen nur an verhältnismäßig zahlungsfähige Mieter möglich. Auch war infolge der Höhe der Mieten die Nachfrage verhältnismäßig gering, da für hiesige Verhältnisse die Wohnungen sehr teuer sind.* Ein Blick auf die Berufe der 12 Mieter bestätigt diese Aussage.

Bei Bauarbeiten, die in den Kriegsjahren von der Stadt selbst ausgeführt wurden, handelt es sich meist nur um Reparaturarbeiten. So genehmigt der Bürgermeister 1940 die Instandsetzung der *Dampfheizungsanlage* im Rathaus. Da ein zweiter Kessel und weitere

Heizkörper benötigt werden, kostet diese Reparatur immerhin 4.000 RM⁸⁰. Eineinhalb Jahre später wird unter dem Punkt *Verbesserungsvorschläge* von Stadtbaurat Kellner die *Erneuerung der Abortanlage im Obergeschoss* des Rathauses vorgeschlagen⁸¹. Der Grund dafür sei:

Die Abortanlage im Obergeschoss des Rathauses entspricht keineswegs dem Ansehen der Stadt. Die Aborte sind klein, ohne direkte Entlüftung, finster, Damen und Herren müssen den gleichen Abort aufsuchen. Die Pisoirverhältnisse sind unzulänglich. Schon seit längerer Zeit wird eine Änderung geplant.

Ob dieser Plan umgesetzt wurde, ist nicht bekannt. Im Protokoll wird aber betont, dass *der Zeitpunkt für bauliche Massnahmen ... derzeit nicht günstig* sei. Noch dringlicher scheint die Schaffung eines Luftschutzraumes *unter der früheren Kälberwaage* beim Rathaus gewesen zu sein⁸². Da im Rathaus 30 Personen beschäftigt sind, solle der Schutzraum mindestens 57 Personen fassen, damit auch Besucher Schutz finden können. Doch auch dieses Vorhaben wird erst in zwei Jahren angegangen werden. Die meisten Sorgen in baulicher Hinsicht bereiten dem Stadtrat die immer wieder anfallenden Reparaturen im Krankenhaus. So führt Weiß als Berichterstatter Klage über die schlechte Bauqualität⁸³:

Vortrag des Berichterstatters:

Die Reparaturen im Städt.Krankenhaus Deggendorf nehmen kein Ende. Derzeit ist die Reparatur des Ganges in Angriff, der Boden bricht Stück um Stück durch. Die Arbeit lässt sich nicht mehr aufschieben. Ebenso ist in 2 kleineren Räumen die Erneuerung der Böden unaufschiebbar geworden. Weiters bedarf das Dach über den Krankenzimmern die auf die Veranda gehen der Isolierung, damit das Eindringen von Schnee- und Schmelzwasser vermieden wird. So unangenehm und bedauerlich diese Reparaturen sind, sie lassen sich nicht aufschieben. Die notwendigen Mittel können aufgebracht werden.

Da man in den ersten Kriegsjahren von einer schnellen, siegreichen Beendigung des Krieges ausging, verkaufte die Stadt weiter Grundstücke, weil diese für die dann einsetzende Bautätigkeit gebraucht würden. So überlässt die Stadt der Wohnungsbaugenossenschaft Grundstücke am Baggerfeld, an der Hindenburgstraße und in der Siedlung⁸⁴:

In Vorbereitung der nach dem Kriege einsetzenden Bautätigkeit plant unsere Genossenschaft, einen Wohnblock für Beamtenwohnungen an der Ecke Adolf-Hitler-Strasse/Hindenburgstrasse bis zum Bogenbach hin zu errichten. Zu diesem Zwecke benötigen wir das anschliessend an die sog. Sesselsberger Wiese gelegene, im Besitz der Stadt befindliche Grundstück.

Ferner ist der Ausbau des Baggerfeldes, sowie eines Teiles der Grundstücke des Michael Hacker für Wehrmachtwohnungen vorgesehen. Des weiteren soll in der Siedlung zwischen dem zuletzt erbauten Zwölffamilienhaus und der Strasse nach Egg ein Abschlusshaus errichtet werden.

Der Stadtrat plant im Juni 1941 den Verkauf von Bauplätzen am Haidengrund auch an Privatpersonen. Der Regierungspräsident habe keine Einwände gegen die Bebauung dort. Es seien auch schon Meldungen von Interessenten für Bauplätze vorhanden⁸⁵. Bürgermeister Weiß ordnet deshalb eine Besichtigung des Baugeländes durch die Ratsherren an. Schon zuvor hatte die Stadt Bürgermeister Weiß vom Grundstück des städt. Elisabethenheims Deggendorf Pl. Nr.656 a eine Teilfläche von 103 Dezimale zum Preis von 40 RM pro Dezimale käuflich überlassen⁸⁶. Dieses 3.400 qm große Grundstück ist von der Lage her sicher eines der schönsten Baugrundstücke in Deggendorf. Weiß leitet als Betroffener die Besprechung dieses Tagesordnungspunktes selbst und genehmigt in der *Entscheidung d. Bürgermeisters* den Verkauf an sich selbst, ein seltsam anmutendes Verfahren. In der gleichen Beratung moniert Sebastian Weiß als Berichterstatter die hohen Grundstückspreise in Deggendorf, gegen die auch der Landrat schon Einspruch erhoben habe. Die Stadt werde aber noch keinen Preisplan für Grundstücke aufstellen, wie das Landshut getan habe, sondern eine Art Anleitung für die Preise geben: *Für eine mittlere Wiese kommen 40.-RM pro Dezimale in Frage. Der höchste Preis für ein Grundstück ist in Zukunft 80 - 85.-RM pro Dezimale*⁸⁷. Der Preis, den Weiß für sein schönes Baugrundstück zahlte, liegt also an der unteren Grenze.

Nach den ersten Rückschlägen im Krieg gegen Russland wird klar, dass der Krieg länger dauern wird und dass sich somit auch der Beginn des Wohnungsbaus hinauszögern wird. In der Beratung vom 16.Juni 1942 verkauft die Stadt an die Wohnbaugenossenschaft zwar noch ein weiteres Grundstück an der Adolf-Hitler Straße zum stolzen Preis von 100 RM pro Dezimale⁸⁸, stellt aber dann den Verkauf von Grundstücken für den herkömmlichen Wohnungsbau ganz ein. In derselben Sitzung wird der Grundstückswunsch des *schwerkriegsbeschädigten Hauptfeldwebels Albert Regiert* behandelt. Der Verkauf wird mit folgendem Argument abgelehnt⁸⁹:

Die Ratsherren haben in den Beratungen schon wiederholt ausgesprochen, dass während des Krieges Grundstücksverkäufe nicht mehr erfolgen, da z.Zt. nicht gebaut werden kann. Bei dem in Frage stehenden Grundstück muss, da es nahe an der Reichsautobahn liegt, die Frage noch geklärt werden, ob es bebaut werden darf; ferner ist die Frage der Finanzierung u. dgl. zu prüfen.

Außer für den späteren Behelfsheimbau werden Grundstücke nur mehr verpachtet. Dies tut die Stadt im Dezember 1942, als sie an das Veltrup Werk ein benachbartes Grundstück zur Nutzung als Holzlager und zum Aufstellen von Baracken für *auswärtige dienstverpflichtete Gefolgschaftsmitglieder* nicht verkauft sondern verpachtet⁹⁰.

Die durch das Neubauverbot eskalierende Wohnungsknappheit wurde noch durch die Luftangriffe auf die deutschen Großstädte verstärkt. Diese zerstörten ein Drittel, manchmal sogar mehr als die Hälfte des Wohnraums einer Stadt. Bis Mai 1945 wurden schätzungsweise 3,5 bis 4 Millionen Wohnungen ausgebombt⁹¹. Hier eine Karte der Zerstörungen in deutschen Großstädten⁹²:



Dies zwang zur Evakuierung oder Umquartierung, wie das Regime es nannte, der betroffenen Menschen aus den zerstörten Städten⁹³. Begonnen hatte die Wanderungsbewegung schon 1940 mit den *Kinderlandverschickungen* aus luftgefährdeten Städten. Man rechnet, dass sich Mitte 1941 bereits rund 50.000 bis 60.000 verschickte Kinder in Bayern aufhielten⁹⁴. Im Zuge der Kinderlandverschickung trafen im November 1940 Hamburger Kinder in zwei *Erholungslagern* in Metten ein. Wo sich die Baracken dieser Lager befanden, wird im Zeitungsbericht nicht erwähnt⁹⁵. 1943 kamen Kinder auch nach Deggendorf⁹⁶: *Gestern nachmittag trafen mit einem Sonderzug rund 150 Kinder aus luftgefährdeten Gebieten in Deggendorf ein, wo sie von Beauftragten der NSV. empfangen und in die Pflegestellen in Stadt und Kreisgebiet vermittelt werden.* Im Sommer dieses Jahres wurden im Rahmen der *Erweiterten Kinderlandverschickung* auch in Metten wieder 34

Mädchen und 2 Jungen aufgenommen und dann zu Bauern in Einzelpflegestellen gebracht. Dort halfen sie bei der Arbeit mit, *so bei der Einbringung der Ernte*⁹⁷.

Auch Bürgermeister Weiß nahm ein Hamburger Mädchen in sein Haus auf. Das geht aus einem Schreiben an den Kindergarten hervor, in dem er von einem Diphtheriefall in seinem Haus spricht⁹⁸:

Deggendorf, den 4. März 1944.

Konzept.

I. An die
Kindergärtnerin Fr. M. Gruber
Deggendorf.

Jch danke für Ihre freundliche Einladung zur Gemeinschaftsstunde für heute Nachmittag 3 Uhr.

Leider ist es mir nicht möglich, an derselben teilzunehmen, da die in meiner Familie untergebrachte Hamburger Schülerin an Diphtherie erkrankt ist. Laut ärztlicher Anordnung habe ich aus Ansteckungsgründen von öffentlichen Veranstaltungen fern zu bleiben.

Jch grüße Sie mit

Heil Hitler!

J. Müller

Zum Akk.

Trotz der Wohnungsknappheit musste auch der Landkreis Deggendorf Evakuierte aufnehmen. Die erste Gruppe waren nicht Fliegergeschädigte sondern eine Gruppe umgesiedelter Bessarabiendeutscher, die im Schloss Himmelberg und in einer daneben errichteten Baracke untergebracht waren. Laut der *BO* sollten sie den Winter hier verbringen, bevor sie im kommenden Frühjahr auf eigener Scholle wieder untergebracht werden. Georg Stadtmüller berichtet in seiner Geschichte des Klosters Niederalteich, dass auch dort die Räume des Schulheims im September 1940 für Rückwanderer aus Bessarabien beschlagnahmt wurden⁹⁹. Nachdem im Hitler-Stalin Pakt der Sowjetunion Südosteuropa als Interessensgebiet zugestanden worden war, besetzten russische Truppen 1940 Bessarabien und Teile der Bukowina¹⁰⁰. Die dort lebenden Menschen mit deutscher Abstammung siedelte man nach der Annexion der polnischen Westgebiete in dem neu eingerichteten Reichsgau Wartheland an. Die polnischen Bevölkerungsteile wurden in das Generalgouvernement abgeschoben. Nach knapp vier Jahren werden die deutschstämmigen Siedler wieder vor den sowjetischen Truppen fliehen oder von ihrem neuen Hof vertrieben werden. Im März 1941 besucht eine Kindergruppe der NS-Frauenschaft die Rücksiedler am Himmelberg¹⁰¹, und auch im August 1941 befindet sich diese Gruppe von Rücksiedlern noch immer am Himmelberg, denn die Jugendgruppe der NS-Frauenschaft, verstärkt durch die

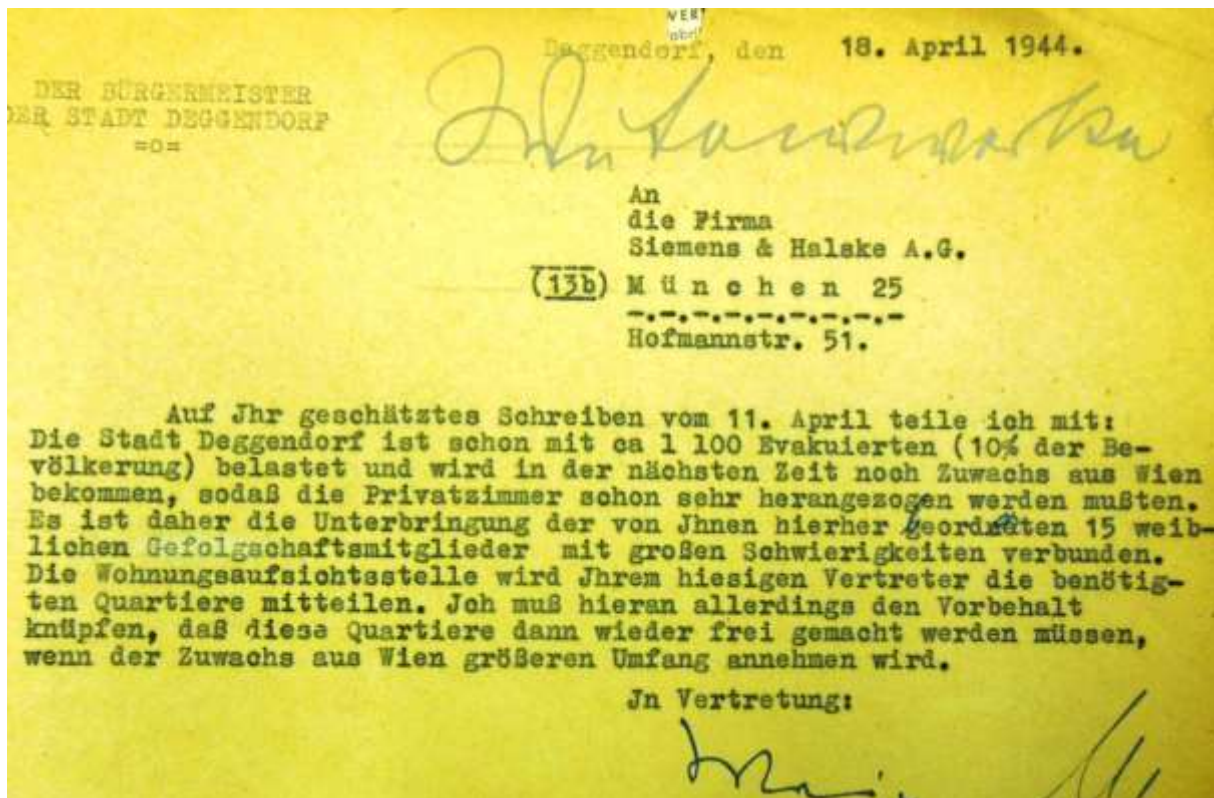
Jungschwestern der Krankenpflegeschule, verbringt dort mit den Umsiedlern einen Abend¹⁰²:



Erst am 23. September meldet die Zeitung, dass die Umsiedler ihre Lager am Himmelberg und in Niederalteich verlassen haben, nachdem *sie fast ein ganzes Jahr im Kreisgebiet gewelt hatten*¹⁰³.



Auf Grund der Intensivierung der Luftangriffe der Alliierten auf deutsche Städte verstärkte sich 1943 die Evakuierung der obdachlosen Bombengeschädigten in vom Luftkrieg weniger bedrohte Landstriche. Ein solcher war die Bayerische Ostmark. Die Reichsstatistik von November 1944 zählte insgesamt 833.063 Evakuierte in Bayern. *Im gesamten Reichsgebiet wurden im November 1944 7.769.880 Evakuierte und 406.648 Personen, die durch Verlagerung von Industriebetrieben umquartiert worden waren, registriert*¹⁰⁴. Bis Anfang 1945 soll die Zahl der Evakuierten auf 8.944.936 ansteigen.¹⁰⁴ Bei den verheerenden Luftangriffen auf Hamburg *zwischen dem 24./25. Juli und dem 3. August 1943*¹⁰⁵ waren 34.000 Menschen ums Leben gekommen, 900.000 wurden obdachlos. Sie und die Wiener Ausgebombten sollten im Gau Bayerische Ostmark und damit auch in Deggendorf untergebracht werden. So spricht Bürgermeister Weiß im April 1944 schon von 1.100 Evakuierten in Deggendorf, die in der Stadt einen akuten Wohnungsmangel auslösten¹⁰⁶.

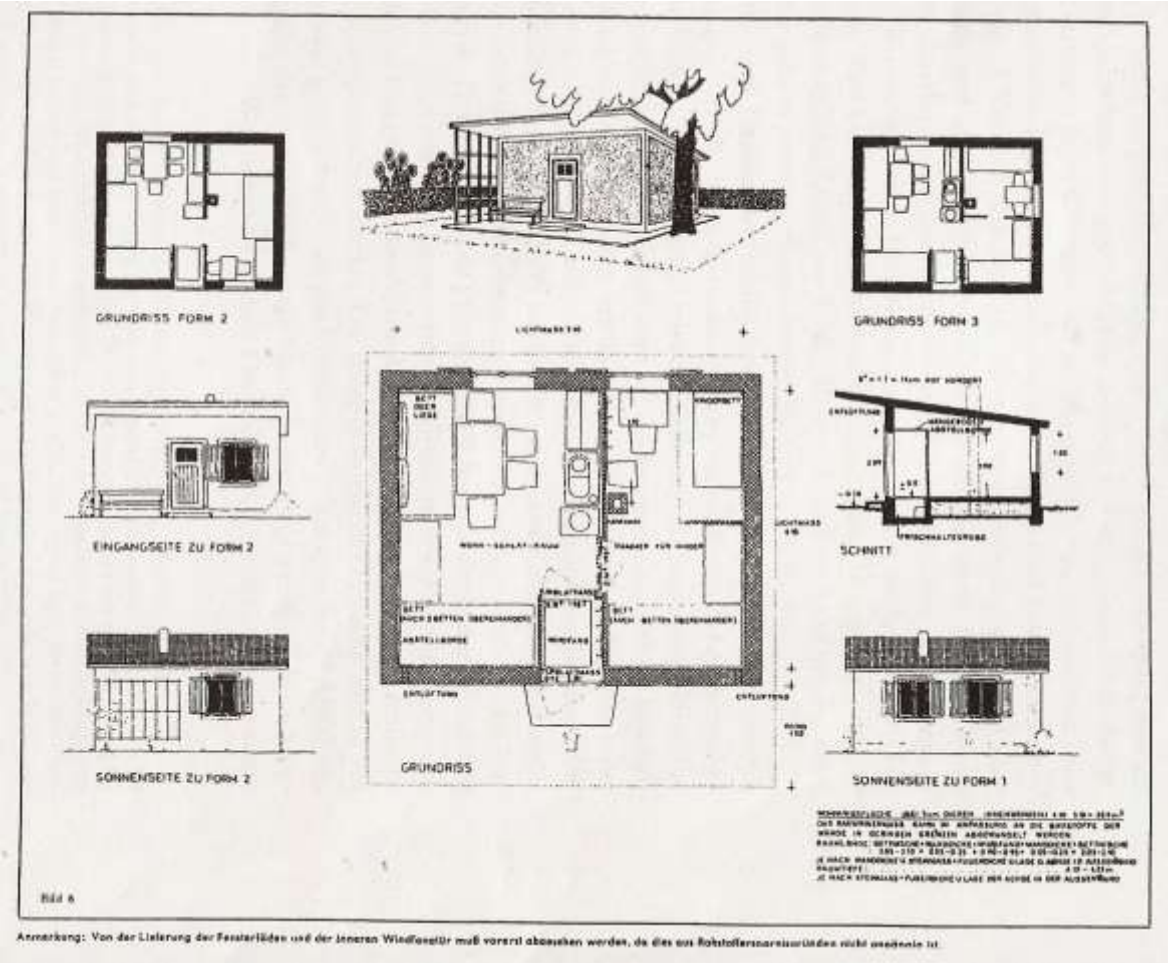


Bürgermeister Weiß befürchtet also noch eine Verschärfung der Lage durch den zu erwartenden Zustrom von Obdachlosen aus Wien. Laut Monatsbericht des Regierungspräsidenten vom November 1944 befinden sich im Regierungsbezirk 119.215 Evakuierte, davon 13.471 aus dem Saargebiet und 4.044 von Wien. Die Zahl der Evakuierten und Flüchtlinge steigt noch verstärkt an, als die Kriegsgegner sich den Reichsgrenzen nähern und diese dann überschreiten. Es werden von dort zunächst die Frauen, Kinder und Gebrechlichen evakuiert und ins Innere des Reiches gebracht. So heißt es im Monatsbericht vom März 1945, dass im Bezirk die Zahl der Evakuierten *lawinenartig* auf 310.155 angestiegen sei und dazu sich noch 700.000 Flüchtlinge in Niederbayern und der Oberpfalz aufhalten. Ein längerer Artikel im Lokalteil des *DWK* weist darauf hin, dass Rückgeführte auch nach Deggendorf gekommen waren. Über die Zahl gibt der Bericht jedoch keine Auskunft¹⁰⁷. Laut NSV Ortsverwaltung befinden sich am 18. Dezember 1944 1.065 Umquartierte in Deggendorf. Ob in dieser Zahl die Rückgeführten enthalten sind, lässt sich nicht genau sagen. Sicher ist allerdings, dass dort *nicht die in Privatquartieren untergebrachten Gefolgschaftsmitglieder verlagertes Betriebe* enthalten sind¹⁰⁸. Sebastian Weiß beziffert im Februar 1945 die Zahl der in der Stadt untergebrachten Fremden auf 2.000. Er erwähnt diese Zahl in einer äußerst erbosten Reaktion auf die Beschwerde des Angehörigen einer Obdachlosenfamilie¹⁰⁹: *Der Beschwerdeführer scheint kein Verständnis für die Schwierigkeiten der Unterbringung von Evakuierten in einer kleinen Stadt zu haben, in der schon 2000 Fremde untergebracht sind und täglich neue Flüchtlinge unterzubringen sind.* Bei Kriegsende und in den Monaten danach steigt die Zahl der in Deggendorf lebenden Flüchtlinge auf 4.134 Personen an. Roman Smolorz gibt in seiner Arbeit über *Displaced*

Persons in den Deggendorfer Geschichtsblättern die Zahlen der Flüchtlinge und Umquartierten, die sich im Juni 1945 in Deggendorf aufhielten¹¹⁰:

- ¹¹ Am 19. Juni 1945 lebten in Deggendorf 4134 deutsche Flüchtlinge (vgl. StaADegg/A44.4: Number and Nationality of all strangers in the town of Deggendorf vom 19.06.1945).
- ¹² Am 9. Juni 1945 befanden sich in Deggendorf 308 umquartierte Hamburger, 76 Aachener, 23 Augsburger, 81 Personen aus dem Raum Wien, 80 aus dem Raum Saarbrücken, 282 aus Trier, Düsseldorf und Darmstadt, 1547 aus Breslau, Schweidnitz, Görlitz und Königsberg sowie 1677 aus München, Berlin, Nürnberg und sonstigen Städten des Gaues Bayerische Ostmark (StaADegg/A44.4: Schreiben des Bürgermeisters von Deggendorf an den Landrat vom 11.06.1945).

Angesichts dieser Situation versuchte man, mit konkreten Maßnahmen mehr Wohnraum zu schaffen. Durch den Führererlaß vom 9. September 1943 wurde das Deutsche Wohnhilfswerk (DHW) gegründet¹¹¹. Hauptaufgabe des DHW war die Errichtung von Behelfsheimen für Luftkriegsbetroffene. Da ein herkömmlicher Wohnungsbau wegen der Rationierung von Baumaterial, Arbeitskräften und Transportmitteln nicht möglich gewesen wäre, wurde der Behelfswohnungsbau ab Frühjahr 1943 zur einzigen Form des Neubaus von Wohnungen¹¹². Diese Unterkünfte waren genormte Einheitstypen, die Teile wurden in industrieller Produktion hergestellt und sollten von den Betroffenen selbst in Gemeinschaftshilfe zusammengefügt werden. Sie hatten eine winzige Wohnfläche von 22 qm und hatten weder Wasser-, Kanalanschluss noch Stromversorgung. Hier der Plan des zweiten Typs, von dem 1 Million Stück geplant waren, aber bis zum Ende des Jahres 1944 angeblich nur ca. 300.000 Stück bereits fertig oder im Bau waren¹¹³:



Die Stadt ging sehr schnell daran, nach den Bestimmungen des DHW für Bombengeschädigte Behelfswohnungen zu errichten. So beschloss man schon am 29. November 1943, auf der Kernwiese sechs Wohnungen zu je 3.000 RM Gesamtkosten zu errichten: *Jede Wohnung besteht aus einer Wohnküche, welche zugleich als Schlafräum dient mit einer Wohnfläche von 11 qm und einem Kinderschlafraum mit 8,2 qm. In einem Schuppen ist der Abort untergebracht. An Grund wird eine Fläche von 200 qm (6 Dezimal) zur Verfügung gestellt, sodass die Anlage eines kleinen Gartens möglich ist*¹¹⁴. Auf Vorschlag des Stadtbauamtes hin beschloss man dann aber in der Beratung im Januar 1944, statt der geplanten 6 Behelfsheime jetzt Doppelbehelfsheime, also 12 Wohnungen, zu bauen¹¹⁵.

Wie stark der Stadtrat bei der Bekämpfung der Kriegsnot in dieser Zeit engagiert war, zeigt die Beratung vom 23. Februar 1944, in der Ratsherren für Sonderarbeitsgebiete bestellt wurden¹¹⁶.

Als Sonderarbeitsgebiete kommen für die Stadt Deggendorf in Betracht:

- 1.) die Errichtung von Behelfsheimen, Bau von Notwohnungen
- 2.) Luftschutz-Massnahmen, Errichtung von Luftschutzkellern, Splittergräben
- 3.) Umquartierung.
- 4.) Wasserversorgung für das Stadtgebiet, für Kandlbach usw.

Auf Ersuchen haben sich für die Arbeitsgebiete unter

- 1.) die Ratsherren Noel, Stadler
- 2.) " " " Wartner, Schnitzlbaum
- 3.) " " " Hosemann
- 4.) " " " Eckert und Singer

freiwillig gemeldet.

Im Januar dieses Jahres übernahm die Stadt auch die Trägerschaft des Baues eines Muster DHW Behelfsheims neben dem Bahnhof¹¹⁷. Die NSV sollte den Bau errichten, die Stadt leistete lediglich die Vorfinanzierung der Kosten von 3.000 RM. Beim Bau von Behelfsheimen für Umquartierte zahlte das Reich 1.700 RM je Einheit. Aus der Rechnung, die das Stadtbauamt am 26. März 1945 an die NSV weitergab, geht hervor, dass bei dem Bau auch Insassen des Gerichtsgefängnisses mitarbeiteten. Ihre Arbeit kostete ganze 4 RM.

Neben der NSV und dem DHW boten sich der Stadt auch private Bauträger für die Errichtung von Behelfswohnungen an. Diesen ging es allem Anschein nach nicht so sehr um die Hilfe für die Evakuierten sondern um die Gelegenheit, durch den Bau ein Grundstück von der Stadt erwerben zu können. Der Forstmeister Ernst Jaxheimer lieferte Holz für die DHW Bauten und plant jetzt, selbst ein solches Behelfsheim zu errichten. Er möchte dafür von der Stadt ein Grundstück haben, das er *später einmal nach dem Sieg, wenn allgemeine Bauerlaubnis gegeben ist, zum Ausbau eines Wohnhauses verwenden kann*¹¹⁸. Die Stadt solle ihm eine Fläche von 50 Dezimale (1.700 qm) anschließend an das Grundstück von Bürgermeister Weiß abtreten. Sollte ein Verkauf nicht möglich sein, würde er vorerst auch pachten mit einem späteren Vorkaufsrecht. Er würde dort auch Obstbäume pflanzen und betont, dass er das *Grundstück nicht als sogenannte "Kapitalanlage" erwerben will*. Der Bürgermeister erlaubt jedoch den Bau von Behelfsheimen nur *auf dem hiezu bereitgestellten*

Grundstück. Dieses befindet sich an der Graflinger Straße, ist 200 qm groß und wird von der Stadt nur pachtweise abgegeben. Damit hatte Jaxtheimer wohl das Interesse an dem Projekt verloren. In der gleichen Beratung wird das Kaufgesuch von Frau Berta Linsmeier besprochen. Sie möchte von der Stadt zur Errichtung eines Doppelbehelfsheims ein Grundstück *am Südosthang gegenüber dem Heidengrund*¹¹⁹ erwerben. Dieses zählt ebenfalls zu den schönsten Baugründen in Deggendorf. Stadtbaurat Kellner erinnert aber daran, *dass landwirtschaftlich benutzte Grundstücke vorerst nicht verkauft werden dürfen*. Auf keinem Fall werde man dulden, *dass an allen möglichen Plätzen Behelfsheime errichtet werden*. So lehnt der Bürgermeister den Verkauf des Grundstücks ab und bietet zugleich *Grund auf dem von der Stadt festgelegten Platz* an.

Da alle Bemühungen, genügend Wohnraum zu schaffen, nicht ausreichten, versuchte man durch administrative Maßnahmen den wenigen Wohnraum effektiver zu nutzen. Ab 1940 müssen freiwerdende Wohnungen innerhalb von 10 Tagen gemeldet werden¹²⁰. In Deggendorf wird 1941 eine *Städtische Wohnungstauschstelle* eingerichtet, die *Vermietern und Mietern vermittelnd helfen* soll¹²¹. Gleichzeitig wird aber betont, dass diese Stelle keinen Zwang auf die Vermieter ausüben werde. Der DWK weist 1943 darauf hin, dass es jetzt eine *Meldepflicht für Nebenwohnungen und unterbelegte Wohnungen* gibt. Zu melden sind auch Veränderungen durch das Ausscheiden von Untermietern und anderen Wohnungsbenützern¹²². Eine weitere Maßnahme des Staates war die *Verordnung zur Wohnraumlenkung vom 27.2.43*¹²³. Laut dieser Verordnung soll *zweckentfremdeter Wohnraum seinem ursprünglichen Zweck* zurückgeführt werden, sowie die Teilung von großen Wohnungen und der Dachgeschoßausbau gefördert werden. Kurz darauf befasst sich auch der Stadtrat am 31. Mai 1943 mit der Anordnung des Gauleiters zur Durchführung dieser Bestimmungen. Aber Tilmann Harlander beurteilt den Erfolg der Verordnung äußerst kritisch. Durch sie seien 1943 nur *etwa 30.000 sog. Doppelwohnungen und ca. 25.000 zweckentfremdete Wohnungen wieder für die Versorgung Wohnungsloser bereitgestellt* worden. Angesichts der *Zerstörung von mehr als einer Million Wohnungen durch Luftangriffe im Jahr 1943* sei dies *nur ein Tropfen auf den heißen Stein* gewesen¹²⁴.

Schon im April 1943 gibt der DWK die *Meldepflicht für alleinstehende Wohnungsinhaber* bekannt¹²⁵, da deren Wohnungen wahrscheinlich zur Einquartierung herangezogen werden sollen.



Meldepflicht für alleinstehende Wohnungsinhaber. Auf die heutige Bekanntmachung des Bürgermeisters der Stadt Deggendorf wird besonders aufmerksam gemacht.

Es ist sicher kein Zufall, dass in den Tagen der Bombardierung Hamburgs die *Verordnung zur Wohnraumversorgung* erlassen wird. Laut ihr sollen *Inhaber von mehreren Wohnungen ihre Nebenwohnungen für Luftkriegsbetroffene zur Verfügung stellen*. Es können auch unterbelegte Wohnungen *zur Unterbringung luftkriegsbetroffener Volksgenossen als Untermieter herangenommen werden*. Neugeschaffener Wohnraum soll *lediglich Luftkriegsbetroffenen zugewiesen werden* dürfen. Dies alles sollte möglichst auf freiwilliger

Basis geschehen. Zunächst wolle man versuchen, *Zwangseinquartierungen* zu vermeiden: *Je größer die Bereitwilligkeit der vom Luftkrieg Verschonten ist, umso leichter können behördliche Eingriffe in die Wohnverhältnisse des einzelnen Volksgenossen vermieden werden.* Hier der ganze Artikel des DWK vom 26.Juni 1943:

Bereitwilligkeit ist eine Ehrenpflicht

Wohnraumversorgung der durch Bombenangriffe geschädigten Volksgenossen

Es ist eine Ehrenpflicht eines jeden Deutschen, freiwillig dazu beizutragen, daß die von den völkerrechtswidrigen Terrorangriffen betroffene Zivilbevölkerung, insbesondere Mütter und Kinder und betagte Volksgenossen, wieder in ein ruhiges und weniger gefährdetes Heim kommen. Je größer die Bereitwilligkeit der vom Luftkrieg Verschonten hierzu ist, um so leichter können behördliche Eingriffe in die Wohnverhältnisse des einzelnen Volksgenossen vermieden werden. Zur Regelung der damit verbundenen Fragen hat der Reichskommissar zusammen mit dem Reichsjustizminister im Einvernehmen mit dem Leiter der Partei-Kanzlei eine Verordnung zur Wohnraumversorgung der Luftkriegsbetroffenen erlassen.

In dieser Verordnung wird bestimmt, daß zunächst Inhaber von mehreren Wohnungen ihre Nebenwohnungen für Luftkriegsbetroffene zur Verfügung stellen sollen. Ferner ist vorgesehen, daß der Reichswohnungs-kommissar zu

gunsten der Luftkriegsbetroffenen in von ihm zu bestimmenden Gauen weitere Maßnahmen in Kraft setzen kann; dazu gehört, daß unterbelegte Wohnungen zur Unterbringung luftkriegsbetroffener Volksgenossen als Untermieter herangezogen werden können, wobei ebenfalls in erster Linie der Grundsatz der Freiwilligkeit steht. Eine Heranziehung kleiner Wohnungen von Einzelpersonen, die vielfach mit Unrecht befürchtet worden war, ist dabei nicht in Aussicht genommen. Ferner kann bestimmt werden, daß durch Dachausbauten usw. neu geschaffene und solche Wohnungen, die bisher anderen als Wohnzwecken dienten und im Zuge der Bestrebungen zur Rückgewinnung zweckfremdeter Wohnungen frei werden, lediglich Luftkriegsbetroffenen zugewiesen werden dürfen.

Die Anwendung des Reichsleistungsgesetzes zur vorübergehenden Behebung von Obdachlosigkeit am Schadenort selbst bleibt durch die Neuregelung unberührt.

Das *Reichsleistungsgesetz* vom 1.September 1939, das die Grundlage für die späteren *Zwangseinquartierungen* wird, ist hier also schon erwähnt. Wie weit die Deggendorfer diesem Aufruf zur Freiwilligkeit nachkamen, wissen wir nicht. Auf jeden Fall sieht sich Kreisleiter Hain im August 1943 zu dem Vorschlag veranlasst, dass die im Kreisgebiet ankommenden *Hamburger Obdachlosen* am besten zu *Verwandten in weniger luftgefährdete Gebiete ziehen sollen*¹²⁶.

NSDAP Kreisleitung
 den 16. August 43

Der Kreisleiter.
 An alle
 Ortsgruppenleiter des
 Kreises

 zur Kenntnis an alle
 Ortsamtsleiter der NSV

Die Aktion "Unterbringung der Hamburger Obdachlosen" scheint infolge Abstoppens der noch angekündigten Sonderzüge wie des Zuzuges von Einzelreisenden vorerst zu einem gewissen Stillstand gekommen zu sein.

Aufgelockert wird dieser Stillstand jedoch dadurch, daß Terrorangriffe gegen andere deutsche Gebiete - vor allen Dingen deutsche Großstädte - weiterhin zu befürchten sind. Die Weisung der Reichsregierung, daß Personen - vor allem Frauen und Kinder und nicht mehr arbeitsfähige, ältere Männer und Frauen, tunlichst zu Verwandten in weniger luftgefährdeten Gebieten ziehen sollen, dürfte auch für unseren Kreis noch manche Veränderung in den erfassten Quartieren für Obdachlose bringen.

Nur wenn dies nicht möglich sei, müssten sie in den *erfassten Quartieren für Obdachlose* untergebracht werden, die auch Privatquartiere sein können. So begannen in Deggendorf schon im Herbst 1943 die Zwangseinquartierungen¹²⁷.

Vollzug des Reichsleistungsgesetzes.

Die Vorsorge für die Unterbringung von Obdachlosen nach Luftangriffen, von Fliegergeschädigten und sonstigen Personen, die aus Luftschutzgründen unquartiert werden müssen, erfordert dringend die Sicherstellung der dafür vorgesehenen Quartiere. Auch in Ihrem Haus, Siriushalde Nr. 286¹/₅ müssen Obdachlose oder sonstige Personen aus luftgefährdeten Gebieten untergebracht werden.

Ich nehme deshalb gemäß §§ 2, 5, 15, 22 und 23 des Reichsleistungsgesetzes vom 1.9.1939 -RGBl. I S. 1645 zur Sicherung des beabsichtigten Verwendungszweckes in Ihrem Hause, Siriushalde Nr. 286¹/₅

3 Dachkammern mit Keller- und Speicherbenützung
 mit sofortiger Wirkung in Anspruch.

2 Kammern müssen mit 2 Betten, 2 Nachtkästchen, 1 Schrank, 1 Waschkommode, 1 Tisch, 3 Stühle und anderen im Hause vorhandenen kleineren Einrichtungsgegenständen ausgestattet sein.

Die Zwangseinweisung wird formell vom Landrat angeordnet. Die Stadtverwaltung und der Bürgermeister leisten allerdings die vorbereitenden Arbeiten. Es wird zunächst festgestellt, welche Wohnungen für Quartiere in Frage kommen. Hinweise an die Behörden dazu kommen manchmal von der Bevölkerung selbst. So bedankt sich Weiß 1944 bei einem

Bankdirektor, dass dieser *an der Feststellung von Quartieren mitwirken* wolle¹²⁸. Diskretion ist natürlich zugesichert.

Der Bürgermeister der Stadt Deggendorf, den 4. November 1944

Konzept.

I. An
Herrn Bankdirektor S t i a s n y
D e g g e n d o r f

Jahnstrasse 531 1/6

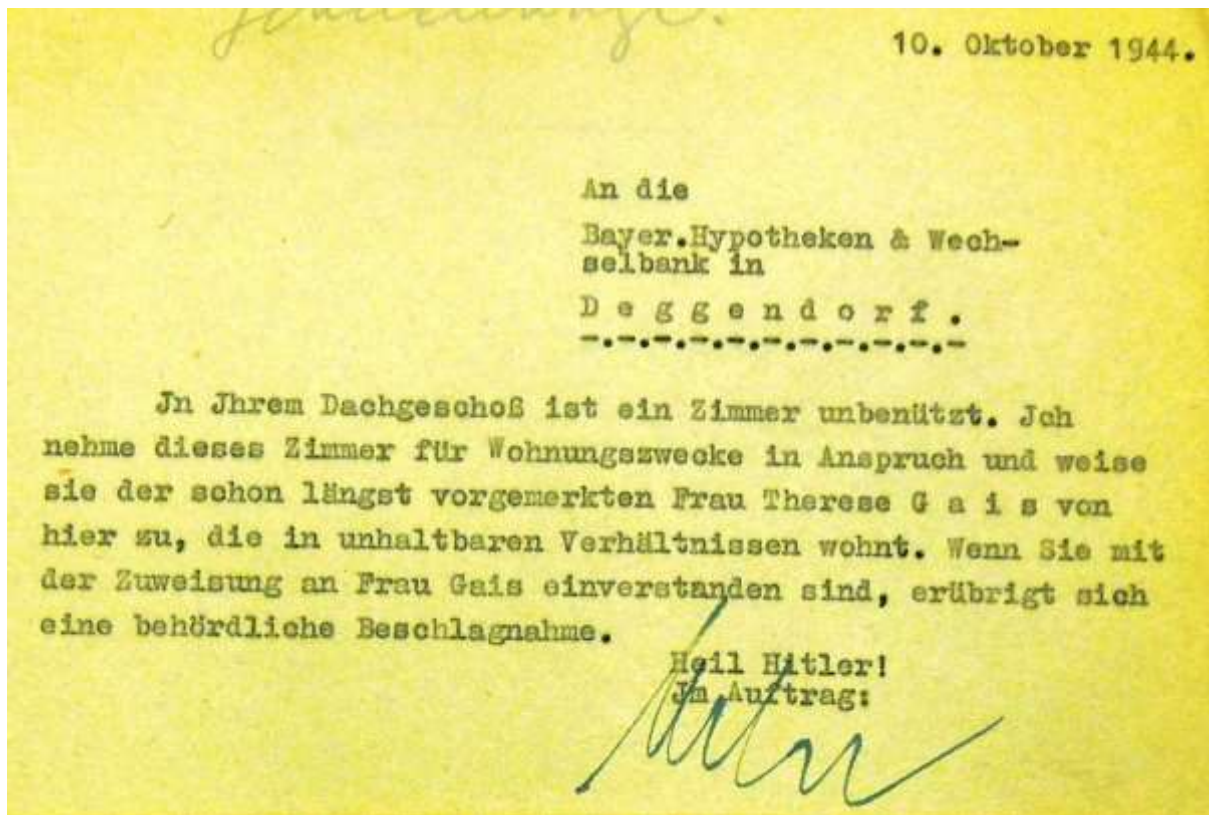
Jch bestätige den Empfang Ihrer Zuschrift vom 1.11.ds.Jahres. Die Überprüfung der Wohnräume im Allgemeinen erfolgt im Laufe der nächsten Woche. Durch eigens eingesetzte Ausschüsse, bestehend aus dem zuständigen Zellenleiter und je 2 Ratsherren. Jch habe gern von Ihrem Angebot Kenntnis genommen, dass Sie an der Feststellung von Quartieren mitwirken wollen. Wenn Sie zu diesem Zwecke auf Wohnungen verweisen können, die für eine Einquartierung oder eine Unterbringung von weiteren Evakuierten in Frage kommen, wäre ich Ihnen dankbar, selbstverständlich wird vollste Verschwiegenheit zugewichert.

In Vertretung:

Wie aus dem Schreiben hervorgeht, werden die Wohnräume durch den *zuständigen Zellenleiter und je zwei Ratsherren* auf Geeignetheit für Einquartierung überprüft.

Hier das Formblatt, welches dabei benutzt wurde:

Mit dem verstärkten Zuzug werden dabei immer häufiger Zimmer auch innerhalb der Wohnung in Anspruch genommen. Stellt es sich heraus, dass die Wohnung dazu geeignet ist, weist der Bürgermeister eine oder mehrere Personen zu¹³⁰.



Ist der Wohnungsinhaber mit der Zuweisung ohne triftigen Grund nicht einverstanden, wendet sich der Bürgermeister an den Landrat, der dann die behördliche Beschlagnahme ausspricht. Gegen diese Verfügung des Landrats besteht kein Einspruchsrecht¹³¹.

Der Landrat.

Deggendorf, den 2. Oktober 1944.

zum Bayerntag!

Deutsches Reichspost

An Herrn/Frau W i r k e r t

in Deggendorf

(136) Kleinsiedlung 506/16

Betreff: Vollzug des Reichsleistungsgesetzes.

Die Vorsorge für die Unterbringung von Obdachlosen, von Fliegergeschädigten und sonstigen Personen, die aus Luftschutzgründen umquartiert werden müssen, erfordert dringend die Sicherstellung der dafür vorgesehenen Quartiere.

Auch in Ihrer Wohnung müssen Obdachlose oder sonstige Personen aus luftgefährdeten Gebieten untergebracht werden.

Ich nehme deshalb gemäß §§ 2, 5, 15, 22 und 23 des Reichsleistungsgesetzes vom 1. 9. 1939 — RGBl. I, Seite 1645 — zur Sicherung des beabsichtigten Verwendungszweckes in Ihrer Wohnung

1 Z i m m e r mit Küchenbenützung

mit sofortiger Wirkung in Anspruch.

Die Vergütung richtet sich nach den jeweils geltenden Bestimmungen des RLG. und den hiezu ergangenen Runderlassen.

Den etwa weiter noch ergehenden Anordnungen der mit der Durchführung der Unterbringung von Obdachlosen und sonstigen Personen aus luftgefährdeten Gebieten betrauten NSV-Dienststellen haben Sie Folge zu leisten.

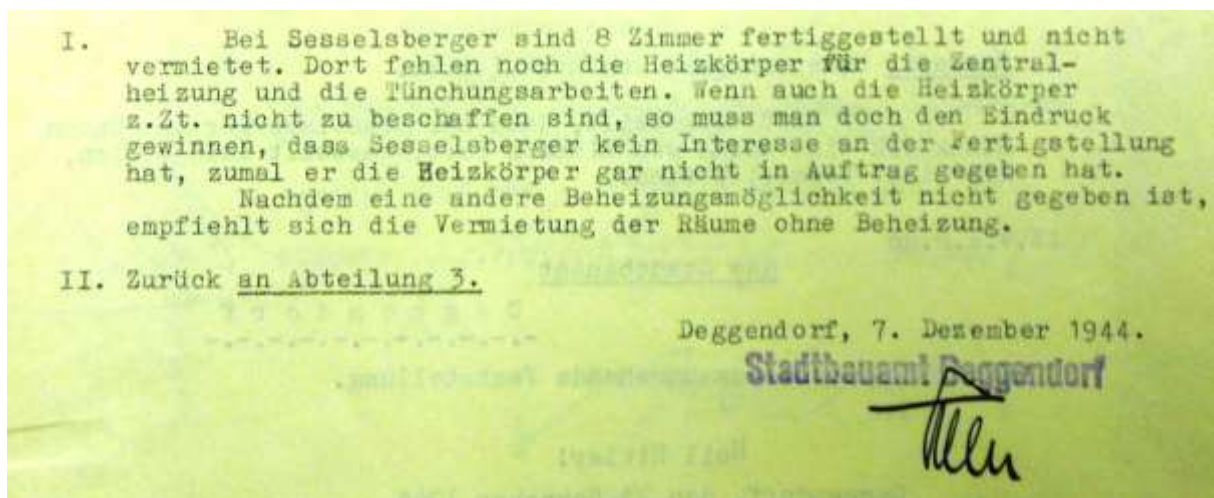
Einsprüche gegen diesen Bescheid sind aus Gründen der Reichsverteidigung zwecklos.

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung unterliegen den gesetzlichen, teilweise sehr einschneidenden Strafen. Zu widerhandlungen vorsätzlicher oder hartnäckiger Art können auch staatspolizeilich mit sofortiger Inhaftierung verfolgt werden.

gez. Heindl,
k. Landrat.

Für die Verwaltung und dem Bürgermeister war die Zuweisung von Zimmern eine arbeitsaufwendige Aufgabe. Im Stadtarchiv Deggendorf befindet sich ein dicker Akt mit dem Titel *Wohnungsfragen 1944 und 1945*. Die Gesamtauswertung des Aktes würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen und müsste Gegenstand einer weiteren Abhandlung zu diesem Thema sein.

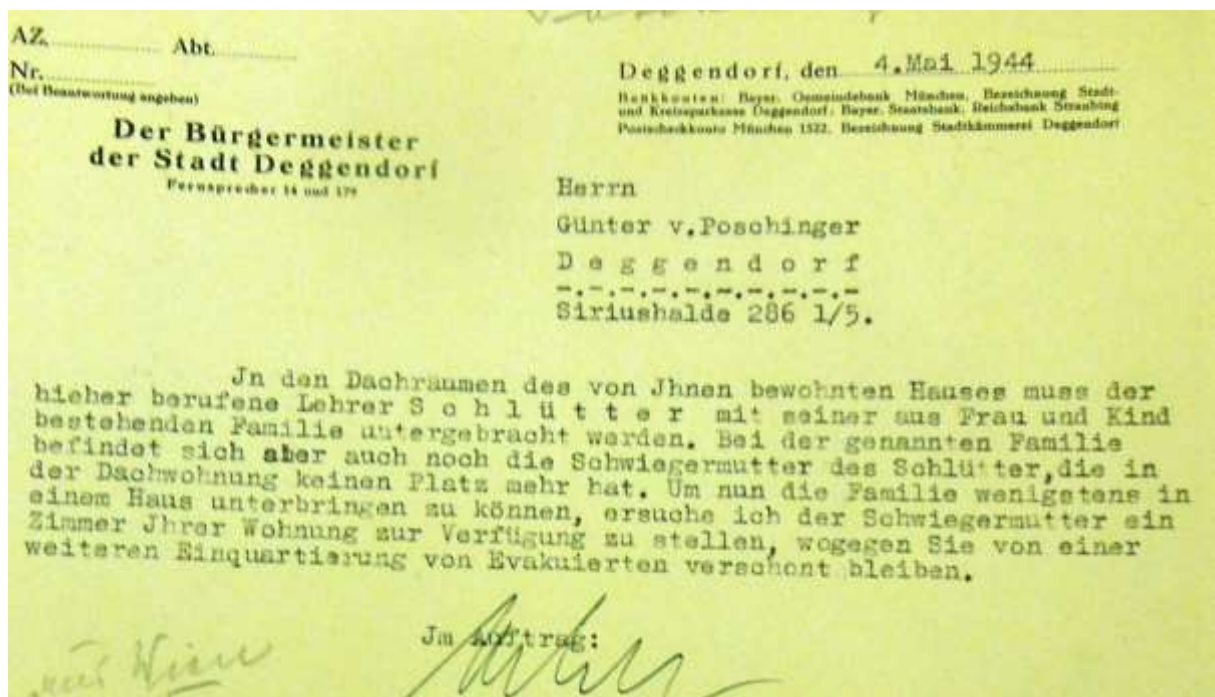
Die Arbeit wurde für die Verwaltung noch erschwert, weil sich manche Bürger gegen die Einquartierungen zu wehren versuchten. Man meldet entweder Eigenbedarf für unterzubringende Familienmitglieder, Verwandte oder Angestellte an, wie das der Kaufmann Georg Schötz tut¹³². Bankdirektor Schnellhögl lehnt es ab, Fremde in seiner Wohnung aufzunehmen, *weil er zu nervös sei*¹³³. Oberinspektor Weber kommt daraufhin Schnellhögl entgegen, indem er einverstanden ist, dass dieser stattdessen eine ihm offensichtlich bekannte Frau Hufnagl in seine Wohnung aufnimmt, *wenn dadurch das bisherige Zimmer der Genannten für Einquartierung zur Verfügung gestellt wird*¹³⁴. Brauereibesitzer Sesselsberger hat es gar nicht eilig, seine acht neuen Fremdenzimmer zum Bezug fertigzustellen. Dies berichtet das Stadtbauamt im Dezember 1944¹³⁵.



Daraufhin wendet sich Weiß an den Brauereibesitzer und beauftragt ihn, die *8 Zimmer umgehenst als Schlafstellen herrichten zu lassen*¹³⁶. Offensichtlich wollte aber Sesselsberger seine neuen Zimmer nicht an Obdachlose vermieten. Am 28. Dezember fragt der Bürgermeister erneut nach, ob die Zimmer, wenn auch ohne Heizung, für Übernachtungszwecke verwendet werden können. Daraus sieht man, dass jetzt selbst unbeheizte Zimmer als "bewohnbar" gelten.

Manche Wohnungsinhaber versuchten, die Einquartierten wieder los zu werden, indem sie ihnen das Leben schwer machten. Dies zeigt die Beschwerde eines Mieters im *Greinerschen Hause Gaisberg 247 1/4*, dem Frau Greiner die Haustürschlüssel entwendet hatte und nicht mehr zurückgegeben hatte¹³⁷. Doch auch einige Einquartierte machten durch ihr Benehmen oder durch ihre Ansprüche Schwierigkeiten. Ein ganz besonderes Problem für den Bürgermeister war Josefine Rothmeier aus Gelsenkirchen. Nachdem sie schon wegen ständigen Streits mit ihrem Quartiergeber in der Gemeinde Fischerdorf gekündigt worden war, wurde sie mit ihren zwei Kindern im katholischen Pfarrhof bei Pfarrer Dr. Stich untergebracht. Dieser sah sich jedoch auch gezwungen, ihr zu kündigen, da sie eine dort ebenfalls untergebrachte Hamburgerin unablässig anfeindete¹³⁸. In Zusammenhang ihrer erneuten Ausquartierung beleidigte sie auch Bürgermeister Weiß und weigerte sich später, die Beleidigung zurückzunehmen. Erst nach langem Drängen der NSV Gelsenkirchen fand sie sich widerstrebend bereit, den Sühnebetrag von 40 RM zu entrichten¹³⁹.

Noch mehr Arbeit bereitete der Stadtverwaltung die Unterbringung der Familie von Lehrer Schlüter aus Hamburg. Er wurde von Hamburg nach Deggendorf *berufen*, um mit seiner Frau die *Hamburger Kinder hier zu unterrichten*¹⁴⁰. Es ist aber anzunehmen, dass auch die Schlüters zu den Ausgebombten gehörten. Die Kinder der Umquartierten wurden zu Beginn des Schuljahres 1943/44 *in einer eigenen Sammelklasse mit einer eigenen Lehrerin untergebracht*¹⁴¹. Wir wissen zwar nicht, wann die Familie Schlüter nach Deggendorf kam, aber diese Lehrerin könnte sehr wohl Frau Schlüter gewesen sein. Es ist auch nicht bekannt, wann die Familie die Dachwohnung in der Stern Villa Siriushalde 286 1/5 bezogen hat. Das Schreiben des Bürgermeisters an v. Poschinger klingt als ob dies am 4. Mai 1944 noch nicht der Fall gewesen war¹⁴².

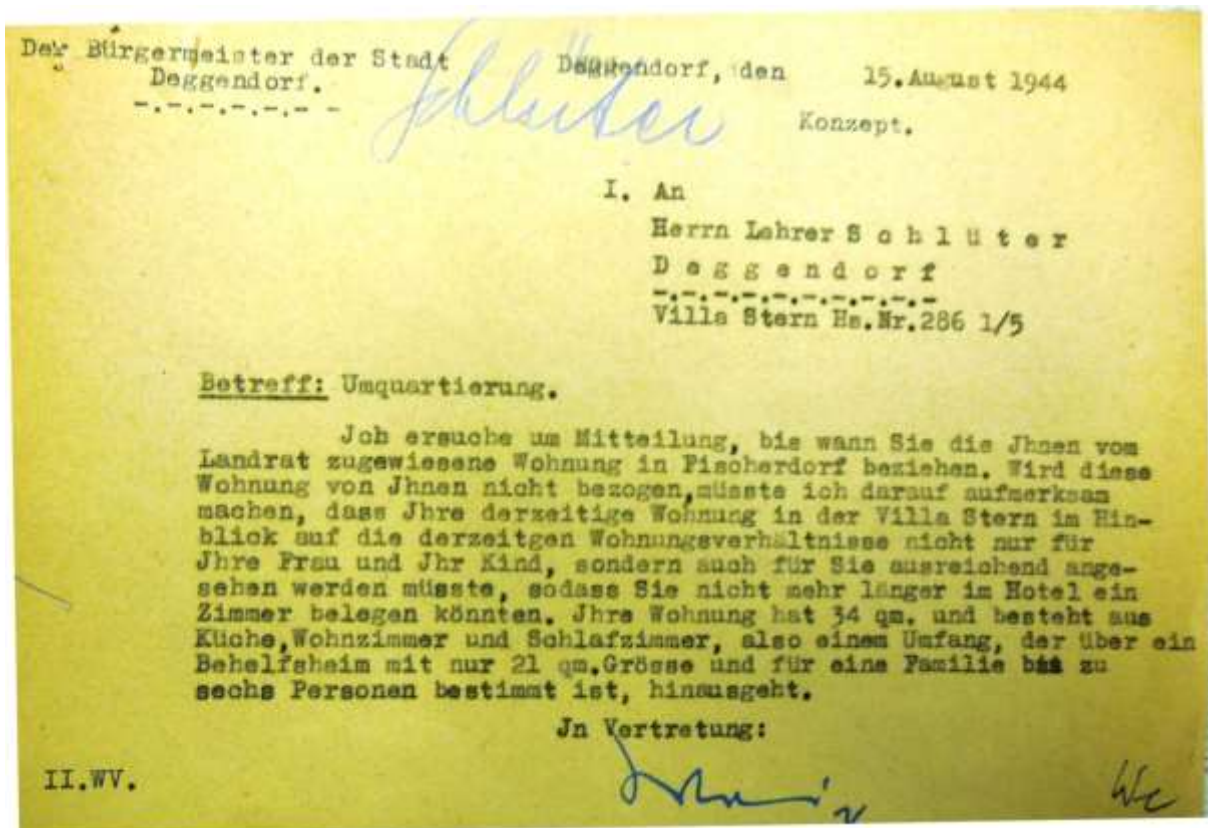


Diese Dachwohnung hatte weder Toilette nach Wasseranschluss. Solche befanden sich nur im Geschoß darunter. Laut Schreiben der Stelle für Wohnraumlenkung vom 11. April 1944 an den Bürgermeister würde ein Einbau nur eine *wünschenswerte Bequemlichkeit für den Mieter Schlüter* bedeuten¹⁴³. Daraus geht wiederum nicht klar hervor, ob damit der "jetzige" oder der "zukünftige" Mieter Schlüter gemeint ist. Anfang Juni wohnt die Familie von Lehrer Schlüter laut Sebastian Weiß mit Sicherheit *in den ihm zugewiesenen drei Zimmern*. Der Bürgermeister fügt aber hinzu, dass Schlüter *schon seit Monaten* im Brauerei Gasthof Aschenbrenner wohnt. Die Formulierung *schon seit Monaten* würde darauf hindeuten, dass die Schlüters die schon am 22. Oktober 1943 beschlagnahmte Dachwohnung in Siriushalde 186 1/5 bedeutend früher als nach dem 4. Mai 1944 bezogen hatten. Schlüter selbst wohnt aber im teureren Gasthofzimmer, weil er in seiner Wohnung nicht schlafen könne¹⁴⁴. Außerdem beschwert er sich laufend beim Bürgermeister, dass die Dachwohnung für die dreiköpfige Familie zu klein sei¹⁴⁵.

Betreff: Unterbringung von Evakuierten.

1. Der von Hamburg hierher berufene Lehrer *Schlüter*, seine Ehefrau und ein Kind hat die Dachwohnung im Hause Nr. 285 1/5 zugewiesen erhalten. Schlüter wird ständig mit der Klage vorstellig, dass diese Räumlichkeiten ihm nicht ausreichen und eine größere Wohnung beanspruchen müsse.
2. An das Stadtbauamt
mit dem Ersuchen, um Feststellung des Flächeninhalts der, der Familie Schlüter zugewiesenen Räume und mit der Äußerung, ob sie unter Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse als ausreichend angesehen werden kann.

Bei der Angabe *im Hause 285 1/5* statt *286 1/5* muss wohl ein Schreibfehler vorliegen. Dem Bürgermeister wird es jetzt zu dumm, und der Landrat weist Schlüter eine neue Wohnung in der Gemeinde Fischerdorf zu. Vielleicht weil ihm diese Wohnung zu weit vom Stadtzentrum entfernt gelegen war, scheint Schlüter auch bei der Annahme dieser Wohnung zu zögern. Der Bürgermeister stellt ihm dann Mitte August ein Ultimatum¹⁴⁶.



Wir haben keinerlei Informationen über die weitere Unterbringung der Familie Schlüter. Diese Vorgänge zeigen aber, wieviel Arbeit die Stadtverwaltung und der Bürgermeister mit den Einquartierungen hatten.

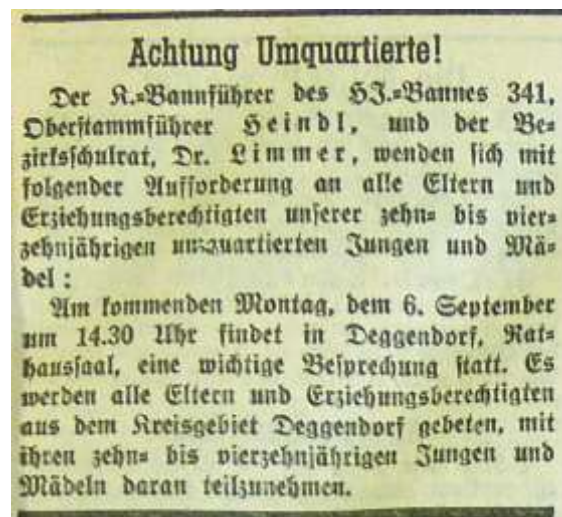
Zu den Zwangseinquartierungen gibt es auch Berichte von Zeitzeugen. Georg Haberl beschreibt in seinem Buch aus eigenem Erleben die Ereignisse gegen Kriegsende. Er wohnte im Dachgeschoß des Hauses Nr. 104 in der Lateinschulgasse, und die Hauseigentümer, die im

ersten Stockwerk wohnten, mussten ein Zimmer an eine Frau aus Hamburg und ihren zwei Kindern abgeben¹⁴⁷. Dazu folgender Kommentar von Georg Haberl: *Zu dritt in einem Raum zu wohnen, zu kochen und zu schlafen, das war bestimmt nicht einfach. Mit diesen beiden Buben schloss ich schnell Freundschaft. Der Kleinere eignete sich relativ rasch unseren bayerischen Dialekt an, sodass die Mutter Probleme hatte, ihren Sohn zu verstehen.*

Die Stadt und insbesondere die Partei sind nicht nur für die Unterbringung sondern auch für die Verpflegung und die Betreuung der Umquartierten, die oft hilfsbedürftig sind, zuständig. Die Kommunikation geht dabei häufig über die Zeitung. So werden die Umquartierten aufgefordert, sich von ihrem Heimatort abzumelden und in Deggendorf anzumelden, um Missbrauch mit den Lebensmittelkarten zu verhindern¹⁴⁸. Die Menschen in luftgefährdeten Gebieten erhielten auf ihren Lebensmittelkarten nämlich größere Rationen. Für die Umquartierten macht die Ortsgruppe auch extra Aushänge¹⁴⁹.



Zum Schulbeginn 1943 werden die Eltern der schulpflichtigen Kinder der Umquartierten zu einer Informationsveranstaltung eingeladen¹⁵⁰:



Bei dieser Besprechung dürfte wohl die Einrichtung der schon erwähnten Sammelklasse für die Hamburger Kinder behandelt worden sein.

Durch das Zusammenleben auf engstem Raum musste es natürlich zu Reibereien und Problemen zwischen Einheimischen und Umquartierten kommen. In der schon zitierten Anweisung an die Ortsgruppen erwähnt Kreisleiter Hain, dass es besonders bei der Verpflegung Schwierigkeiten gebe¹⁵¹:

4. Reibungsflächen zwischen Quartiergeber und Gästen werden sich vielleicht in stärkeren Maße auf dem Sektor Verpflegung ergeben. Ich weise demzufolge die Hoheitsträger darauf hin, die bereits wiederholt angeregte Einführung der Gemeinschaftsküche unter Heranziehung geeigneter Hamburger Frauen hauptsächlich in geschlossenen Ortschaften durchzuführen. Bei schwächerer Belegung können auch Abkommen mit den Inhabern von Gaststätten wegen der Verpflegung getroffen werden.

Die Wirte in Deggendorf waren von der Idee, ihre Küchen für Gemeinschaftsverpflegung zur Verfügung zu stellen, nicht sehr angetan. So lehnt es die Wirtin der Schießstätte 1944 ab, ihre Küche an die DAF abzutreten. Die DAF bittet dann den Bürgermeister, beim Landrat die Beschlagnahme des Nebenzimmers *zum Ausbau der Gemeinschaftsküche* zu beantragen¹⁵². Dass die Kontakte zwischen den Einheimischen und ihren Gästen nicht sehr eng waren, zeigt der Bericht des DWK über einen *Kameradschaftsabend* der umquartierten Hamburger Frauen, die sich schon seit einiger Zeit regelmäßig zur Gymnastik in der Turnhalle getroffen hatten. Jetzt kamen sie im Nebenzimmer eines nicht genannten Gasthauses zu einem Abend mit Lichtbildervortrag und mit Gesangsvortrag einer Hamburger Opernsängerin zusammen. Der Bericht spricht davon, dass damit der erste Schritt getan wurde, *die Umquartierten der Stadt eng und kameradschaftlich zu verbinden*¹⁵³. Bezeichnenderweise nahmen offensichtlich keine Deggendorfer an dem Abend teil. Auch der Regierungspräsident beklagt in seinen Monatsberichten die Spannungen zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Umquartierten besonders aus Hamburg. So spricht er im Mai und dann wieder im Oktober 1943 das Verhalten der Hamburger an. Da viele Evakuierte mehr Geld als die Einheimischen haben, würden sie die wenigen vorhandenen Waren zu überhöhten Preisen aufkaufen. Sie sähen sich als *Gäste des Führers*, seien mit Verpflegung und Unterbringung unzufrieden und weigerten sich auch oft, bei der Arbeit mitzuhelfen.

Für die Behelfsheime muss die Stadt natürlich auch die Möblierung übernehmen. Der Bürgermeister genehmigt in der Beratung im August 1944 die Anschaffung von 20 Einrichtungen zu je 400 RM¹⁵⁴. Dies ist die spärliche Möblierung eines Behelfsheims:

4 Betten (Doppelbetten)
1 Kleiderschrank
1 Küchenschrank
1 Esstisch mit Schublade
1 Arbeitstisch mit Schublade
1 Eckbank als Truhe ausgebildet
1 Anrichte
1 Waschocker
2 einfache Hocker.

Doch Bürgermeister Weiß kann auch mal Hilfe für die Evakuierten verweigern. Als die Kreisleitung den Kapuzinerstadel zur Unterbringung von Möbeln für Fliegergeschädigte anmieten will, lehnt Weiß dies kurzwegs ab¹⁵⁵:

Deggendorf, den 15. November 1943.

Der Bürgermeister der Stadt
Deggendorf.

I. An Konzept.
die NSDAP.-Kreisleitung
D e g g e n d o r f .

Betreff: Umquartierung aus Luftschutzgründen.

Auf Ihr Schreiben vom 13.11.43 teile ich Ihnen mit, dass eine Vermietung des Saales im Kapuzinerstadel nicht in Betracht kommen kann. Da bereits Schulbänke in Kellern (Kieslingkeller) untergebracht werden mussten, kann eine Belegung des Saales im Kapuzinerstadel mit Einrichtungsgegenständen von Fliegergeschädigten nicht in Frage kommen. Aus diesem Grunde ersuche ich Sie, den mit Einrichtungsgegenständen belegten Saal zu räumen.

In Vertretung:

Luftschutz und Verdunkelung

Glücklicherweise gab es auf Deggendorf während des 2. Weltkrieges insgesamt nur vier Luftangriffe. Bis zum 5. Februar 1945 war die Stadt völlig verschont geblieben. Die Luftangriffe hat Georg Haberl in seinem Buch ausführlich beschrieben, sodass sie in dieser Arbeit nicht nochmals zu behandeln werden brauchen. Dennoch wurde das Leben der Menschen in Deggendorf durch die befohlenen Luftschutzmaßnahmen und besonders durch die Verdunkelungspflicht während der gesamten Kriegsjahre geprägt. Schon am 29. September 1933 berichtet der DB über eine Besprechung im Rathaussaal zur Notwendigkeit des Luftschutzes und über die *bisher von der Stadt getroffenen Luftschutzmaßnahmen*. Es gibt bereits eine *Ortsgruppe Deggendorf des Reichsschutzbundes, die unter Leitung Herrn Apothekers Dr. Sell steht*. Diese Ortsgruppe hielt am 29. November im Schwarzmannsaal eine Aufklärungsversammlung ab, deren *Besuch befriedigend* war. Dr. Sell begrüßte dazu den Truppführer Steel vom Luftschutztrupp Ekkehard. Durch das Luftschutzgesetz vom 4. Juli 1935 wurde dann die *Luftschutzpflicht für alle Deutschen* geregelt¹⁵⁶. Der 1933 gegründete Reichsluftschutzbund (RLB) hatte 1939 etwa 15 Millionen Mitglieder. Diese Mitglieder wurden in Luftschutz geschult, *vom Feuerlöschen mit Sandsäcken oder Handwasserpumpen bis zur Ersten Hilfe*¹⁵⁷. Da im 2. Weltkrieg das Fliegen auf Sicht noch vorherrschend war, wurde im Zuge der Kriegsvorbereitungen am 23. Mai 1939 die Verdunkelungsverordnung erlassen, damit *feindlichen Fliegern die Orientierung und das Auffinden von Zielen erschwert werden*¹⁵⁸. Der RLB war 1939 in Deggendorf schon voll durchorganisiert. Wer damals den RLB in Deggendorf führte, ist nicht bekannt. Wir wissen nur, dass es 1943 Studienrat Georg Steinbach war, denn Sebastian Weiß übermittelt ihm in dieser Funktion zum Jahreswechsel seine *herzlichsten Glückwünsche für 1944* und das Gebot, *alle Gedanken und Kräfte auf den Endsieg auszurichten*¹⁵⁹. Georg Sitzberger war

Schüler an der Oberschule und wurde mit seinem Jahrgang zum Luftschutz verpflichtet. Von seinem Biologielehrer Steinbach wurde er an primitiven Geräten wie zum Beispiel an einer *Luftschutzspritze, etwas größer dimensioniert als eine Fahrradpumpe, Eimer mit Sand und Schaufeln* ausgebildet¹⁶⁰. Bei Fliegeralarm musste sich die Gruppe in ihrem *Stützpunkt, im Luftschutzkeller des damaligen Streicherhauses, Bahnhofstraße*, einfinden. Als Mitglieder des Luftschutzes durften sie *bereits bei Voralarm die Schule verlassen, während sich die anderen Mitschüler erst bei Fliegeralarm in den Keller der Schule begeben* mussten¹⁶¹. Im November 1944 unterzeichnet Adolf Kolo als *Gemeindeguppenführer von Deggendorf*¹⁶² eine Beschwerde über mangelhafte Verdunkelung.

Mit deutschem Gruß
 Karl Müller
 ges. Adolf Kolo
 A.S. Z. - Gemeindeguppenführer von Deggendorf.

Schon vor Kriegsbeginn hatte in Deggendorf im Juni 1939 eine große Luftschutzübung stattgefunden, in welche die ganze Stadt einbezogen war¹⁶³. Dies sind die Anweisungen für richtiges Verhalten: Bei Fliegeralarm *ertönen die Sirenen am Rathaus und in den Fabriken ... eine Minute lang; bei Entwarnung (Aufhören der Fliegergefahr) ertönt dreimaliges kurzes Sirenenzeichen*. Wer sich zum diesem Zeitpunkt auf der Straße befindet, flüchtet in das nächste Haus oder in einen gekennzeichneten Schutzraum. Fahrzeuge auf der Straße fahren dicht an die Bordkante heran und halten an. Die eingeteilten Luftschutzhauswarte *sorgen dafür, daß die Hausbewohner nicht mehr auf die Straße treten*. In der Vorankündigung dieser Übung heisst es dann unmissverständlich: *Hält sich jemand nicht an die Weisungen der Absperrmannschaften, drohen ihm strenge Strafen*. Offensichtlich hatte bei dieser Übung nicht alles geklappt. Dies zeigt schon die wenig begeisterte Überschrift zum Bericht des *DB* über sie: *Die Luftschutzübung hat befriedigt*. Kritisiert wird, dass einige Neugierige offensichtlich auf der Straße geblieben waren oder aus den Fenstern schauten¹⁶⁴. Auch die *BO* kritisiert in der Ausgabe vom 15. Juni diese Neugierigen:

Deggendorf — eine Stunde ausgestorben

Die Sirenen heulten Fliegeralarm / Ohne Neugierde geht es nicht

Jetzt setzt eine Kampagne zur Entrümpelung der Dachböden ein, um Brandbomben keine Nahrung zu geben. Die Hausbesitzer müssen laut der *Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz* die Dachböden völlig entleeren. Wer dieser Anordnung nicht nachkommt, muss von den Amtsträgern des RLB der Polizei gemeldet werden¹⁶⁵. Diese Kampagne der Entrümpelung soll in den folgenden Jahren noch öfters wiederholt werden. Im Amtsblatt der Stadt Deggendorf wird dann bekanntgegeben, welche Selbstschutzgeräte die Hauseigentümer auf eigene Kosten anzuschaffen hatten¹⁶⁶:

1. Handfeuerprühe 1 Stück (Handsprühen (Einstell-, Einhänge-, Kübelsprühen usw), die von der Reichsanstalt der Luftwaffe für Luftschutz eine Vertriebsgenehmigung nach § 8 des Luftschutzgesetzes erhalten haben oder von dem Reichsführer H und Chef der D. Pol. im Reichsministerium des Innern anerkannt worden sind. Von einer Neubeschaffung kann Abstand genommen werden, wenn vorhandene Handsprühen von dem Ortspolizeiverwalter als ausreichend angesehen werden).
 2. Einreißhaken 1 Stück (mit Haken oder kräftigem langen Nagel versehene Holzstange).
 3. Leine 1 Stück (lange, kräftige Leine, auf Holzwelle gewickelt).
 4. Leiter 1 Stück (Steh- oder Anstell-Leiter, Hausleiter).
 5. Luftschutz-Hausapotheke 1 Stück (Hausapotheke die eine Vertriebsgenehmigung nach § 8 des UG. erhalten hat).
 6. Feuerpatzche je Treppenhaus 1 Stück (ein bis zwei Meter langer Stod, an dessen Ende ein vor der Benutzung mit Wasser zu tränken- des Stück Stoff befestigt ist).
 7. Wassereimer je Treppenhaus 2 Stück.
 8. Wasserbehälter je Treppenhaus 2 Stück (Faß, Bottich, Wanne oder dergleichen).
 9. Sandkiste je Treppenhaus 1 Stück (Kiste mit etwa 5 Eimer Sand oder Erde und ein- facher Handschaufel).
 10. Schaufel oder Spaten je Treppenhaus 1 Stück.
 11. Axt oder Beil je Treppenhaus 1 Stück.
 12. Armbinden je Laienhelfer(in), je Mel- der, 1 Stück (nach vorgeschriebenem Muster).
- (Zum § 3 der siebenten Durchführungsver- ordnung)

Die Sandtüten für Luftschutzzwecke gab es allerdings umsonst¹⁶⁷.



Weiterhin, fordert der RLB auf, dass jedes Familienmitglied die Volksgasmaske zum Preis von 5 RM erwerben solle¹⁶⁸. So bereitete man das Volk auf den geplanten Krieg vor:



(Foto: Schanetzky, Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich, 144)

Während in den Großstädten Luftschutzbunker errichtet wurden, geschah in dieser Hinsicht in unserem Raum zunächst nichts, weil man ihn als nicht besonders luftgefährdet ansah. Stattdessen wurden die Hausbesitzer aufgefordert, Keller als Luftschutzräume einzurichten. *Baut Luftschutzräume* lautete der Appell der Amtsträger des RLB bei einem Lichtbildervortrag *über den behelfsmäßigen Luftschutzraumbau* im Schwarzmannsaal im September 1939¹⁶⁹. Allerdings ließ bei dieser Veranstaltung der *Besuch zu wünschen übrig*, was für den DB ein Zeichen war, dass *noch nicht überall das notwendige Verständnis hiefür vorhanden ist*. Schon zwei Tage vorher hatte man den Hausbesitzern geraten, dass sie sich bei der Herstellung von Notausgängen für ihre Luftschutzkeller an die städtischen Betriebswerke wenden sollen, um Beschädigungen von Telefon- und Wasserleitungen zu vermeiden¹⁷⁰. Auch das Presseorgan des RLB, *Sirene*, gibt Ratschläge für die Ausstattung der Luftschutzräume, wie die *BO* vom 15. März 1941 berichtet:

Luftschutzräume — beheizt! Mag die junge Märzsonne auch zum ersten Spaziergang ohne Wintermantel verführen, in den Kellern wird die Kälte noch auf Wochen hinaus anhalten. Wie die Beheizung zweckmäßig geschieht, darüber unterrichtet in allen Einzelheiten ein Aufsatz im neuesten Heft der „Sirene“, der großen deutschen Luftschutz-Flustringen. In dem wieder reich bebilderten Heft wird u. a. auch über die Fallgeschwindigkeit der Bomben und der Klakspalter sowie über den Luftschutz-Warndienst berichtet. Grete Weiser, die bekannte Film- und Bühnenkünstlerin, zeigt sich den „Sirene“-Lesern als wackerer „Hausfeuerwehrmann“.

Wenn man außerhalb der Großstädte schon keine Luftschutzbunker baute, bezahlte das Reich zumindest die Baumaterialien für die Errichtung von Luftschutzräumen¹⁷¹:

Das Reich bezahlt auch das Baumaterial für den Luftschutzbunker. Verschiedene Finanzämter haben die Erstattung von Kosten für die Beschaffung von Baustoffen zur Herrichtung von Luftschutzräumen mit der Begründung abgelehnt, daß unter Herrichtung lediglich Arbeitsleistung zu verstehen sei. Der Reichsfinanzminister hat aber, wie die „Sirene“ mitteilt, entschieden, daß die Kosten der Herrichtung von Luftschutzräumen nach den Richtlinien des Reichsluftfahrtministers zu erstatten sind. Dazu gehören auch die Kosten für die Baustoffe, die für die Herrichtung beschafft werden müssen.

Beim Bemühen um den Luftschutz kam es schon zu einigen bizarr anmutenden Aktionen und Ratschlägen, die häufig von der *Sirene* verbreitet wurden. Wenn man sich bei Luftangriffen im freien Gelände befindet, solle man laut RLB *Deckung in einem Graben oder in einer Ackerfurche* nehmen. So sei man *gegen die Splitter- und Luftdruckwirkung etwa abgeworfener Bomben geschützt*¹⁷². An einem Sonntag im April 1940 traten in Deggendorf

die Jungmädler in blauen Anzügen und Helm zu einer Luftschutzübung auf dem Turnplatz an. Dieses Mal war es Oberluftschutzführer Raumer aus Plattling, der die Bedeutung der Ausbildung auch der weiblichen Jugend im Löschen und Sanitätsdienst betonte¹⁷³. Hier das Foto der *stramm* angetretenen Mädchen:



1943 wird die Anordnung zur Räumung der Dachgeschoße nochmals verschärft. Jetzt müssen dort auch die Latten- und Bretterverschläge entfernt werden, damit man ohne Hindernis an die Brandbomben gelangen kann¹⁷⁴. Im Juli 1944 bespricht Kreisleiter Hain mit Landrat Heindl und dem Kreisbauernführer Frank mögliche Maßnahmen, die Ernte gegen Luftangriffe auf dem Land zu sichern. Mehr als Allgemeinplätze fällt ihnen dazu aber nicht ein¹⁷⁵:

Kreisleiter Hain stellte in seiner Schlussansprache noch einmal die gegenwärtige Lage heraus, wies besonders eindringlich auf die Gefahrenmomente aus der Luft hin und forderte, daß die vom Gauleiter als Reichsverteidigungskommissar und vom Reichsinnenministerium erlassenen besonderen Vorschriften zum Schutz der Ernte unbedingt und rückhaltlos durchgeführt werden. Mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln muß die Ernte als Ernährungsgrundlage des Volkes gesichert werden, weshalb jeder, gleichviel, an welcher Stelle, seine Pflicht zu erfüllen hat. Mit einem spontanen Treuegelöbniß an den Führer und seine stolze, unbesiegbliche Wehrmacht erreichte die Tagung ihren Abschluß. Sä.

Immer wieder fordert man die Bürger auf, die Luftschutzvorschriften einzuhalten. Laut *DWK* vom 23. Februar 1945 müssen bei Fliegeralarm alle Haustüren und Türen zu Dachböden aufgeschlossen sein, um den Selbstschutzkräften jederzeit Zugang zu ermöglichen:



Der Stadtrat selbst befasst sich öfters mit Luftschutzmaßnahmen. Im Februar 1942 wird über die Beschaffung von Fensterglasvorräten für die Städtischen Betriebe gesprochen. Aus Kostengründen schafft man dann aber nur eine Kiste Fensterglas an, die im Baustadel verwahrt werden soll¹⁷⁶. Auch die Pläne für die Feuerschutzimprägnierung der Dachstühle des Rathauses, des Krankenhauses und des Elisabethenheims scheitern an den hohen Kosten von veranschlagten 5.900 RM¹⁷⁷. Nachdem auch die Haltbarkeit der Imprägnierung begrenzt sei, sieht man endgültig von dieser Imprägnierung ab. Der in der Beratung vom 11. November 1940 besprochene Plan für den Bau eines Luftschutzraumes für das Rathaus war bis 1942 noch immer nicht umgesetzt worden. So beklagt Stadtbaurat Kellner in der Beratung vom 31. August 1942, dass das Rathaus noch immer ohne jeglichen Luftschutzraum sei. Mit Unkosten von 3.000 RM könne man unter der ehemaligen Kälberwaage einen Luftschutzraum für die 30 Mitarbeiter im Rathaus und für anwesende Gäste erstellen. In Friedenszeiten könne dieser Raum wieder anderweitig benutzt werden. Dieses Mal macht Bürgermeister-Stellvertreter Weiß Ernst: *Mit dem Bau eines Luftschutzraumes ist sofort zu beginnen*¹⁷⁸. 1943 beschließt man, dass bei *erhöhter Luftgefahr* die Akten der Registratur *in einen geeigneten Raum* ausgelagert werden sollen. Dafür kämen am besten die Mälzereiräume Burger in Frage¹⁷⁹. Das Sirenenproblem besteht 1942 noch immer, denn die Luftschutzsirene auf dem Rathaus ist am Bahnhof und in der Siedlung nicht zu hören. Nach längerer Aussprache mit den Ratsherren beschließt der Bürgermeister deshalb die Anschaffung einer weiteren Sirene, die *auf dem Bodenspeicher* beim Bahnhof angebracht werden soll¹⁸⁰.

Auch die Löschwasserversorgung machte den Räten Sorge. Da die vorhandenen Wasserleitungen nicht ausreichten, mussten für Brandherde, die abseits von Donau und den Bächen liegen, andere Möglichkeiten der Löschwasserbeschaffung gefunden werden. Für das Elisabethenheim, das sich bei Luftangriffen in exponierter Lage befand, sollte der vormalige Fischweiher wieder hergestellt werden¹⁸¹. Ansonsten wurde Stadtbaumeister Kellner beauftragt, auch in Zusammenarbeit mit Heeresstandortverwaltung *Vorkehrungen für die Bereitstellung von Löschwasser zu treffen*. Auf

Forderung des Landrats hin wurde 1944 in größter Eile der Bau eines 10 m tiefen Brunnens für Feuerlöschzwecke auf dem Luitpoldplatz begonnen¹⁸². Die Arbeiten, die von Strafgefangenen ausgeführt wurden, waren schon im Gange, bevor die Beratung darüber stattgefunden hatte. Für den oberen Stadtplatz war ebenfalls ein solcher Tiefbrunnen zum Kostenpunkt von 3.000 RM geplant. *Im Vollzug der Entschl. des Landrates Deggendorf vom 19.2.1944 Nr.1882* wurde in Niederkandelbach ein Feuerlöschteich errichtet. Er sollte eine Größe von 400 qm haben und 1 m tief sein. Die Errichtung des Löschteiches sollte in Gemeinschaftsarbeit durchgeführt werden. *Bewohner von Niederkandelbach, die keinerlei Arbeiten leisten, sind mit einer Umlage zu belegen*¹⁸³. Offensichtlich rechnete man nicht nur mit Brandbomben, denn man bereitete sich auch auf Giftgasangriffe vor. So beschließt Bürgermeister Weiß im Januar 1944, einen *Gasspür- und Entgiftungstrupp* aufzustellen¹⁸⁴:

Vortrag des Berichterstatters: Die Ausrüstung des E-Zuges erfordert nach Aufstellung einen Kostenaufwand von 2 500.- RM - 3 000.-- RM. Die Anschaffungen sind notwendig. Die Bereitstellung der Mittel soll erfolgen, wenn auch keine unbedingte Gewähr für die Beschaffungsmöglichkeit besteht.

1944 muss sich der Stadtrat auch mit einem Antrag der Firma Veltrup befassen. Diese beabsichtigt, für *etwa 120 Gefolgschaftsmitglieder* Splitterschutzgräben zu errichten, und stellt an die Stadt den Antrag, dafür eine geeignete Fläche zur Verfügung zu stellen¹⁸⁵.

Der Luftschutz im Krankenhaus bereitet besondere Probleme. Hier die Anordnung, was mit Patienten bei Luftangriffen zu geschehen hat¹⁸⁶:

Der Luftschutz im Krankenhaus. Zahlreiche Volksgenossen sind immer wieder an der Frage interessiert, wie der Luftschutz in den Krankenhäusern bei Fliegeralarm durchgeführt wird. Die Unterbringung der Kranken ist nach der Art der Erkrankung geregelt. Diese Regelung ist in einem Erlaß des Reichsluftfahrtministers niedergelegt, der in der „Sirene“ zitiert wird. Schwerkranke dürfen danach in den oberen Geschossen überhaupt nicht untergebracht werden, da sie von dort nur schwer in die Luftschutträume geschafft werden können. Lediglich leicht transportierbare und gehfähige Kranke dürfen in diesen Räumen untergebracht sein. Bei Fliegeralarm haben letztere die Luftschutträume aufzusuchen, die im Kellergeschoss für die Gefolgschaft der Krankenanstalt und für die nicht bettlägerigen Kranken angelegt sind. Die bettlägerig Schwerkranken, die schwer transportfähig sind, sind von vornherein in besonderen splittergeschützten Krankenräumen zu lagern und bei Fliegeralarm dort zu belassen. Die Luftschutzmaßnahmen in Krankenanstalten werden dauernd überprüft und auf Grund der neuesten Erfahrungen verbessert.

Im August 1944 wird im Stadtrat die Errichtung eines Deckungsgraben für 50 Personen beim Krankenhaus beschlossen¹⁸⁷, da laut Chefarzt Dr. Holz die Kellerräume für die derzeitige starke Belegung mit *158 Krankenbetten - Lazarett und Zivil - zu klein sind*. Diese Deckungsgräben waren natürliche oder angelegte Bodenvertiefungen, überdacht meist mit einer Betondecke, um so Schutz vor Granatsplittern zu geben¹⁸⁸.

Im Dezember 1943 kündigt der Bürgermeister der Stadt Deggendorf als örtlicher Luftschutzleiter an, dass in Zukunft bei *Störflügen* auch in der Nachtzeit die bis jetzt *nur bei Tage übliche Öffentliche Luftwarnung* gegeben wird¹⁸⁹. Das Signal dafür ist das dreimalige Wiederholen eines *Dauertones von etwa je 15 Sekunden*. *Allgemein luftschutzmäßiges Verhalten* ist zwar dabei nicht vorgeschrieben, jedoch sind *öffentliche Ansammlungen oder Versammlungen aller Art (einschließlich Kinos, Theater, usw.) zu unterbrechen und aufzulösen*. Die Anordnung endet dann mit dem Hinweis: *Sollte im Anschluß an das Signal "Öeffentliche Luftwarnung" das Signal "Fliegeralarm" gegeben werden, so ist allgemein luftschutzmäßiges Verhalten notwendig. Die Bevölkerung hat dann die Schutzräume aufzusuchen*.

Das größte Projekt in Sachen Luftschutz war der geplante Bau eines Luftschutzstollens am Gaisberg, der in der Beratung vom 8. August 1944 diskutiert wurde. Schon Monate vorher muss der Bau des Stollens im Gespräch gewesen sein, denn im März 1944 hatte sich der Bürgermeister oder der Landrat anscheinend an Bürgermeister Posch von Plattling gewandt mit der Frage nach eventuellen Stollenbauten. Dieser antwortet, dass dafür in Plattling der Grundwasserspiegel zu hoch sei¹⁹⁰. Eine *Baubeschreibung für L.S. Stollenanlage Gaisberg in Deggendorf* stammt von Mitte Mai 1944. Diese Stollenanlage war geplant zwischen den zwei aufgelassenen Steinbrüchen Aumeier und Streicher. Der Stollen sollte 65 Meter lang sein und etwa 700 Personen Schutz bieten. Da einer der Stolleneingänge nur etwa 200 m vom Krankenhaus entfernt sei, könne ein Bereich des Stollens bei Luftangriffen für Operationszwecke benutzt werden. Das ist der Plan der Anlage¹⁹¹:



Um die Kosten für den Bau möglichst niedrig zu halten, und da ihm außerdem für den Bau die nötigen Arbeitskräfte fehlen, bittet Bürgermeister Weiß um die Zuweisung von etwa 30 Strafgefangenen für einen Zeitraum von 9 Monaten¹⁹². Dieses Gesuch muss Oberstaatsanwalt Dros jedoch ablehnen, da *im Gerichtsgefängnis nur mehr Strafen von bis zu einem Monat verbüßt werden können*¹⁹³. In der Beratung vom 8. August denkt man deshalb darüber nach, den RAD von

Niederalteich zu den Arbeiten heranzuziehen. Doch der tägliche Transport der Arbeitsdienstmänner von und nach Niederalteich sei zu aufwendig und wegen der Knappheit an Lastkraftwagen nicht durchführbar. Andererseits lägen die geschätzten Baukosten jetzt schon bei 120.000 RM. Diese würden zwar *vom Reich ersetzt, wenn der Stollen vollständig fertig ist*. Wenn die Arbeit allerdings ins Stocken kommt, *dann verbleiben die Kosten der Stadt*¹⁹⁴. Es folgt zu diesem Punkt eine längere Aussprache, die ergibt, *dass das Projekt des Stollenbaues zurückgestellt werden soll, da das Risiko wegen Mangel an geschulten Arbeitskräften zu groß und die Bauzeit eine verhältnismäßig lange ist und das inzwischenliegende Geschehen nicht vorausgesehen werden kann*. Vorsichtiger kann man die erahnte drohende Niederlage wohl nicht umschreiben. Der Bürgermeister stellt daraufhin in seiner EntschlieÙung den Stollenbau zurück. Man kann davon ausgehen, dass mit diesem Bau nicht mehr begonnen wurde, denn das zurückgestellte Projekt wird in keiner der weiteren Beratungen bis zum Kriegsende erwähnt. Im Akt zu dem Stollenbau befinden sich zwar einige Einquartierungslisten von Arbeitern. Diese dürften allerdings bei anderen Projekten eingesetzt worden sein und mit diesem Bau nichts zu tun haben. Beim ehemaligen Steinbruch Aumeier sind keinerlei Spuren von Stollenarbeiten zu erkennen, und auch Zeitzeugen wissen nichts von derartigen Stollenbauten am Gaisberg.

Noch stärker als von den Luftschutzmaßnahmen war das Leben der Menschen während des Krieges vom Verdunkelungsgebot geprägt. Schon Ende Februar 1939 wurde in mehreren Landkreisen, nicht aber im Landkreis Deggendorf, eine Luftschutz- und Verdunkelungsübung durchgeführt, wobei besonderes Augenmerk darauf gelegt wurde, dass die Fahrzeuge mit den *vorgeschriebenen Verdunkelungsvorrichtungen versehen* sind¹⁹⁵. Gleich in den ersten Kriegstagen wurde in der Zeitung auf die polizeiliche Verfügung zur Verdunkelung hingewiesen, die *täglich vom Einbruch der Dunkelheit bis zum Hellwerden durchzuführen* sei¹⁹⁶. Die Verdunkelung des gesamten Stadtgebietes müsse vollständig sein. Alle *Lichtquellen und Lichtaustrittsöffnungen* sind so abzublenden und zu verdunkeln, dass *das gesamte Stadtbild in Dunkelheit gehüllt ist*. Leider hätten am Vortag 10% der Bevölkerung das Verdunkelungsgebot nicht voll beachtet. Und dann kommt die Strafandrohung: *Wer bei den Kontrollen dabei erwischt wird, muss mit Strafmaßnahmen rechnen*. Zwei Wochen später werden die *7 Gebote des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, zum Straßenverkehr bei Verdunkelung* publiziert¹⁹⁷. Alle Scheinwerfer müssen so abgedunkelt sein, dass nach *oben kein Licht* austritt. Alle *nicht dringend notwendigen Lichtquellen, insbesondere Nebellicht, Kurven-, Rückfahrt- und Suchscheinwerfer* sind *außer Betrieb* zu setzen. Die Scheinwerfer müssen so abgedunkelt werden, dass bei Kraftfahrzeugen *nur ein waagrechter Ausschnitt von 5 bis 8 cm Länge und 1 cm Breite, bei Fahrradscheinwerfern eine 4 cm lange und 1 cm breite waagrechte Öffnung an der unteren Hälfte Licht austreten* lässt. Das rote Schlusslicht ist ebenfalls abzudunkeln. Die Radfahrer scheinen bei der Verdunkelung überhaupt das größte Problem gewesen zu sein. Entweder hatten sie überhaupt keine Beleuchtung oder sie war nicht nach oben abgedunkelt. Deshalb will man eine neue Verdunkelungskappe für Fahrräder einführen¹⁹⁸.

Verdunkelungsstappen für Fahrräder.
 Die bisherige Verdunkelung der Fahrradlampen hat sich als nicht ausreichend erwiesen. Deshalb müssen die Fahrradlampen jetzt auch nach dem Prinzip der Tarnscheinwerfer noch oben abgeschirmt werden. Die Industrie der Fahrradteile hat nach den neuen Vorschriften eine neue Blende entwickelt und zum Patent angemeldet. Diese neuen Kunststoffblenden werden jetzt ausgeliefert. Bei der Knappheit an Arbeitskräften ist es jedoch nicht möglich gewesen, sofort das ganze Reich zu versorgen. Zunächst werden die Westgebiete bevorzugt beliefert werden.

Sich bei Verdunkelung auf die Straße zu begeben war nicht ungefährlich. Laut des Erlasses von Himmler ist deshalb die Fahrgeschwindigkeit dementsprechend zu drosseln. Fußgänger sollen die Fahrbahn möglichst nur an Fußgängerüberwegen überqueren, wenn sich *keinerlei Fahrzeug nähert*. Bei während der Verdunkelung geschehenen Unfällen haften in der Regel die Betroffenen selbst¹⁹⁹: *Oberster Grundsatz: Selbst aufpassen!* Das Reich kommt nur für *Kriegspersonenschäden* auf, die durch Kampfhandlungen verursacht wurden. In einer anderen Anordnung vom November 1939 heißt es²⁰⁰: *Hundebesitzer haben die Pflicht, während der Verdunkelung auf öffentlichen Straßen und Plätzen die Hunde an einer kurzen Leine zu führen*. Am gleichen Tag werden die Bürger darauf hingewiesen, dass jetzt in den Herbst- und Wintermonaten das Verdunkelungsgebot auch am Morgen gilt:

* **Deggendorf, 21. Nov. (Verdunkelung bis Sonnenaufgang.)** Nach den g. Itenden Anordnungen ist von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang zu verdunkeln. Der Sonnenaufgang spielte noch vor wenigen Wochen für die Verdunkelung kaum eine Rolle, da es schon hell war, wenn die meisten Menschen aufstanden. Jetzt geht aber die Sonne erst nach halb acht Uhr auf, und in einigen Wochen wird es noch später. Es muß also auch morgens in den meisten Häusern Licht gebrannt werden. Es ist deshalb notwendig, auch in den Morgenstunden die Einhaltung der Verdunkelungsbestimmungen sorgfältig zu beachten.

Das Verdunkelungsgebot gilt auch auf Friedhöfen. So dürfen in der Weihnachtszeit die Kerzen an Weihnachtsbäumchen und Adventskränzen nicht in der *festgesetzten Verdunkelungszeit* brennen²⁰¹. Der Christbaum für Alle wird *mit Rücksicht auf die Verdunkelung bereits am Sonntag (Hl. Abend) um nachmittags 16 Uhr entzündet*²⁰². An Sylvester ist das Abbrennen von Feuerwerkskörpern verboten. *Ebenso wird jedem Volksgenossen angeraten, übermäßigen Alkoholgenuß im Hinblick auf die Verdunkelung und die sich daraus ergebenden Verkehrsgefahren im eigensten Interesse zu vermeiden. Gegen Betrunkene wird schärfstens eingeschritten*²⁰³. Natürlich fallen in der Kriegszeit auch die Sonnenwendfeuer aus. Das Verdunkelungsgebot gilt auch auf dem Land. Selbst Stallungen müssen mit selbst hergestellten Strohmatte abgedunkelt werden²⁰⁴.

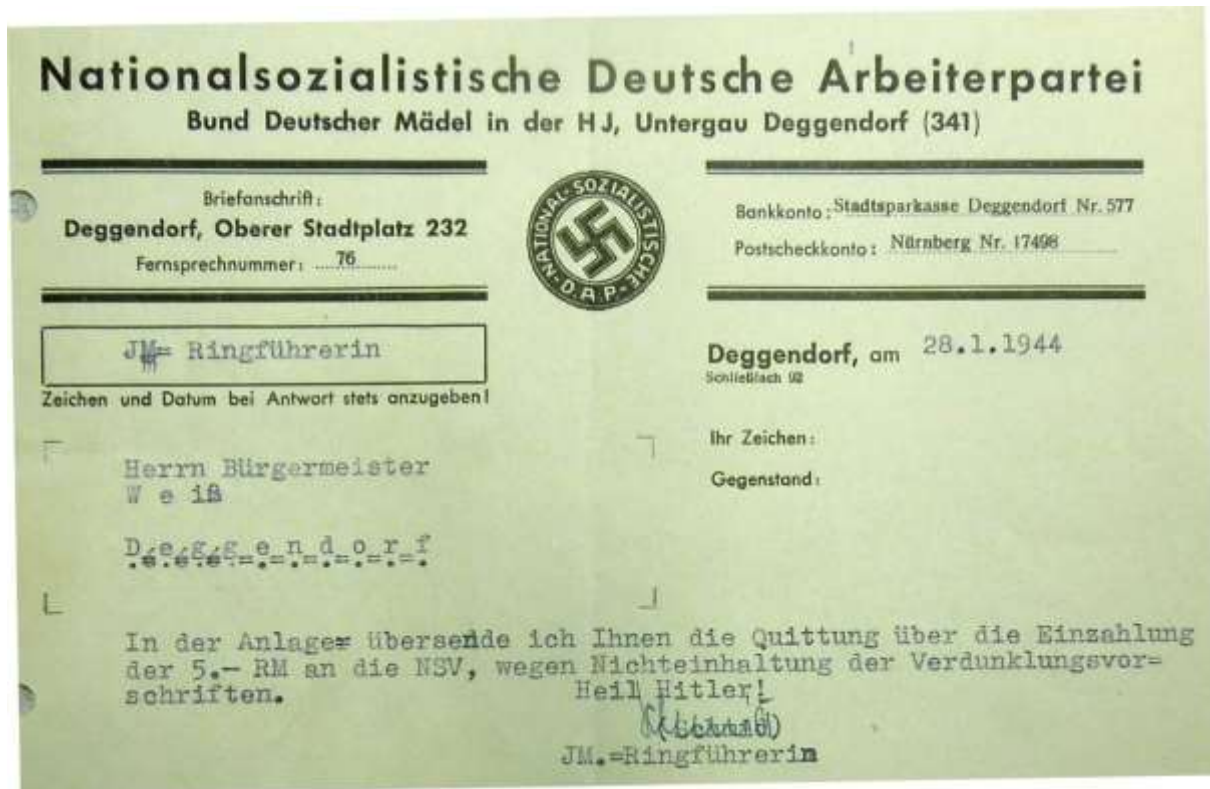
Trotz der angedrohten Strafen ließ 1940 *infolge der ruhigen Luftlage* die *Verdunkelungsdisziplin erschreckend* nach²⁰⁵. Die Benutzung von brüchig gewordenen Verdunkelungspapier und der Missbrauch von Taschenlampen seien die häufigsten Vergehen. Und wieder kommen die Strafandrohungen:



Der Bürgermeister selbst appelliert an die Bürger, die Verdunkelungspflicht ernst zu nehmen und geizt auch nicht mit Drohungen²⁰⁶.



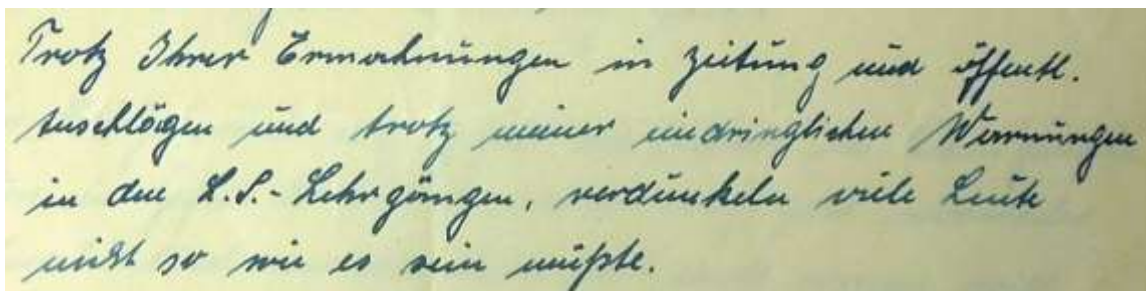
Dass auch aktive Parteimitglieder von Strafe bei Verdunkelungsverfehlungen nicht verschont bleiben, zeigt das Beispiel einer JM-Ringführerin, die 5 RM an die NSV wegen *Nichteinhaltung der Verdunkelungsvorschriften* zahlen muss²⁰⁷:



Und dies ist die Quittung über die Einzahlung:

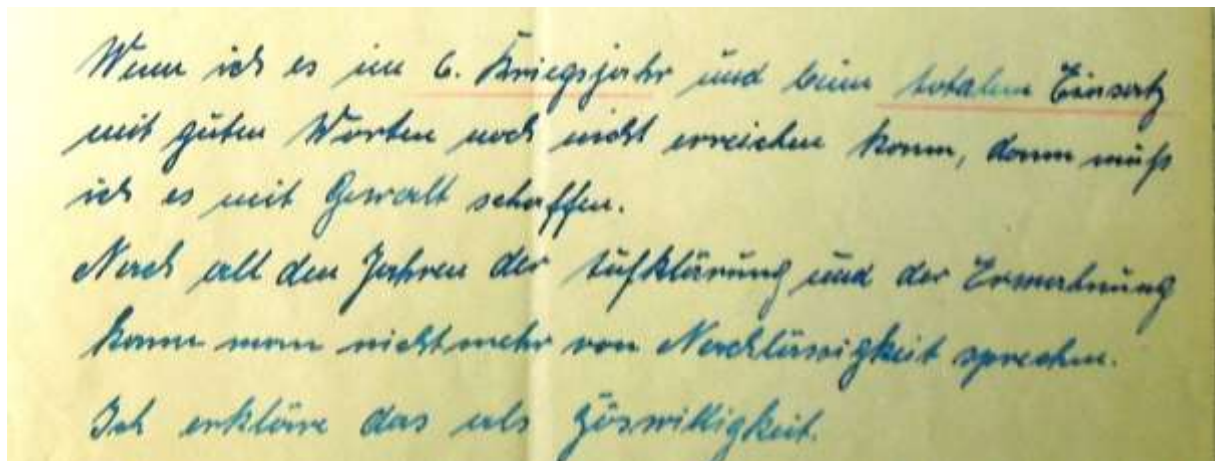


Daneben versuchte man, die Menschen immer wieder mit mehr oder weniger albernen Merkversen in der Zeitung an die Verdunklungspflicht zu erinnern: *Ob groß, ob klein, dein Fenster muß verdunkelt sein.* Doch Strafandrohungen sind die Regel. In dem oben zitierten BO Artikel vom 14. September 1940 heißt es: *Die zu verhängenden Strafen werden den Sünder so schwer treffen, daß sie ihm für lange Zeit im Gedächtnis bleiben werden. Außerdem riskiert der Betroffene, daß ihm der Strom für längere Zeit gesperrt wird.* Im November 1944 geht bei Bürgermeister Weiß ein langes, handschriftlich verfasstes Schreiben des RLB Deggendorf ein, das, wie oben gezeigt, vom Gemeindegruppenführer Adolf Kolo unterschrieben ist. Darin wird heftige Klage über Mängel bei der Verdunklung geführt²⁰⁸:



Trotz starker Ermahnungen in Zeitung und öffentl.
Ausschlüssen sind trotz meiner einschneidenden Warnungen
in den L.P.-Lehrjüngern, verdunkeln viele Leute
nicht so wie es sein müßte.

Kolo schlägt dann vor, dass jeder Hitlerjunge den Befehl erhalten solle, in seinem Haus auf pünktliche Verdunkelung zu achten. Er fordert auch noch strengere Bestrafung der Übeltäter, da sie nicht aus Nachlässigkeit sondern aus Bösartigkeit handeln:



Wenn ich es im 6. Kriegsjahr und beim lokalen Einsatz
mit guten Worten noch nicht erreichen kann, dann muß
ich es mit Gewalt schaffen.
Nach all den Jahren der Aufklärung und der Ermahnung
kann man nicht mehr von Notwendigkeit sprechen.
Ich erkläre das als Zornigkeit.

Der Monatsbericht des Regierungspräsidenten vom September 1940 zitiert den Dienstbericht der Gendarmeriekreise Deggendorf, in dem es heißt, dass in Urlaub zurückkehrende Frontsoldaten die Verdunkelungsmoral untergraben würden. Sie erzählten, dass *man die Verdunkelung in dem Ausmaß wie in der Heimat selbst draußen im besetzten Gebiet oder im Rheinland nicht kenne. Dort seien sogar die Städte nur teilweise oder mitunter gar nicht abgedunkelt.* Das scharfe Vorgehen der Polizei hier würde von vielen Menschen als Schikane gesehen. Im Monatsbericht vom September 1943 wird beklagt, dass viele der von Evakuierten bezogenen Räume früher leer standen und daher keine Verdunkelungsvorrichtungen haben. Außerdem habe in den Augen vieler Menschen die Verdunkelung an Wert verloren, weil feindliche Flieger immer häufiger auch bei Tag angreifen.

Dennoch besteht man auf der strikten Durchsetzung des Verdunkelungsgebotes. Um unterschiedliche Interpretationen von *Einbruch der Dunkelheit* oder *Sonnenuntergang* auszuschließen, beginnt man 1941, die vorgeschriebenen Verdunkelungszeiten genau anzugeben, zunächst für eine ganze Woche²⁰⁹: *Verdunkelung. In der Zeit vom 5. Januar bis 11. Januar liegen die Verdunkelungszeiten zwischen dem Beginn der Verdunkelung am 5. Januar um 17.11 und dem Ende der Verdunkelung am 11. Januar um 9.18 Uhr.* Ab Herbst 1941 werden dann die Verdunkelungszeiten täglich in der Zeitung angegeben und stehen dort an erster Stelle im Lokalteil²¹⁰:



Dies zeigt wiederum, wie wichtig man das Verdunkelungsgebot bei den führenden Stellen nahm.

Auch der Stadtrat befasst sich mit dem Thema, da er ja für die Verdunkelung der städtischen Gebäude zuständig ist. Die im Elisabethenheim untergebrachten Mädchenoberschule und das Schülerinnenheim hatten 1944 den Antrag gestellt, dass die Verdunkelungen für die Fenster insgesamt ersetzt werden. Die bisherige Verdunkelung sei unzureichend. Da das Elisabethenheim in exponierter Lage stehe, sei eine gute Verdunkelung notwendig²¹¹. Wie es scheint, hatte sich die Schule in dieser Sache schon öfters an den Bürgermeister gewandt. Dies geht aus seiner Bemerkung bei der Zustimmung zum Antrag hervor:

**Entschlies-
sung d. Bür-
germeisters:** *Nach Massgabe der Aussprache und dem Vorschlag der Heimleiterin genehmige ich die Erneuerung von 26 Verdunkelungsvorrichtungen in der Mädchenoberschule und Schülerinnenheim und gewähre die Bereitstellung der notwendigen Mittel von rund 800.- RM.*

Jch hoffe aber, dass damit die Klagen über die ungenügende Verdunkelung endlich verstummen.

In der allerletzten Beratung dieses Gremiums am 11. April 1945 befasst sich der Rat mit der Verdunkelung des Krankenhauses. Hier das Protokoll zu diesem Tagesordnungspunkt:

2. Beratung
mit den Ratsherren am 11.4.1945
Gegenstand: Krankenhaus; hier Verdunkelung. Nr. 1
Berichterstatter: Bürgermeister-Stellvertreter W e i ß .

a) **Vortrag des Berichterstatters:** *Von den Feltrup-Werken wurde ein Kostenvoranschlag vorgelegt über die Einrichtung einer vollständigen neuen Verdunkelung. Die Kosten belaufen sich ab Werk ohne Verpackung und Montage auf 5 687.45 RM. Vom Anstaltsreferat wird die Beschaffung begutachtet. Wie festgestellt, ist die Anregung von der Verwaltung des Reservelazarettes ausgegangen. In Hinblick auf die Höhe der entstehenden Kosten und die derzeitige Lage sollen mit der Lazarettverwaltung Verhandlungen aufgenommen werden wegen einer ev. Kostenbeteiligung.*

b) **Stellungnahme der Ratsherren:** - - -

c) **Entschlies-
sung d. Bür-
germeisters:** *Die Entscheidung über die Auftragserteilung wird auf einige Wochen zurückgestellt, bis die Stellungnahme der Lazarettverwaltung über eine Kostenbeteiligung vorliegt.*

Man stellt also die Entscheidung wegen der hohen Kosten und im Hinblick auf *die derzeitige Lage* auf einige Wochen zurück. Dies sollte sich allerdings als zu optimistisch erweisen, da die Zeit dieses Stadtrates bald abgelaufen sein wird.

Die gefallenen Deggendorfer und die Heldenfeiern

Die Nationalsozialisten veranstalteten drei verschiedene *Heldenfeiern* oder *Heldenehrungen*, die sich nicht immer ganz klar unterscheiden lassen. Am 8./9. November wurde der *16 Toten des Hitlerputsches in München* gedacht²¹². Ab 1939 gedachte man dabei auch der *Opfer des Sudetenlandes, der ermordeten Volksdeutschen in Polen und der Gefallenen des Krieges*²¹³. Im März fanden die Feiern zum Heldengedenktag statt. Man hatte dazu den Volkstrauertag der Weimarer Republik für die Gefallenen des 1. Weltkrieges umbenannt. Bei dieser Feier führte aber nicht die Partei sondern die Wehrmacht des Standortes Regie. Im 2. Weltkrieg begann man mit den Heldenfeiern für die Gefallenen. Diese fanden später in der Regel einmal im Monat unter der Regie der Partei statt.

Schon der Polenfeldzug forderte Opfer unter den Soldaten aus Deggendorf. Am 8. September fiel der erste Soldat aus der näheren Umgebung. Er war aus Einkind. Hier die Todesanzeige, die seine Familie in den *DB* setzte²¹⁴:



Am 26. September fiel der Kaufmannssohn Fritz Königer. Dazu erschien ein Artikel in der Zeitung²¹⁵:

* Deggendorf, 10. Okt. (Auf dem Felde der Ehre) gefallen ist am 26. Sept. vor Warschau der Kaufmannssohn Fritz Königer von hier, Unteroffizier in einem Infanterieregiment, im Alter von 20 $\frac{1}{2}$ Jahren. Der brave, pflichtbewusste junge Mann war als erfolgreicher Sportler bekannt und berechtigte zu den besten Hoffnungen. Der tieftrauernden Familie Königer, die den einzigen lieben Sohn und Bruder dem Vaterlande opferte, möge die allseitige aufrichtige Anteilnahme ein lindernder Trost in ihrem herben Schmerze sein. Alle, die den Gefallenen kannten, werden seiner stets ehrend gedenken.

Die Ortsgruppe der Partei hatte bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Stellungnahmen abgegeben. Offensichtlich war man sich nicht ganz sicher, wie man mit dem Tod von Deggendorfer Soldaten umgehen soll. Erst am 9. November beging die Partei in Deggendorf *ein doppeltes Totengedenken*, einmal für die Gefallenen und dann für die Toten der „Alten Garde“²¹⁶. Das geschah am Morgen mit Kranzniederlegung im Heldenhain und Besuch der Gräber der „Alten Garde“ im Friedhof. In der Feierstunde der Partei am Abend im Gesellenhaus gedachte Sebastian Weiß der Gefallenen dieses Krieges²¹⁷:

Im besonderen gedachte der Redner unserer Deggendorfer Toten: Anton Sellner, Siegfried Waldschütz-Wild, Josef Seemann und Fritz Königer. Er ermahnte die Zuhörer, an ihren Heldentaten sich ein Beispiel zu nehmen und schloß mit den Worten: „Wir grüßen den Führer für Deutschlands Glauben, Freiheit und Größe, den Führer, der die Vergangenheit überwand, der die Gegenwart gestaltet und der uns die Zukunft sichert.“

Daraus geht hervor, dass beim Polenfeldzug insgesamt vier Deggendorfer gefallen waren. Beim Heldengedenktag am 10. März 1940, den die Standortwehrmacht im Beisein der Parteispitze auf dem unteren Stadtplatz gestaltete, wurden keine weiteren Gefallenen genannt. Auch bei den Blitzkriegen 1940 gab es nur ganz wenige Deggendorfer Opfer zu beklagen. Im Mai 1940 meldet die *BO* den Tod von Major Werner Bürde. Interessant ist die Anzeige von Frau Bürde, welche in der Formulierung die übliche Phraseologie vermeidet²¹⁸.



Später wird man bei Todesanzeigen für Gefallene ganz andere Formulierungen gebrauchen, die wohl von der Partei vorgeschrieben waren, und beinahe identisch lauten²¹⁹.



Für die im Frankreichfeldzug zwei gefallenen Deggendorfer legte Bürgermeister Weiß im Heldenhain je einen Kranz nieder²²⁰.



Am 15. August 1940 findet für den im Lazarett an seiner Verwundung verstorbenen Leutnant Helmut Chorbacher im Heldenhain eine weitere Kranzniederlegung durch Sebastian Weiß statt. Die

Beteiligung einer Ehrenabteilung des SA Reitersturms, Musik und Fackeln weisen bei dieser Feier auf die Rituale der späteren Heldenehrungen hin²²¹.

Der erste gefallene Deggendorfer des Jahres 1941 ist der Fallschirmjäger Josef Fredl, der beim Angriff auf Kreta ums Leben kam. Auch für ihn findet im Heldenhain *eine schlichte Ehrung* mit Ortsgruppenleiter Hosemann, einer Abteilung der SA und den Angehörigen statt²²².

Mit dem Überfall auf die Sowjetunion nimmt die Zahl der Gefallenen und damit auch die Zahl der Heldenehrungen sprunghaft zu. Mindestens einmal im Monat macht sich der Ortsgruppenleiter auf den Weg hinauf zum Heldenhain, um dort den Angehörigen Trost zu geben, aber auch um den Tod der Männer in nationalsozialistischer Phraseologie zu glorifizieren. Der erste Deggendorfer Gefallene im Russlandfeldzug war Franz Girster²²³. Für ihn ist am Freitag, 11. Juli um 20 Uhr eine Gedenkfeier der Partei und der Stadt im Heldenhain geplant.



Trauernachricht. Die Maurersehelfente Franz und Theresie Girster, Oberstleutnant-Weber-Straße, erhielten die Nachricht, daß ihr Sohn Franz in Feindesland verstorben ist. Franz Girster hatte ein dreiviertel Jahr als Westwallarbeiter gearbeitet und das Schutzwallehrenzeichen bekommen. Nach Ableistung des Arbeitsdienstes war er in die Wehrmacht eingetreten. Im Alter von 21 Jahren hat er nun sein Leben für Führer und Volk hingegeben. — Am Freitag um 20 Uhr ist im Heldenhain die Gedenkfeier der Partei und der Stadt für Franz Girster.

Im September finden zwei Heldenehrungen für insgesamt neun Gefallene statt²²⁴. Im Oktober gibt es wiederum zwei Gedenkfeiern, am 4. Oktober für Josef Nestl und am 26. Oktober für weitere sechs Gefallene²²⁵. Während des Winters 1941/42 steigt die Zahl der Gefallenen weiter an. So veranstaltet die Ortsgruppe am 7. Dezember wiederum für drei Tote eine Feier im Heldenhain²²⁶.

Diese Heldenfeiern laufen nach einem ganz bestimmten, wahrscheinlich vorgeschriebenen Ritual ab. Die Partei führt Regie, die Politischen Führer treten in Uniform an. Es nehmen diejenigen Formationen der Partei teil, bei denen der Gefallene Mitglied war. Dazu kommen noch eine *Ehrenordnung der Wehrmacht*, die Hinterbliebenen und *zahlreiche Volksgenossen*. Die Trauerrede hält jeweils einer der beiden Ortsgruppenleiter. Auch diese Trauerreden ähneln sich in Phraseologie und Inhalt und sind wohl ebenfalls von der Partei so vorgeschrieben. Neben dem Ausdruck des Beileids an die Angehörigen wird der Tod der Soldaten heroisiert und soll zu noch größeren Kriegsanstrengungen motivieren, so wenn Weiß an die Zuhörer appelliert: *Klagt nicht, sondern kämpft*. Hier der Bericht über eine Heldenfeier aus dem Jahr 1943²²⁷.

Sie sind gefallen im Glauben an unseren Sieg

Zur Heldenehrungsfeier am Heldenhain / Ortsgruppenleiter Weiß sprach

Schon so manchesmal sind wir hinaufgestiegen zu unserem Heldenhain, um die zu ehren, die im Kampf für's heilige Vaterland ihr Leben eingesetzt und hingegeben haben. Und wieder galt es am vergangenen Freitag, teurer Väter und Söhne unserer Stadt, die auf der Walstatt geblieben waren, in Ehren zu gedenken. Eine Abordnung der Wehrmacht, politische Leiter, Angehörige der SA, SS, und NSKK, sowie eine stattliche Anzahl von Hitlerjungen und BDM-Mädern umsäumten das Ehrenmal.

Einleitend zur Heldenehrungsfeier spielte ein Bläserquartett einen Choral von Franz Abt. Ein Hitlerjunge las dann das tiefergreifende Gedicht „An die Mutter“ vor, das ausklang in die Worte: „Wenn ich falle, Mutter, mußt Du's tragen, weinen darfst Du, aber nicht verzagen!“. Die Spielschar der SA, SS, und NSKK darauf das Lied „Heilig Vaterland“.

Und nun sprach Ortsgruppenleiter Weiß, der u. a. ausführte: Eine Stunde, die dem Gedächtnis der Gefallenen gewidmet ist, stellt gerade im Kriege unerbittliche Fragen. Das Sterben eines Mannes schlägt den Menschen der Heimat tiefe Wunden. Jeder in der Heimat, der eine solche Trauernachricht erhält, beginnt beim ersten Aufbegehren seines Herzens mit seinem Schicksal zu hadern. Solche Regungen des Herzens sind natürlich und verdienen Rücksichtnahme, die einem großen Schmerz gebührt. Aber der Tod ist nicht nur ein Vernichter, sondern auch Vollender. Das Sterben des Kämpfenden und vom Kampfe Getroffenen ist Opfer. Der im Kampfe um sein Volk Sterbende ist im Opfer vollendet. Darum mahnen die toten Helden uns auch immer: „Klagt nicht, sondern kämpft!“ Dann wandte sich der Ortsgruppenleiter an die schmerzgebeugten Hinterbliebenen mit den Wor-

ten: „Seid tapfer im Herzen und seid stolz auf Eure Helden! Sie sind gefallen im Glauben an unseren Sieg und im Bewußtsein unseres Sieges.“ Nun gedachte der Ortsgruppenleiter der teuren Gefallenen, indem er ihre Namen bekannt gab. Anschließend legte er für die Stadt und die beiden Ortsgruppen der NSDAP je einen Kranz nieder als Zeichen des Dankes und unlösbarer Verbundenheit. Dann erklang die alte Weise vom guten Kameraden. Die Soldaten präsentierten das Gewehr, die Fahnen senkten sich und unsere Gedanken flogen hin zu unseren toten Kameraden.

Noch diesen Augenblicken stillen Gedankens wurden noch weitere Kränze niedergelegt. Die SA widmete durch K. Bannführer Seindl einen Kranz, während der Kameradschaftsführer der NSKK, Inhofer letzte Grüße einem gefallenen Kameraden brachte und durch einen Kranz die treue Kameradschaft auch über den Tod hinaus zu bekräftigen.

Ein Hitlerjunge las dann aus einem Briefe Frau Annemarie Mölders zum Heldentode ihres Sohnes Werner. Den Schluß dieser erhebenden Feier bildeten die mahnenden Worte des Dichters Walter Flex, der 1915 sein Leben auf der Insel Osef lassen mußte: „Gebt euren Toten, Heimrecht, Ihr Lebenden, daß wir unter Euch wohnen und weilen dürfen in dunklen und hellen Stunden!“

Es bedeutet immer ein tiefes inneres Erlebnis einer Heldenehrungsfeier am Heldenhain beigewohnt zu haben. Wohl sehen wir Tränen in den Augen der um ihre Gefallenen trauernden Hinterbliebenen. Aber wir sehen auch den Stolz aus ihren Augen bliden. Die Angehörigen dieser gefallenen Helden wissen ja, daß ihre lieben Toten nie unvergessen bleiben werden.

Bei den Gedenkreden findet man zwar bis zum Kriegsende die markigen Floskeln der nationalsozialistischen Propaganda, doch wie der obige Bericht zeigt, werden angesichts der riesigen Verluste auch Redner wie Sebastian Weiß manchmal nachdenklich. Der Artikel beginnt mit dem Hinweis auf die Häufigkeit der Totenehrungen. In seiner Rede wendet sich der Ortsgruppenleiter direkt *an die schmerzgebeugten Hinterbliebenen* mit den Worten: *Seid tapfer im Herzen und stolz auf Eure Helden*. Auch der Verfasser des Artikels versucht am Schluss auf seine Weise den Angehörigen Trost zu spenden: *Die Angehörigen dieser gefallenen Helden wissen ja, daß ihre lieben Toten nie unvergessen bleiben werden*.

Im Januar 1942 wurden wegen der Witterung zehn Tote im Rathaussaal als Helden geehrt²²⁸. Von Januar bis März 1942 allein fielen 23 Deggendorfer. Jetzt beginnen sich auch die Überschriften zu den Berichten über die Heldenfeiern zu verändern. Nach den schnellen Erfolgen gegen die Sowjetunion hatte die Überschrift vom 4. September 1941 noch die Erwartung eines kurz bevorstehenden Sieges ausgedrückt:

Auch sie starben für den deutschen Sieg
Wir gedachten der toten Helden Guggemoos, Köppel und Wagner / Feier im Heldenhain

Später glaubt man nur noch an den Sieg oder man beschäftigt sich mit dem Sinn des Sterbens für sein Land und motiviert die Menschen zum Durchhalten.

Sie sind gefallen im Glauben an unseren Sieg
(DWK 28.6.1943)

Das Volk ist mehr als das eigene Ich
Heldenehrung der NSDAP im Heldenhain Deggendorf
(DWK 11.8.1943)

Und ewig währt der Toten Tatenruhm .
Wir tragen das Vermächtnis unserer gefallenen Helden
(DWK 12.6.1944)

Ueber aller Vergänglichkeit ein unvergängliches Reich
Würdige Heldenehrungsfeier im Rathaussaal zu Deggendorf
(DWK 19.9.1944)

„Wir sind die Treuhänder der Toten!“
Heldenehrungsfeier am Sonntag im Rathaussaale zu Deggendorf
(DWK 12.12.1944)

Laut einer mit Sicherheit unvollständigen Gefallenenliste fielen 1942 55 und 1943 60 Deggendorfer²²⁹. 1944 wird die Zahl auf 108 ansteigen, und 1945 beträgt sie 86. Nach 1945 sind in dieser Liste noch weitere 10 Todesfälle verzeichnet. Darin sind enthalten die in Kriegsgefangenschaft Umgekommenen oder die nachträglich Toterklärten. In den Berichten des *DWK* ab März 1943 werden weder die Namen noch die Zahl der geehrten Toten genannt. Detaillierte Hiobsbotschaften würden sich wohl negativ auf die Moral der Menschen auswirken. Selbst der Name des gefallenen Sohnes von Bürgermeister Graf wird in den Berichten zu den Heldenfeiern nicht genannt. Hier die Todesanzeige der Familie Graf²³⁰.

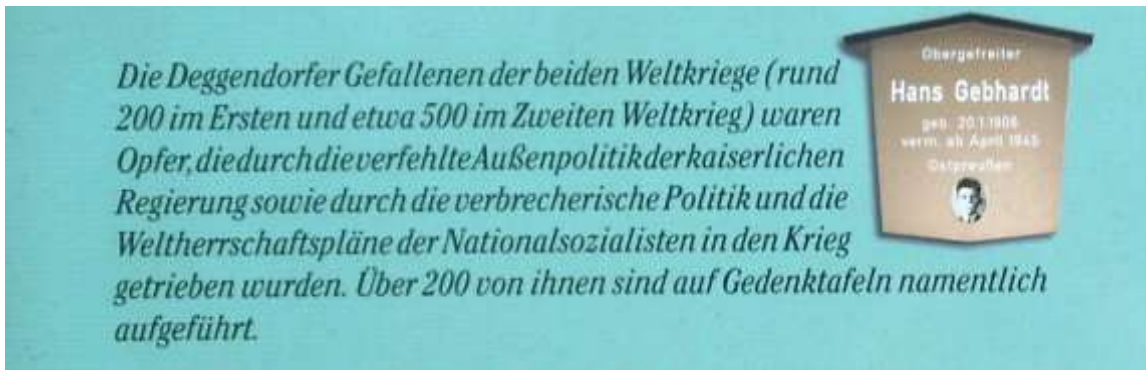


Ab 1943 werden die Heldenfeiern während der Herbst- und Wintermonate immer öfter im Rathaussaal abgehalten, sei es wegen der Kälte oder sei es wegen der Verdunkelung. Die letzte Heldenehrungsfeier in Deggendorf findet an einem Sonntagnachmittag im März 1945 im Rathaussaal statt²³¹.



Und noch immer spricht der Ortsgruppenleiter in Anwesenheit von Kreisleiter Hain und Landrat Heindl davon, dass der Tod der Soldaten *Anlaß zu fanatischer Einsatzbereitschaft und Treue* sein soll.

Am Heldenhain wurde eine Tafel angebracht, welche die Zahl der im 1. Weltkrieg gefallenen Deggendorfer mit 200 und der im 2. Weltkrieg Gefallenen mit 500 angibt.



(Foto: Franz Strunz)

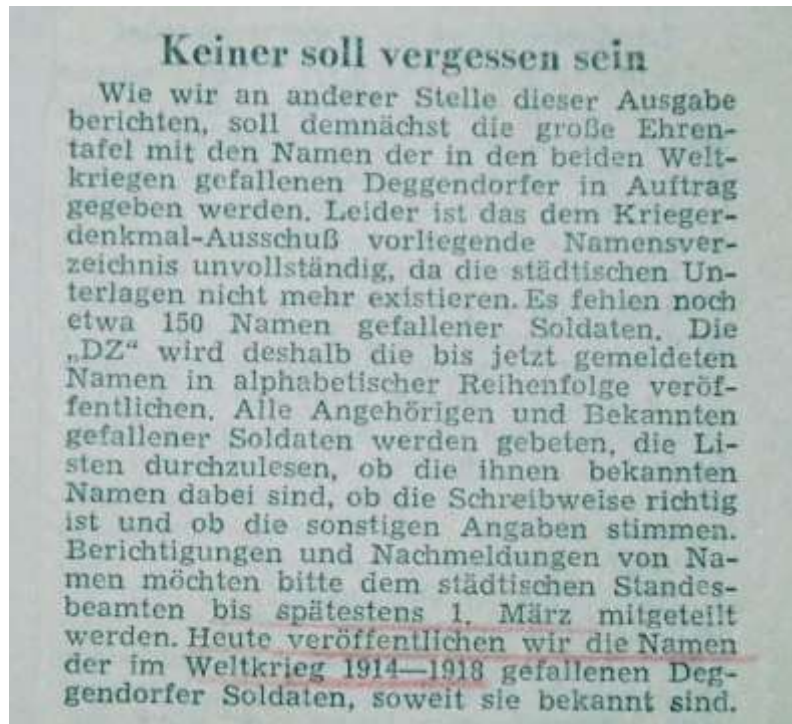
Für viele der Toten sind an den Bäumen Gedenktafeln angebracht:



(Foto: Franz Strunz)

Es ist schwierig, die genaue Zahl der gefallenen und vermissten Deggendorfer festzustellen, da laut Deggendorfer Zeitung die städtischen Unterlagen verschwanden²³². Lutz-Dieter Berendt schreibt, dass Deggendorf 400 Gefallene und ebenso viele Vermisste hatte²³³. Über die Gefallenen liegen im Stadtarchiv insgesamt fünf Listen vor, die stark voneinander abweichen. Eines haben sie allerdings gemeinsam. Sie sind alle unvollständig. Eine Stichprobe zeigte, dass auf keiner der Listen der Name von Johann Graf aufgeführt ist, und der Name von Werner Sturm erscheint nur auf einer der 5 Listen. Es gibt eine undatierte *Liste der Gefallenen* mit 490 Namen und 5 weiteren handschriftlich

hinzugefügten Namen. Allerdings ersehen wir aus den Ortsangaben, dass einige der angeführten Personen aus anderen Orten stammen. Nach welchen Kriterien diese Liste erstellt wurde, ist nicht klar ersichtlich. Eine andere Liste mit der Überschrift 1939-1945 weist 464 Namen auf. Dagegen enthält eine 1954 angelegte Liste nur 368 Namen. Im Jahr 1955 startete die Deggendorfer Zeitung die Aktion *Keiner soll vergessen sein*²³⁴



Wir wissen nicht, wie viele Angehörige jetzt ihre Vermissten in das Namensverzeichnis der Gefallenen aufnehmen ließen. Dies machte auf jeden Fall die wiederverheiratete Witwe von Werner Sturm. Sie teilt der Stadt am 9. März 1955 mit, dass Werner Sturm *mit Beschluß des Amtsgerichtes Deggendorf* vom 2.6.1950 für tot erklärt worden sei. Sein Name sei aber noch immer auf der Vermisstentafel vermerkt und solle nun in das Namensverzeichnis der Gefallenen aufgenommen werden²³⁵. Im März sind die Namenslisten, welche die DZ im Laufe des Februars veröffentlicht hatte, fertiggestellt: *Es sind 201 Gefallene des ersten Weltkrieges und 432 Gefallene des zweiten Weltkrieges* erfasst worden²³⁶. Gleichzeitig ergeht aber nochmals die Aufforderung, bis zum 12. März *alle Toterklärten, die auf der Vermisstentafel an der Festwiese vermerkt sind*, in das Namensverzeichnis der Gefallenen aufnehmen zu lassen. Neben den Listen der Gefallenen liegen im Stadtarchiv Deggendorf zwei Listen von Vermissten vor. Diese bestätigen die Angabe von Lutz-Dieter Berendt. Eine undatierte Liste enthält 408 Namen, die *Kartei d. BRK Krs Verband Ddf* weist nach Stand vom 25. Mai 1957 411 Namen von Vermissten auf²³⁷. Da nach der Moskaureise von Bundeskanzler Konrad Adenauer zwischen Oktober 1955 und Januar 1956 die letzten deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion entlassen worden waren²³⁸, ist mit großer Sicherheit anzunehmen, dass von den am 25. Mai 1957 aufgeführten Vermissten wohl keiner mehr zurückgekehrt ist. Ein stichprobenartiger Abgleich mit dem Einwohnerbuch von 1959 erhärtet diese Vermutung, da dort mit einer einzigen Ausnahme keiner der Namen von der Liste der Vermissten auftaucht. Zusammen mit den Vermissten und den vielleicht in der Kriegsgefangenschaft Verstorbenen liegt somit die Zahl der im 2. Weltkrieg ums Leben gekommenen Deggendorfer Soldaten bei 850.

Deggendorf als Lazarettstadt

Sofort nach Kriegsbeginn wurden das Städtische Schülerheim, die Mädchenschule, das Schülerinnenheim, Teile des Städtischen Krankenhauses sowie eine Abteilung des Elisabethenheims für Lazarettzwecke beschlagnahmt²³⁹. Da das Elisabethenheim mit 215 Pflinglingen belegt war, mussten *Krankenbetten auf den Gängen aufgestellt* werden. Deshalb bot die Stadt die Berufsschule als Alternative an. Die Realschule komme als Lazarett nicht in Frage, da das Gebäude *noch für militärische Zwecke bestimmt* sei. Damit war wohl die Benutzung der Oberschule durch die Wehrmacht als Rekrutierungslager gemeint²⁴⁰. Das Städtische Schülerheim musste geräumt werden, und die Heimschüler wurden anderweitig untergebracht²⁴¹, die Älteren in einem großen Klassenzimmer, die Jüngeren bei Deggendorfer Familien. Der Schulbetrieb wurde zwar am 13. September 1939 wieder aufgenommen, das Schülerheim konnte aber erst ab Mitte Oktober benutzt werden. Ende 1944, als *immer mehr Flüchtlinge und Verwundete Unterschlupf im Deutschen Schulheim* suchten, wurde dieses *am 22.1.1945 offiziell in ein Lazarett der deutschen Wehrmacht umgewandelt*²⁴². Auch im Lyzeum wurden alle Schulräume für ein Reservelazarett beschlagnahmt. *Die Mädchenvolksschule musste mit der Knabenschule die Räume des Knabenschulhauses teilen*²⁴³. So gab es für die Schüler zunächst Schichtunterricht in der Knabenschule²⁴⁴. Als der Polenfeldzug abgeschlossen war, wurden die Räume der Mädchenschule Ende Oktober wieder für den Unterricht freigegeben. Wohl schon in Zusammenhang mit dem geplanten Angriff auf Frankreich musste aber die Mädchenschule am 13. Mai 1940 ihre Räume endgültig abtreten, und die Mädchen hatten in der Knabenschule *Abteilungsunterricht, da immer mehr männliche Lehrkräfte eingezogen wurden*²⁴⁵. Auch der Kindergarten des Instituts war für die Einrichtung des Reservelazaretts beschlagnahmt worden. Da wegen der teilweisen Benutzung des Krankenhauses als Lazarett die Einnahmen des Krankenhauses drastisch zurückgegangen waren, sollte laut Wunsch des Stadtrates auch die geplante Errichtung einer Krankenpflegeschule entfallen. Außerdem könne der Chefarzt Dr. Holz, dem *die hiesigen Lazarette unterstellt sind, unmöglich die Ausbildung der Schülerinnen übernehmen*²⁴⁶. Doch diese Entscheidung des Bürgermeisters sollte nicht umgesetzt werden. Ohne dass der Stadtrat darüber nochmals beraten hatte, wurde am 1. Dezember trotzdem eine Krankenpflegeschule zusammen mit dem Krankenhaus Plattling für zehn Schülerinnen eingerichtet²⁴⁷. *Wir können, wie Chefarzt Dr. Holz zitiert wird, nicht genug Schwestern für den Krieg ausbilden*. Dieser Vorgang zeigt die beschränkte Einflussnahme des Rates und des Bürgermeisters im totalitären Staat. Damit ist aber die Geschichte der Schwesternschule noch nicht zu Ende geschrieben. Am 1. November 1941 berichtet die *BO*, dass die *Krankenpflegeschule der NS-Schwesternschaft* seit vier Monaten, also seit Juli, *das schöne Heim in der Bahnhofstraße bezogen hat*. Dieses Heim diene lediglich als Unterkunft, da im Krankenhaus wegen der Unterbringung der Verwundeten offensichtlich der Platz fehlte. Ihre Ausbildung erhielten die angehenden Jungschwestern in den Krankenhäusern Plattling und Deggendorf *unter der Oberleitung von Chefarzt Dr. Holz*. Im März 1943 berichtet der *DWK* unter der Überschrift *Hüterinnen der Volksgesundheit*, dass alle Deggendorfer NS-Jungschwestern ihr Examen bestanden haben. Sie hätten guten praktischen und theoretischen Unterricht erhalten, und für ihre weltanschauliche Ausrichtung und Festigung hätten sich Redner der Partei zur Verfügung gestellt²⁴⁸. Der Artikel endet allerdings mit der Ankündigung, dass die *Verhältnisse eine vorübergehende Stilllegung der Schule in Deggendorf notwendig* machen.

Die ersten Verwundeten trafen in Deggendorf im Oktober 1939 ein²⁴⁹. Unter der Überschrift *Verwundete werden liebevoll empfangen* berichtet der *DB* über die Ankunft des Sonderzuges am Bahnhof. Zur Begrüßung hatte sich die gesamte örtliche NSDAP Führung eingefunden: Kreisleiter

Brandl, Ortsgruppenleiter Weiß und Landrat Seyfferth, sowie *hunderte von Volksgenossen*. Hier ein Bild dazu aus der *BO*²⁵⁰:



Die Verwundeten wurden dann im Lazarett des Krankenhauses untergebracht, denn dort besuchten sie anschließend Kreisleiter Brandl und Bürgermeister Weiß. Diese Besuche in den Lazaretten durch die Vertreter der Partei und ihren Organisationen finden beinahe regelmäßig statt, und werden dann groß in der Zeitung berichtet. In den pathetisch anmutenden Artikeln darüber ist die Betreuung der Verwundeten immer *herzlich* und ist *Zeugnis, wie sehr sich die Heimatfront mit den jungen Kämpfern unserer stolzen Wehrmacht verbunden fühlt*²⁵¹.



Die gesamte Bevölkerung soll am Kriegsgeschehen Anteil haben und sich mit den kämpfenden Soldaten solidarisieren, wie es am Ende dieses Berichtes heißt²⁵²:

Alle Organisationen der Partei und des Staates (NSD, DNR, NSKK, NS-Frauenenschaft, SA, BDM usw.) und die Gesamtbevölkerung von Stadt und Land werden sich in den Ehrendienst stellen und so das starke Band zwischen Front und Heimat noch fester knüpfen.

Dies sollte unter anderem durch die Spenden der Menschen für das Kriegshilfswerk geschehen. Am 18. April 1941 rief Hitler persönlich zum 2. Kriegshilfswerk für das Deutsche Rote Kreuz auf: *Ein schweres Kampffahr steht vor uns. Es wird im größten Ringen des deutschen Volkes um seine politische Freiheit und damit um seine wirtschaftliche Zukunft und Lebenserhaltung als ein großes wie denkwürdiges Ereignis in die Geschichte eingehen*²⁵³. Mit dem bevorstehenden denkwürdigen Ereignis konnte nur der geplante Überfall auf die Sowjetunion gemeint sein. Diesen Aufruf Hitlers

gaben die beiden Ortsgruppenleiter Weiß und Hosemann an die Bevölkerung in Deggendorf weiter mit dem Aufruf zur Spende für die Verwundeten²⁵⁴:



Wie sich die Partei, ihre Organisationen aber auch die Wehrmacht um die Verwundeten in den Deggendorfer Lazaretten kümmerten und das dann in der Presse propagandistisch ausgewertet wurde, soll hier an einigen Beispielen gezeigt werden.

Am 5. November 1939 wurden die Verwundeten der Lazarette Metten und Deggendorf von der NSKOV in den Saal des Goldenen Engel eingeladen. Nach dem offiziellen Teil mit vielen Ehrengästen von Partei, Stadt und Wehrmacht gab es Unterhaltung mit Musik, Einakter und Getränke²⁵⁵. Besonders zu Weihnachten fanden in Anwesenheit der politischen Führung Feiern mit den Verwundeten statt, wobei auch kleine Geschenke verteilt wurden²⁵⁶.



Zum letzten Mal berichtet die Presse über die Weihnachtsfeier von 1942²⁵⁷. Der Bericht dazu wartet mit einer regelrechten Bildergalerie auf:



Kreisleiter Hain, der die Rede hielt, versuchte dabei, das Weihnachtsfest zum *Julfest* umzufunktionieren. Weihnachten sei das *deutscheste dieser Feste*. Zu diesem Fest seien in der Zeit der Vorfahren *Feuerräder zu Tal* gerollt, *Sonnenräder, die Vorzeichen unseres Hakenkreuzes*.

Selbst 90 Kinder der Kindergruppe der NS Frauenschaft besuchten die Verwundeten. Man brachte kleine selbstgebastelte Geschenke, selbst gebackene Plätzchen und in Silberpapier eingewickelte Zigaretten mit. Es soll auch zu angeregter Unterhaltung zwischen den Kindern und den Soldaten gekommen sein. So soll ein Verwundeter geprahlt haben: Er *hätte ihnen gerne einen Bolschewiki mitgebracht, aber sie seien ihm alle ausgerissen*²⁵⁸ Wie der folgende Zeitungsartikel zeigt, planten die Mädchen der JM einen wöchentlichen Lazarettendienst und alle zwei Wochen einen Gesangsauftritt im Lazarett²⁵⁹:

Lazarett-Hilfsdienst unserer JM

Unsere JM haben sich wirklich einen schönen Dienst bei den Verwundeten ausgedacht

Unsere Jungmädels treten jetzt allwöchentlich in den Lazaretten zu einem Hilfsdienst an und zwar Samstag zwischen drei und sechs Uhr. Es ist kein Krankendienst im landläufigen Sinn. Sie wollen nicht dem Pflegepersonal ins Handwerk pfeuschen. Und doch ist der Hilfsdienst, den sie sich ausgedacht haben von großer Wichtigkeit. Sie helfen dem Verwundeten, der das Krankenhaus nicht verlassen kann, indem sie für ihn Einkäufe in der Stadt übernehmen und so ihm zutragen, was er sich wünscht. Denjenigen, welche sich nicht aufsetzen können, oder die Verletzungen an den Armen haben, erledigen sie die Korrespondenz. Sie räumen Koffer und Nachtkästchen auf, ordnen die Wäsche und was solcher Handreichungen mehr sind. Sind diese praktischen Dienste schon recht beachtlicher Natur, indem sie wirklich eine Erleichterung dem an das Bett oder die Krankenstube Gefesselten geben, so kommt vor allem aber auch die seelische Aufmunterung — ein so wichtiger Faktor — dazu. Ist es schon gewiss, daß allein der Anblick so frischer, netter, hilfreicher Wesen Freude bereitet,

so zerstreuen die Mädels die Soldaten auch mit Gesellschaftsspielen wie Galma, Schach, Mensch, ärgere Dich nicht und aller Arten Kartenspielen. Sie lesen ihnen aus Büchern vor oder greifen zu Ziehharmonika und Geige, die für diese Besuche bereitgestellt sind. Und mancher Blumenstrauß wird auf dem Nachtkästchen stehen, wenn die Jungmädels heimgekehrt sind. Es ist bezeichnend, daß bereits ein guter Kontakt zwischen den Verwundeten und dieser freiwilligen Hilfsdiensttruppe der Jungmädels hergestellt ist, und einer der Soldaten hat bereits in warmen Worten seinen Dank an die JM-Führerin ausgesprochen. Es ist in der Tat aber auch ein ganz wunderschöner Dienst, wofür den jungen Samariterinnen allseits warme Anerkennung gebührt.

Das bereits bisher vielfach geübte Lazarett-singen wird jetzt regelmäßig durchgeführt. Und zwar singen die Singgruppen der Jungmädels und des BDM abwechselnd alle vierzehn Tage Dienstaags jeweils in den von ihnen gewählten Krankenhäusern. — — x

Auch die Mädchen der Oberschule, die gerade dabei waren, in das Elisabethenheim umzuziehen, organisierten im Mai 1941 in der Turnhalle für die im Reservelazarett des Institutes untergebrachten Verwundeten eine Unterhaltungsstunde, wobei die Unterhaltung oft recht einfach ausfiel. Musikvorführungen, Gesang, Sketche und Tänze sollten die Soldaten erfreuen²⁶⁰. Einmal traten auch die *feldgrauen Künstler des Deggendorfer Truppenteils* bei den Verwundeten auf²⁶¹. Im Rahmen der Truppenbetreuung kam 1943 eine Künstlergruppe nach Deggendorf, die auch im Lazarett ein zweistündiges Unterhaltungsprogramm darbot. Die Mitwirkenden waren *eine junge begabte Tänzerin*, eine Sängerin, eine Vortragskünstlerin, ein Bauchredner, ein Zauberer und ein Jongleur. Im Artikel über diese Veranstaltung im Lazarett veröffentlicht der *DWK* ein Foto mit den Verwundeten. In der ersten Reihe liegen die Schwerverwundeten und in der zweiten Reihe die Beinamputierten²⁶².



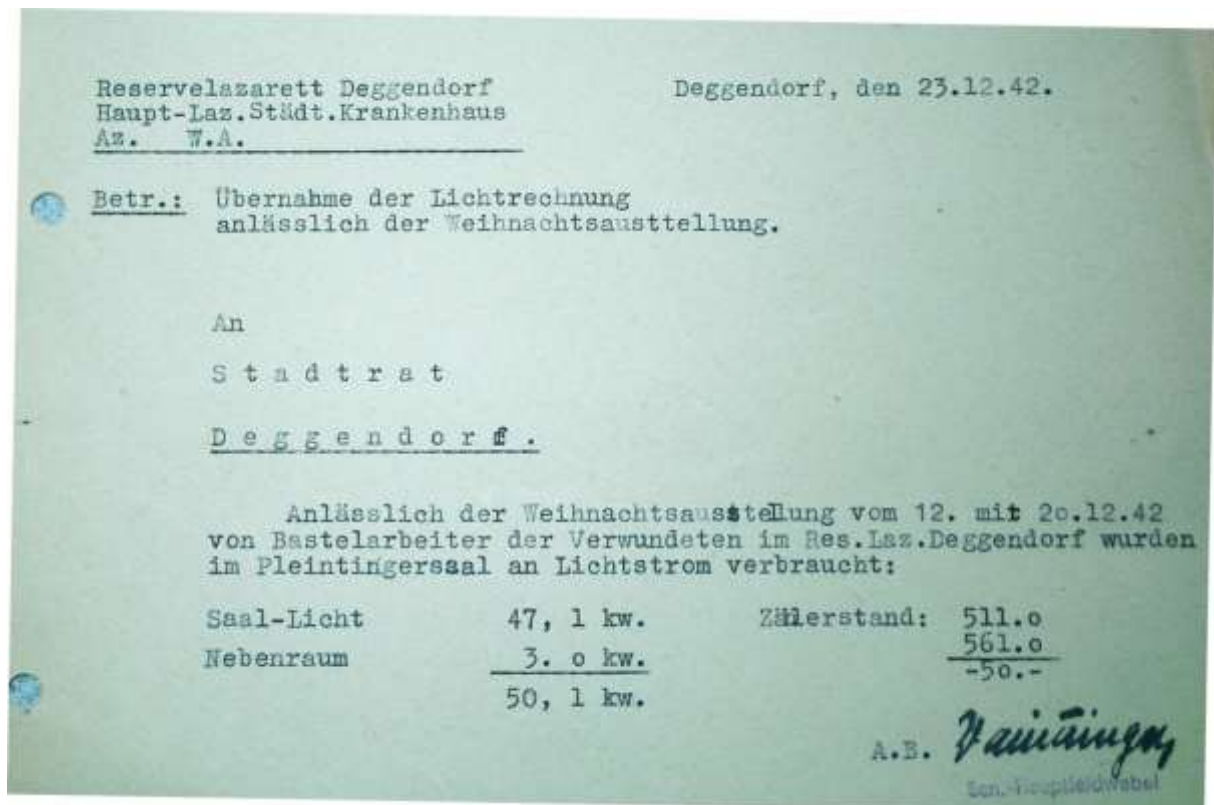
Solche Anblicke von Verwundeten tragen wohl nicht zur Steigerung der Kriegsbegeisterung bei. Dies ist aber auch der letzte Zeitungsbericht über die Lazarette in Deggendorf. Ab jetzt wird das Thema in der Presse verschwiegen.

Trotz der Treibstoffknappheit organisierte die Kreisleitung für die Verwundeten Ausflüge, so 1940 nach Kerschbaum²⁶¹.



Im Herbst 1942 lud die Kreisleitung die Verwundeten zu einem Ausflug an den Arbersee ein. Die

Wehrmacht hatte für den Transport einen *Kraftomnibus* zur Verfügung gestellt. In der Gaststätte am Arbersee sorgte eine *Musikkapelle für Humor und Frohsinn*²⁶⁴. Die wohl schwerer Verwundeten verbrachten den Nachmittag im Gasthaus Altschaching mit einem Imbiss und Unterhaltung, gestaltet von der HJ und dem BDM. Auch sonst sorgt man für die Verwundeten in manchmal naiv anmutender Weise. So wurde in einem Lazarett eine Bastelwerkstatt eingerichtet, in der die Soldaten Dinge wie Holzwägen, Spielzeug oder *eine zerlegbare Kanone aus Holz* herstellten. Damit sollten *Hand- und Armversehrte den Gebrauch ihrer Glieder wieder lernen*. Das Basteln sollte auch das Selbstvertrauen der Verwundeten stärken²⁶⁵. Wie aus der Stromrechnung des Lazarets zu ersehen ist, stellte man die Ergebnisse dieser Bastelarbeiten zu Weihnachten aus:



In den späteren Kriegsjahren wurden die Verwundeten auch zu produktiver Beschäftigung wie der Herstellung von Pantoffeln herangezogen. Das Teillazarett Englisches Institut wandte sich im Februar 1943 an das Wirtschaftsamt mit der Bitte um Überlassung von gebrauchten *Fahrrad-Decken*, weil das Reservelazarett *eine größere Anzahl ausbesserungswürdiger Pantoffel hat*²⁶⁶. Im August des gleichen Jahres bat man das Wirtschaftsamt erneut um die Überlassung weiterer gebrauchter Fahrradmäntel, dieses Mal zur *Herstellung von Pantoffeln*²⁶⁷.

Reservelazarett Deggendorf
Teillazarett Engl.Institut

Deggendorf, den 2.8.43.

An das
Wirtschaftsamt
D e g g e n d o r f .

Da im Teillazarett Engl.Institut laufend
Pantoffel hergestellt werden, wird um Abgabe von gebrauchten Fahr-
raddecken gebeten, welche zur Herstellung der Sohlen gebraucht
werden.

-2. Aug. 1943

M. G. ...



Dr. ...
Zahlmeister.

Empfang wird hiemit
bestätigt:

Deggendorf, 2. Aug. 1943.

..... *H. ...*

Über die zahlenmäßige Belegung des Reservelazaretts im Krankenhaus sind wir durch vorliegende Personalstärkelisten recht gut informiert. Laut der Vereinbarung zwischen dem Heeresfiskus und der Stadt vom 5.8.1940 sah die Bettenzahl folgendermaßen aus²⁶⁸:

Die Verwaltung des Städtischen Krankenhauses Deggendorf stellt
in der Zeit vom 26.8.39 bis 27.10.39
75 Betten für Kranke
6 Betten für Sanitätspersonal und Beamte
ab 28.10.39 bis 17.5.40
30 Betten für Kranke
5 Betten für Sanitätspersonal und Beamte
ab 18.5.40
75 Betten für Kranke
6 Betten für Sanitätspersonal und Beamte
zur Verfügung und übernimmt die Vorsorge und Verpflichtung der ordn-
gemässen Verpflegung der im Reservelazarett Deggendorf Abt. a Städti-
Krankenhaus jeweils untergebrachten Kranken und Verwundeten, sowie
besagten Sanitätspersonals und der Beamten.

Nach dem Abschluss des Polenfeldzuges wurde also die vertragliche Bettenzahl von 75 auf 30 reduziert. Die tatsächliche Belegung durch Verwundete betrug aber bis zum 16. Oktober nur etwa 6 bis 7 Mann. Erst als der Verwundetentransport am 16. Oktober eintrifft steigt die Zahl sprunghaft auf 50 an, um im Laufe des Monats, wahrscheinlich durch Entlassungen bedingt, auf etwa 42 zu sinken²⁶⁹. Im Jahr 1940 bleibt die Zahl bis in den Juni hinein meist bei unter 20. Am 13. Juni muss wohl ein Transport mit Verwundeten des Frankreichfeldzuges angekommen sein, denn die Belegzahl steigt an diesem Tag von 10 auf 70 an²⁷⁰. Im weiteren Verlauf des Sommers pendelt sich die Zahl wieder bei

etwas unter 30 ein, sodass die Kapazität des Lazarets nicht einmal zur Hälfte genutzt wird. Dies ändert sich durch die Ausweitung der Kampfhandlungen nach dem Überfall auf die Sowjetunion. Die Belegzahlen liegen jetzt bei über 50, manchmal sogar bei über 60²⁷¹. In den späteren Kriegsjahren ist mit den zunehmenden Verlusten an der Ostfront das Lazarett im Krankenhaus mit 70 oder noch mehr Verwundeten voll ausgelastet²⁷². Dies ist auch im Juni 1944 bei einer Belegung mit rund 70 Kranken der Fall. Laut Abrechnung der Verwaltung des Reservelazarets wurden in diesem Monat für die Verwundeten 2031 Verpflegungsportionen ausgegeben. Für 1945 liegen zwar keine Listen über Verpflegungsstärke vor, aber wir haben für März 1945 einen Abrechnungsbeleg für 2735 Verpflegungsportionen²⁷³. Daraus lässt sich schließen, dass im März das Lazarett im Krankenhaus mit über 90 Verwundeten völlig überbelegt war.

Es ist nicht bekannt, wie viele Verwundete sich nach Kriegsbeginn im Reservelazarett des Instituts der Englischen Fräulein befanden. Nach dem Umzug der Mädchenoberschule in das Elisabethenheim im September 1941 konnten das Hauptgebäude sowie das Nebengebäude mit der Haushaltungsschule voll als Lazarett benutzt werden²⁷⁴. In der Vereinbarung zwischen dem Institut und dem Fiskus Heer wurde auch der Mietpreis festgelegt. Zu zahlen sind:

<u>dennach monatlich</u>	
für das Hauptgebäude	287.- M
für die Haushaltungsschule	302.- M
für den Kohlenkeller	2.- M
ferner	
für das Überlassen der in beiliegender Aufstellung angeführten Möbel und Einrichtungsgegenstände	30.- M
für die Instandhaltung der Zufahrtswege und des Verbindungsweges zwischen Hauptgebäude und Haushaltungsschule	10.- M
für die durch die Stadtwerke vorzunehmende Abortgrabenreinigung. Entgelt für Mehrauslagen	4.- M
zur/ mithin monatlich insgesamt	
	635.- M
Für die Einrichtung von Kartoffelmisten zur Verfügung gestellten Grundstücke wird jeweils für die Zeit vom 1. September bis 30. April eine Pauschalentschädigung von 40.- M pro Jahr gewährt, wodurch auch die durch die Kartoffelanfuhr bedingte erhöhte Wegabnutzung abgegolten ist.	

Diese Vereinbarung zeigt erneut, welch ein erfahrener und wirtschaftlich denkender Verhandlungspartner das Institut war. Man verlangt sogar Miete für die zurückgelassenen Möbel. Die erwähnte Aufstellung befindet sich leider nicht in den Akten. Dafür finden wir zwei vom Februar 1945 stammende Listen von Einrichtungsgegenständen, die das Schülerinnenheim und das Elisabethenheim dem Lazarett übergeben mussten²⁷⁵.

6 kl. Oberschule für Mädchen

Schülerinnenheim

(13b) Deggendorf/Donau

Deggendorf, den 10. Februar 1945

An die Stadtkämmerei

D e g g e n d o r f .

Betreff: Verzeichnis der heimeigenen Einrichtungsgegenstände, die zur Einrichtung des Reservelasarettes mit beansprucht wurden:

Bisher wurden vom Schülerinnenheim an das Reservelasarett abgegeben:

61 Betten	3 Tische
45 Matratzen	41 Stühle
33 Schonerdecken	20 Beleuchtungskörper
	2 Bilder

L. Holl.

6 kl. Oberschule für Mädchen

Schülerinnenheim

(13b) Deggendorf/Donau

Deggendorf, den 12. Februar 1945

Das Städt. Elisabethenheim stellte das Lazarett zur Verfügung:

Bettstellen:	99
Matratzen:	54
Strohsäcke:	39
Federbetten:	11
Federkissen:	15
Tische:	27
Stühle:	104
Nachtkästchen:	31
Waschtische:	1
Bänke:	11
Dreitlg. Schränke:	6
Badewannen:	2
Waschbecken:	18
Korbstuhl:	1
Lehnstuhl:	1
Vorhänge:	2
Tischdecke:	1

Im Auftrag:

Th. Titzky

Es sind insgesamt an die 160 Betten aufgeführt. Zusammen mit den 330 Betten, die die Heeresverwaltung laut Bürgermeister Weiß beanspruchte, kommt man also auf beinahe 500 Betten.

Der Bürgermeister der Stadt
Deggendorf.
.....

Deggendorf, den 1. April 1942.

In Anlagen untergebrachte Vertrags-Reservelazarette.
.....

1	2	3
Name d. Anstalt:	Zahl der beanspruchten Betten:	Zuständigkeit der Reichsstelle f. Kleidung:
Reservelazarett an Institut der Engl. Feldlazarett Deggendorf.	- 310 Lazarett- betten, die von der Heeresverwaltung gestellt sind. 3 Betten von An- stitut d. Engl. Feldlazarett.	Wirtschaftsamt.

Dies bestätigt die Angabe der Chronik des Instituts, in der es für das Jahr 1945 heißt: *Sie* (die Amerikaner) *betraten um 4 Uhr nachmittags das Haus, um das Lazarett mit 500 Verwundeten zu übernehmen.*

Trotz der enthusiastischen Berichterstattung in der Presse und trotz der zahlreichen Besuche der Lazarette durch die örtlichen Parteiführer war das Verhältnis zwischen Stadt und der Lazarettverwaltung nicht spannungsfrei. Das zeigen die langwierigen Verhandlungen über einen Vertrag zwischen der Lazarettverwaltung und der Stadt, die 1939 begonnen hatten und sich bis in den Herbst 1940 hinstreckten. Hauptdiskussionspunkt war dabei der zu zahlende Tagessatz von 2,50 RM pro Verwundeten durch den Fiskus an die Krankenhausverwaltung. Laut Bürgermeister Weiß dürfe dieser Satz von 2,50 RM auf keinem Fall unterschritten werden²⁷⁶. Im Oktober 1940 hatte Weiß bereits den Stadtrat informiert, dass jetzt ein Vertragsentwurf vorliege, der zur Annahme geeignet sei²⁷⁷.

a) **Vortrag des Berichterstatters:** Von der Reservelazarettverwaltung wurde neuer Vertragsentwurf vorgelegt, der bekanntgegeben wird. Er stellt das Ergebnis langwieriger Verhandlungen dar und ist dem Vertrag mit Passau angeglichen. Er trägt allen berechtigten Interessen des Krankenhauses Rechnung und ist zur Annahme geeignet. Mit Dr. Holz ist noch eine Vereinbarung zu treffen über die Entschädigung aus dem Paschalbetrag von 1.10 RM pro Tag für die Zeit, in der noch sein Röntgenapparat benützt wurde.

b) **Stellungnahme der Ratsherren:** - - -

c) **Entscheidung d. Bürgermeisters:** Dem Abschluß des Vertrages auf der Grundlage des neuen Entwurfes wird zugestimmt.

I. Auszug an Herrn Bürgermeister G r a f .

Aus dem Protokoll ist zu ersehen, dass man sich Passau als Vorbild genommen hatte und dass die Verhandlungen langwierig waren. Erstaunlich ist, dass ein Auszug des Protokolls *an Bürgermeister Graf* gehen soll. Dieser ist seit über einem Jahr bei der Wehrmacht und verrichtet keinerlei Bürgermeistergeschäfte mehr. Es soll aber noch bis zum 1. September 1941 dauern, bis die Vereinbarung in Kraft tritt. Endgültig abgeschlossen wurde der Vorgang erst am 1. Mai 1942²⁷⁸.

7.
Die Vereinbarung tritt am 1. September 1941 in Kraft.

8.
Je eine Fertigung erhalten:

- 1.) Stello. Korpsarzt XIII. A. K. Nürnberg.
- 2.) Wehrkreisverwaltung XIII. Nürnberg.
- 3.) Institut der Englischen Fräulein, Deggendorf.
- 4.) Verwaltung des Reservelazarettes Deggendorf.
- 5.) Heeresstandortverwaltung Deggendorf.

Deggendorf, den 1. Mai 1942.

<p style="text-align: center;">Institut der Englischen Fräulein D e g g e n d o r f gez: M. Edmunda H u b e r , Oberin.</p>	<p style="text-align: center;">Reservelazarett Deggendorf V e r w a l t u n g gez: Hanslick. Oberzahlmeister.</p>
<p style="text-align: center;">Heeresstandortverwaltung D e g g e n d o r f gez: Hofer. Stabszahlmeister.</p>	<p style="text-align: center;">Gesehen: Der Chefarzt: gez: Dr. H o l z . Oberstabsarzt.</p>

Ein Beispiel, wie bestimmt die Stadt gegenüber dem Lazarett auftritt, sind die Vorgänge um die Schulküche der Mädchenvolksschule. Nachdem die Lazarettführung diese in ein Bad umgebaut hatte, macht Bürgermeister Weiß sofort klar, dass er auf der *Herstellung des alten Zustandes* besteht, wenn das Lazarett das Institut verlässt²⁷⁹. Das größte Problem sollte aber die Bettenknappheit für *Zivilranke* im Krankenhaus werden. Laut einem Schreiben von Weiß an die Sanitätsabteilung Regensburg verfüge das Krankenhaus 1942 über 140 Betten, davon seien 8 Kinderbetten. Für Lazarettzwecke hatte das Krankenhaus 75 Betten abtreten müssen und 6 Betten für Sanitätspersonal. Somit stünden *für Zivilranke nur 51 Krankenbetten zur Verfügung*. Dies sei für eine Stadt mit 12.000 Einwohnern zu wenig. Weiß fährt dann fort²⁸⁰: *Die Zivilbevölkerung fühlt sich ohnedies schon benachteiligt, da die um Aufnahme in das Krankenhaus nachsuchenden Zivilranke nicht immer aufgenommen werden können und des öfteren zurückgewiesen werden müssen*. Abschließend stellt er den Antrag, dass das Krankenhaus an das Lazarett nur 60 Krankenbetten und 6 Sanitärerbetten abtreten müsse. Der Landrat wendet sich im gleichen Jahr an den Regierungspräsidenten in Regensburg, um den Bericht von Amtsarzt Dr. Schottenloher weiterzuleiten²⁸¹. Dieser kritisiert besonders die Knappheit der Krankenbetten in der Isolierabteilung:

Es ist klar, dass diese Art der Unterbringung an einer ansteckenden Krankheit leidenden Person durchaus unzulänglich ist. Bedingt ist diese Tatsache ausschliesslich dadurch, dass der grössere Teil des Krankenhauses zur Verfügung des Reservelazarettes steht. Wenn nun übertragbare Krankheiten in grösserem Umfange auftreten (nicht eine Epidemie), so stösst die Unterbringung der an solchen Krankheiten leidenden Personen auf die grössten Schwierigkeiten.

Es solle deshalb möglichst bald eine gemeinsame Besichtigung des Krankenhauses erfolgen. Zum Schluss des Schreibens weist der Landrat aber darauf hin, dass bei Überfüllung in Deggendorf auf die benachbarten Krankenhäuser in Hengersberg und in Metten ausgewichen werden könne.

Die Stadt reagierte auch verärgert auf die Art und Weise, wie die Räumlichkeiten für die Lazarette beschlagnahmt wurden. Wie oben gezeigt, hatte man sich 1939 mit Erfolg gegen die Beschlagnahme von Teilen des Elisabethenheims gewehrt. Großen Ärger zwischen Stadt und Lazarettverwaltung sollte es bei der Verlegung der Mädchenoberschule und des Schülerinnenheimes in das Elisabethenheim im September 1941 geben.

Der Stadtrat und die Oberschule für Mädchen

Wie im Teil 1 gezeigt, wurde die Stadt Ende 1937 unter Androhung der Schließung der Schule gezwungen, das von den den Englischen Fräulein geleitete Lyzeum schrittweise zu übernehmen. Die Übernahme wurde dann im Juli 1941 endgültig abgeschlossen²⁸². Das bedeutete aber nicht, dass sich die Nonnen mundtot machen ließen. So beschwert sich die Leiterin der Mädchenvolksschule 1939 schriftlich darüber, dass auf dem Platz vor dem Institut die Viehmärkte abgehalten werden. Neben der Störung des Unterrichts und *Gefährdung der zur Schule kommenden Kinder, muß es als ein geradezu unwürdiger Zustand betrachtet werden, daß für den Auftrieb von Schlachtvieh kein anderer Ort als der vor dem Mädchenschulhaus gefunden wird*²⁸³. Daraufhin beauftragt der Bürgermeister das Tiefbauamt, den Platz, wo der neue Schlachthof entstehen soll, auf Geeignetheit für die Viehmärkte zu untersuchen.

Auch bei der Diskussion zwischen Stadt und Institut über die Miete für die Räume des Schülerinnenheims zeigen sich die Nonnen als harte Verhandlungspartner. Für 1940 hatte das Institut eine Miete von 350 bis 375 RM pro Monat errechnet. Dieser Mietpreis wird von der Stadtkämmerei als viel zu hoch abgelehnt, und die Stadt kündigt im November 1940 an, dass man dazu *erst beim Ministerium* vorsprechen wolle²⁸⁴. Dies scheint beim Institut Wirkung gezeigt zu haben, denn schon im Februar 1941 waren die Verhandlungen über den Mietvertrag abgeschlossen²⁸⁵. Dabei sind die Bedingungen fast genauso wie sie die Stadtkämmerei in der Beratung vom 29.11.1940 vorgeschlagen hatte.

c) Entschlies- Der Mietvertrag mit dem Institut der Englischen
sung d. Bür- Fräulein über die Bereitstellung der notwendigen
germeisters: Räume für das Schülerinnenheim und die Mädchen-
oberschule wird auf der Grundlage eines Einzelprei-
ses pro qm abgeschlossen und für die Räume des
Schülerinnenheims 6.25 RM und für die Räume der
Oberschule 7.- RM pro Jahr bezahlt. Die weiteren
Einzelheiten sind in einem Vertrag zu regeln.

Nach dem Führerprinzip war der Schulleiter unbestrittener *Herr im Haus*²⁸⁹. Damit schwindet das Mitspracherecht der Lehrer wie auch der Schüler. Allerdings hatten die HJ und der BDM in den Schulen oft *mehr zu sagen als die Lehrer*. Die Schulleiter forderten in der Regel strenge Unterordnung, und die Schulordnung war auf strenge Disziplin ausgerichtet. Der Bestrafungskatalog sah *oftmals Schläge auf Gesäß oder einige Stunden Karzer vor*²⁹⁰.

Laut Beratungsprotokoll vom 10. Februar 1939 sollte *der Leiter der Mädchenoberschule gleichzeitig ehrenamtlich die Leitung des Heimes* übernehmen, um den Heimbetrieb möglichst wirtschaftlich zu gestalten. Dies hatte Haberl auch getan, und am 16. Oktober 1941 wurde dann auf seinen Antrag hin die Heimleiterzulage auf 500 RM erhöht²⁹¹. Doch allzu lange konnte Haberl als Schulleiter und Heimleiter nicht wirken. Schon am 5. Februar 1942 beantragt Frau Holl im *Auftrag von Herrn Studienrat Haberl* die Anstellung einer Heimleiterin, da *der Schulleiter mit seiner Einberufung zu rechnen hat*²⁹². Am 22. Juni 1942 wendet sich Bürgermeister Weiß an das Kultusministerium mit der Bitte, einen *geeigneten Schulleiter zu benennen*, da die *Uk.-Stellung von Haberl Anfang Juli abläuft*. Doch am 13. Juli, als sich Haberl noch beim Bürgermeister für die gute Zusammenarbeit bedankt, schreibt das Kultusministerium, dass keine geeignete Lehrkraft für die Leitung der Schule zugeteilt werden kann²⁹³. So muss Elisabeth Holl wieder die Leitung übernehmen. Wann das genau geschah, wissen wir nicht. In ihrer Zeugenaussage im Spruchkammerverfahren von Sebastian Weiß erwähnt Elisabeth Holl ihre Ernennung zur Studienrätin im Jahr 1942 und fügt dann vage hinzu: *Ich wurde dann auch Leiterin der Schule*²⁹⁴. Elisabeth Holl wird dieses Amt bis Ende des Krieges innehaben, obwohl Johann Haberl offiziell der Leiter der Schule bleibt, und am 21. März 1944 als solcher in die Besoldungsgruppe A2c1 eingestuft wird. Erst am 1. August 1945 wird Haberl von der Stadt außer Dienst gestellt²⁹⁵. Wie im Einladungsschreiben vom 5. April 1943, unterzeichnet Frau Holl mit *I. V. Lisbeth Holl*. Sie hatte auch am 10. Februar 1945 für die Mädchenoberschule die Liste der Möbel für das Lazarett unterschrieben. Alois Zacher bestätigt in seiner Chronik des Comenius Gymnasiums, dass sie *Leiterin der Mädchenrealschule* war. Nachdem die Militärbehörden Andreas Maderer als Schulleiter der Oberrealschule abgesetzt hatten, folgte diesem, *kommissarisch eingesetzt, Studienrätin Elisabeth Holl, vormals Leiterin der Mädchenrealschule (im heutigen Elisabethenheim)*. *Diese diente ebenfalls zu dieser Zeit als Militärlazarett, so dass für kurze Zeit Frl. Holl die provisorische Schulleitung übernahm*²⁹⁶. Nach einer einjährigen Zwangspause wurde am 30. April 1946 durch Studienrätin Holl offiziell der Schulbetrieb der früheren Oberschule für Knaben wieder eröffnet. Die Schule war jetzt auf 750 Schüler angewachsen, da *die Mädchenoberschule mit der hiesigen Oberschule zusammengelegt* worden war²⁹⁷. Nachdem Maderer als Bürgermeister am 13. Juni 1946 zurückgetreten war, übernahm er wieder die Leitung der Schule. Daraufhin verließ Elisabeth Holl die Oberrealschule. Zum Zeitpunkt ihrer Zeugenaussage am 27. August 1947 ist sie Studienrätin in Reichersbeuren. Doch Elisabeth Holl kommt wieder nach Deggendorf zurück. Laut Jahresbericht der Oberrealschule ist sie dort im Schuljahr 1949/50 Studienrätin für Mathematik und Physik. Auch Johann Haberl arbeitet ab 1948/49 als Lehrer für neuere Sprachen an der Schule.

Da die Mädchenoberschule eine städtische Schule war, musste der Bürgermeister in Zusammenarbeit mit den Ratsherren, geeignete Lehrkräfte anstellen und für deren Bezahlung sorgen. Dies war nicht immer einfach. Im "Dritten Reich" herrschte *eklatanter Mangel an gut ausgebildeten, engagierten Lehrern*²⁹⁸. Schlechte Bezahlung und ein schlechtes Image der Lehrer, sowie die Notwendigkeit, *die Unterrichtsinhalte ... aus völkischer, nationaler Sicht* zu interpretieren, trugen dazu bei²⁹⁹. Der Lehrer war auch *stets in Gefahr, sich unbedacht zu äußern und von Schülern, Eltern oder Kollegen denunziert zu werden*³⁰⁰. Besonders schwierig war es, geeignete Erzieherinnen

für das Heim zu finden. Dabei hatten diese ein Zimmer im Heim und konnten an der Verpflegung des Heims teilnehmen. Bis zum Juni 1944 mussten sie monatlich 45 RM für Verpflegung und 15 RM für Wohnung zahlen. Auf Grund eines Erlasses des Gemeindetages wurde dann der monatliche Gesamtbetrag auf 43,50 RM gesenkt, wovon 36.- RM auf Verpflegung und 7,50 RM auf Wohnung entfielen³⁰¹. Bis dahin war Lehrkräften der Mädchenoberschule Unterkunft und Verpflegung gewährt worden, ohne Rücksicht darauf, ob eine Verwendung als Erzieherin stattgefunden hat oder nicht. Angesichts der verringerten Beiträge soll dies jetzt aber geändert werden. Hier die EntschlieÙung des Bürgermeisters dazu:

Wer nicht von mir als Erzieherin im vorstehenden Sinne bestätigt wird, kann ab Beginn der Sommerferien nicht mehr an der Verpflegung teilnehmen und hat ein bisher ev. innegehabtes Zimmer im Heim bis spätestens Schulbeginn nach den Ferien zu räumen.

Wie die von Haberl unterzeichnete Personalliste vom 3. März 1941 zeigt, unterrichten zu diesem Zeitpunkt noch drei klösterliche Lehrkräfte an der Oberschule für Mädchen. Doch schon am 22. März informiert der Regierungspräsident den Bürgermeister, dass zum Schluss des Schuljahres alle klösterlichen Lehrkräfte... zu entlassen seien.

II. Personallisten:

Frl. Kastl: 9Std. (RM 150 jährl.)	RM 1350.-
Frl. Zitzlsperger: 7 Std. (Violine, Chor)	" 1050.-
Frl. Bretzfeld: 22 Std. (RM 150.-j.)	" 3300.-
M. Cassiana: { 8Std; 80% v. 4800.- }	{ " 1280.- }
{ 3Std, 50% v. 4800.- }	{ " 300.- }
M. Ubalda: 12 Std., 80% v. 2800.-	" 1120.-
M. Amalberga: 2 Std., 80% v. 4000.-	" 267.-
	<hr/>
	RM 8667.-
Dazu kommen noch:	
Gehalt für Frl. Holl:	5000
Gehalt für Frl. Plank:	5000
Gehalt für Frl. Zitzlsperger:	2000
Gehalt für Schulleiter:	2200
Vergütung für Religionslehrer: (8 719)	8200
	1200
	<hr/>
	27719

H. Haberl.

Deshalb muss die Stadt für das Schuljahr 1941/42 weitere Lehrkräfte suchen. Ausgewählt wurde die Studienassessorin Ilse Plank aus Hamburg³⁰². Sie hatte das Staatsexamen im Frühjahr 1939 abgelegt und unterrichtete Deutsch, Geschichte und Französisch. Wie lange Ilse Plank an der Schule blieb, ist nicht genau bekannt. Als die Stadt am 18. September 1945 den früheren Lehrkräften mitteilt, dass die Mädchenoberschule nicht weitergeführt wird, befindet sich ihr Name nicht mehr unter den Adressaten. Mit einer weiteren Lehrkraft hatte man bedeutend weniger Glück. Nach einer sonst erfolglosen Stellenausschreibung war die einzig übrig gebliebene Meldung die der Gewerbelehrerin Maria Schneider, welche zu dem Zeitpunkt beim Oberbürgermeister der Stadt Ludwigshafen a. Rh.

beschäftigt war³⁰³. Stadtoberinspektor Strobel bestätigt, dass ihre Zeugnisse voll entsprechen. So stellt sie dann der Bürgermeister als Lehrkraft an der Schule und als Erzieherin im Heim ein.

c) Entschlies- M. Schneider wird nach Lösung des Dienstverhältnisses
 sungsung d. Bür- in Ludwigshafen unter Berufung in das Beamtenver-
 germeisters: hältnis als Lehrkraft an der Mädchenoberschule und
 Erzieherin im Heim übernommen. Die Besoldung erfolgt
 nach A 4 c 2 RBO mit einem BDA vom 1.3.1935.

Frau Schneider trat wegen einer Zahnbehandlung ihren Dienst erst im November verspätet an. Nach vier Wochen erklärte sie, *den Dienst als Erzieherin nicht mehr leisten zu können* und meldete sich anscheinend krank. Sie trat den Dienst auch nach Weihnachten nicht an und legte ein ärztliches Attest vom 13. Januar 1942 vor, in dem bestätigt wird, dass sie zwar ihre 12 wöchentlichen Unterrichtsstunden halten könne, *im übrigen aber von den sonstigen Aufgaben befreit* werden müsse³⁰⁴. Auch in einer Aussprache mit Josef Strobel fand sie sich offensichtlich nicht bereit, den Heimdienst wieder anzutreten. Der Bürgermeister stellte in der Beratung im März 1942 fest, dass Frau Schneider bei der Übernahme in das Beamtenverhältnis die zeitlich nicht *begrenzte Minderung ihrer Leistungsfähigkeit* verschwiegen habe. Dies sei Grund genug, sie zu entlassen³⁰⁵. Der einen Monat später im Protokoll abgedruckte Stellenplan spricht bereits von *bisher Schneider*³⁰⁶. Doch so schnell wurde die Stadt ihre Lehrkraft nicht los. Wir wissen nicht, ob Frau Schneider gegen die Entlassung Einspruch erhoben hatte oder ob die Stadt angesichts des akuten Lehrermangels sie schließlich doch behalten hatte. Der Berichterstatter Strobel sagt in der Beratung über den Stellenplan 1942, dass es heute *als ausgeschlossen gelten muß, Lehrkräfte gerade mit der Lehrbefähigung zu erhalten, wie sie notwendig wären*. Zwei Jahre später wird im Rat der Fall der Fachlehrerin Schneider nochmals behandelt³⁰⁷.

Gegenstand: Fachlehrerin M. S c h n e i d e r ; Nr.2 b.
 hier Entlassung.
Berichterstatter: Stadtamtmann S t r o b e l .

a) Vortrag des Die seit über Jahresfrist an die Berufsschule Deggendorf
 Bericht- abgeordnete Fachlehrerin Schneider wollte schon
 statters: lange an die Berufsschule übertreten. Die Freigabe
 seitens der Stadt wurde zurückgestellt bis Ersatz
 gefunden ist. Da dies durch Anstellung der Frau
 Dieckmann der Fall ist, kann Frl. Schneider freige-
 geben werden.

b) Stellungnah- - - -
 me der Rats-
 herren:

c) Entschlies- Die Fachlehrerin M. Schneider wird ab 1.7.1944 für
 sungsung d. Bür- den Berufsschulzweckverband Deggendorf freigegeben.
 germeisters:

Offensichtlich war sie seit Herbst 1943 an die Berufsschule abgeordnet gewesen. Was sie in der Zeit vorher gemacht hatte, entzieht sich unserer Kenntnis.

Über andere Lehrkräfte an der Mädchenoberschule ist relativ wenig bekannt. Im Oktober 1941 führt Oberinspektor Strobel in einer Beratung aus, dass auf Grund *der beschränkten Zahl der*

*hauptamtlichen Lehrkräfte ...verschiedene Stunden durch nebenamtliche Lehrkräfte erteilt werden müssen*³⁰⁸. Diese Lehrkräfte werden nach der Zahl der zugeteilten Unterrichtsstunden vergütet. Allerdings zeigt sich die Stadt hier relativ großzügig. Denn die vom Institut übernommene Zeichenlehrerin Münsterer wird genauso wie die *Fachlehrkräfte Plank und Bretzfeld*, die *auch erst kurz vor den Ferien den Dienst aufgenommen haben*, ebenfalls für die Ferien bezahlt. Die Fachlehrerin Bretzfeld war seit 15.Juni 1941 an der Schule im Angestelltenverhältnis tätig³⁰⁹. Ab 1.4.1944 wird sie dann *in das Beamtenverhältnis überführt*. Da Frau Schneider als Erzieherin ausfiel und 1942 ihre Entlassung bevorstand, wurde im Februar 1942 die bisher nebenamtliche Englischlehrerin Therese Kastl jetzt auch als Erzieherin eingesetzt und in das Angestelltenverhältnis übernommen³¹⁰. In der Beratung vom 4.November 1942 wurde eine weitere Lehrkraft, die Studienassessorin Zitzelsberger, *in das ausserplanmäßige Beamtenverhältnis* berufen. Nachdem Frau Schneider endgültig an die Berufsschule abgeordnet worden war, stellte die Schule nochmals eine Fachlehrerin ein. Die aus Frankfurt stammende Hilde Diekmann wurde ab 1.6.1944 verbeamtet und bekam auch eine Wohnung zugewiesen³¹¹.

Für die nebenamtlichen Lehrkräfte gibt es 1944 noch eine Änderung. Auf Grund eines Erlasses vom März 1944 mussten auch *die bisher nach Stunden bezahlten Lehrkräfte Spranger und Münsterer in das Angestelltenverhältnis überführt werden*³¹². Der Bürgermeister benutzt jedoch die Möglichkeit, die Durchführung zurückzustellen.

Die Schule und das Heim hatten sich unter der Leitung von Johann Haberl gut entwickelt. Als Frau Holl im Februar 1942 wegen der Erkrankung von Frau Schneider die Anstellung einer weiteren Erzieherin anregt, gibt sie an, dass die Schule jetzt 180 Schülerinnen habe, 70 davon wohnten im Heim. Abzüglich der Frau Schneider habe die Schule jetzt 7 Vollzeitlehrkräfte und 2 nebenamtliche Lehrkräfte sowie 3 Religionslehrer mit jeweils zwei Wochenstunden. Über die geplante Zusammensetzung des Lehrkörpers liegt eine Liste mit *Stand vom 1.April 1942* vor:

Planstellenüberwachungsliste

der Oberschule für Mädchen in Deggendorf (5 Klassen)

Stand vom 1. April 1942.

Lfd. Nummer	Vorhandene Planstellen:	Inhaber der Stelle	Antsbezeichnung	Geburtsdatum	Besoldungsgruppe (Tag der Einweisung in Planstelle).	Besoldungsdienstalter.	Bemerkungen.
	a) OStDir. OStR. b) StR. c) Obersch.	Stelle (Name, Vorname)					
1	2	3	4	5	6	7	8
	a) Schule						
1	Oberstudienrat	Haberl Hans	Studienrat	21.8.1909	2 c 1 7.4.39	1.1.38	
2	Studienrätin	Holl Lisbeth	Stud.Rätin	1.11.1910	2 c 2 1.5.42	1.1.34	
3	"	Plank Ilse	Stud.Ass.	29.12.1913	2 c 8	1.11.39	DDA.
4	"	Zitzelsperger Therese	"	17.1.1914	2 c 2	1.4.39	DDA.
5	Fachlehrerin	Kastl Therese	Fachlehrer - in	8.9.1891	VI b		T O A
6	"	Schneider M.	"	31.12.1896	VI b		T O A
	b) Heim						
7	1. Erzieherin	Bretsfeld Hildegard	Fachlehrer -in	24.12.1913	VI b		T O A
8	2. Erzieherin	Hauer Irmi	Aushilfe	29.12.1920	VI b		T O A

Geplant ist aber, dass eine Erzieherin in Musik ausgebildet sein soll. Die Stelle der Turnlehrerin im Angestelltenverhältnis bleibt noch offen, bis der Turnunterricht im vorgeschriebenen Ausmaß erteilt werden kann. Ein weiterer Stellenplan liegt für das Schuljahr 1944/45 vor³¹³. Da die Schule jetzt zur 6-klassigen Anstalt ausgebaut ist, stieg auch die Zahl der vorgesehenen Lehrkräfte entsprechend an. Neben dem Schulleiter sind jetzt 5 akademische Lehrkräfte und 3 seminaristisch gebildete Lehrkräfte angestellt. Daneben arbeiten im Schülerinnenheim noch zwei Erzieherinnen.

Entschlies-
sung d. Bür-
germeisters:

Ab Schuljahr 1944 wird der Stellenplan der Mädchen-
oberschule mit Heim endgültig wie folgt festgestellt:

Stelle Nr. Art	Gruppe bzw.	RBO TOA	Amtsbezeichnung	Bemerkung
<u>a) Mädchenoberschule:</u>				
1 B	A 2 c 1		Oberstudienrat	Schulleiter
11 B	A 2 c 2		Studienrätin	
12 B	A 2 c 2		"	
13 B	A 2 c 2			
14 B	A 2 c 2			
15 B	A 2 c 2			
16 B	A 4 a 2		Oberschullehrerin	
17 B	A 4 a 2		"	
18 B	A 4 a 2		"	
<u>b) Schülerinnenheim:</u>				
21 B	A 4 c 2 / 4 a 2		Jugendleiterin und Heimleiterin	
22 A	VI b		Arztin	

Bemerkung: Die Oberaufsicht über das Heim führt der
Leiter der Oberschule, der hierfür eine jährliche
nicht versorgungsfähige Vergütung von 500.- RM erhält.

Diese Vergrößerung der Zahl der Lehrkräfte lässt natürlich die Kosten für die Stadt ansteigen. Doch angesichts der Wichtigkeit der Schule ist dies für Berichterstatter Strobel *nicht ausschlaggebend*.

Es kann nicht übersehen werden, daß der vorge-
schlagene Stellenplan gegenüber dem früheren eine we-
sentliche Mehrbelastung nicht zuletzt durch die Ver-
sorgungsverbandsumlagen bedingt. Da aber die Schule
und zwar als 6-klassige Anstalt unbedingt erforderlich
und die Besoldung der Lehrkräfte reichsrechtlich ge-
regelt ist, können Bedenken finanzieller Art nicht
ausschlaggebend sein.

Zwei Jahre vorher hatte Bürgermeister Weiß dies noch völlig anders gesehen. Damals stellte er die Anstellung einer Handarbeitslehrerin, die zusätzlich Heimdienst leisten sollte, zurück³¹⁴. Der Grund war die negative Prognose, dass während des Krieges kein weiterer Anstieg der Zahl der Zöglinge zu erwarten sei. Diese Skepsis des Bürgermeisters sollte sich als nicht richtig erweisen. Wie der Bericht über die Aufnahmeprüfungen für das Schuljahr 1942/43 zeigt, konnten an der Mädchenoberschule 20 Bewerberinnen wegen Raummangel nicht genommen werden³¹⁵.

* Deggendorf, 9. Juli. (Aufnahme-
prüfungen.) Am Deutschen Schul-
heim (Oberschule für Jungen) unterzogen
sich gestern 94 Jungen der Aufnahmeprü-
fung für die 1. Klasse des Schuljahres
1942/43, von denen 87 die Prüfung be-
standen haben. Auch an der Mäd-
chenoberschule fand die Aufnahmeprüfung
gestern statt. Von 60 angemeldeten Mäd-
chen konnten 20 hauptsächlich wegen Raum-
mangel nicht mehr aufgenommen werden.

Noch düsterer hatte Bürgermeister Weiß die Zukunft der Schule in der Beratung vom 4. April 1941 gesehen. Da alle klösterlichen Lehrkräfte zum Schluss des Schuljahres zu entlassen seien, müsse die Stadt drei weitere Lehrkräfte anstellen. Nach Abzug der Einnahmen durch die Schulgebühren müsse dann die Stadt jährlich 34.000 RM für die Bezahlung der Lehrkräfte aufbringen. Nach der Eingliederung in den Landkreis und mit dem zu zahlenden Kriegsbeitrag von 150.000 RM könne sich die Stadt diesen Aufwand nicht leisten. Außerdem spricht er schon die drohende *Beschlagnahme der Schulräume und des angeschlossenen Heims für Lazarettzwecke* an. Es stelle sich somit die Frage, ob die Stadt die Schule mit Heim weiterführen könne und solle. Der Bürgermeister muss also zu diesem Zeitpunkt schon die Lazarettpläne geahnt haben. Umso überraschender ist es, dass die Stadt trotzdem mit dem Ausbau des Heims fortfährt. In der Beratung vom 16. Juni wurde *ohne Zuschuss* des Ministeriums für die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen und für die Lehrer- und Schülerbücherei der Betrag von 7.137 RM genehmigt³¹⁶. Man geht dann auch gleich daran, das Schülerinnenheim auszubauen, *um 64 Schülerinnen aufnehmen zu können*³¹⁷. Doch in der Beratung am 29. August 1941 gibt Weiß Folgendes bekannt: *Nachdem die Arbeiten nun fertig gestellt sind, kommt die Mitteilung, dass das Lazarett bei den Engl. Fräulein weiter ausgebaut und die Räume der Mädchenoberschule und des Schülerheims hiezu beschlagnahmt werden*³¹⁸. Die Stadt wurde also nicht konsultiert sondern nur informiert. Der Grund für die Lazarettweiterung war wohl der Überfall auf die Sowjetunion. Die Ratsherren sind sich einig, dass die Schule und das Heim in das Elisabethenheim verlegt werden sollen, und der Bürgermeister besteht zusätzlich darauf, dass die Heeresverwaltung die notwendigen Umbau- und Umzugskosten zu tragen habe.

Entscheidung d. Bürgermeisters: Die Instandsetzung des Elisabethenheims für Schulzwecke genehmige ich nach Massgabe der Aussprache und dass die Heeresverwaltung einen Zuschuss von 6000.- bis 7000.- RM zu den durch die Verlegung entstehenden Kosten und den Umzugskosten leistet.

Kurze Zeit vorher hatte der Regierungspräsident am 30. Juli die Anordnung gegeben, dass die Pflinglinge des Elisabethenheims in die Heil- und Pflegeanstalten in Mainkofen und Regensburg zu verlegen seien³¹⁹. Er tat dies unter dem Vorwand, dass *das Elisabethenheim i. Dgdf. zur Unterbringung von Kindern im Rahmen der erweiterten Kinderlandverschickung und von pflegebedürftigen alten Personen aus Südtirol dringend benötigt* wird.

Für viele der Pflinglinge bedeutete diese Umverlegung den Tod³²⁰. Laut Lutz-Dieter Berendt starben von 119 nach Regensburg verlegten Pflinglingen bis Kriegsende 74, von den 61 in Mainkofen Untergebrachten kamen 41 ums Leben.

Der Umzug der Schule in das Elisabethenheim ging zwar sehr schnell vor sich, aber wegen der notwendigen Umbauarbeiten konnte der Unterricht für die Mädchenoberschule trotzdem erst am 22. September, also 14 Tage später als an den übrigen Schulen, beginnen³²¹.

Vor dem Start ins neue Schuljahr

Mädchenoberschule zieht ins frühere Elisabethenheim / Verschiedener Unterrichtsbeginn

Der nachfolgende Artikel in der BO gibt einige interessante Informationen über die Schule. Es wird nunmehr möglich sein, von den 180 Schülerinnen, die die Schule besuchen, etwa 70 im Heim unterzubringen gegenüber einer Zahl von 30 Schülerinnen, die bisher aufgenommen werden konnten. Von dem Umzug in neue Räume verspricht man sich für den Schulbetrieb sehr viel Gutes, so daß die 14 Tage, die durch den Umzug verloren gehen, bald wieder eingeholt sein werden. Wenn die Mädchenoberschule am 22. September ihre Pforte öffnet, werden die fünf Klassen in folgender Stärke antreten: 1. Klasse 45; 2. Klasse 32; 3. Klasse 40; 4. Klasse 32 und 5. Klasse 30 Schülerinnen.

Wohl wegen der Eile hatte man beim Umzug das Mitnehmen der Vorhänge vergessen³²² und möchte sie jetzt zurückhaben.

Deggendorf, den 15. Juni 1942.

Der Bürgermeister der Stadt
Deggendorf.
-.-.-.-.-

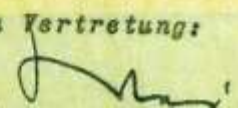
Konzept.

I. An
das Reserve - Lazarett
Engl. Institut
D e g g e n d o r f .
=.=.=.=.=.

Betreff: Städt. Schülerinnenheim.

Im Herbst vor. Js. als das Städt. Schülerinnenheim die Räume der Haushaltungsschule bei den Engl. Fräulein für Lazarettzwecke räumen musste, ist seitens der Leitung übersehen worden die Vorhänge mitzunehmen. Während der Herbst- u. Wintermonate sind die Vorhänge nicht vermisst worden. Nachdem nun die Sonne in die neuen Räume so eindringt, dass die Mädchen nicht mehr arbeiten können, sind die Vorhänge dringend notwendig. Die Beschaffung neuer Vorhänge ist unmöglich.

Ich stelle das Ersuchen, die sat. aus Versetzen zurückgelassenen Vorhänge, die Eigentum der Stadt sind, umgehend für das Schülerinnenheim freizugeben.

In Vertretung:


LIV.
-.-.-

Wie die Zusammenstellung der Arbeitskosten für den Umbau des Elisabethenheims zeigt, wurde intensiv bis zum letzten Tag vor dem Umzug und teilweise noch darüber hinaus gearbeitet³²³.

K o s t e n a u f s t e l l u n g

 für Umbauarbeiten der Oberschule für Mädchen im Elisabethenheim.

1) Löhner

1. - 7.9.41	=	204 1/2	Arbeitsstd.	=	187,20	RM
8. - 14.9.41	=	390 1/2	" "	=	351,40	"
15. - 21.9.41	=	277	" "	=	255,10	"
22. - 28.9.41	=	73	" "	=	101,40	"
					-----	= 895,10 RM

Laut Rechnung vom 28. Februar 1942 habe der Umzug insgesamt 4980,70 RM gekostet. Dazu kommen die vergeblichen Investitionen der Stadt von 2129,98 RM für den Umbau des Schülerinnenheims. Somit habe die Stadt Ausgaben von insgesamt 7100,68 RM gehabt³²⁴. Diese Aufwendungen will sie jetzt unter *Bezugnahme auf die fernmündlichen Gespräche* von der Heeresstandortverwaltung ersetzt haben.

4202,55 RM
599,86 "

168,50 "

erforderte einen Aufwand von
 Die Desinfektion der Räume erforderte
 An Umsatzkosten sind
 erwachsen.

Der Heeresstandortverwaltung, an die *szt.* verwiesen wurde, habe ich damals bereits in den fernmündlichen Gesprächen erklärt, dass die Schul- und Heimiräume nur dann für Lazarettzwecke freigemacht werden, wenn die durch die Verlegung entstehenden Kosten, die damals ca. 6000.- RM geschätzt wurden, durch die Militärverwaltung ersetzt werden.

Die Stadt Deggendorf hat an Aufwendungen für die Verlegung

	2129,98 RM
	4202,34 "
	599,86 "
	168,50 "

	<u>7100,68 RM.</u>

Unter *Bezugnahme auf die fernmündlichen Gespräche* stelle ich an die Heeresstandortverwaltung Deggendorf das Ersuchen, die Aufwendungen von 7100,68 RM der Stadt Deggendorf zu ersetzen.

Sechs Wochen später beschwert sich Weiß bei der Heeresstandortsverwaltung, dass er noch keine Antwort auf sein Schreiben bekommen habe. Weiß erwähnt dann auch, dass die gesamten Verhandlungen wegen Räumung der Mädchenoberschule und des Schülerinnenheims mit Herrn Stabszahlmeister Kreckel geführt worden waren. Dieser habe wiederholt zugesichert, dass der Stadt die Ausgaben für Ausbau und Umzug ersetzt würden³²⁵. Doch es war etwas passiert. Weiß schließt das Schreiben mit:

Ich gebe mich der Hoffnung hin, dass durch das Ableben des Herrn Stabssahmeister Kreckel Änderungen in den wiederholten Zusicherungen nicht eintreten und ersuche um recht baldige Regelung der Angelegenheit, die im Schreiben vom 28.II.42 näher vorgetragen ist.

Vielleicht war also der Tod des Verhandlungsführers vonseiten der Lazarettverwaltung der Grund, warum die Verhandlungen und die Auszahlung des Betrages ins Stocken geraten waren. Die Lazarettverwaltung verlangte am 25. April 1942 eine *spezifizierte* Kostenaufstellung mit Lohnausscheidung. Warum die Stadt erst 18 Monate später, im Oktober 1943, dieser Forderung nachkam, lässt sich nicht nachvollziehen³²⁶. Dies ist der letzte Abschnitt der Aufstellung:

Übertr.:				
149 1/2 Std.			143,37 RM	538,60 RM
46	Arbeitsstunden a 1,08 =	49,68 RM		
45 1/2	" " a 0,84 =	38,22 "		
1	" " a 0,73 =	0,73 "		
35	" " a 0,66 =	23,10 "		
<hr/>				
127 1/2 Std.			=	111,75 RM
<hr/>				
277 Std.			= zus.	255,10 RM
	<u>22. - 28.9.1941:</u>			
36 1/2	Arbeitsstunden a 1,40 =	51,10 RM		
36 1/2	" " a 1,38 =	50,30 "		
<hr/>				
73 Std.			= zus.	101,40 RM
				<hr/>
				<u>Ges. Sa. 895,10 RM.</u>
Aufgestellt:				
Deggendorf, 25. Oktober 1943.				
Stadtbauamt Deggendorf.				
gez: Kellner.				

Wann die Stadt den geforderten Betrag von 7.100 RM ausbezahlt bekam und ob dies überhaupt geschah, geht aus den vorhandenen Akten nicht hervor.

Auswirkungen des Krieges auf die Menschen in Deggendorf

In der viel zitierten geheimen Denkschrift von 1936 forderte Hitler zum Zweck der Kriegsvorbereitung unter anderem den *Aufbau einer Autarkieindustrie* für das rohstoffarme Reich. Dadurch sollten die Versorgung mit den wichtigsten Rohstoffen unabhängig vom Ausland gemacht werden und zugleich Devisen eingespart werden. Da man wusste, dass man im Kriegsfall vom Welthandel weitgehend abgeschnitten sein würde, wollte man besonders auf kriegswichtigen Gebieten autark werden³²⁷. Es waren dies *die Erzeugung von Treibstoff aus der heimischen Braunkohle, die Massenproduktion von Synthetikgummi, die Nutzung der einheimischen relativ eisenarmen Eisenerze, die industrielle Fettversorgung auf Grundlage von Kohle sowie die Leichtmetallerzeugung*³²⁸. Diese Autarkieziele sollten jedoch nie erreicht werden, und auch der *Führung des NS-Staates war klar, dass eine vollständige Autarkie auf dem Mineralölsektor nicht zu erreichen war*³²⁹.

Treibstoffverknappung und Einschränkung des Individualverkehrs

Trotz des forcierten Aufbaus der Hydrierwerke für synthetisches Benzin konnten diese 1939 nur etwa die Hälfte Benzinbedarfes decken. Bei Flugbenzin mit 22 % und bei Dieselmotoren mit 20 % sah es noch schlechter aus. So war trotz der Vorratslagerung von 1 Million Tonnen Treibstoff *die Versorgungslage zu Beginn des Krieges prekär*³³⁰. Laut Berechnung des Reichswirtschaftsministeriums vom Oktober 1939 reichte der Treibstoff nur für 4 1/2 Monate. Falls es nicht gelang, die Kämpfe innerhalb dieser Zeit zu beenden und nur heimische Benzinerzeugung zur Verfügung stehen würde, könnte der Bedarf der Wehrmacht nur zu 63 % gedeckt werden. So hatte das Reich 1940/41 mit Rumänien und der Sowjetunion Öllieferverträge geschlossen. Diese Lieferungen trugen maßgeblich dazu bei, dass 1940/41 der von der Wehrmacht befürchtete Zusammenbruch der Treibstoffversorgung vermieden werden konnte. Dennoch berechnete das Wehrwirtschaftsamt im Mai 1941, dass der Wehrmacht für die nächsten Operationen monatlich 400.000 Tonnen Treibstoff fehlten³³¹. Hier sollten weitere Eroberungen Abhilfe schaffen. Nach der Besetzung der Erdölfelder von Galizien richtete sich der Blick auf die reichen Erdölfelder im Kaukasus. Hier wollte Hitler 1942 den Krieg im Osten entscheiden. Dort fand man aber nur abgebaute oder gesprengte Einrichtungen vor, sodass sich, wie die Tabelle unten zeigt, die deutschen Erwartungen auf große Mineralöllieferungen aus den besetzten Gebieten nicht erfüllten³³². Anfang 1943 ließ eine sowjetische Gegenoffensive das Kaukasusunternehmen endgültig scheitern.

Jahr	Insgesamt	Synthesebenzin	Importe	Besetzte Gebiete
1939	8 200	2200	5165	–
1940	7 600	3348	2075	–
1941	10 000	4116	2807	332
1942	9 500	4920	2359	370
1943	11 300	5748	2766	576
1944	6 830	3830	960	360

(Karlsch, Stokes, 205)

Dieser Misserfolg wurde unter anderem dadurch verursacht, dass *der Treibstoffmangel den operativen Planungen der Wehrmacht ab 1942 gewisse Beschränkungen auferlegte*³³³. Somit war der knappe Treibstoff in erster Linie für die Versorgung der Wehrmacht vorgesehen. Der Verbrauch in der Landwirtschaft ging bis 1943 auf 34 % zurück, in der Industrie auf 40 % bei Diesel und auf 13 % bei Benzin³³⁴. Der private Verbrauch wurde noch stärker gedrosselt. 1942 erhielten im ganzen Reich nur ca. 170.000 PKW Treibstoffzuteilung. Das sind lediglich 11 % der Zahl der vor dem Krieg zugelassenen PKW³³⁵. Mehr als die Hälfte dieses zugeteilten Kraftstoffes ging an die Reichsbehörden wie die Reichspost, die Polizei, die SS, den SD, und den Reichsarbeitsdienst. Auch sonstige Personenkreise, deren Tätigkeiten *dem allgemeinen Interesse dienen*³³⁶, wie Führer der NS Organisationen, die Organisation Todt, Ärzte, das Rote Kreuz oder Personen, die für die Versorgung der Bevölkerung von Wichtigkeit sind, wurden berücksichtigt.

Am 1. September 1939 erfolgte die Einführung der *Bezugsscheinplicht für Vergaser- und Dieselmotoren*, um die *in ausreichenden Mengen vorhandenen Vorräte für diesbezügliche Zwecke sicherzustellen*³³⁷. Damit war der eben begonnene Krieg gemeint. Deshalb musste der zivile Spritverbrauch drastisch eingeschränkt werden. Die Ausgabe von Mineralölberechtigungsgutscheinen erfolgte nur an den oben genannten Personenkreis. Fahrzeuge,

die weiterhin benutzt werden durften, mussten auf dem Nummernschild den roten Winkel haben, der einem "V" sehr ähnlich sah und amtlich abgestempelt war³³⁸:



Wehrmachtsfahrzeuge und Fahrzeuge der Reichsbehörden brauchten den Winkel nicht zu tragen sondern benötigten lediglich eine *Tankausweiskarte*. Ab 15. Januar 1945, als die Kraftstoffversorgung faktisch zusammengebrochen war, mussten sich PKW Halter anstelle des roten Winkels eine Benutzungsbescheinigung der zuständigen Dienststelle besorgen³³⁹. Autofahrten durften jetzt nur noch nach ausdrücklicher behördlicher Genehmigung, die in ein Fahrtenbuch eingetragen wurde, gemacht werden.

Es soll aber nicht unerwähnt bleiben, dass manche Menschen trotz Strafandrohungen immer wieder Wege gefunden haben, die Fahrverbote zu umgehen. So zeigt Helmut Halter auf, dass es selbst 1944 in Regensburg noch immer vereinzelt *privaten PKW-Verkehr* gab³⁴⁰. Trotz der angedrohten Todesstrafe bei Nichtmeldung und Nichtablieferung privater Treibstoffbestände seien noch 1945 *private Autobesitzer "massenhaft" vor den Luftangriffen aus der Stadt geflüchtet*³⁴¹. Ob es in Deggendorf Ähnliches gab, ist nicht bekannt.

Die Maßnahmen zeigten schnell Wirkung. Schon im November meldet die Zeitung triumphierend, dass das Ziel, nämlich *die Herabsetzung der Benutzung von Personenautos und Motorrädern auf etwa 15 Prozent des Bestandes vor Ausbruch des Krieges*, erreicht sei³⁴². Laut der letzten Zählung hatte am 1. Juli 1939 in Niederbayern und der Oberpfalz die Zahl der Kfz noch 70.909 betragen (44.468 Krafträder, 19.617 Pkw, 155 Busse, 4.829 LKW und 1.840 Zugmaschinen)³⁴³. Schon im Laufe des Oktobers hatte man die Bestimmungen nochmals verschärfte. Jetzt fällt das *Privileg militärisch beordneter oder freigestellter Kraftfahrzeuge, die bisher ohne weiteres mit dem roten Winkel gekennzeichnet wurden*, weg. Auch diese Fahrzeuge werden jetzt dahingehend überprüft, ob ein öffentliches Interesse an ihrer Weiternutzung besteht. Für die *Bewinkelung* der Fahrzeuge ist ausschließlich nur noch die *Zulassungsstelle für Kraftfahrzeuge* zuständig³⁴⁴. Wie rigoros die Maßnahmen zur Einsparung von Kraftstoff waren, zeigt die Ankündigung im September 1939, dass bis 31. Oktober keine weiteren Mineralölbezugscheine ausgegeben werden und die Fahrer somit mit der ihnen zugeteilten Menge 6 Wochen auskommen müssen³⁴⁵.

Auch die Benutzung der LKW wurde stark eingeschränkt. Den Einsatz der Nutzfahrzeuge (LKW, Busse) koordinierte und überwachte der Fahrbereitschaftsleiter, und nur mit dessen Genehmigung durften Transporte durchgeführt werden³⁴⁶.



Der Fahrbereitschaftsleiter wurde vom Bürgermeister oder Landrat eingesetzt. Nutzfahrzeuge durften nur noch eingesetzt werden für 1. *Bahnhofsräumung*; 2. *Lebensmittelversorgung*; 3. *Bedienung der wehrwirtschaftlich wichtigen Betriebe*; 4. *Bedienung der wehrwirtschaftlich wichtigen Baustellen*³⁴⁷.

Zusätzlich überwachte auch das Nationalsozialistische Kraftfahrkorps (NSKK) den Lkw Verkehr. Voller Stolz verkündete 1943 das NSKK, dass seine Männer bis dahin 1,25 Millionen Lastkraftwagen auf ihren technischen Zustand kontrolliert hatten, aber auch im Hinblick darauf, ob die Fahrt den *gegebenen Richtlinien und Anordnungen kriegswirtschaftlicher Natur* entsprach³⁴⁸.

Da man Lastwägen für den Transport von Versorgungsgütern und Zugmaschinen in der Landwirtschaft unbedingt benötigte, mussten diese auf Flüssiggas umgestellt werden, *wenn der regelmäßige Standort ...dieser Fahrzeuge nicht weiter als 10 Kilometer vom nächsten Flüssiggaslager entfernt war*³⁴⁹. Für die Bauern, die weiterhin Benzin und Rohöl benutzten, erfolgte ab 1940 die Ausgabe der Bezugscheine durch den zuständigen Bürgermeister³⁵⁰:



Um Treibstoff einzusparen wurde 1939 die Höchstgeschwindigkeit für Kraftfahrzeuge gesenkt. Statt 60 km/h beträgt sie nun innerhalb geschlossener Ortschaften 40 km/h. Außerhalb geschlossener Ortschaften und auf den Autobahnen beträgt die Höchstgeschwindigkeit für Autos und Motorräder statt 100 km/h jetzt 80 km/h, für Lastwagen und Omnibusse 60 km/h³⁵¹.

Von den im Herbst 1939 aus dem Verkehr gezogenen privaten Fahrzeugen wurde ein Großteil zu militärischen Zwecken beschlagnahmt³⁵². Die restlichen Fahrzeuge wurden bis zum schnell erwarteten Sieg stillgelegt. Das NSKK forderte die Besitzer stillgelegter Fahrzeuge auf, diese zu pflegen und sachgemäß unterzubringen, damit sie *nach errungenem Siege* sofort wieder eingesetzt werden können. Dies ist *eine Pflicht, die über allem steht, es ist eine Pflicht gegenüber der Gemeinschaft, gegenüber den Gütern der Nation*³⁵³. Das NSKK bot dazu an, *die notwendige Hilfe* zu leisten oder diese zu vermitteln. Mit sachgemäßer Unterbringung der stillgelegten Autos und Motorräder war die Unterbringung in einer Garage gemeint, wie dies die Aufforderung in der BO vom 13. November 1939 zeigt.

Garagennachweis für stillgelegte Autos.
 Immer noch sind stillgelegte Kraftfahrzeuge auf öffentlichen Straßen und Plätzen abgestellt. Die Wagen gehören aber in die Garage, damit sie nicht in Schnee und Eis verkommen. DNK und NSKK treffen jetzt die nötigen Feststellungen über die noch invorschriftsmäßig abgestellten Wagen. Die Fachabteilung Kraftstoffe und Garagen der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel ist beauftragt worden, für den nötigen gewerblichen Garagenraum zu sorgen. Die Fachabteilung hat Vermittlungsstellen eingerichtet, die Garagen nachweisen. Es sind noch genügend Garagen verfügbar, das zeigt das Beispiel Berlins, wo zurzeit noch über 2000 Unterstellplätze in gewerblichen Garagenbetrieben frei sind.

Angesichts dieser Entwicklung hatte Bürgermeister Weiß Anfang September 1939 die Anschaffung eines KdF. - Wagens abgelehnt.

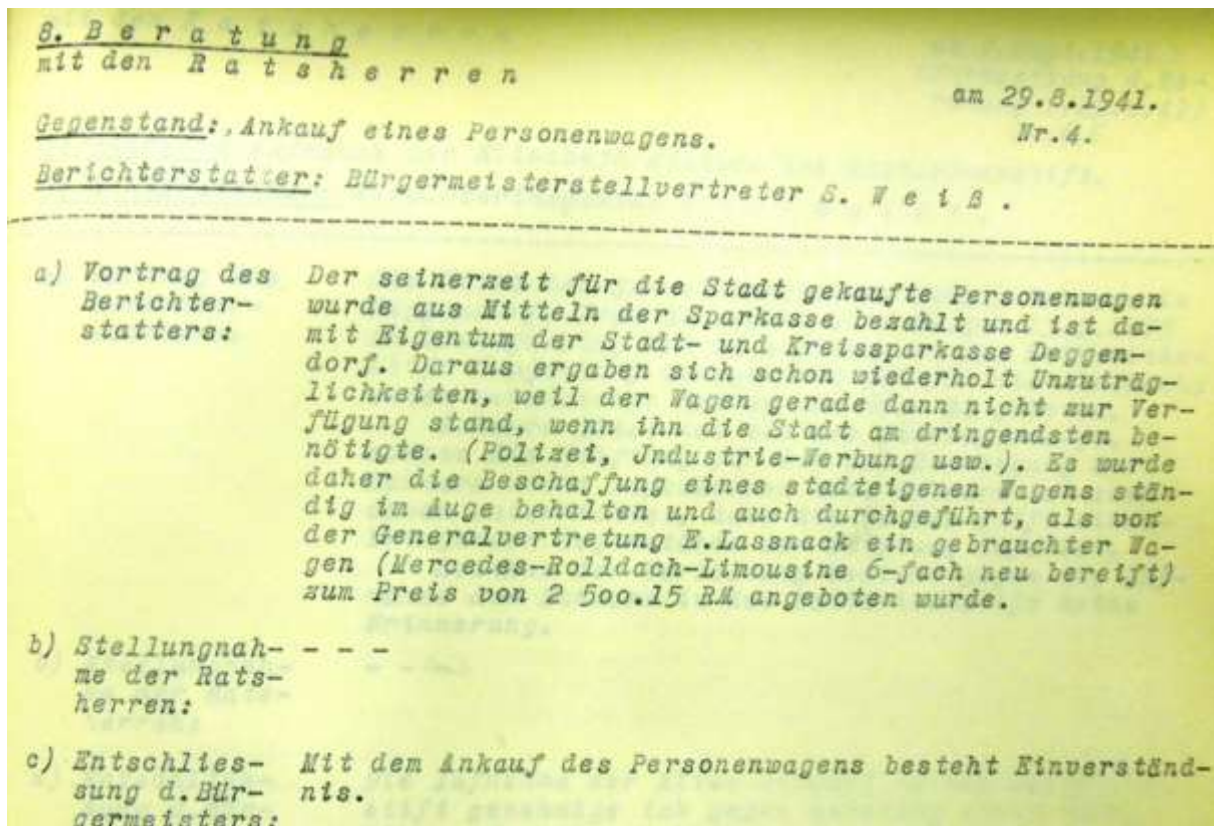
6. Beratung
 mit den R a t s h e r r e n am 6. September 1939.
 Nr. 8
Gegenstand: Beschaffung eines KdF.-Wagens.
Berichterstatter: Stadtkämmerer W e i ß .

a) Vortrag des Berichtstatters: Die Deutsche Arbeitsfront, NS Gemeinschaft Kraft durch Freude, Gaudiendienststelle Bayerische Ostmark hat am 23.8.1939 angefragt, warum noch kein Auftrag auf einen KdF.-Wagen erfolgt ist. Die Meinung der Ratsherren geht dahin, dass die Infrage durch die eingetretenen Verhältnisse überholt ist.

b) Stellungnahme der Ratsherren: -----

c) Entschliessung d. Bürgermeisters: Der Stadt entstehen durch die eingetretenen Verhältnisse schon Lasten, so dass an eine Beschaffung eines KdF.-Wagens derzeit nicht gedacht werden kann. Die Gaudiens tstelle ist in diesem Sinne zu verständigen.

Dennoch hatte die Stadt im Jahr 1941 eine gebrauchte Mercedes Limousine zum Preis von 2500,15 RM angeschafft, was in der Beratung vom 29. August 1941 vom Bürgermeister nachträglich gebilligt wurde.



Die drastische Verringerung der Zahl der benutzten Fahrzeuge hatte natürlich zur Folge, dass viele der bestehenden Tankstellen nicht mehr gebraucht wurden. Die Behörden entschieden dabei, welche Tankstellen als überflüssig geschlossen werden³⁵⁴.

Tankstellen werden ausgewählt. Eine Reihe von Tankstellen ist wegen der derzeitigen Beschränkung des Kraftverkehrs vorübergehend überflüssig geworden und deshalb zur Zeit außer Betrieb. Die Auswahl der Tankstellen, die noch beliefert werden sollen, erfolgt nach kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Der vorschlagenden Stelle sind Beauftragte der zuständigen Fachabteilung der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel zugeteilt.

Von der vorübergehenden Schließung waren auch Tankstellen in Deggendorf betroffen. Laut Einwohnerbuch 1938 gab es in diesem Jahr in Deggendorf 15 Tankstellen. Davon musste wohl ein Großteil geschlossen werden. Wir wissen jedenfalls mit Sicherheit von der Schließung von zwei Tankstellen in Deggendorf. Im Februar 1940 meldete Michael Stern sein Tankstellengewerbe ab³⁵⁵.

An den
Herrn Bürgermeister
d. Gemeinde
Deggendorf

Stadtverwaltung Deggendorf
1-1111 1040

3. St.	2. St.	1. St.	St.	R. St.

München, Glonner Straße 1 (beim OstbM.)
Nebenlager:
Augsburg, Ingolstadt, Kempten, Passau,
Pietling, Regensburg, Traunstein

B. V. - ARAL / A. V. - Benzol / Bevolin
B. V. - OEL / Diesel-Treiböl / Treibgas

MÜNCHEN 2

Betreff: 16 Org/Pl. 28. Februar 40

Betr.: Gewerbeabmeldung.

Wir geben Ihnen hiermit bekannt, dass unsere Zapfstelle für den Verkauf von Autotreibstoffen bei Michael Stern, Unterer Graben 270. bei Ausbruch des Krieges auf Anordnung der zuständigen Behörden bis auf weiteres geschlossen werden musste.

Glückauf und Heil Hitler!
RAAB KARCHER-TRYSSEN
G. m. b. H.

W. Halbritter, 1. 2. 1940

Schon im November 1939 hatte sich der Betreiber der Tankstelle Halbritter an den Stadtrat mit der Bitte um Ermäßigung der Anerkennungsgebühr gewandt³⁵⁶.

9. Beratung
mit den R a t s h e r r e n am 3. November 1939.
Nr. 3.

Gegenstand: Anerkennungsgebühr für Tankstelle Halbritter.
Berichterstatter: Stadtkassenoberinspektor S t r o b e l .

a) Vortrag des Berichterstatters: H a l b r i t t e r hat in Hinblick auf die Einstellung der Treibstoffabgabe um Ermäßigung der Anerkennungsgebühr von 100.- RM auf 50.- RM ersucht. Gegen die Ermäßigung bestehen verschiedene Bedenken, so insbesondere hinsichtlich der Auswirkung auf die anderen Tankstellen. Vorgeschlagen wird, vorerst nur die Stundung in Höhe von 50.- RM zu bewilligen.

b) Stellungnahme der Ratsherren: - - -

c) Entschliessung d. Bürgermeisters: Die Gebühr für die Tankstelle Halbritter wird zur Hälfte bis auf weiteres gestundet. Zum Erlass wird innerhalb Jahresfrist endgültig Stellung genommen.

Die erwähnte Anerkennungsgebühr war wohl eine Steuer, welche die Stadt von Gewerbebetrieben erhob. Erstaunlich ist, dass die Tankstellen diese Gebühr entrichten mussten, auch wenn sie keinen mehr Treibstoff verkauften.

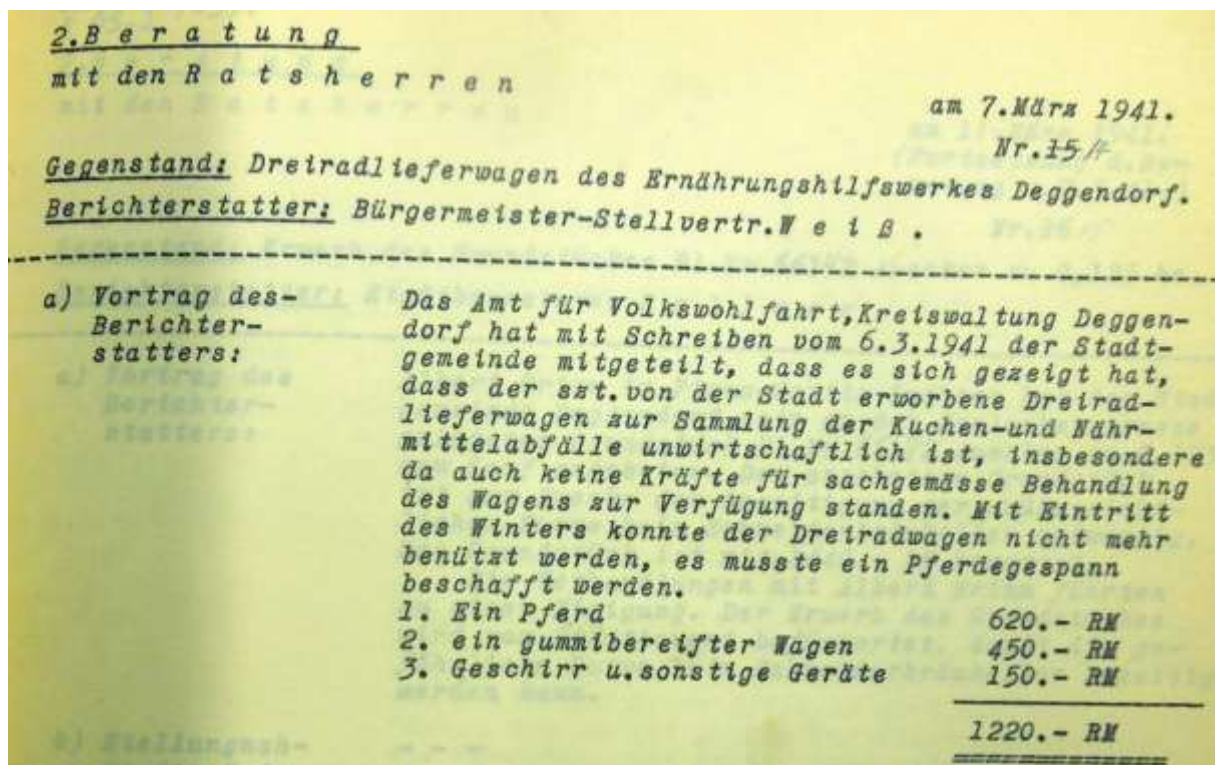
Das Zurückdrängen der privat genutzten Kraftfahrzeuge hatte natürlich auch Auswirkungen auf die Autohersteller, die im Krieg durchgehend zu Rüstungskonzernen umgewandelt wurden. Die PKW Produktion wurde wegen der Benzinrationierung aber auch wegen des fortschreitenden Mangels an Kautschuk rapide gedrosselt³⁵⁷. 1942 konnte die Herstellung von synthetischem Kautschuk, die im Buna Werk 1936 angelaufen war, nur 20% des Kautschukbedarfes abdecken³⁵⁸ und führte somit zu gravierenden Engpässen bei Auto- und Fahrradreifen. Wurden 1940 bei Ford noch 4735 PKW gebaut, sank die Zahl der produzierten Autos 1941 auf 927 und 1942 auf 41. Dennoch erzielte Ford wegen der steigenden staatlichen Aufträge schon 1940 einen Rekordgewinn. Interessant ist auch, dass Henry Ford weiterhin auf neutralen Schiffen LKW Reifen in vom "Dritten Reich" besetzte Gebiete lieferte. Das Chemnitzer Hauptwerk der Autounion AG brach zwar den zivilen Fahrzeugbau nicht schlagartig ab, aber man *verschob den geplanten Typenwechsel auf die baldigst erwartete Nachkriegszeit und verringerte den Fahrzeugausstoß durchaus moderat*³⁵⁹. In dem von Hitler 1938 eröffneten Volkswagenwerk in Wolfsburg wurden ganze 630 zivile Volkswagen gebaut. Diese waren jedoch Parteiobere vorbehalten oder wurden zu Propagandazwecken benutzt³⁶⁰. Stattdessen produzierte das neue Werk für den Krieg 66.000 Kübelwagen. Über 300.000 Sparer, die Woche für Woche 5 RM angespart hatten, bekamen nie den angekündigten Volkswagen³⁶¹.

Als Ersatz für stillgelegte Lastkraftwagen sollen jetzt Pferdefuhrwerke zum Warentransport dienen³⁶²:



Dieses Foto zeigt ein Zugpferd in der Bahnhofstraße vor dem Cafe-Restaurant Schattenfroh. In dem Artikel dazu wird die vielfältige Einsatzmöglichkeit des Pferdes hervorgehoben *für jene Zeiten, da die Kraftstoffe für die Landesverteidigung völlig reserviert werden müssen*. 1940 tauschte das Ernährungshilfswerk der NSV den Dreiradlieferwagen, der zum Einsammeln von Essensresten für den

Schweinestall benutzt wurde, gegen ein Pferdegespann ein. Als Grund wird allerdings nicht Treibstoffmangel genannt, sondern Probleme mit der Bedienung³⁶³.



Wie private PKW, waren auch Zugpferde vor Beschlagnahme durch den Staat nicht sicher. Dies zeigt die kurze Notiz im DWK vom 3. April 1943:

Beschlagnahme von Zugpferden. Auf die heutige Bekanntmachung, wonach alle als Zugtiere verwendeten Pferde mit sofortiger Wirkung beschlagnahmt sind, werden die Pferdehalter hingewiesen.

Im Laufe des Krieges, als sich die Treibstoffversorgung gravierend verschlechterte, wollten immer mehr Kommunen Pferdegespanne anschaffen, was allerdings nicht immer leicht war, wie der Antrag des Stadtbauamtes an den Stadtrat im Jahr 1944 zeigt³⁶⁴.

"Durch das nunmehr gänzliche Ausbleiben der Benzin- und Treibgassuweisung durch die Fahrbereitschaft ist der Pferdefuhrwerksbedarf stark gestiegen. Die von den Pferdefuhrunternehmern gestellten Gespanne reichen nicht aus, um den gestellten Anforderungen zu genügen. Es erscheint deshalb notwendig, sich um ein eigenes Pferdegespann umzusehen, wie dies andere Städte schon von je her haben. Die Stadt Plattling hält 2, Straubing 5 Pferde (ausserdem hat Straubing einen Holzgenerator-Lastwagen). Wenn auch die Beschaffung zur Zeit schwierig sein wird, so soll doch nichts unversucht gelassen werden, um selbst wenigstens ein 2-spänner Gespann zu erhalten. Dies hat den Vorteil, dass dasselbe jederzeit greifbar ist. Die bisher beanspruchten Fuhrwerke werden dadurch nicht entbehrlich, da dadurch ja nur der ausgefallene Lastwagen ersetzt wird. Eigenes Fahrzeug wird nicht notwendig, da mit dem eigenen Gespann der Kehrricht- und Fäkalienwagen gezogen werden kann."

Auch Pferdekutschen kamen wieder in Mode. Als nach dem Kriegsausbruch für Spazierfahrten kein Treibstoff mehr zur Verfügung stand, wichen die Brautpaare auf Pferdekutschen aus.

Mit Zwei-PS-Hafermotor in die Ehe

Der gute alte Kutschwagen ist wieder zu Ehren gekommen

Dass die Brautpaare nicht mehr in Autos gefahren werden, sondern in einem längst in Ruhestand gewesenen Landauer³⁶⁵, wird vom DWK fast schwärmerisch als Vorteil, den der Krieg bringt, gesehen. Doch einen Monat später kommt die Retourkutsche³⁶⁶:

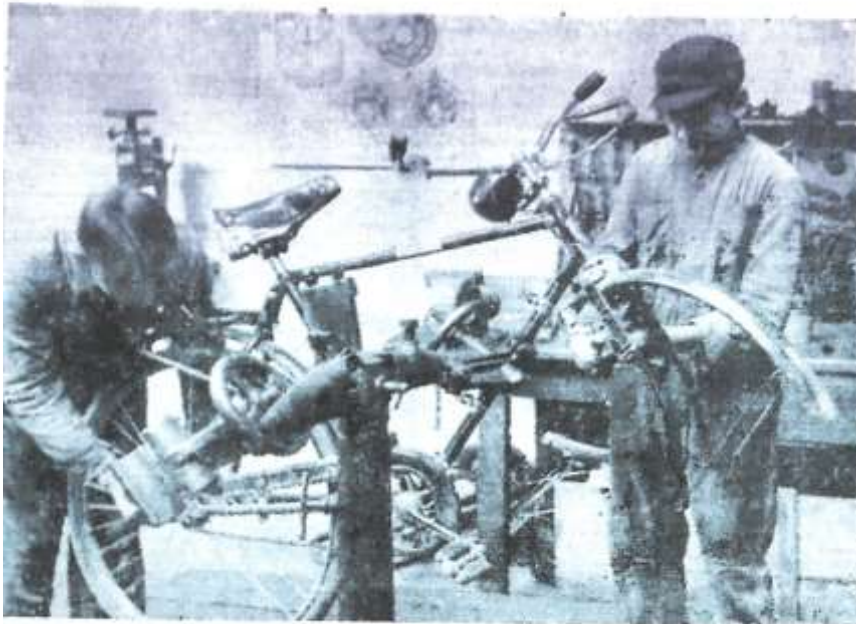
Vergnügungsfahrten mit Pferdefuhrwerken.
Der Reichsverkehrsminister hat im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern angeordnet, daß Vergnügungsfahrten mit Pferdefuhrwerken, die der gewerbsmäßigen Beförderung von Personen dienen, während der weiteren Dauer des Krieges grundsätzlich zu unbleiben haben. Ausnahmen sind nur im Rahmen der Wehrmachtsbetreuung für Verwundete, Erkrankte und Erholungssuchende zulässig.

Ob bei diesem Verbot von Vergnügungsfahrten die Beförderung der Brautpaare eingeschlossen war, entzieht sich meiner Kenntnis.

Neben dem Pferd erlebte während des Krieges auch das Fahrrad eine Renaissance. Im November 1939 verkündet die BO³⁶⁷:

Wir treten wieder Pedal

Pflegliche Behandlung des Rades heute dringend geboten



In einer Fahrrad-Reparaturwerkstätte

W. Kraus

Der nachfolgende Artikel motiviert dann zur Benutzung des Fahrrads mit Hinweisen, dass Filmgrößen, Staatsoberhäupter wie die holländische Königin und auch Manager wie der Generaldirektor der Siemenswerke mit dem Rad fahren. Da sich offensichtlich keine oder nur wenige neue Fahrräder auf dem Markt befanden, gibt der Artikel detaillierte Ratschläge, wie man sein Rad wieder in Betrieb nimmt und anschließend richtig pflegt. Dies sei eine Pflicht, die über allem steht, es sei eine Pflicht gegenüber der Gemeinschaft, gegenüber den Gütern der Nation. Das Beste sei natürlich, das Rad vor Inbetriebnahme zum Check in die Fahrradwerkstatt zu bringen. Bei den Ratschlägen für und Ermahnungen an die Radbesitzer geht es meist um die Gummibereifung, die wegen des akuten Kautschukmangels pfleglich behandelt werden müsse: *Außer Gebrauch müssen die Räder hoch gestellt werden, damit der Gummi nicht den Boden berührt.* Um übermäßigen Abrieb zu vermeiden, solle der Reifen richtig aufgepumpt sein: *Ein gut aufgepumpter Fahrradreifen hält nämlich doppelt so lang.* Diese Kampagne zur richtigen Behandlung und Schonung der Fahrradreifen wird jährlich wiederholt, so im September 1940. Unter der Überschrift *Eine Mahnung an die Radfahrer*³⁶⁸ heißt es in der Zeitung, dass die Zahl der Radfahrer im Krieg auf 20 Millionen gestiegen sei, da *nun auch viele ehemalige Kraftfahrer täglich auf dem "Tretmobil" zu ihrer Arbeitsstätte radeln.* Doch da bleibt das Problem mit den Fahrradreifen³⁶⁹:

Für uns alle, für Deutschland, ist es von größter Bedeutung, daß diese vielen Reifen so lange wie möglich halten, daß sie eine Kilometerzahl erreichen, die noch über der normalen Leistung in Friedenszeiten liegt. Das ist aber nur durch richtige Behandlung, durch gute Reifenpflege möglich. Wie sieht es damit in der Wirklichkeit aus? Werden die Fahrradreifen dem Kriege entsprechend geschont? Leider nein!

Und dann gibt es wieder eine Anzahl von Ratschlägen, dass die Fahrräder nicht zu schwer beladen werden sollten oder dass *allzu forsches Radeln* zu unterlassen sei: *Wer jetzt im Krieg seine Reifen in dieser Weise schont, hilft dem Vaterlande.* Am nächsten Tag wird verlautbart, dass Jugendliche ihre Fahrräder nur zum Schulbesuch benutzen dürfen. Spazier- und Ausflugsfahrten seien zu unterlassen³⁷⁰:

Keine Spazierfahrt auf Fahrrädern.
Spazier- und Ausflugsfahrten auf Fahrrädern sind nach einem Erlaß des Reichs-
erziehungsministers für Jugendliche und
Schulkinder verboten. Die Benutzung der
Fahrräder ist nur für den Besuch des
Schulunterrichts gestattet. Die Schüler
und Schülerinnen sollen von ihren Lehrern
eindringlich auf ihre Pflichten im Ge-
brauch von Fahrrädern aufmerksam ge-
macht werden, damit es in Zukunft nicht
mehr nötig ist, Fahrradreisen zu beschlaa-
nahmen, die mißbräuchlich gebraucht wur-
den. Die Erlaubnis, Fahrräder für den
Schulbesuch zu benutzen, wird von nun ab
nur dann erteilt, wenn die Notwendigkeit,
längere Wegstrecken zurückzulegen, nach-
gewiesen wird.

Im April 1943, als sich die Kriegslage deutlich verschlechtert hatte und schon vom *totalen Krieg* gesprochen wird, werden die Millionen Fahrradhalter wiederum dringend ermahnt, *das wertvolle Reifenmaterial* zu schonen und auf den richtigen Reifendruck zu achten³⁷¹: *Jeder Fahrradbesitzer ist heute mehr denn je verpflichtet, das ihm anvertraute volkswirtschaftlich wichtige Gut pfleglich zu behandeln.* Da Fahrräder eine Mangelware geworden sind, warnt die Polizei die Menschen, nicht auf betrügerische Billigangebote hereinzufallen, da solche Räder meist gestohlen seien³⁷².

Unsere Polizei warnt. An der Amts-
tafel vor der Polizeiwache am Rathaus
finden wir folgende beachtliche Warnung:
Fremde, die Euch billige Fahrräder an-
bieten oder gegen Lebensmittel und son-
stige Waren günstig vertauschen wollen,
sind in der Regel Betrüger, die Euch
schwer hereinlegen wollen, denn meistens
sind die Fahrräder gestohlen. Ihr
habt dann nur Euer gutes Geld verloren
und seid zudem Eure Waren los, denn
Ihr müßt das gestohlene Fahrrad wieder
zurückgeben. Bewahrt Euch durch Vor-
sicht vor Schaden. Gebt Eure Waren nicht
einem Betrüger ab. Uebergibt vielmehr
den Betrüger der Polizei!

Die Einschränkung des Zugverkehrs

Doch auch die Benutzung der Bahn wurde für die Menschen während des Krieges immer schwieriger. Die Deutsche Reichsbahn war das größte Unternehmen im Reich, mit 971.000 Beschäftigten und einem Fahrzeugpark von 23.000 Lokomotiven, 1.900 Triebwagen, 69.000 Personen-, 21.000 Gepäck- und 605.000 Güterwagen³⁷³. Im Krieg wickelte die Reichsbahn die Truppen- und Versorgungstransporte ab und spielte eine zentrale Rolle bei den Deportationen in die Vernichtungslager im Osten. Dies und die Massentransporte von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen in Richtung Westen blieben nach dem Krieg weitgehend ungesühnt. Die für den Truppentransport benötigten Wagen und Lokomotiven fehlten natürlich beim regulären Personen- und Güterverkehr. Diese Engpässe hielten sich zunächst in Grenzen, da man nach dem Frankreichfeldzug an die 3.000 französische und belgische Lokomotiven requirieren konnte³⁷⁴. Der

Aufmarsch gegen die Sowjetunion verschärfte dann aber die Probleme. Täglich transportierten an die 3.000 Züge das Personal und die Ausrüstung der 140 Divisionen nach Osten. Im Jahr 1942 befanden sich 110.000 deutsche Güterwägen und 5.200 Lokomotiven in Russland. Da der *für 1940 vorgesehene Bau von 1.350 Dampflokomotiven und 65.000 Wagen* wegen Rohstoffmangels nicht verwirklicht werden konnte³⁷⁵, konzipierte man die *Kriegslokomotiven*. Diese waren sehr vereinfachte Lokomotiven, speziell für den Einsatz im Krieg gebaut. Man benötigte für sie bedeutend weniger Stahl und Kupfer. Das Ziel, jeden Monat 500 solcher Lokomotiven herzustellen, wurde 1943 zunächst erreicht. Als Hitler im März 1943 jedoch den Generälen die Verdoppelung der Panzerproduktion zusagte, musste die Produktion der Kriegslokomotiven zurückgefahren werden³⁷⁶.

Schon am 29. August 1939 hatte die *BO* gemeldet, dass seit zwei Tagen *eine erhebliche Zahl von Zügen* ausgefallen sei. Der geplante Überfall auf Polen wird als Grund natürlich nicht genannt.

Betriebsbeschränkungen der Reichsbahn. Aus betriebstechnischen Gründen sah sich die Reichsbahn gezwungen, vom Sonntag Abend ab eine erhebliche Zahl von Zügen ausfallen lassen. Es wird daher jedem Interessiertem geraten, die Anschläge auf den Bahnhöfen genauestens zu beachten.

Wie stark auch Deggendorf betroffen war, zeigt der am 1. September veröffentlichte Fahrplan, laut dem zwischen Plattling und Eisenstein täglich nur noch zwei Züge verkehrten³⁷⁷:

Plattling — Eisenstein: Plattling ab 9,52 Uhr und 20,00 Uhr, Deggendorf an 10,04 und 20,12 Uhr, Deggendorf ab 10,06 und 20,16 Uhr, Gotteszell ab 10,44 und 20,57, Zwiesel ab 11,19 und 21,35, Eisenstein an 11,42 und 21,58 Uhr; (die Züge halten auf allen Stationen).
Eisenstein — Plattling: Eisenstein ab 8,01 und 16,18, Zwiesel ab 8,19 und 16,35, Gotteszell ab 8,55 und 17,10; Deggendorf an 9,19 und 17,36, Deggendorf ab 9,21 und 17,38, Plattling an 9,33 und 17,50, die Züge halten auf allen Stationen.

Ähnlich starke Einschränkungen des Zugverkehrs gab es auch auf den Strecken Passau-Regensburg und Plattling-Landshut. Doch schon ab 11. September entspannte sich die Situation etwas, und es konnten wieder mehr Reisezüge eingesetzt werden³⁷⁸. Um das verknappte Platzangebot in den Zügen voll ausnützen zu können wurde in Personenzügen die 2. Klasse abgeschafft³⁷⁹.

Nur noch 3. Klasse in Personenzügen. Von jetzt an führen die Personenzüge des öffentlichen Verkehrs planmäßig keine 2. Klasse mehr. Nur bei D- und Eilzügen wird diese Klasse beibehalten.

Wie sehr der Zugverkehr wegen des Krieges eingeschränkt war, zeigt die im Januar 1940 erfolgte Verschiebung des Unterrichts an der Oberschule auf den Nachmittag³⁸⁰:

Schulunterricht an der Oberschule nachmittags. Ab heute beginnt bis auf weiteres der Schulunterricht an der Oberschule wegen des eingeschränkten Zugverkehrs erst um 13 Uhr. Damit können die auswärtigen Schüler den Unterricht ohne Verlust an Lehrstunden besuchen.

Wegen der notwendigen Verdunkelung auch in den Zügen wurden die Reisenden ermahnt, ihr Gepäck oder aufgegebene Sendungen vorschriftsmäßig zu kennzeichnen³⁸¹. Der Feldzug gegen Frankreich brachte dann weitere Einschränkungen des Zugverkehrs. So ermahnt die Zeitung schon Anfang Mai 1940, dieses Jahr zu Pfingsten auf eine Reise zu verzichten³⁸²:

Pfingsten ohne Lokomotivpfeif

„Grüne Ausflugsziele“ in der Umgebung / Es geht auch ohne Reise

Die Reichsbahn habe *nach wie vor eine starke Belastung durch den kriegs- und lebenswichtigen Güterverkehr zu bewältigen*. Wer in einer solch schönen Gegend wie in Deggendorf wohne, für den ist eine Pfingstreise wahrlich ein Überfluß. Nach Pfingsten meldet dann die Zeitung nicht ohne Stolz den Erfolg ihres Appells³⁸³:

Die Deggendorfer blieben brav daheim. Wie der Bahnhofsvorstand uns mitteilt, haben die Deggendorfer die Mahnung, zu Pfingsten nicht zu verreisen, brav befolgt. Der Verkehr war nur wenig gegen Normaltage gesteigert. Dies Zuhausebleiben zeigte sich deutlich im Bilde unserer Stadt. An den beiden Feiertagen war das Straßenbild recht belebt und in Scharen wanderten an den Nachmittagen die Deggendorfer auf den schönen Spazierwegen in der nahen Umgebung unserer Stadt. Abends waren die Gaststätten teilweise überfüllt.

Diese Aufrufe, an Pfingsten zuhause zu bleiben, werden sich jedes Jahr wiederholen. Zusätzlich waren für den Reiseverkehr an Pfingsten 1940 die Zulassungskarten eingeführt worden. Bestimmte D- und Eilzüge dürfen nur noch mit diesen Karten benutzt werden, welche bei der Fahrkartenausgabe verteilt werden, allerdings nur in beschränkter Zahl³⁸⁴. Ähnliche Beschränkungen und Appelle gibt es auch für den Weihnachts- und Osterverkehr³⁸⁵:



Manchmal aber gibt es für die geplagten Fahrgäste der Reichsbahn auch etwas Erfreuliches anzukündigen. So nahm im Dezember 1940 die Regentalbahn einen neuen Triebwagen in Betrieb, der von Cham nach Gotteszell verkehrte, und dort direkt an die Reichsbahnzüge nach Eisenstein oder Plattling und München angehängt wurde. Somit mussten die Reisenden nicht mehr umsteigen³⁸⁶. Im Jahr zuvor war Sebastian Weiß zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Regentalbahn ernannt worden mit einer Aufwandsentschädigung von 250 RM pro Jahr³⁸⁷.

Als es im Januar 1941, wohl auch wegen einer Missernte, zu Problemen mit der Kartoffelversorgung kam, wurde als Grund der Mangel an verfügbaren Güterwagons genannt³⁸⁸. Es seien zwar genügend Kartoffel geerntet worden, für den Transport der 53 Millionen Tonnen würden allerdings 1 Million Güterwagons gebraucht, die jetzt von der Reichsbahn nicht zur Verfügung gestellt werden könnten. Der Grund dafür war die Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion. So werden im Sommer 1941 Kampagnen gestartet, die Entladung der Güterwagons zu beschleunigen, um deren Einsatz noch effizienter zu machen³⁸⁹.



Und die Menschen werden immer wieder aufgefordert, möglichst wenig zu reisen³⁹⁰:

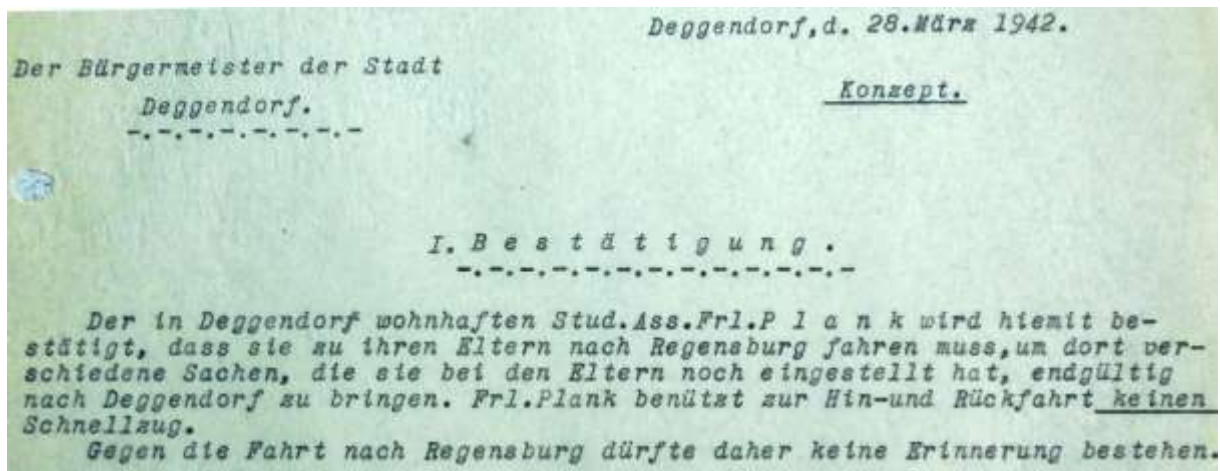


Diese Aufforderungen werden besonders zu Weihnachten, wenn die Frontsoldaten auf Urlaub heimkommen, noch eindringlicher³⁹¹:



Reisende werden 1942 ermahnt, nur Handgepäck, das oberhalb des Sitzplatzes verstaut werden kann, mitzunehmen³⁹². So könne die Gepäckabfertigung entlastet werden. Ab 1. März 1942 wird der Reiseverkehr am Sonntag weiter eingeschränkt, sodass nur noch wenige Züge verkehren. Von Reisen

an diesem Tag wird dringend abgeraten³⁹³. Wie das Beispiel der *Stud.Ass.Frl. Plank* zeigt, braucht man 1942 zum Reisen mit dem Zug am Sonntag eine spezielle Erlaubnis³⁹⁴.



Deggendorf, d. 28. März 1942.

Der Bürgermeister der Stadt
Deggendorf.
-.-.-.-.-

Konzept.

I. B e s t ä t i g u n g .
-.-.-.-.-

Der in Deggendorf wohnhaften Stud.Ass.Frl.P l a n k wird hiemit bestätigt, dass sie zu ihren Eltern nach Regensburg fahren muss, um dort verschiedene Sachen, die sie bei den Eltern noch eingestellt hat, endgültig nach Deggendorf zu bringen. Frl.Plank benützt zur Hin- und Rückfahrt keinen Schnellzug.
Gegen die Fahrt nach Regensburg dürfte daher keine Erinnerung bestehen.

Auf der Strecke Deggendorf-Kalteneck verkehren 1943 so wenig Züge, dass die Wartezeiten von Reisenden aus anderen Richtungen in Deggendorf zu lange sind. Deshalb fordert Landrat Seyffert, dass der Güterzug Nr. 18524 Deggendorf-Eging, welcher um 12 Uhr 50 in Deggendorf abgeht, an sämtlichen Wochentagen Personalbeförderung einführt und zu diesem Zwecke eine entsprechende Anzahl von Personenwagen angehängt erhält³⁹⁵. Die Bahnstrecke Deggendorf-Kalteneck wird 1945 zum Schauplatz des größten Kriegsverbrechens in Niederbayern. Vom 19. bis 24. April musste ein Evakuierungstransport mit 4.480 halbverhungerten KZ Häftlingen aus Buchenwald bei Nammering anhalten. Ein vorausfahrender Wehrmachtzug mit Eisenbahn pionieren, die den zerstörten Bahnhof in Passau instandsetzen sollten, war bei Witzmannsberg entgleist, und die Strecke hatte gesperrt werden müssen³⁹⁶. In diesen fünf Tagen kamen 794 Häftlinge ums Leben. Sie verhungerten einfach oder wurden von den brutalen SS Wachmannschaften erschlagen oder erschossen. Seit 1984 erinnert ein Mahnmal an das Geschehen:



(Foto: nsaller.de)

In den letzten Kriegsjahren werden die Reisebeschränkungen weiter verschärft. Die Aufforderung, zu Pfingsten 1943 keine Urlaubsreisen oder Familienheimfahrten zu machen, kam schon praktisch einem Verbot nahe³⁹⁷. Im nächsten Jahr wird die Zahl der Zulassungskarten für Reisen zu Pfingsten nochmals deutlich verringert, und diese werden vor allem für *kriegswichtige Reisen* ausgegeben³⁹⁸:



Ab 1. September 1944 dürfen Schnellzüge grundsätzlich nur mehr mit Genehmigung benutzt werden. Für Personen- und Eilzüge braucht man erst für Reisen ab 100 km eine Genehmigung. Im November kündigt der DWK weitere Ausfälle von Zügen an Sonntagen auf den Strecken Landshut-Eisenstein und Plattling-Kalteneck an³⁹⁹. Zu Weihnachten ist für private Reisen eine *besondere Bescheinigung der Polizei erforderlich, die nach strengster Prüfung nur den Mitgliedern getrennt lebender Familien* ausgestellt wird⁴⁰⁰. Als Begründung heißt es: *Die Anforderungen der Wehrmacht, die Bedürfnisse der*

Rüstung und zivilen Versorgung gehen allen anderen Verkehrswünschen voran. Ende Januar 1945 fallen die Schnell- und Eilzüge der Reichsbahn fast ganz weg, nur ein paar Schnellzüge verkehren noch zur *Bedienung des unumgänglich kriegsnotwendigen Dienst- und Geschäftsverkehrs*⁴⁰¹. In Personenzügen sind nur Fahrten zur Arbeitsstelle bis 75 km bescheinigungsfrei zugelassen. Die Reichsbahn dürfe ihre Kraft nicht zersplittern und müsse *alles auf die Erfordernisse unserer schwer ringenden Fronten* ausrichten.

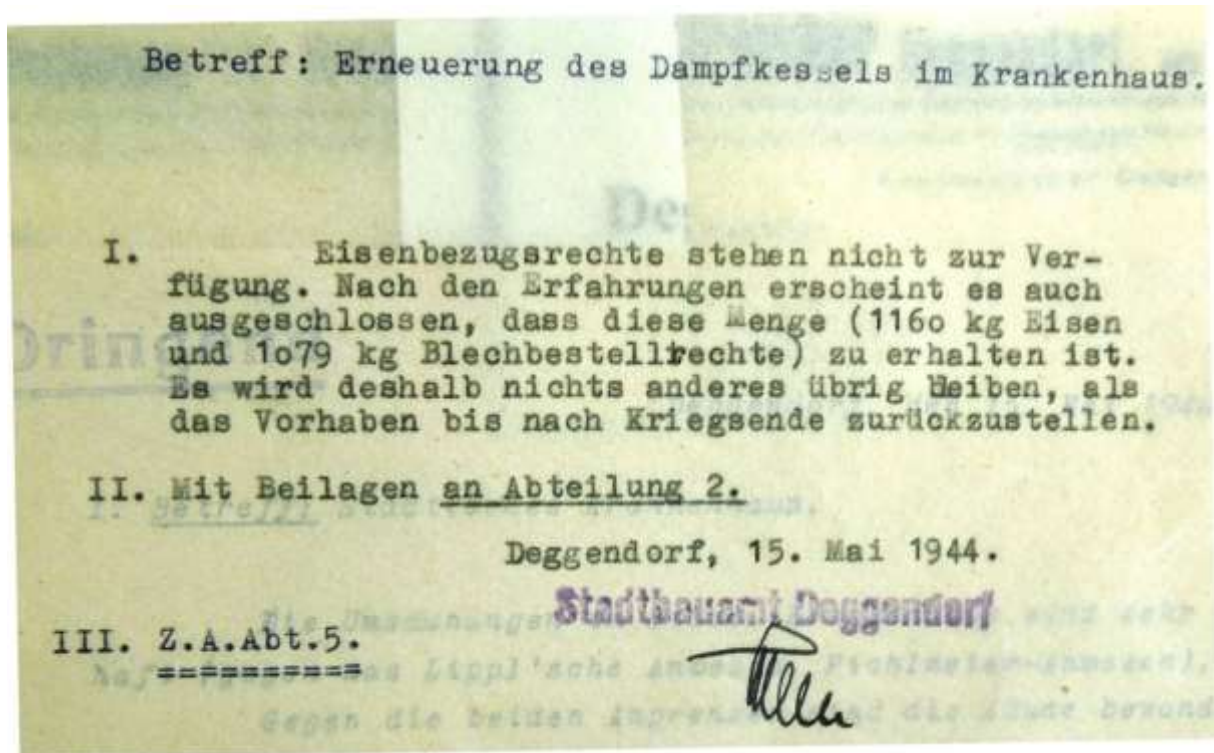
Als die Luftangriffe auch auf fahrende Personenzüge zunehmen, gibt der DWK Anweisungen über das Verhalten dabei. Sobald der Zug hält, sollten die Fahrgäste den Zug ohne ihr Handgepäck verlassen und in einer Entfernung von 300 bis 400 Meter Deckung suchen. *Auffallend bunte Kleidung muß durch das Überziehen von Jacken oder Mäntel vor Verlassen des Zuges verdeckt werden*⁴⁰². Laut Xaver Friedl fand ein solcher Angriff auf einen Zug auch in der Nähe von Deggendorf statt: *Kurz nach 12.Uhr, als sich dieser Zug auf der Strecke Pankofen-Deggendorf befand, wurde er bei der Durchfahrt durch eine Waldlichtung von einem feindlichen Flugzeug mit Bordwaffen beschossen. Die Reisenden flüchteten sich in das Wäldchen. Eine Person wurde leicht verletzt.*⁴⁰³ Der Zug kam schließlich mit über einer Stunde Verspätung in Deggendorf an.

Bernhard Rückschloß sagt in seinem Artikel über den Bahnhof Deggendorf, dass dieser Bahnhof nicht angegriffen wurde: *Von unmittelbaren Kriegshandlungen blieb unser Bahnhof gottlob verschont*⁴⁰⁴. Der damalige Deggendorfer Bahnhofsvorsteher, Gemeinhardt, sagt aber, dass der Bahnhof *3mal von Tieffliegern angegriffen und mit Bordkanonen beschossen* worden sei⁴⁰⁵, wobei eine Lokomotive und abgestellte Güter- und Personenwagons beschädigt wurden. Am 19.April sei eine Brandbombe auf die *Verlängerung des Gleises 1* gefallen. Nachdem der einzig übrig gebliebene Schienenweg in Nord-Südrichtung die Linie Schwandorf-Cham-Viechtach-Gotteszell-Deggendorf war, herrschte am Bahnhof Deggendorf große Enge. Der Bahnhofsvorsteher schildert, dass die Bahnsteige für die 400-500 Reisenden bei manchen Zügen viel zu schmal waren. Die Züge selbst waren hoffnungslos überfüllt: *Das Mitfahren von Reisenden (insbesondere Soldaten) auf Bremshäusern, Trittbrettern und Wagendächern war nicht mehr zu verhindern*⁴⁰⁶. Nach der Zerstörung des Plattlinger Bahnhofs am 16.April⁴⁰⁷ musste der Zugverkehr zwischen Plattling und Eisenstein eingestellt werden. Die Züge verkehrten noch ein paar Tage bis Pankofen. Ab 19.April durften wegen Kohlemangels nur mehr Sonderzüge fahren. Bernhard Rückschloß⁴⁰⁸ und Lutz-Dieter Berendt⁴⁰⁹ datieren die Sprengung der Eisenbahnbrücke auf den 27.April, den Tag, an dem die Amerikaner die Stadt einnahmen und an dem auch die Donaubrücke gesprengt wurde. Der Bahnhofsvorsteher von Deggendorf sagt jedoch, dass die Eisenbahnbrücke schon am 26.April gesprengt wurde⁴¹⁰: *Am 26.4. um 3 Uhr ging die Brücke hoch.* Rückschloß hat aber auf jeden Fall recht mit seiner Einschätzung, dass die Sprengung der Eisenbahnbrücke eine *Torheit* war.

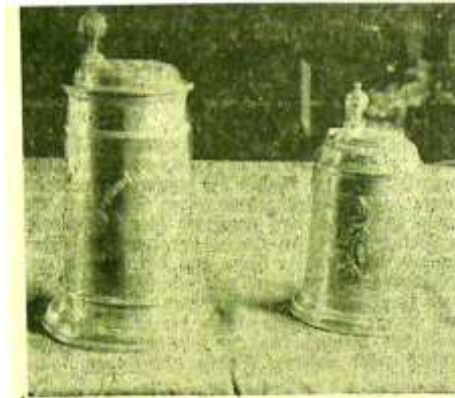
Rohstoffknappheit und Sammlungen

Neben der Erzeugung von Treibstoff und der Herstellung von synthetischem Gummi war die Eisenerzgewinnung eine weitere angestrebte Autarkiebranche. 1931 hatte man 90% des Eisenerzes importiert⁴¹¹. 1939 lag der Anteil des importierten Erzes noch immer bei 70%, wobei das meiste von Schweden kam. Man versuchte zwar, den Erzbergbau im Reich zu intensivieren, doch die Qualität des heimischen Erzes mit einem Eisengehalt von weniger als 30% war viel schlechter als die des schwedischen Erzes. Dennoch nahm man *unrentable und bereits vor Jahrzehnten stillgelegte Gruben wieder in Betrieb*⁴¹². Nicht zuletzt die intensive Ausbeutung war für die *allmähliche Erschöpfung der deutschen Erzgruben verantwortlich*⁴¹³. Da Eisen und Stahl aber die wichtigsten Werkstoffe für die Waffenproduktion waren, wurden sie rigoros kontingentiert. Bei jeder Baumaßnahme mit

Eisenverbrauch musste erst ein Antrag mit Begründung gestellt werden. Wie dramatisch sich der Metallmangel entwickelte, zeigte sich bei einer so wichtigen Einrichtung wie dem Krankenhaus. Dort hätte 1944 der Dampfkessel erneuert werden müssen. Infolge des Metallmangels war dies aber nicht möglich⁴¹⁴.



Dem Mangel an Eisen begegnete man mit manchmal seltsam anmutenden aber zugleich auch drastischen Methoden. So forderte im Sommer 1940 der BO zum Abbau der Eisenzäune in den Vorgärten auf⁴¹⁵. Im Jahr 1940 erschien im Reichsgesetzblatt die *Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes über die Erfassung von Nichteisenmetallen*⁴¹⁶. Dort wird der *Ausbau und Abtransport der Glocken* geregelt. Es sollte dadurch eine für die *Kriegsführung auf lange Sicht erforderliche Metallreserve* geschaffen werden. Georg Haberl beschreibt ausführlich, wie zwischen dem 12. Januar und 23. April 1942 alle Kirchenglocken im Stadtbereich abgenommen wurden. Insgesamt seien 45.000 Glocken aus dem Reich und 35.000 Glocken aus den besetzten Gebieten eingeschmolzen worden⁴¹⁷. Diese Glockenaktion erzeugte viel Unmut in der Bevölkerung und in der Kirche. Der Regierungspräsident schreibt dazu im Dezember 1941, dass man die Ablieferung der Glocken als *nicht kriegsnotwendig* ansehe, sondern als *Ausfluß kirchenfeindlicher Einstellung*. Laut Monatsbericht vom Februar 1942 wurde Pfarrer Johann Brumbach von Wenzelbach verhaftet, weil er den Kreishandwerksmeister, der die Glockenabnahme vorbereitet hatte, als *Henkersknecht* bezeichnet hatte. Schon vor der Anordnung über den Abbau der Glocken hatte man mit den Altmetallsammlungen begonnen. Sie wurden schwerpunktmäßig kurz vor dem Frankreichfeldzug mit großem Propagandaaufwand in der Presse durchgeführt. Man forderte die Menschen auf, sich sogar von schönen Andenken, wie Zinnkrügen, zu trennen. Dies sei wahre Opferbereitschaft⁴¹⁸.



Zwei Beispiele wahrer Opferbereitschaft
Schöne Zinnkrüge, die zur Metallsammlung
gespendet wurden.

Die Metallspenden wurden dann im Baustadel gesammelt und gelagert.

Sammelstelle für die Metallspende des deutschen Volkes
Städtischer Baustadel, Adolf-Hitler-Straße
Geöffnet 8 bis 12 Uhr und 18 bis 18 Uhr, Samstag nachmittag bis 17 Uhr
Metallspende! Aus friedlichen Gegenständen sollen Waffen werden! Dafür können
wir nicht genug haben. Zwei Granaten sind immer noch besser als eine! Darum geben
wir dem Führer alles, was wir besitzen!

Im Landkreis gab es noch weitere 26 solcher Sammelstellen⁴¹⁹. Diese Sammelaufrufe wurden dabei
im Verlauf des Krieges immer drängender⁴²⁰.

Das unsichtbare Opfer
Volksgenosse, sieh auch du noch einmal zu Hause nach!

Trotz des Waldreichtums war im Reich auch das Papier knapp. So fanden während des ganzen
Krieges Altpapiersammlungen statt, die als kriegswichtig hochstilisiert wurden⁴²¹.

Gebt Altpapier für Kriegsindustrie
Altpapiersammelaktion in Deggendorf vom 9. bis 19. April 1943
An alle Betriebsführer und Haushaltungen!
Die NSDAP führt in der Zeit vom 9. bis 19. April im Gau eine Großaktion für
Altpapier durch. Für die Kriegsindustrie ist das Altpapier, das jetzt noch in den Büros,
Kontoren und Wohnungen liegt, wichtiger Rohstoff! Durch unser Altpapier helfen wir der
Kriegswirtschaft! Akten, Geschäftskorrespondenzen, Verpackungsmaterial, Zeitungen, Blä-
tter, Kalender, Preislisten, Prospekte, Pappe und Wellpappe und anderes müssen restlos
abgegeben werden.
An alle Betriebsführer und Haushaltungen ergeht heute die Bitte, jetzt schon mit
dem Herausuchen des Altpapiers zu beginnen und es an einer Stelle im Haus mit dem
Papier der anderen Hauseinwohner zu sammeln, damit es der Hitlerjunge ab 9. April
abholen kann. Noch eine Bitte! Bündelt, soweit es möglich, das Papier, damit es nicht zer-
streut wird und leichter transportiert werden kann! Auch diese Sammelaktion soll zum Sieg
beitragen, darum alles Altpapier abgeben!
NSDAP Ortsgruppen Deggendorf Nord und Süd.

Angeblich zur Papiereinsparung wurden im Verlaufe des Krieges immer mehr Publikationen
eingestellt, und auch die Zeitungen wurden immer dünner. Auf Widerstand besonders der

Angehörigen von Gefallenen stieß laut Monatsbericht vom Juni 1942 aber das Verbot, Sterbebilder herzustellen. Das Argument der *Papiereinsparung* sei nur ein Vorwand.

Da die britische Blockade die Einfuhr von Rindsleder beeinträchtigte, kam es zu ernststen Engpässen bei der Versorgung mit Schuhen. Man begann jetzt, die genügend vorhandenen Schweinshäute zu Leder für Schuhe zu verarbeiten. Das Problem war jedoch der hohe Fettgehalt des Schweinsleders und die Tatsache, dass die Lederwirtschaft bei der Verwendung des Schweinsleders mit der Ernährungswirtschaft in Konkurrenz stand⁴²². Man forcierte auch die *Einführung von Ersatzstoffen für Leder in Straßenschuhen*⁴²³. So wurde die Verwendung von Leder für Damenstiefel, Koffer und Taschen verboten. Auch für die Sohlen und Absätze durften nur Ersatzstoffe wie synthetisches Material oder Holz verwendet werden. Mit der Einführung der neuen Winteruniform 1938 erhielt die HJ anstatt der Stiefel *nur noch Halbschuhe als Fußbekleidung*⁴²⁴. Wie knapp das Angebot von Schuhen war, zeigt die Sammlung von Skischuhen für die Soldaten an der Ostfront im Winter 1941. Um die Menschen zur Abgabe ihrer Skischuhe zu bewegen, hatte man ihnen die vorzugsweise Zuteilung von einem Paar Straßenschuhen versprochen⁴²⁵. Leichte Sommerschuhe waren etwas einfacher zu haben, waren jedoch auch kontingentiert. Der Zeitungsartikel dazu gibt interessante Einblicke über den Erwerb von Schuhen im Krieg⁴²⁶:

Wer hat Anspruch auf Sommerschuhe?

Man hört vielfach die Ansicht, daß Bezugscheine für Sommerschuhe überhaupt ohne weiteres zu bekommen sind, gleichgültig, ob ein dringender Schuhbedarf vorliegt oder nicht. Es wird darauf hingewiesen, daß selbstverständlich auch dieses leichte Schuhwerk kontingentiert ist und daher nur im beschränkten Umfang zugeteilt werden kann. Die Erleichterung im Bezug von Sommerschuhen besteht darin, daß im Verhältnis zum festen Schuhwerk ein größeres Kontingent zur Verfügung steht. Wer jedoch bereits mit leichtem Sommerschuhen versehen ist, wird daher Anträge an das Wirtschaftsamt als zwecklos unterlassen und die vorhandenen Mengen denjenigen Volksgenossen überlassen, die ein solches Schuhwerk noch nicht besitzen.

Die katastrophal schlechte Versorgung mit Schuhen und Spinnstoffen wird praktisch in jedem Monatsbericht des Regierungspräsidenten angesprochen und auch, dass man erhaltene Bezugscheine wegen Mangels an vorhandenen Waren nicht einlösen kann. Angesichts dieser Schuhknappheit richtet die NSV 1941 in Deggendorf eine Stelle ein, in der Schuhe getauscht werden können⁴²⁷. Welche positiven Folgen dies für die Schuhversorgung haben sollte, bleibt allerdings unklar. Um Schuhe zu schonen, förderte man das Barfußlaufen der Kinder im Sommer.



Unter dieser Überschrift hebt die *BO* hervor, dass Barfußlaufen nicht nur Spaß mache, sondern volkswirtschaftlich von Bedeutung sei, da dadurch Strümpfe und Schuhe weniger abgenutzt würden⁴²⁸. Später wurde das Barfußlaufen sogar von der HJ und dem Reichsbildungsminister empfohlen⁴²⁹.

Barfuß in die Schule. Die Hitler-Jugend hat im Hinblick auf die Notwendigkeit der Einsparung von Schuhwerk in den Sommermonaten das vermehrte Barfußlaufen empfohlen und auch in ihre Leistungswochen entsprechende Maßnahmen eingebaut. Der Reichserziehungsminister hat auch die Schulen aufgefordert, diese Aktion zu unterstützen. Bei gutem Wetter soll barfuß gegangen werden. Das gilt auch für den Schulbesuch. Die Eltern werden auf den gesundheitlichen Wert des Barfußgehens für die Entwicklung und Kräftigung der Füße ihrer Kinder hingewiesen.

Auch Holzschuhe oder zumindest Sandalen mit Holzsohlen wurden als die *neue Mode* angepriesen⁴³⁰. Der Ausgabeschein des Wirtschaftsamtes zeigt, dass die weitaus die meisten Schuhe Holzsohlen hatten oder Holzsandalen waren⁴³¹.

Der Landrat - Wirtschaftsamt
Deggendorf.

Abschrift.
15. Juni 1943

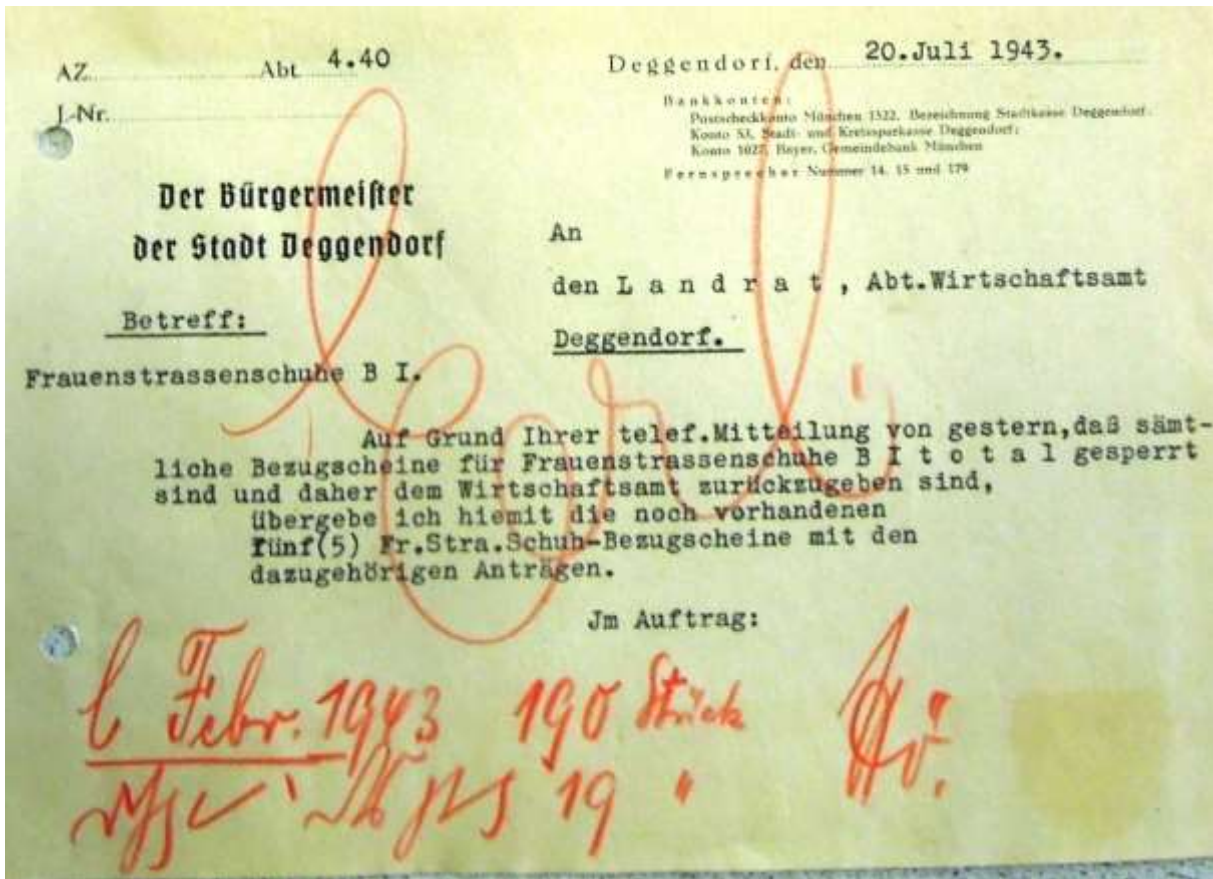
Ausgabe - Schein.

Der Stadt Deggendorf sind vom Landrat-Wirtschaftsamt- verabfolgt worden:

Anträge - Bezugsscheine für:

✓	20 P.Herrn Strass.Sch.	2000-Raucherkarten Nr.164056
✓	10 P.Fr. " "	m.Nr.166055
✓	200 P.Str.Sch.m.Holz-S.	2900 Fr,Raucherkarten Nr.191758
✓	80 P.Hausschuhe	m.Nr.194657
✓	80 P.Türnschuhe	
✓	40 P.Arb.Sch./Leder	
✓	80 P.Arb.Sch./Gu.	Deggendorf, den 15. Juni 1943
✓	80 P.Holzzweischnaller	Geprüft: gez:Hasenöhrl - Falter.
✓	80 P.Galoschen	
✓	60 P.Berufsschuhe (58 f.Fr.u.2 für MH.)	gez:Christoph.
✓	80 Fahrrad/Decken Nr.1730 m.Nr.1809	
✓	60 " Schläuche Nr.1435 m.Nr.1492	

Auffallend ist auch die geringe Zahl von Frauenstrassenschuhen. Wenig später wurden die Bezugsscheine für diese total gesperrt⁴³².



Wie sich im späteren Verlauf des Krieges die Versorgungslage mit Schuhen verschlechterte, zeigt die Statistik von Februar 1944⁴³³.

EMT

Der Bürgermeister der Stadt
Deggendorf.
- Bezugscheinstelle -

Deggendorf, den 4. Februar 1944.

I) Statistik

Über die ausgegebenen Schuhbezugscheine (Fl-Scheine) an die
Bezugsberechtigten der Stadt Deggendorf.

Schuhart	Zugewiesen am u. Stück	Ausgegeben:	Bestand:
1.) Männerstrassenschuhe	11.10.43. 25 7.1.44.	21	4
2.) Frauenstrassenschuhe	15	14	1
3.) Hausschuhe	10.1.44. 20	13	7
4.) Berufsschuhe für Männer	2.8.43. 15	5	10
5.) Berufsschuhe für Frauen	2.8.43. 15	10	5
6.) Arbeitsschuhe mit Le.So.f.Mä.	2.8.43. 10	3	7
7.) " m.Le.So.f.Frauen	2.8.43. 10	2	8
8.) " mit Gu.So.f.Männer	2.8.43. 15	2	13
9.) " " Gu.So.für Frauen	2.8.43. 15	3	12
10.) Arb.Schuhe/HZweischn.f.Mä.	2.8.43 15	--	15
11.) " HZweischn.für Frauen	2.8.43. 22	--	22
12.) Strassenschuhe für Burschen	2.8.43. 20	7	13
13.) " für Kinder	2.8.43. 50	36	14
14.) Überschuh für Fl-Gesch.	ohne Aus- gabesch.	?	7
Sa:	247	116	131 + 7 Überschuh!

Alle vor obigem Zuweisungszeitpunkt erhaltenen Bezugscheine für Fliegergeschädigte wurden restlos verausgabt. Es sind Bestände aus früheren Zuweisungen nicht mehr vorhanden. Entsprechend den Ihnen vorliegenden Ausgabenachweisungen können daher die früheren Fl-Zuteilungen als zusätzliche Verausgabungen an Fliegergeschädigte verbucht werden.

An den
L a n d r a t , Abt. Wirtschaftsamt
Deggendorf,
Zimmer Nr. 18.



Der Bürgermeister
der Stadt Deggendorf:
J.A:

Langen

Ho.

I) L. Uhl

Wegen der immer kleiner werdenden Kontingente wurden im April 1944 die Zuteilungsvorschriften weiter verschärft⁴³⁴:

Betreff: Arbeitsschuhe und Straßenschuhe.

In der Anlage erhalten Sie die Zuteilung für Straßenschuhe Arbeitsschuhe.

Im Hinblick auf die geringen Kontingente, welche mir zur Verfügung stehen, können Bezugscheine für Arbeits- und Straßenschuhe I an ein und den selben Verbraucher nicht mehr ausgestellt werden. Verbraucher die mit Arbeitsschuhen (mit Leder oder Gummisohlen) versorgt werden, können nur einen Antrag auf Bezugschein für leichte Straßenschuhe stellen.

Es wurden auch immer wieder Altschuhe oder Lederreste gesammelt, um zur Erzeugung von Holzschuhwerk und Holzpantinen weiter verwertet zu werden⁴³⁵.

Diese Schuhsammlungen fanden oft zusammen mit Spinnstoffsammlungen statt. Die Knappheit an importierter Baumwolle hatte zur strikten Rationierung der Kleidungs-zuteilung geführt. Jeder Erwachsene bekam pro Jahr eine Kleiderkarte mit 100 Punkten, wobei schon für einen einzigen Herrenmantel 60 Punkte zu opfern waren⁴³⁶. So sank der Verbrauch von Bekleidung bis 1940 auf die Hälfte des Vorkriegsverbrauches. Als die Zuweisung noch weiter eingeschränkt wurde, sank er bis Oktober 1941 auf ein Viertel. Wegen der zunehmenden Verwendung synthetischer Stoffe für Kleidung verschlechterte sich auch deren Qualität⁴³⁷. Hier Kleiderkarten aus den Jahren 1943 und 1944⁴³⁸:

		1 點	2 點	4 點	5 點	6 點
III a	Fullover mit Ärmeln	21	—	—	—	—
	Fullover ohne Ärmeln	16	—	—	—	—
III b	Strickwesten mit Ärmeln	20	—	—	—	—
	Strickwesten ohne Ärmel	21	—	—	—	—
III c	Berufsjacken, gewirkt oder gestrickt	44	—	—	—	—
	Windjacken und Windblusen	25	—	—	—	—
III d	Gummimäntel, Gummihänge, Mäntel und Umhänge aus Öluch u. d.	30	—	—	—	—
	Papiermäntel, ungefärbt	35	—	—	—	—
III e	Arbeitschürzen	—	5	8	—	—
	Schals, Vierecktücher	—	6	4	4	—
III f	Handschuhe, auch Fäustlinge, aus Spinnstoffen, gewirkt mit Futter od. gestrickt	5	—	—	—	—
	Krawatten, Querbänder und Schleifen	1	—	—	—	—
III g	Arbeitshandschuhe (ohne Kragen)	—	22	14	10	—
	Taghandschuhe (Oberhandschuhe, sog. Sporthandschuhe, Handschuhe mit Halzbündel), auch mit einem zugehörigen Kragen	—	24	15	20	—
III h	Polo- u. Chormauschenden, m. lg. Ärmel	—	—	12	15	—
	Polo- u. Chormauschenden, m. k. Ärmel	11	—	—	—	—
III i	Polo- u. Chormauschenden, kurz Ärmel	9	—	—	—	—
	Nachthemden	—	19	20	—	—
III j	Schlafanzüge	—	—	20	45	—
	Unterhandschuhe (ohne Halzbündel), Unterjacken, mit Ärmeln	—	14	11	14	—
III k	Netzunterhandschuhe u. Netzunterjacken	—	7	0	7	—
	Unterhosen, lang und 3/4-lang	—	14	11	14	—
III l	Unterhosen, kurz	—	10	8	10	—
	Netzunterhosen, kurz	—	7	6	7	—
III m	Handhosen	—	14	11	14	—
	Netzhemdhosen	—	11	9	11	—
III n	Kragen	—	1	—	—	—
	Socken, ober 80 g	—	6	—	—	—
III o	Socken, bis 50 g	—	4	—	—	—
	Hosenträger	—	2	—	—	—
III p	1 Paar Sockenhalter	—	1	—	—	—
	Strümpfe, Sportstrümpfe und Sportstutzen, über 100 g	—	8	—	—	—
III q	Strümpfe, bis 100 g	—	5	—	—	—
	Turnhemden jeder Art, Grubenhemden und -jackets	—	—	5	6	—
III r	Turn- und Sporthosen	—	—	5	8	—
	Badehosen, auch Dreieckhosen	—	—	6	6	—
III s	Badeanzüge	—	15	12	15	—
	Bademäntel	—	30	—	—	—
III t	Trainingsanzüge	—	—	30	35	—
	Trainingshosen, Eislaufhosen	—	—	14	15	—
III u	Trainingsjacken	—	—	10	20	—
	Taschentücher	—	1	—	—	—
III v	Strick- und Handarbeitsgarne 100 g	—	—	4	bis 6	—
	Weitere Waren sowie die Punktbewertung für Reparaturarbeiten von Wirt- und Strickwaren sind aus einem Katalog zu ersehen, der zu dieser Kleiderkarte herausgegeben wurde und bei allen Einzelhändlern eingesehen werden kann.					
III A	Nähmittel	Gänge ab 1, 3, 4 und gegen 1 Punkt				
III B	Nähmittel	Gänge ab 1, 3, 4 und gegen 1 Punkt				
III C	Nähmittel	Gänge ab 1, 3, 4 und gegen 1 Punkt				
III D	Nähmittel	Gänge ab 1, 3, 4 und gegen 1 Punkt				



Man bekam ohne die Kleiderkarte keinerlei Kleidung oder man musste gebrauchte Kleidungsstücke umarbeiten. Unter der Überschrift

Und das alles punktfrei!
Eine Ausstellung zeigt, was sich alles aus alten Sachen machen läßt

berichtet die *BO* 1941 über eine Ausstellung im Schaufenster der Bäckerei Schreider. Dort wurden umgearbeitete Sachen nach dem Motto "Neues aus Altem" gezeigt. Insgesamt 316 Kleidungs- und Wäschestücke waren in den Nähstuben der Nähberatungen angefertigt worden⁴³⁹.

Zahlreiche Beispiele zeigen, wie schlecht es um die Versorgung mit den Rohstoffen Wolle und Baumwolle stand. Schon im Herbst 1939 wurden die Textilgeschäfte ermahnt, mit Spinnstoffwaren äußerst sorgfältig umzugehen, diese richtig zu lagern und Beschädigungen durch *unsachgemäßes Anbringen von Etiketten und Anhängern* zu vermeiden⁴⁴⁰. Vier Jahre später gab es das Verbot für die Anfertigung von *langen Modehosen für Frauen* und anderen nicht unbedingt notwendigen Kleidungsstücken⁴⁴¹:

Keine langen Modehosen für Frauen mehr! Nichtverjüngungswichtige Waren dürfen jetzt von den Textilbetrieben auch dann nicht hergestellt werden, wenn der Verbraucher den Stoff hierfür ordnungsmäßig erworben hat und dem Schneider oder Textilgeschäft zur Anfertigung übergibt. Zu diesen Artikeln zählen beispielsweise lange Hosen für Frauen, ferner Complots, Schlafanzüge, Skianzüge, Bademäntel, Morgenröde usw.

Bei der Herstellung von Damenhüten soll ebenfalls sparsam mit Spinnstoff umgegangen werden. *Auswüchse der Damenhutmode* werden immer wieder kritisiert⁴⁴². Man fordert vom Damenhutgewerbe, statt der *Stoffbalkone* einfache Hüte mit wenig Stoffverbrauch herzustellen. Die Knappheit an neuen Textilien hatte zur Folge, dass der Handel mit gebrauchter Kleidung blühte. So finden wir immer wieder Anzeigen über den Ankauf von Alttextilien⁴⁴³.

Kaufen jeden Posten von gebrauchten
Kleidern
 Schuhen, Mänteln usw., ganze Wohnungsaufösungen und -Nachlässe.
Martin u. Maria Weiß
 Telefonanruf Altwarenhandlung, An- u. Verkauf
 v. Karte genügt. Deggendorf, Tel. 189

In den ersten Kriegsjahren musste die Herstellung von Dienstkleidung für die HJ so stark eingeschränkt werden, dass das Jungvolk so gut wie keine Uniformen bekam, und auch die *Einkleidung der Älteren konnte nur noch in geringem Umfang über den Bezugschein erfolgen*⁴⁴⁴. Im Januar 1943 wird aber angekündigt, dass die Jugendlichen mit der 4. Reichskleiderkarte wieder Uniformen erhalten sollen⁴⁴⁵:

Es gibt wieder Uniformen für die HJ
 Winterkleidung für 26 Punkte / Dienstkleidung auch außer dem Dienst

Mit der neuen besseren Uniform erübrige sich auch der Wintermantel. Um Textilien zu sparen, dürfe die Uniform auch außerhalb der HJ Dienstzeit getragen werden.

Trotz oder wegen der Knappheit an Textilien beginnen im Jahr 1941 die *Spinnstoffsammlungen* an Fahrt aufzunehmen. Fast den ganzen August ist dazu die Sammelstelle im Haus der Eisenhandlung Falter am Oberen Stadtplatz geöffnet⁴⁴⁶.

Gebt zur Spinnstoffsammlung!



Parteigenossen, Männer und Frauen von
Deggendorf, Deggenau und Fischerdorf!

Die Ortsgruppen Deggendorf Süd und
Nord haben heute die Sammelstelle der
Spinnstoffsammlung im Hause der Eisen-
handlung Jos. Falter, Deggendorf, Oberer
Stadtplatz 33 eröffnet. Damit nimmt auch
in Deggendorf die gewaltige Aktion zur
Auffüllung unserer Textil-Rohreserve
ihren Anfang.

Es ergeht die Aufforderung, in den Schränken und Truhen nach nicht mehr gebrauchten Stoffresten und Kleidungsstücken zu suchen. Diese Sammlung sei wiederum *ein Stück Kampf um den Endsieg des deutschen Volkes*. In einem anderen Aufruf: *An alle Hausfrauen Deggendorfs!* wird erklärt, was mit den Stoffabfällen geschehen soll⁴⁴⁷.

Der Weg, den diese Stoffabfälle gehen, ist verhältnismäßig einfach. Der Handel teilt sie nach bestimmten Gesichtspunkten in etwa 500 verschiedene Sorten, die über den Großhandel zur verarbeitenden Industrie gelangen. Dort werden sie in eigenen Vorrichtungen entstaubt, karbonisiert und gefloßt, zum Teil sogar gewaschen, gereinigt, gebleicht oder gefärbt, getrocknet, desinfiziert und schließlich gerissen. Dadurch entsteht die Reißwolle, die in den Polsterwerkstätten als Füllmaterial, in minderen Qualitäten in der Papier- und Pappenindustrie bei der Herstellung von Dachpappen, Düngemitteln, Schreibpapier und Geldscheinen Verwendung findet. Die Textilindustrie, und das ist nun der wichtigste Verwendungszweck, verspinnt die Reißwolle zu Garnen aller Art, aus denen später Anzug und Kleiderstoffe und die hundertfältigen Artikel des täglichen Bedarfs entstehen.

Weiter heißt es dann, dass auch Lumpen ein wertvoller *Beitrag zum Endsieg* seien. In den Schulen des Landkreises Deggendorf hatte schon vorher ein Wettbewerb stattgefunden, wer der beste Lumpensammler sei⁴⁴⁸.

Zehn Kilo Lumpen - 50 Punkte
Unsere Schüler und Schülerinnen wetteifern, wer der beste „Lumpensammler“ ist

Der Sieger wird dabei nach einem festen Punktesystem ermittelt und darf als Belohnung zu Hermann Göhring nach Berlin fahren. Gut im Rennen lag die Mädchenschule Plattling, die *in einem Monat 1440 Punkte für Knochen, 150 Punkte für Schrott, 30 Punkte für Metall und 200 Punkte für Lumpen "erobert"* hatte. Im Februar 1942 beteiligte sich auch die Stadt Deggendorf an einer Wollsammlung und lieferte offensichtlich in größter Eile aus ihren Beständen Kostüme, und Stoffe ab, die von der NS-Frauenschaft umgearbeitet worden waren. Da die Ablieferung termingerecht erfolgen musste, konnten laut Beratungsprotokoll *die Ratsherren nicht sofort verständigt werden und (es) wird um nachträgliche Genehmigung der Abgabe der Kostüme gebeten*⁴⁴⁹. Hier die Liste der von der Stadt abgelieferten Kleidungsstücke:

V e r z e i c h n i s
=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.

der aus Beständen der Stadt Deggendorf abgegebenen Kostüme
und Stoffe.

- 1.) 1 Stück schwarzer Stoff mit 3 m, 1 Stück mit 2,40 m, 1 Stück mit 2,50 m.
- 2.) 1 grüner Umhang Nr.30.
- 3.) 1 Kleid mit Pelzbesatz Nr.99.
- 4.) 1 brauner Kittel Nr.34.
- 5.) 1 grüner Umhang Nr.31.
- 6.) 1 grauer Kittel Nr.23.
- 7.) 1 grüner Umhang Nr.29.
- 8.) 1 " Kittel Nr.22.
- 9.) 1 grauer Umhang Nr.26.
- 10.) 1 dunkler Kittel Nr.25.
- 11.) 1 " " Nr.17.
- 12.) 1 roter Kittel Nr.24.
- 13.) 1 braunes Kleid Nr.72.
- 14.) 1 grüner Kittel Nr.37.
- 15.) 1 " " Nr.15.
- 16.) 1 brauner Kittel Nr.21.
- 17.) 1 " " Nr.20.
- 18.) 1 roter Kittel Nr.16.
- 19.) 1 blauer Kittel Nr.14.
- 20.) 1 brauner Kittel Nr.35.
- 21.) 1 " " Nr.19.
- 22.) 1 braunes Fell Nr.100.
- 23.) 1 grüne Decke (sog.Kotze).

1943 stehen die Sammlungen schon *im Zeichen des totalen Krieges*. Die Bevölkerung wird jetzt aufgerufen, nicht nur das abzugeben, was man nicht mehr braucht, *sondern man muß diesmal tiefer hineingreifen und sich von Dingen trennen, für die man an sich noch Verwendung hätte, die aber nicht unbedingt mehr gebraucht werden*⁴⁵⁰. Jetzt bekommt auch jeder Spender eine Bescheinigung ausgestellt. Hier der Aufruf der Ortsgruppen Deggendorf zur Sammlung:



Daneben fanden besonders 1941 und 1942 direkte Sammlungen für die Wehrmacht statt. Im November 1941 startete eine große Flaschensammlung⁴⁵¹.



Der Zweck dieser merkwürdigen Sammlung wird folgendermaßen beschrieben: *Unsere Soldaten, hauptsächlich die Soldaten im Osten, sollen in der bevorstehenden kalten Jahreszeit mit warmen Getränken versorgt werden*⁴⁵². Aus der Überschrift geht hervor, dass die Sammlung wie immer ein großer Erfolg war. Mit zwei LKW hatten die Soldaten die an den Haustüren abgestellten Flaschen gesammelt, *wenn ihnen auch volle Flaschen sicherlich lieber gewesen wären*. Als der überaus harte Winter 1941/42 die für einen Winterfeldzug nicht vorbereitete Wehrmacht in Russland überraschte, begann eine großangelegte Sammlung von Wintersachen und Skiern für die Soldaten. In einer Besprechung mit Kreisleiter Hain wurden als Sammelstellen der Rathaussaal, die Ortskrankenkasse, die Berufsschule und das Gasthaus "Blaue Donau" bestimmt⁴⁵³. Die angelieferten Kleidungsstücke sollten in den Nähstuben der NS-Frauensschaft hergerichtet und umgearbeitet werden, um dann möglichst schnell an die Front gebracht zu werden. Die Sammelaktion dauerte eine ganze Woche und

wurde dann nochmals verlängert, wobei jetzt besonders auf die Spende von Skiern gedrängt wurde⁴⁵⁴.



Eine anschließende Haussammlung sollte die Haushalte erfassen, die nicht selbst abliefern konnten. Bis zum 8. Januar 1942 waren über 17.000 Wintersachen im Landkreis gesammelt worden⁴⁵⁵. Eine Woche später hatte sich die Zahl der Spenden auf 27.931 erhöht. Bei 12.000 Haushalten im Landkreis hat im Durchschnitt jede Haushaltung mindestens zwei Spenden abgegeben⁴⁵⁶. Hier die Auflistung der abgegebenen Sachen:

Die Gesamtzahl der 27 931 Spenden fest sich im einzelnen aus folgenden Gegenständen zusammen:

Ueberschuhe (Paar)	60
Pelztiefel (Paar)	19
Socken und Strümpfe (Paar)	4193
Unterhemden	1069
Unterhosen	975
Leibbinden	1117
Brust- und Lungenschützer	451
Kopfschüler	1548
Ohrenschüler	1496
Kniewärmer	580
Pulswärmer	2386
Wollwesten, Unterjaken, Pullover	1902
Pelzjaken	114
Pelzwesten	276
Gefütterte Westen	244
Wolldecken	567
Pelzdecken	28
Decken	170
Lederhandschuhe gefütterte (Paar)	167
Wollhandschuhe und Fäustlinge (Paar)	1452
Schals	2918
Pelze	2643
Muffe	375
Ski	1137
Ski-Stiefel (Paar)	80
Ski- und Trainingsanzüge	38
Sonstiges	1926

Im Dezember 1941 hatte schon eine *Werkzeugsammlung für die Front* stattgefunden⁴⁵⁷, und kurz vor Weihnachten lief eine Sammlung von Schallplatten und Plattenspielern an. Ein Musikfreund aus dem Landkreis hatte sogar seine Gitarre gestiftet⁴⁵⁸.

Der Eintopfsonntag

Schon ab 1933 sollte von Oktober bis März einmal im Monat am Sonntag nur ein Eintopfgericht zum Preis von höchstens 50 Pfennig gegessen werden⁴⁵⁹. Der Differenzbetrag zu einem sonstigen Sonntagessen wird als Spende an die Sammler gegeben. Wer die Spende nicht abliefert, gilt als *Saboteur des Eintopfsonntags*. Der Eintopfsonntag soll materiell durch die Spende, aber *auch ideell dem Gedanken der Volksgemeinschaft dienen. Es genügt nicht, daß jemand zwar eine Eintopfspende gibt, aber seine gewohnte Sonntagsmahlzeit verzehrt. Das ganze deutsche Volk soll bei diesem Eintopfsonntag bewußt opfern, sich einmal in seiner gewohnten Lebenshaltung einschränken, um bedürftigen Volksgenossen zu helfen*⁴⁶⁰. Der Opfersonntag findet in Deggendorf auch in den Gaststätten statt. Es werden dazu vier Gerichte zu verschiedenen Preisen vorgeschrieben⁴⁶¹:



Während des Krieges wurde die Bezeichnung *Eintopfsonntag* in *Opfersonntag* unbenannt.



Die Zeitung verglich dann die Ergebnisse der Sammlungen des 1. Opfersonntags 1940 mit dem Ergebnis der 1. Sammlung 1939⁴⁶². 1939 hatte Deggendorf 1182,75 RM gespendet, also 34,94 Pfg pro Haushalt. 1940 lag der Betrag pro Haushalt bei 72,99 Pfg. Damit nahm Deggendorf in der Liste der Kreisortsgruppen Rang 2 ein. Rang 1 belegte Schwanenkirchen mit einem Spendenaufkommen von 82,42 Pfg pro Haushalt. Plattling belegte mit 63,82 Pfg Rang 3. Weniger spendenfreudig zeigten

sich die Lallinger mit 21,20 Pfg und die Auerbacher mit 20,83 Pfg. Diese Opfersonntage gehen fast bis zum Kriegsende weiter. Dies ist in der Zeitung die letzte Ankündigung eines Opfersonntags am 10. September 1944⁴⁶³:



Im Verlauf des Krieges wird dabei der Ton der Aufforderungen, ein Opfer zu bringen und nicht nur eine Spende zu geben, immer drängender⁴⁶⁴.

Der Opfersonntag ist der Tag der Bewährung für die deutsche Heimat. Er ist zugleich Treuegelöbnis und Schwur an den Soldaten der Front: wir wollen nicht zurückstehen. Das Opfer der Heimat hilft genau so über Not und Tod den Sieg erringen, wie die Waffe des Soldaten. Daraus wird an diesem Opfersonntag, wenn die Liste von Tür zu Tür wandert, niemand von uns das geben, was er immer gab, sondern er wird den Ruf der Stunde hören, die unsere Bewährung fordert. Unser Opfer, das mehr als eine Spende sein soll, stellt uns in der Stunde des härtesten Kampfes an die Seite des Soldaten.

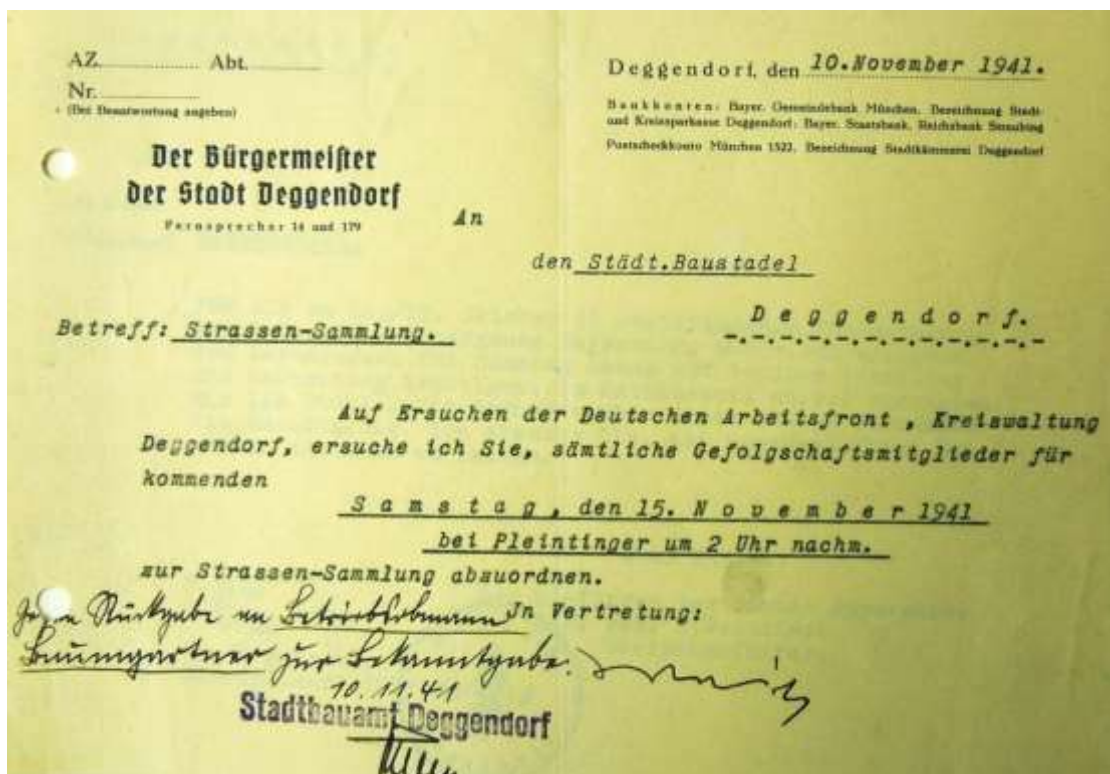
Die Straßen- und Haussammlungen

Daneben wurden die Menschen besonders in den Wintermonaten durch Straßen- und Haussammlungen noch weiter belastet. Es wurden entweder Naturalien oder Geld gesammelt. Bei der *Pfundspende* wurden haltbare Lebensmittel wie Nudeln, Erbsen, Zucker und Konserven in Tüten verpackt der NSV oder dem WHW zur Verfügung gestellt⁴⁶⁵. Als es bei Kriegsausbruch Lebensmittel nur mehr auf Karten gab, erbat man stattdessen eine Geldspende.

Jetzt gab es Sammlungen für das Kriegswinterhilfswerk (KWHW), die aber nur zwischen Oktober und März stattfanden. Den Menschen wurde dabei suggeriert, dass ihre Spende die Treue zum Führer und die Verbundenheit mit den Frontsoldaten beweise⁴⁶⁶.



Die Sammlungen wurden durchgeführt von etwa 1.2 Millionen "freiwilligen" Sammlern, die in den Parteiorganisationen wie HJ, SA, SS, DAF, aber auch in der Beamtenschaft, Feuerwehr, Polizei und Wehrmacht rekrutiert wurden⁴⁶⁷. So teilt 1941 Bürgermeister Weiß die Mitglieder der Stadtverwaltung⁴⁶⁸ und des Baustadels als Sammler ein.



Dem "Ersuchen" des Stadtbauamtes muss auf jeden Fall Folge geleistet werden. Zur Sammlung im Dezember 1942 wird die Feuerwehr "ersucht", 20 Mann zur Straßensammlung abzustellen, die Technische Nothilfe soll 10 Mann organisieren⁴⁶⁹.

I. An
die Technische Nothilfe
a.H.d.Herrn Simperl

D e g g e n d o r f .
-.-.-.-.-

Samstag den 21.11.42 findet die nächste Reichsstrassensammlung statt. Dieselbe wird durchgeführt von der SA, NSKE, SS, einschließlich Polizei und Feuerwehr.

Jch ersuche Sie, für Samstag den 21.11.42 10 Mann der Technischen Nothilfe zur BüchSENSammlung mit Zeichenverkauf abzustellen. Die Büchsen- und Zeichenausgabe findet um 1/2 2 Uhr im Rathausaale statt.

Bei den Sammlungen gab es manchmal organisatorische Probleme. So kam es 1943 zu einem handfesten Streit zwischen Kassenwalter Grünzinger und dem Organisationsleiter der NSDAP Ortsgruppe, Aman, über die Listenausgabe und die Verwaltung der Spenden. Grünzinger beklagte sich vehement beim Ortsgruppenleiter: ...*ein rechtes Durcheinander entstand diesmal bei der Listenausgabe für den 3. Opfersonntag*⁴⁷⁰. Man versuchte natürlich, als Sammler auch bekannte Persönlichkeiten wie Filmstars zu gewinnen, weil man sich von diesen größere Sammelerfolge versprach. In Deggendorf hatte man 1944 Landgerichtsdirektor Stoiber als Sammler aufgestellt, der sich aber wegen Krankheit entschuldigte⁴⁷¹.

Deggendorf, den 14. Januar 1944.

Sehr verehrter Ortsgruppenleiter !

Ich bin heute zu einer Besprechung bei Ihnen geladen, die, wie ich erfahren, der Vorbereitung einer am Samstag und Sonntag stattfinden sollenden Sammlung und der Bestimmung von Sammlern dienen soll.

Ich leide nun seit über einem Monat wieder an meinem alten Übel, einer starken Bronchitis, die mich in den letzten Wochen wiederholt ins Bett zwang und wegen deren ich auch *in* ärztlicher Behandlung stehe. Nur mit Aufwendung aller Kräfte kann ich von meiner ~~nahen~~ Behausung ins Büro kommen und dort meinen Dienst versehen. Es ist mir deshalb zu meinem Bedauern unmöglich, heute abend zu Ihnen zu kommen und auch das Amt eines Sammlers zu übernehmen, und bitte ich Sie, mein heutiges Nichterscheinen bei Ihnen zu entschuldigen und von ~~meiner~~ Einteilung bei der bevorstehenden Sammlung ~~ab~~sehen zu wollen.

Heil H i t l e r !

Janus Loiber
Landgerichtsdirektor.

Aus der Formulierung: *zu einer Besprechung bei Ihnen geladen* geht hervor, dass von der Partei schon Zwang zur Teilnahme ausgeübt wurde. Im Zuge der Straßensammlungen wurden auch Betriebe und Organisationen aufgefordert, einen Beitrag zu leisten, wie das Schreiben vom Bürgermeister an die Stadtwerke zeigt⁴⁷².

Bürgermeister der Stadt
Deggendorf.

Deggendorf, d. 21. Januar 1943.

I. An

Konzept.

die Stadtwerke

Deggendorf.

St. Strassensammlung.

Zur Gau-Strassensammlung vom 22./23. Jan. 1943

wolle der Betrieb einen Betrag von 60 Rm. - n. F. - sechzig Reichsm. geben.

In Vertretung:

Zum Akt.

Auch die Ortsbauernschaft führte bei ihren Mitgliedern Sammlungen durch und lieferte 1941 für das WHW 800 RM ab⁴⁷³.

Ortsbauernschaft
Deggendorf am 4. 12. 1941

An den Bürgermeister der Stadt
Deggendorf Pz. 211.

Die Sammlung für die Landvolk-Hilfsaktion für das
Jahr 1941/42 hat ergeben 850,55 R. gegenüber dem
Zieljahr von 600 R. Dies wird sehr wohl dem aus dem
Jahr für die Landvolk-Hilfsaktion Deggendorf ist 800 R. Abgabepflicht
wird für das halbe Wintersemester 1941/42 2. Lsg.
850 R. 55 R.

Paul Hübner:
L. Hübner
Ortsbauernführer
Deggendorf

Selbst die Verwundeten im Lazarett halfen mit. So fand im Lazarett am 2. Dezember 1943 ein 1. Wunschkonzert der Verwundeten zu Gunsten des WHW statt. Auch Bürgermeister Weiß war dazu eingeladen⁴⁷⁴:

Reservelazarett Deggendorf

Deggendorf, den 30.11.1943.

Einladung zum 1. Wunschkonzert
zu Gunsten des WHW - veranstaltet von den Verwundeten.

Herrn
Bürgermeister W e i ß
D e g g e n d o r f .

Am Donnerstag, den 2. Dezember 1943 wird im Saale des
Teillazaretts -engl.Institut- des

1. Wunschkonzert
von den Verwundeten des Res.Lazaretts Deggendorf veranstaltet.

Hiezu erlaube ich mir, Sie höflichst einzuladen.
Es wird um Mitteilung gebeten, ob mit Ihrem Erscheinen
zu rechnen ist.

Saaleröffnung: 19.00 Uhr.

Beginn: 19.30 Uhr.

Der Chefarzt:

Holz
Oberstabsarzt.

In den 6 Monaten des KWHW durften nur Spenden für das Winterhilfswerk gesammelt werden. In der BO vom 18. Februar 1941 heißt es dazu: *Andere Sammlungen als für das Kriegswinterhilfswerk sind verboten.* In den Sommermonaten durften Sammlungen auch anderer Organisationen, wie die des Deutschen Roten Kreuzes, stattfinden⁴⁷⁵.



Und es wurden im Juni 1940 in Deggendorf wieder an die 7000 RM gesammelt⁴⁷⁶.

Deggendorf übertraf sich selbst

7000 Mark gesammelt

Das Gesamtergebnis der Straßensammlung für das Deutsche Rote Kreuz am vergangenen Samstag und Sonntag erreichte in Deggendorf nach der letzten Meldung fast 7000 Mark. Man kann dazu nur sagen: Deggendorf übertraf sich selbst. Das Landesergebnis steht zur Stunde noch aus.

Diese Sammlungen fanden tatkräftige Unterstützung von der örtlichen politischen Führung⁴⁷⁷.



Im Jahr 1941 scheint die Sammlungshäufigkeit ihren Höhepunkt erreicht zu haben. So sind allein für März vier Sammlungen für das KWHW geplant⁴⁷⁸.



Das Gesamtsammelergebnis in Deggendorf betrug im Winterhalbjahr 1940/41 122.000 RM, doppelt so viel wie 1939/40⁴⁷⁹. Geht man von etwa 3.370 Haushalten in Deggendorf aus, so hatte jeder Haushalt gut 36 RM gespendet. Dies ist bei einem verfügbaren monatlichen Einkommen von oft unter 200 RM eine große Summe. Bei den Straßensammlungen wurden sehr oft Abzeichen verkauft, die in der Region hergestellt wurden, wie dieses Abzeichen aus dem Bayerischen Wald⁴⁸⁰:



Wer als Straßenpassant kein solches Abzeichen trug, galt als Spendenverweigerer, der *volksgemeinschaftsfremdes Verhalten* an den Tag legt⁴⁸¹. Solche Verweigerer wurden oft öffentlich angeprangert oder sogar durch "Schutzhaft" dem "Volkszorn" entzogen⁴⁸².

Sammlungen wurden auch zu besonderen Anlässen durchgeführt. So brachte eine Straßen- und Hauslistensammlung zum Tag der Wehrmacht 1940 ein Sammelergebnis von 9.683 RM⁴⁸³. Zum Tag der Deutschen Polizei wurden 1942 durch Abzeichenverkauf, Sonderspenden, BüchSENSammlung und Nagelung des Hoheitszeichens für das KWHW 5.000 RM gesammelt⁴⁸⁴. Darüber berichtet die *BO* unter der Überschrift: *Die Polizei schlug alles*. Die letzte Straßensammlung des Jahres war die Weihnachtsstraßensammlung durch den BDM. 1941 wurden die Weihnachtseinkäufer von den Mädchen eingekreist und konnten sich nur mit einer Spende in die Sammelbüchse befreien⁴⁸⁵.



So verwundert es nicht, dass in den Augen mancher die Straßensammlungen *den Charakter organisierter Wegelagererei* angenommen hatten⁴⁸⁶.

An das Geld der Menschen kam man aber auch auf andere Weise. Im Winter 1939/40 hatte der WHW Losverkäufer in Deggendorf 6.200 Lose verkauft⁴⁸⁷. Auch die Behörden und Ämter mussten für das WHW spenden. Bürgermeister Weiß erwartet 1943, dass die Stadtwerke 60 RM zur Gaustraßensammlung geben⁴⁸⁸. Zum Tag der Wehrmacht gab 1940 das Postamt eine Sonderspende von 13,30 RM⁴⁸⁹. In den Schulen wurde jeden Monat der Schulpfennig eingesammelt. Die dabei erzielten kleinen Beträge kamen dem Jugendherbergswerk zugute⁴⁹⁰. Auch den Film benutzte man, um an Spenden zu kommen. Beim Spendentag des deutschen Films wurden Karten für Sondervorstellungen in den beiden Deggendorfer Kinos verkauft, wobei ein Teil des Erlöses an das Rote Kreuz ging⁴⁹¹.



Im September 1941 stellte man in den Gasthäusern und Hotels in Deggendorf Sammelbüchsen für das KWHW auf. Die Wirte sollten dabei die Gäste zu einer Spende animieren, was anscheinend auch klappte. Im Cafe Wiedemann wurden in drei Monaten 190,05 RM gespendet. Auf den nächsten Plätzen lagen der Gasthof Gaim in Schaching mit 159 RM und das Hotel 3Mohren mit 60,46 RM⁴⁹². Diese beständigen Sammelaktionen wurden von der Bevölkerung sicher als Belästigung empfunden. Wie gezeigt, wurde auf die Menschen schon starker Zwang ausgeübt, bei den Spendenaktionen mitzumachen. Wolf Stegmann nennt dies *Befohlene Opferbereitschaft für Notleidende und den Krieg*⁴⁹³. Am deutlichsten kommt dieser Zwang zur Spende für das KWHW durch die Tatsache zum Ausdruck, dass man sehr oft schon auf dem Lohnzettel vor der Auszahlung den Spendenbetrag von 10% der Lohnsteuer abgezogen hat⁴⁹⁴.

18 Februar

L 33 542
Frankfurt
den 20. Februar 1941

Herrn Feldwebel Ernst Harnischmann

Gehalts-Abrechnung

für den Monat Februar 1941

	26	34
Gehalt	146	31
Abzüge:		
1. Lohnsteuer	7,28	
2. Kriegszuschlagsteuer	1,50	
3. Bürgersteuer		
4. Deutsche Beamten-Verf.		
5. Miete		
6. Winterhilfe	20	
7. Aero-Club		
8. Telefon-Gebühr		
9. Repräsentations-Fond		
10. Beitrag zum Schießverein		
11. Kantine-Beitrag		
12. Kassen-Rechnung		
13. Geschw.-Aufw.-Kasse		
14. Bestandsdarlehen		
15. Unterhalts-Rente		
16.		
17.		
Zahlungssumme	134,83	11,48

Weit

Gehaltsabrechnung Monat Februar 1941 / Lohnabzug Winterhilfswerk

205: Richard Poggels, Wehrmacht-Formular-Druck, Lüneburg

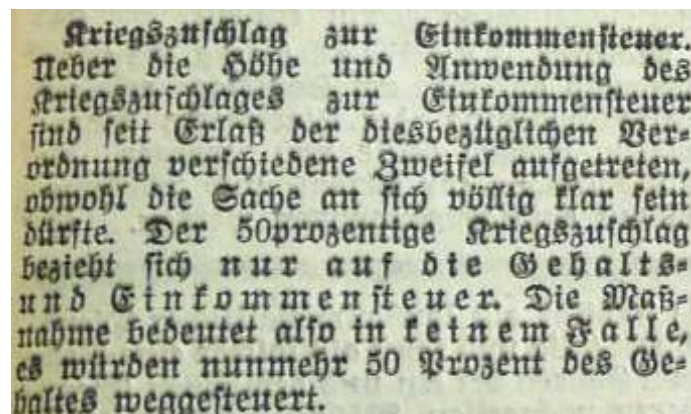
Im Verlauf des Krieges stieg das Spendenaufkommen stark an. War 1939/40 im Reich die erreichte Summe noch 680,1 Millionen RM, so stieg sie 1942/43 auf 1,595 Milliarden RM an. Dies entspricht einem heutigen Gegenwert von 6,2 Milliarden Euro⁴⁹⁵. Über das Ergebnis der 2. Haussammlung für das Deutsche Rote Kreuz im Landkreis Deggendorf besitzen wir ebenfalls eine detaillierte Aufstellung, in der auch die Spendenhöhe pro Haushalt errechnet wurde⁴⁹⁶. Rang 1 belegte dabei die Gemeinde Urlaching mit 3,82 RM pro Haushalt, gefolgt von Rottersdorf mit 3,27 RM und Plattling mit 2,84 RM. Am wenigsten gaben die Haushalte der Gemeinden Greising mit 0,49 RM und das Schlusslicht Allersdorf mit 0,46 RM. Die Stadt Deggendorf liegt mit 2,25 RM pro Haushalt von insgesamt 68 Gemeinden auf Rang 9. Das Gesamtergebnis dieser Haussammlung betrug im Kreis 34.556,79 RM. Ein Großteil der Spenden, etwa 70%, geht zunächst an das WHW. Herwart Vorländer merkt jedoch kritisch an, dass bei Kriegsbeginn *der Anteil, der der WHW-Arbeit noch zugute kam, weit unter einem Drittel lag*. Der Rest wurde durch die NSV an verschiedene NS-Hilfswerke wie das Hilfswerk für

Mutter und Kind, oder an das Deutsche Rote Kreuz verteilt⁴⁹⁷. Dennoch könne man aber generell von einer *Zweckentfremdung von WHW Mitteln zugunsten der Partei* nicht sprechen⁴⁹⁸. Die Verteilung der Mittel geschah in der Regel in Form von *Sachzuwendungen (Nahrungsmittel, Bekleidung, Haushaltsgegenstände, Brennmaterialien)* oder durch Gutscheine für die Empfänger. Diese waren bevorzugt bedürftige, erbgesunde, kinderreiche Familien. Juden und die sogenannten Asozialen waren vom Hilfswerk ausgeschlossen. Im Winter 1937/38 bekamen fast 9 Millionen Personen Hilfe durch das WHW.

Es stellt sich natürlich die Frage, warum man diese willkürliche Zwangsabgabe nicht durch eine gesonderte Steuer ersetzte. Laut Herwart Vorländer sollte sich durch die Spende die *Volksgemeinschaft* als *Opfergemeinschaft* erfahren. Im Gegensatz zur Steuer lag die Verwendung der eingesammelten Mittel *im Belieben der Partei*⁴⁹⁹.

Die Versorgung der Bevölkerung während der ersten Kriegsjahre

Um nicht die im 1. Weltkrieg gemachten Fehler zu wiederholen, ließ man im 2. Weltkrieg den Familien der deutschen Soldaten *besondere staatliche Fürsorge* zuteil werden⁵⁰⁰. Der Besitzstand der Soldatenfamilien sollte unbedingt gewahrt werden. Während in Großbritannien die staatliche Unterstützung der Soldatenfamilien bei lediglich 38% des letzten Nettogehalts lag, erreichte diese im Reich fast 73%. Mit der Erstattung der Miete und dem erhöhten Kindergeld ergab dies *nicht selten eine Einkommenssteigerung* für die Familien der Wehrmachtssoldaten⁵⁰¹. So finden wir in den Monatsberichten des Regierungspräsidenten immer wieder Kritik an dem Verhalten der gut versorgten Frauen der Frontsoldaten. Im November 1942 beklagt der Berichterstatter die *Arbeitsunlust* dieser Frauen. Der Grund dafür sei *reichlicher Familienunterhalt*. Laut Bericht vom Januar 1944 würden die Soldatenfrauen wegen ihrer guten finanziellen Versorgung beneidet. Viele gäben aber *das Geld jetzt sinnlos für jeden Tand und Unsinn aus*. Doch auch die meisten anderen Haushalte hatten während des Krieges steigende Einkommen. Während von 1938 bis 1944 die Löhne und Gehälter um 14% stiegen, erhöhten sich zwar gleichzeitig die Preise um etwa 13%, aber die Kosten für Miete, Heizung und Strom blieben konstant⁵⁰². Es wurde zwar sofort bei Kriegsbeginn ein Kriegszuschlag zur Lohn- und Einkommenssteuer erhoben, aber auf Grund der großzügigen Freibeträge musste kaum jemand diesen Zuschlag voll bezahlen. Laut Einkommensstatistik hatten 1943 70 Prozent der Steuerzahler keinen Kriegszuschlag zu bezahlen, und nur die reichsten vier Prozent mussten überhaupt den vollen fünfzigprozentigen Zuschlag aufbringen⁵⁰³. Um diesen Kriegszuschlag gab es anscheinend allerlei Gerüchte, denn am 18. September 1939 fühlt man sich genötigt, die Fakten nochmals klarzustellen⁵⁰⁴.



Kriegszuschlag zur Einkommensteuer.
Neben die Höhe und Anwendung des
Kriegszuschlages zur Einkommensteuer
sind seit Erlaß der diesbezüglichen Ver-
ordnung verschiedene Zweifel aufgetreten,
obwohl die Sache an sich völlig klar sein
dürfte. Der 50prozentige Kriegszuschlag
bezieht sich nur auf die Gehalts-
und Einkommensteuer. Die Maß-
nahme bedeutet also in keinem Falle,
es würden nunmehr 50 Prozent des Ge-
haltes weggesteuert.

Allerdings wurden auch Kriegssteuern auf Bier, Tabak und Spirituosen erhoben und zwar ein *Pfennig Zuschlag für jedes deklarierte Alkoholprozent je Liter... mit Ausnahme des glasweisen Ausschanks* in Gaststätten⁵⁰⁵.

Bis zum Sommer 1944 brauchten die Menschen in Deutschland trotz mancher Mängel bei der Lebensmittelversorgung nicht zu hungern. Dies lag nicht so sehr an den Erfolgen der deutschen Landwirtschaft. Seit 1934 hatte man zwar mit großem Propagandaaufwand versucht, die Bauern zu größeren Leistungen zu motivieren. Neben der jährlichen Propagierung der *Erzeugungsschlacht* wollte man die landwirtschaftliche Produktion durch Förderung von Maschinen und Mineräldünger, durch Urbarmachung von Ödland und durch administrative Preise für landwirtschaftliche Güter, *die im internationalen Vergleich viel zu hoch waren*, steigern⁵⁰⁶. So stieg die landwirtschaftliche Produktion im Reich von 1933 bis 1939 zwar um etwa 10% an, aber wegen dem zunehmenden Konsum und dem Anwachsen der Bevölkerungszahl stieg der *Selbstversorgungsgrad* zwischen 1933 und 1939 lediglich von 80% auf 83% an. Man hatte also bei Kriegsbeginn das Ziel der Autarkie bei der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung verfehlt. Einer der Gründe war die Landflucht, die auch das Regime nicht stoppen konnte. Die Löhne in der Landwirtschaft waren im Vergleich zur Industrie zu gering. So fiel der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten bis 1939 von 27% auf 18%. Das Reich erlaubte deshalb ab 1937 den Einsatz ausländischer Saisonarbeiter, deren Zahl sich bis 1939 auf 190.000 Personen erhöht hatte⁵⁰⁷. Nach Kriegsbeginn, besonders ab Herbst 1941, entzogen die Einberufungen zur Wehrmacht der Industrie aber auch der Landwirtschaft immer mehr Arbeitskräfte. Bis Kriegsende waren mehr als 2 Millionen in der Landwirtschaft Tätige einberufen worden⁵⁰⁸. Deshalb warb man zunächst in den besetzten Gebieten Freiwillige für den *Reichseinsatz* an⁵⁰⁹. Diese meist aus den westeuropäischen Ländern stammenden Arbeiter erhielten normale deutsche Löhne. Dagegen wurden Polen und Sowjetbürger faktisch als Zwangsarbeiter rekrutiert. Ab 1941 setzte man auch Kriegsgefangene besonders zur Arbeit in der Landwirtschaft ein. In der Rüstungsindustrie bevorzugte man aber weiterhin die Zivilarbeiter aus dem Westen. Hier eine Statistik der Arbeitskräfte im Deutschen Reich, die bei Mark Spoerer abgedruckt ist⁵¹⁰.

Tabelle 7.5: Die Arbeitskräfte im Deutschen Reich (einschließlich Österreich, Sudetenland und Memel-Gebiet) in Millionen

Jahr	Zur Wehrmacht Einberufene (kumuliert)	Deutsche Arbeitskräfte		Ausländ. Zivilarbeiter	Kriegsgefangene	KZ- u. and. Häftlinge	Arbeitskräfte insgesamt
		Männer	Frauen				
Mai 1939	1,4	24,5	14,6	0,3			39,4
Mai 1940	5,7	19,7	13,7	2,6	0,0		36,0
Mai 1941	7,4	18,3	13,4	2,9	1,4		36,0
Mai 1942	9,4	16,2	13,7	4,0	1,5		35,4
Mai 1943	11,2	14,8	14,1	6,1	1,6		36,6
Mai 1944	12,4	13,5	14,1	7,0	1,9		36,5
Sep 1944	13,0	12,8	14,2	7,4	1,5	ca. 0,5	ca. 36,4

Quellen: Rolf Wagenführ (1954): *Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945*, Berlin, S. 139. Rubrik „Ausländer und Kriegsgefangene“ aufgeteilt nach Angaben in: Beauftragter für den Vierjahresplan/Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz (Hg.) (1940–1944): *Der Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich*, Berlin. Anzahl der Häftlinge geschätzt.

Diese Zahlen zeigen deutlich, dass die Einberufung von 13 Millionen Männern *weder durch die Beschäftigung deutscher Frauen noch durch den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte kompensiert werden konnte*.

Besonders die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen war von der Rassenideologie geprägt. Zunächst ließ man die Millionen russischer Gefangener in *riesigen Lagern einfach verhungern, ehe*

Hitler und Göring Ende Oktober 1941 beschlossen, die Kriegsgefangenen systematisch zum Arbeitseinsatz, dann aber unter schlechteren Bedingungen als die anderen Zwangsarbeitergruppen, einzusetzen⁵¹¹. Die 3. Gruppe der Zwangsarbeiter, die KZ-Häftlinge und hier besonders die "Arbeitsjuden" erlitten das gleiche Schicksal wie die sowjetischen Kriegsgefangenen. Dies zeigt die Tabelle über die jährliche Sterblichkeitsquote der verschiedenen Gruppen ausländischer Arbeitskräfte⁵¹².

Tabelle 7.6: Schätzung der jährlichen Sterblichkeit deutscher und verschiedener Gruppen ausländischer Arbeitskräfte (in Promille)

Arbeitskräftegruppe	Sterblichkeit
Deutsche 20- bis 39-jährige Männer (1938)	4‰
Ausländische Zivilarbeiter	
Dänen	4‰
Italiener 1938–1942	3‰
Niederländer	10‰
Nichtsovietische Kriegsgefangene	
Belgier	6‰
Briten	8‰
Franzosen	8‰
Italiener 1943–1945	40‰
Sowjetische Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge	>100‰

Quelle: Mark Spoerer (2001): *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Dritten Reich und im besetzten Europa 1939–1945*, Stuttgart u.a., S. 228f.

Die Sterblichkeitsquote der sowjetischen Kriegsgefangenen und der KZ-Häftlinge liegt bei über 100% pro Jahr weil infolge von Unternahrung und schlechter Arbeitsbedingungen ihre Lebenserwartung weniger als ein Jahr betrug. Die nächste Tabelle zeigt, dass die Polen die größte Zahl der Zivilarbeiter stellten⁵¹³.

Tabelle 7.7: Ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene im Deutschen Reich nach Herkunftsland (15. August 1944)

Herkunftsland	Zivilarbeiter	davon weiblich	Kriegsgefangene	Insgesamt
Polen	3.041.278	1.202.475	28.316	3.069.594
Sowjetbürger („Ostarbeiter“)	2.126.753	1.081.090	631.559	2.758.312
Franzosen	654.782	40.876	599.967	1.254.749
Italiener	158.099	21.892	427.238	585.337
„Protektoratsangehörige“ (CZ)	280.273	43.949	-	280.273
Niederländer	270.304	21.432	-	270.304
Belgier	203.262	29.382	50.386	253.648
Andere	338.666	80.709	192.621	531.287
Insgesamt	7.073.417	2.521.805	1.930.087	9.003.504

Anm.: Zahlen für polnische Zivilarbeiter einschließlich „Schutzangehörige des Deutschen Reichs“ (inkl. Gauarbeitsamtsbezirk Wartheland), vgl. oben Tab. 7.5; CZ – „Protektorat Böhmen und Mähren“.

Quelle: Berechnet nach: Beauftragter für den Vierjahresplan/Generallbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz (Hg.) (1944): *Der Arbeitseinsatz im (Groß-) Deutschen Reich*, Berlin, Nr. 10, S. 10–13, 15, 23.

Auch die Polen wurden als rassistisch minderwertig angesehen, mit denen jeglicher soziale Kontakt vermieden werden sollte. Ähnlich wie die Juden, wurden die Polen diskriminiert durch das Tragen eines auf gelben Untergrund aufgedruckten "P" in lila Farbe, welches gut sichtbar auf der Kleidung angebracht werden musste⁵¹⁴. Die barbarische Bestrafung der polnischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, die sich mit deutschen Frauen einließen, wird später zu behandeln sein.

"Ausländischen Arbeitskräfte", wie sie die Nationalsozialisten bezeichneten, bekamen zwar Lebensmittelkarten, waren aber von den Sonderzuteilungen zu Weihnachten ausgeschlossen⁵¹⁵. Auch bei der Zuteilung von Tabak wurden die Polen diskriminiert. Polinnen erhielten überhaupt keine Zigaretten⁵¹⁶. Sozial waren die polnischen Arbeitskräfte ebenfalls schlechter gestellt. Bei krankheitsbedingtem Arbeitsausfall bekamen sie keinen Lohn, und sie wurden auch grundsätzlich *nach der niedrigsten Tarifgruppe bezahlt*⁵¹⁷.

Im Mai 1944 arbeiteten 2,6 Millionen Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft⁵¹⁸. Trotzdem ging die landwirtschaftliche Produktion von 1939 bis 1943 um zehn Prozent zurück. Dies lag unter anderem an der Beschlagnahme von 2 Millionen Pferden für die Wehrmacht und vor allem an der Verringerung des zur Verfügung stehenden Stickstoffdüngers, da dieser *ein Konkurrent zur Pulverherstellung war*⁵¹⁹. Dass trotzdem die Versorgung der deutschen Bevölkerung nicht zusammenbrach, lag an der rücksichtslosen Nahrungsmiteleinfuhr aus den besetzten Ländern. Tim Schanetzky spricht in diesem Zusammenhang von *Großraubwirtschaft* in den besetzten Territorien⁵²⁰. Diese Territorien *trugen mit zwölf Prozent zum militärischen und zivilen Verbrauch bei, beim Fleisch sogar mit zwanzig Prozent*⁵²¹. So lag die offizielle Nahrungsmittelration für die deutsche Bevölkerung in den Kriegsjahren 1939 bis 1943 bei 2000 Kalorien, während sie in Frankreich bei 1000 Kalorien und in Polen weit darunter lag. Mark Spoerer schreibt dazu: *Unterernährung und Hungertod wurden von den Nationalsozialisten zugunsten der deutschen Bevölkerung in die besetzten Gebiete verlagert*⁵²².

Die Bezugsscheinpflicht für Lebensmittel

Kurz vor Ausbruch des Krieges hatte Reichsminister Daree angeordnet, dass ab Montag, 28. August, die meisten Lebensmittel nur noch mit Bezugsschein, auf Lebensmittelkarte zu kaufen sind⁵²³. Der Grund dafür sei der Versuch der *Einkreisungsmächte*, gegen Deutschland eine Blockade zu errichten. Es gelte zu verhindern, dass die gute Versorgungslage *einmal schlecht werden könnte*. Dies ist die Bekanntmachung von Bürgermeister Weiß dazu⁵²⁴:



Man wurde nicht müde, die Einführung immer wieder als *vorsorgliche Maßnahme* zu erklären. Auf keinem Fall könne sie bedeuten, dass *alles schon so knapp sei*⁵²⁵. Am 8. September erscheint ein Artikel mit dieser Überschrift⁵²⁶:



Laut Monatsbericht vom November 1939 wurden nach Einführung der Bezugsscheinpflicht zunächst sogar mehr und teurere Lebensmittel als vorher gekauft, weil die Hausfrauen *keine Marke verfallen lassen* wollten.

Es wurden insgesamt sieben verschiedene Lebensmittelkarten ausgegeben: Reichsbrotkarte, Reichskarte für Zucker und Marmelade, Reichsfleischkarte, Reichsmilchkarte, Reichsfettkarte, Reichsnährmittelkarte und Reichseierkarte⁵²⁷. Daneben gab es die schon erwähnten Bezugsscheine für Treibstoffe, Textilien, Schuhe, Kohlen, Seife, Möbel, Holz, Eisen, Bleche und sogar eine Karte für das Mahlen von Getreide⁵²⁸. Hier ein Beispiel, wo Marmelade-, Zucker- und Eierkarte kombiniert sind⁵²⁹.

EA: _____ Ei Bestellschein für Eier 18. 12. 1939—14. 1. 1940 Goldvoersorger dürfen diesen Schein nicht abgeben.		EA: _____ Z Bestellschein für 1000 g Zucker 18. 12. 1939—14. 1. 1940		EA: _____ Ma a Bestellschein für 400 g Marmelade 18. 12. 1939—14. 1. 1940 Bei Bestellung von Marmelade muß der Bestellschein b mit abgegeben werden		EA: _____ Z b Bestellschein für 100 g Zucker 18. 12. 1939 bis 14. 1. 1940	
a Eier	c Eier	 Gültig vom 18. 12. 1939—14. 1. 1940 Reichskarte für Marmelade, Zucker u. Eier EA: _____ Name: _____ Wohnort: _____ Straße: _____ Ohne Namens eingetragen ungültig Nicht übertragbar — Sorgfältig aufbewahren! Der Verlangungsberechtigte kann entweder 400 g Mar- melade oder 100 g Zucker beziehen. Gemäß Punkt 2b ist beim Bezug von 100 g Zucker der Bestellschein b, beim Bezug von 400 g Marmelade der gelamte Be- stellschein a mit b abzugeben. Der Bestellschein a gilt nur in Verbindung mit dem Bestellschein b.		3 100 g Marmelade oder 40 g Zucker 1. 1.—7. 1. 40	1 100 g Marmelade oder 40 g Zucker 18. 12.—24. 12. 39		
b Eier	d Eier			4 100 g Marmelade oder 40 g Zucker 8. 1.—14. 1. 40	2 100 g Marmelade oder 40 g Zucker 25. 12.—31. 12. 39		
Auf die obigen Abschnitte a bis d werden Eier innerhalb der Zeit vom 22. 12. 1939 bis 14. 1. 1940 gemäß be- sonderem Aufruf ausgegeben. Goldvoersorger dürfen auf die aufge- wiesenen Abschnitte Eier nicht beziehen.		3 250 g Zucker 1. 1.—7. 1. 40	1 250 g Zucker 18. 12.—24. 12. 39				
		4 250 g Zucker 8. 1.—14. 1. 40	2 250 g Zucker 25. 12.—31. 12. 39				

Die für den Bezug von Waren notwendigen Lebensmittelkarten scheinen zunächst durch die Block- und Zellenleiter und deren Helfern in die einzelnen Haushalte zugestellt worden zu sein. Doch dies erwies sich schnell als zu aufwendig. So wurden die Verbraucher am 20. Oktober 1939 informiert, dass die *von der kommenden Woche an geltenden Lebensmittelkarten* selbst abgeholt werden müssten⁵³⁰. Wo sich diese Ausgabestellen befanden, wird nicht gesagt. Am 1. Februar 1941 befand sich eine Ausgabestelle auf jeden Fall im Rathaus⁵³¹.

„Zweimal groß, dreimal klein“

Die Lebensmittelkarte feiert ihr 20. Jubiläum / Die Organisation der Ausgabe



Aufnahme: Dr. Deuerlin

Hochbetrieb in einer Deggendorfer Lebensmittelkarten-Ausgabestelle (Rathaus).

Die Überschrift *Zweimal groß, dreimal klein* bezieht sich auf den abkürzenden Fachjargon für die Art der Karten, die der Empfänger jeweils bekommt. Die Ausgabe der Lebensmittelkarten und der Bezugsscheine scheint für die Arbeit der Stadtverwaltung eine große Belastung gewesen zu sein, denn der Bürgermeister ruft im November 1939 zur Mitarbeit von ehrenamtlichen Helfern auf⁵³².

Ich rufe daher zu dieser freiwilligen und ehrenamtlichen Mitarbeit bei der städtischen Verwaltung mit der Bitte auf, sich zu dieser Mitarbeit zu melden. Dieser Appell richtet sich hauptsächlich an Ruhestandsbeamte beiderlei Geschlechts, an kinderlose Frauen und an die Kreise, die über freie Stunden verfügen.
Meldung beim Polizeiamt Zimmer Nr. 7.
Der Bürgermeister der Stadt Deggendorf
In Vertretung: gez. Weiß.

Im Januar 1942 findet die Ausgabe der Lebensmittelmarken nicht mehr im Rathaus sondern in sechs Gastlokalen statt⁵³³.

Lebensmittelmarkenverteilung

Die nächsten Lebensmittelmarken kommen wie folgt zur Verteilung:

Ortsgruppe	Zelle	Block			Verteilungslokal
		Donnerstag, den 20. 1. 1942		Freitag, den 30. 1. 1942	
		8-11 Uhr	14-17 Uhr	8-12 Uhr	
Süd	I	1, 2, 3	4, 5, 6	7, 8, 9	Brauerei Krolß
	II	1, 2, 3	4, 5, 6	7 u. 8	Brauerei Geßelsberger
	III	1, 2, 3	4, 5, 6	7 u. 8	Garbereder
Nord	I	1, 2, 3, 4	5, 6, 7	8, 9, 10	Gasthaus „zur Mühle“
	II	1, 2, 3	4, 5, 6	7, 8, 9	Gasthaus Obermeyer
	III	1, 2, 3, 4	5, 6, 7, 8, 9	10, 11, 12	Pleintinger

Die erhaltenen Marken sind noch im Lokal auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Nach Verlassen der Verteilungsstelle werden etwa zu wenig erhaltene Marken nicht mehr ersetzt. Kinder unter 14 Jahren können Marken nicht in Empfang nehmen. Die Ausweiskarte ist vorzulegen.

Die Bestellscheine sind umgehend beim Verteiler abzugeben damit sie von diesem rechtzeitig in Bezugsscheine umgetauscht werden können.

Der Bürgermeister der Stadt Deggendorf
In Vertretung: Weiß

Wie man sieht, ist die Einteilung der Kartenausgabe genau nach der organisatorischen Gliederung der Partei in Ortsgruppen, Zellen und Blöcken geregelt. So findet die Ausgabe der Lebensmittelkarten für die Blöcke 1, 2, 3, 4 der Zelle I der Ortsgruppe Nord am Donnerstag von 8-11 Uhr im Gasthaus "Zur Mühle" statt. Um ein zu langes Anstehen zu vermeiden, müssen die angegebenen Zeiten genau eingehalten werden⁵³⁴.

Ausgabe der Lebensmittelmarken. Die nächste Lebensmittelmarkenabgabe erfolgt vom Mittwoch, den 7. bis Samstag, den 10. Februar. Im Interesse einer reibenden Abwicklung ist es gelegen, daß die Bevölkerung die angegebenen Zeiten genau einhält. Bei den letzten Ausgaben konnte man beobachten, daß sich deswegen oft ein Andrang einstellte. Es ist daher dringend geboten, die festgesetzten Zeiten einzuhalten. Nur dann besteht Gewähr, eine fließende Abwicklung vorzunehmen. Auf die in der Bekanntgabe angegebene Beibringung der Geburtsdaten (soweit noch nicht bereits geschehen) wird besonders hingewiesen. Die Ausgabestellen sind angewiesen, Säumige erst dann anzunehmen, wenn die entsprechenden Unterlagen beigebracht sind.

1944 haben sich die Verteilungsorte leicht geändert. Im Gasthaus Obermeier findet jetzt die Verteilung der Marken für die Umquartierten statt⁵⁵, und der Rathaussaal wird wieder als Verteilungsort benutzt.

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN							
Deggendorf. — Lebensmittelmarken- und Raucherkartenverteilung.							
Die Lebensmittel- und Raucherkarten für den 61. Zuteilungsabschnitt kommen wie folgt zur Verteilung:							
Ortsgruppe	Zelle	Anfangsbuchstabe				Verteilungsort	
		Donnerstag, den 23. 3. 1944		Freitag, den 24. 3. 1944			
		8—11 Uhr	14—16 Uhr	8—11 Uhr	14—16 Uhr		
Süd	I	A mit E	F mit K	L mit R	S mit Z	Rathaussaal	
	II	A mit F	G mit L	M mit S	T mit Z	Brauerei Sesselsberger	
	III	A mit F	G mit L	M mit R	S mit Z	Schießstätte	
Nord	I	A mit E	F mit K	L mit R	S mit Z	Gasthaus „Zur Mühle“	
	II	A mit E	F mit K	L mit R	S mit Z	Obermeier	
	III	A mit G	H mit M	N mit Si	So mit Z	Rathaussaal	
Umquart./ Hamburg.				A mit K	L mit Z	Obermeier	

Die erhaltenen Marken sind noch im Lokal auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Nach Verlassen der Verteilungsstelle werden etwa zu wenig erhaltene Marken unter keinen Umständen mehr ersetzt. Kinder unter 14 Jahren können Karten nicht in Empfang nehmen. Ausweiskarte ist vorzuzeigen. Die Lebensmittel- und die Raucherkarten sind unbedingt an den Ausgabebetagen abzuholen, wobei die Reihenfolge der Buchstaben genau einzuhalten ist. Die Bestellscheine sind in der Woche vom 27. 3. mit 1. 4. 44 bei den Verteilern abzugeben. Die Ausgabe der Raucherkarten erfolgt im gleichen Lokale. Wehrmachtssangehörige aller Dienstgrade (Selbstverpfleger) erhalten ihre R. K. auf Anforderung ihrer Dienststelle nur beim Wirtschaftsamt. — Deggendorf, 21. März 1944. — I. V. Weiß.

Statt der Einteilung der Ausgabezeiten nach Blöcken werden jetzt die Bezugsberechtigten alphabetisch eingeteilt, und auch die Raucherkartenverteilung findet zusammen mit der Lebensmittelkartenverteilung statt. Die Organisation der Ausgabe der Marken war eine große Aufgabe für die Gemeinden, die auch Probleme bereiten konnte. So wendet sich Bürgermeister Weiß 1944 an die Bürgermeister von zahlreichen anderen Städten mit der Bitte um Auskunft, wie diese die Kartenausgabe handhaben. Ab 1. Oktober sollen neben den Lebensmittelkarten und den Raucherkarten jetzt auch die Seifenkarten monatlich ausgegeben werden. Das bringt personelle und auch räumliche Probleme für die Kartenstelle, bei der nur *1 Beamter und 5 weibliche Kriegsaushilfen beschäftigt* seien⁵³⁶. Es stehe auch nur 1 Raum für die Stelle zur Verfügung. Aus dem Schreiben geht hervor, dass das Wirtschaftsamt der Stadt getrennt von der Kartenausgabe 3 Büroräume hat und mit *einem Beamten und 3 Kriegsaushilfen besetzt ist*. Der Bürgermeister von Grafenau antwortet, dass dort die *Lebensmittelkarten zusammen mit den Raucher- und Seifenkarten unter Heranziehung von Schülerinnen der 8. Volksschulklasse zugestellt* werden⁵³⁷. Jede Schülerin stellt die Karten in einem Block mit jeweils 40-50 Haushaltungen zu. Diesen Ausgabemodus hat die Stadt mit größter Wahrscheinlichkeit nicht übernommen.

Um den Missbrauch des Bezugsscheinsystems zu verhindern, wurde der Strafraumen der *Verbrauchsregelungsstraftordnung neu abgesteckt*⁵³⁸.



Je nach Vergehen reicht das Strafmaß *von der Ordnungsstrafe über Geld- und Haftstrafe bis Gefängnisstrafe*. So ist der Handel mit Lebensmittelkarten bei *Bereicherungsabsicht* strafbar, ebenso wie die Annahme von Lebensmittelkarten, die einem nicht zustehen. Wer auf dem Haushaltsausweis die Angabe der Personenzahl fälscht, begeht Urkundenfälschung⁵³⁹.

Stadt Deggendorf Ortsnr. Nord
11

Haushaltsausweis Nr. 1114

Haushaltsvorstand Georg Meißner

in Deggendorf Straße H. Heilig Nr. 308

Zum Haushalt gehören:

..... Personen bis 3 Jahren

..... Personen von 3 bis 6 Jahren

1 Personen von 6 bis 14 Jahren

..... Personen von 14 bis 18 Jahren

1 Personen über 18 Jahre

2 Personen insgesamt

Deggendorf, den 24. 2. 44

Der Bürgermeister der Stadt
Deggendorf
Kartenausgabestelle

Geschw. Neustifter
Lebensmittel
Deggendorf, Rathaus



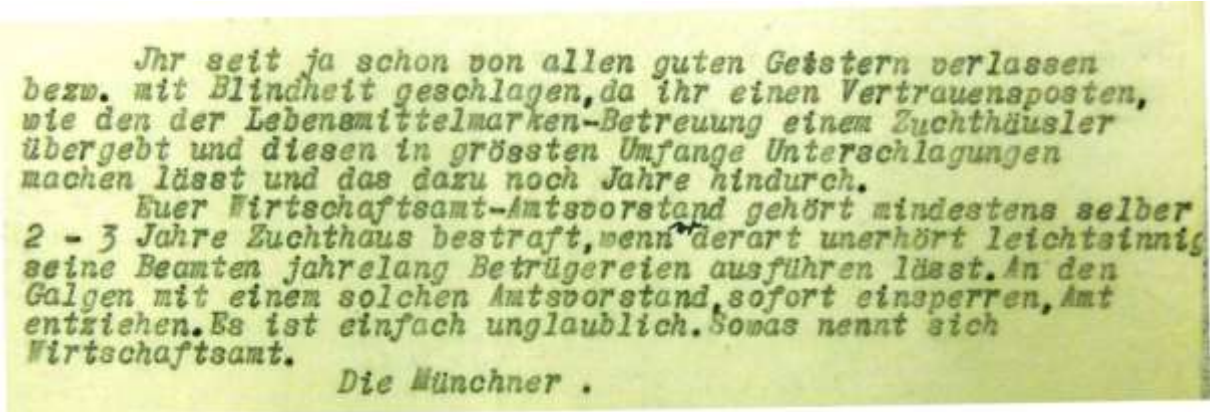
108/3

Buchdruckerei Weik, Deggendorf

Unter den Verdacht, Lebensmittelkarten doppelt bezogen zu haben, kommt ausgerechnet der neue Kreisleiter in Deggendorf, Konrad Hain. Er führte nach dem Weggang Brandls ab April 1940 die Geschäfte des Kreisleiters von Deggendorf und Bogen⁵⁴⁰. Zuvor war er hauptamtlicher Bürgermeister von Kulmbach, wo seine Familie noch immer wohnt. In einem dreiseitigen Schreiben an das Ernährungsamt Deggendorf stellt Hain die Sachlage dar, wie er sie sieht⁵⁴¹. Da er noch nicht in Deggendorf gemeldet war, schickte ihm seine Frau die an ihm in Kulmbach ausgegebenen Lebensmittelmarken regelmäßig zu. Hain gibt an, er habe den Bürgermeister gebeten, ihm die Formalitäten der Anmeldung in Deggendorf abzunehmen, was dieser auch zusagte. Als aber Hain später nachfragte, ob seine *Anmeldung als vorübergehende Anwesenheit erfolgt* sei, stellte sich heraus, dass *infolge anderweitiger Überbelastung die Anmeldung verstoßert* worden war. Da Hain öfters im Hotel Drei Mohren zu Mittag aß, bot der Hotelier Meyer an, für Hain die Lebensmittelmarken in Deggendorf zu beziehen. Dies habe Hain aber entschieden abgelehnt, weil er wegen häufiger auswärtiger Verpflichtungen nicht regelmäßig im Drei Mohren speiste. Er wollte bis zu seiner endgültigen Anmeldung in Deggendorf die Marken weiterhin aus Kulmbach beziehen. Dennoch scheint der Hotelier Mayer für Hain die Lebensmittelmarken in Deggendorf bezogen zu haben. Für diesen Doppelbezug lehnt der Kreisleiter jede Schuld ab. Er schreibt 1941 an das Ernährungsamt Deggendorf, dass er nicht verstehen könne, *wie man ohne sein Wissen und ohne von ihm beauftragt zu sein, einfach durch die Ausgabestelle der Stadt Deggendorf Lebensmittelmarken auf seinem Namen abgeben kann*. In diesem Zusammenhang spricht Hain von einer *Schlamperei*. Es wäre jedoch verständlich, dass die Ausgabestelle beim Kreisleiter, der höchsten Parteiinstanz im Kreis, nicht so genau nachprüfte, ob ihm Marken in Deggendorf zustehen. Vielmehr müsste es Hain aufgefallen sein, dass er im Hotel Drei Mohren für die Mahlzeiten seine Marken aus Kulmbach über einen Zeitraum von einem Jahr nicht vorlegen musste. Wer in dieser Sache den Stein Rollen brachte, ist nicht ganz klar. Es könnte der Angestellte beim Lebensmittelamt, Ermer, gewesen zu sein. Sein

Name wird im Schreiben von Hain erwähnt. Dieses Schreiben solle nämlich laut Aktennotiz *Zum Personalakt Ermer*.

Im nächsten Jahr erlebt das Ernährungsamt einen Skandal, der weit über die Grenzen der Stadt Aufsehen erregte, und sogar im Monatsbericht des Regierungspräsidenten vom Februar 1942 ausführlich behandelt wurde. Diesen Skandal hatte Rudolf Fritsche verursacht, der seit September 1939 im Ernährungsamt und dann im Wirtschaftsamt angestellt war. Bis zu seiner Verhaftung im Dezember 1941 hatte er *fortlaufend erhebliche Mengen von Lebensmittelkarten, Kleiderkarten u. Benzingutscheinen aus den Beständen des Amtes entwendet und teils aus Gefälligkeit, teils gegen Geld oder andere Vorteile an Bekannte unberechtigt weitergegeben*⁵⁴². Das Strafverfahren gegen Fritsche fand im Sommer 1942 vor dem Sondergericht München statt⁵⁴³. Dabei wurde auch die Vorgeschichte der Tat beleuchtet. Rudolf Fritsche war schon vor 1933 *in Schulden geraten*. Später war er als Angestellter beim Bezirksamt *wegen Amtsunterschlagung und Urkundenfälschen zu einem Jahr zwei Monaten Zuchthaus verurteilt worden*. Im August 1939 wurde er vorzeitig auf Bewährung entlassen, um schon im September eine Stelle beim *neu errichteten Ernährungs- und Wirtschaftsamt* in Deggendorf zu bekommen. Diese Leichtfertigkeit wurde nach der Aufdeckung der Vergehen von verschiedenen Seiten heftig kritisiert. Sogar ein anonymer Münchner schickte der *Bürgermeisterei Deggendorf* eine Postkarte mit rüden Beschimpfungen. In den Akten findet sich eine Abschrift des Inhalts⁵⁴⁴.



*Ihr seit ja schon von allen guten Geistesern verlassen
bezw. mit Blindheit geschlagen, da ihr einen Vertrauensposten,
wie den der Lebensmittelmarken-Betreuung einem Zuchthäusler
übergebt und diesen in grössten Umfange Unterschlagungen
machen lässt und das dazu noch Jahre hindurch.
Euer Wirtschaftsamt-Amtsvorstand gehört mindestens selber
2 - 3 Jahre Zuchthaus bestraft, wenn derart unerhört leichtsinnig
seine Beamten jahrelang Betrügereien ausführen lässt. An den
Galgen mit einem solchen Amtsvorstand sofort einsperren, Amt
entziehen. Es ist einfach unglaublich. So was nennt sich
Wirtschaftsamt.
Die Münchner .*

Dieselbe Klage führt auch der Deggendorfer Max Königer, der wegen Fritsche zu 3 1/2 Monaten Gefängnis verurteilt worden war⁵⁴⁵.

Ein ausschlaggebender Faktor, durch den die Betroffenen, durchwegs Leute, die ein straf- und einwandfreies Vorleben führten, in diese Angelegenheit verwickelt wurden, dürfte meines Erachtens darin zu suchen sein, dass man amtlicherseits einen so erheblich vorbestraften Mann an eine derartig kriegswichtige Stelle gesetzt hat, nachdem sein Vorleben bekannt war.

Trotz amtlicherseits gehegten Vermutungen über Fritsches unberechtigten Entnahmen von Marken und Karten, trotz Dritten gegenüber ausgesprochenen Vermutungen oder Warnungen vor Fritsche und trotz stichhaltigen Beweisen wurde Fritsche nicht, wie es eben ordnungsgemäss hätte stattfinden sollen, fristlos von diesem Posten enthoben, sondern weiterhin auf demselben belassen, und ihm weiterhin Gelegenheit geboten, die Leute in raffinierter Weise hereinzulegen. Es hätte vielen Betroffenen die jetzige Unannehmlichkeit erspart bleiben können, wenn amtlicherseits gegen Fritsche rechtzeitig energisch und mit Bestimmtheit vorgegangen worden wäre.

Königer lässt sich von seiner Parteizugehörigkeit beurlauben und legt auch das Amt des Untergruppenführers im zivilen Luftschutz nieder.

Bei der Verhandlung war Fritsche *in vollem Umfange geständig*. Er habe monatlich *bis zu 200 Fleischkarten, je bis zu 100 Fett- und Zuckerkarten, insgesamt mindestens 50 bis 60 Kleiderkarten und Bezugsscheine für mindestens 500 Liter Benzin an sich genommen*. Außerdem habe er unberechtigt *Bezugscheine für Fahrradbereifungen, Schuhe, Mehl, Margarine und ungefähr 10 Zentner Zucker ausgestellt*. Als *Volksschädling übelster Art* und wegen *Kriegswirtschaftsverbrechen* verurteilte das Sondergericht Fritsche zum Tode⁵⁴⁶.

Verbrechen gegen die Kriegswirtschaftsverordnung Gesäbelicher Volksschädling vom Sondergericht zum Tode verurteilt

Dieses drakonische Urteil sollte wohl Abschreckungscharakter haben. Vom folgenden Plakat wurden laut Georg Haberl 420 Stück gedruckt. Davon brachte man 12 Stück *am Tatort Deggendorf vier Tage lang* an⁵⁴⁷.



Georg Haberl behandelt in seinem Buch die Hinrichtung von Rudolf Fritzsche am 23. September 1942 sehr ausführlich, sodass hier darauf nicht näher eingegangen werden muss. Die seit 1941 im Ernährungsamt tätige Hausmeisterin Helmenhagen hatte Fritzsche unterstützt, indem sie ihm Türen aufsperrte oder Marken für ihn entwendete. Sie wurde vom selben Gericht wegen Beihilfe zu 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Auch die Abnehmer der entwendeten Marken wurden bestraft. Schon vor dem Verfahren gegen Fritzsche hatte das Sondergericht München streng anmutende Urteile ausgesprochen⁵⁴⁸. Der Zigarrengeschäftsinhaber Eiter bekam 1 Jahr und 6 Monate Zuchthaus, der Zahnarzt Dr. Oskar Wittmann 1 Jahr Zuchthaus, die Metzgermeisterehefrau Josefine Schiller 2 Jahre Zuchthaus, die Eisdieleninhaberin Anna Karpfinger 1 Jahr und 6 Monate Zuchthaus. Die Gastwirtsfrau Maria Stadler wird im Zeitungsartikel irrtümlicherweise zweimal aufgeführt, einmal mit einer Strafe von 2 Jahren und einmal mit einer Strafe von 1 Jahr Zuchthaus. Ferner erhielt der Gastwirt Fritz Müller von München 3 Jahre Zuchthaus. Gegen Eiter, Stadler, Schiller und Müller ergingen Haftbefehle, und die Strafen wurden somit offensichtlich sofort vollstreckt. Fast ein Jahr später befürwortet Sebastian Weiß im Mai 1943 einen *Straferlass* für Maria Stadler, da diese *im Gasthofbetriebe dringend benötigt* werde⁵⁴⁹.

7. Mai 1943.

B e s t ä t i g u n g .

Es wird hiemit bestätigt, dass Frau Maria Stadler im Gasthofbetriebe dringend benötigt wird. Ein bedingter Straferlass wird seitens der Stadt wärmstens befürwortet.

In Vertretung:

Für die Metzgermeistersgattin Josefine Schiller liegt in den Akten kein solcher Antrag vor. Wie in Teil 1 dieser Arbeit gezeigt, ist pikanterweise Josefine Schiller die Schwägerin von August Schiller, der mit Sebastian Weiß eng befreundet ist. In einem anderem Sondergerichtsverfahren werden als Abnehmer noch weitere Deggendorfer verurteilt: der Bäckermeister Michael Graßl zu 3 Jahren Zuchthaus, die Schuhgeschäftsinhaberin Amalie Trumm zu 1 Jahr Gefängnis und der Gastwirt Alfons Schattenfroh zu 2 Jahren Gefängnis⁵⁵⁰. Von den geschätzten 70 bis 80 Abnehmern der entwendeten Marken sollten nach Ankündigung im *DB* über 60 Personen ein Verfahren bekommen. Darüber gibt es allerdings keine weiteren Zeitungsberichte.

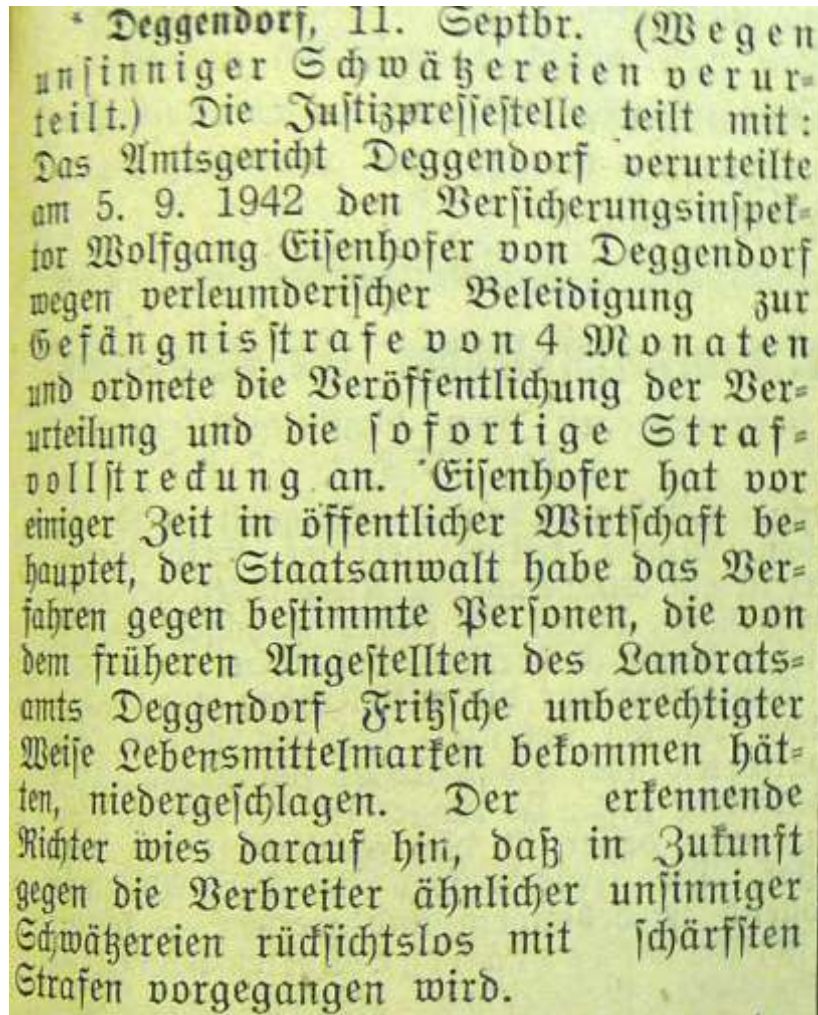
Inwieweit diese Urteile wirklich alle vollstreckt wurden, ist auch nicht bekannt. Die Schuhgeschäftsinhaberin Amalie Trumm war zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden, hatte aber am 6. Januar 1943 ihre Haftstrafe noch immer nicht angetreten, denn an diesem Tag nimmt der Bürgermeister zu ihrem Gesuch *um weiteren Strafaufschub von 3 Monaten* Stellung und akzeptiert die Begründung⁵⁵¹.

I. B e s t ä t i g u n g .

Zu dem Gesuch der Schuhwarengeschäft-Inhaberin Frau Amalie Trumm in Deggendorf um weiteren Strafaufschub von 3 Monaten wird hiemit bestätigt, dass sie eines der führenden Schuhwarengeschäfte betreibt. Der Jahresumsatz 1942 betrug ca. 111 000 RM.

Da ihr Schwiegersohn im Heeresdienst steht und ihre Tochter ein Kind im Alter von 1 3/4 Jahren hat und Angestellte ausser einem Lehrling nicht vorhanden sind, ist die genannte Tochter zur alleinigen Fortführung des Geschäftes mit Rücksicht darauf, dass ab 1. Januar die Bezugscheinpflicht der Schuhwaren wesentlich geändert wurde, nicht in der Lage.

Es gab auch noch ein gerichtliches Nachspiel in Deggendorf. So kursierten Vorwürfe über Unterlassungen der Staatsanwaltschaft beim Vorgehen gegen angesehene Persönlichkeiten in Deggendorf in Zusammenhang mit dem Fritsche Skandal⁵⁵². Im Gegensatz zum Vorgehen gegen Frau Trumm wurde das Urteil gegen Wolfgang Eisenhofer, der in diesem Zusammenhang wegen *verleumderischer Beleidigung* angeklagt war, sofort vollstreckt.



* Deggendorf, 11. Septbr. (Wegen unsinniger Schwähereien verurteilt.) Die Justizpressestelle teilt mit: Das Amtsgericht Deggendorf verurteilte am 5. 9. 1942 den Versicherungsinspektor Wolfgang Eisenhofer von Deggendorf wegen verleumderischer Beleidigung zur Gefängnisstrafe von 4 Monaten und ordnete die Veröffentlichung der Verurteilung und die sofortige Strafvollstreckung an. Eisenhofer hat vor einiger Zeit in öffentlicher Wirtschaft behauptet, der Staatsanwalt habe das Verfahren gegen bestimmte Personen, die von dem früheren Angestellten des Landratsamts Deggendorf Fritsche unberechtigter Weise Lebensmittelmarken bekommen hätten, niedergeschlagen. Der erkennende Richter wies darauf hin, daß in Zukunft gegen die Verbreiter ähnlicher unsinniger Schwähereien rücksichtslos mit schärfsten Strafen vorgegangen wird.

Damit noch nicht genug. Oberstaatsanwalt Dros fühlt sich genötigt, am gleichen Tag das Urteil im Deggendorfer Donauboten auf Kosten des Angeklagten im Anzeigenteil zu veröffentlichen.



Doch auch die Druckerei des Ortsgruppenleiters und Bürgermeisters Weiß kommt in Zusammenhang mit den Lebensmittelmarken in Schwierigkeiten. Sie druckte die Lebensmittelkarten für den ganzen Landkreis. Um Missbrauch zu verhindern, musste die Druckerei gegenüber dem Landratsamt genaue Rechenschaft über die verbrauchten Papierbögen ablegen. Sollten Bögen verdruckt worden sein, so müssen diese als eine Art Zählbögen im Landratsamt abgegeben werden. Bei der Herstellung der Karten für die 43. Periode legte der Lehrling Alfons Wagner zwei falsche Druckplatten ein, und es wurden laut Buchdruckermeister Klingerbeck an die 169 Bögen verdruckt⁵⁵³. Klingerbeck übergab die Bögen weder an das Landratsamt noch informierte er den *Chef* über den Fehler. Vielmehr übergab er die Bögen an die 68-jährige Mutter von Sebastian Weiß mit dem Hinweis, dass sie wertloses Papier seien. Frau Weiß gab in ihrer Aussage an, dass Klingerbeck sie nicht darüber informiert habe, dass es sich bei dem verdruckten Papier um Nahrungsmittelmarken handle. Sie habe die in Streifen geschnittenen Bögen einige Zeit aufbewahrt und dann verheizt⁵⁵⁴. Auch als Klingerbeck erfahren hatte, was Frau Weiß getan hatte, informierte er seinen Chef noch immer nicht. Er wollte eine größere Auseinandersetzung oder *Krach*, wie es Frau Weiß nannte, vermeiden. Frau Weiß kannte anscheinend ihren Sohn, der als aufbrausender und manchmal sehr lauter Mensch galt⁵⁵⁵. Die Schutzpolizei hatte über die Aussagen von Klingerbeck, Frau Weiß und Wagner Protokolle angefertigt. Letzterer bestätigt, dass Klingerbeck *einen grossen Krach* mit dem Chef befürchtete, *nachdem erst vor kurzem ungf. 11000 Stück Reichsmahl- u. Brotkarten verdruckt worden waren*⁵⁵⁶. Damals waren aber im Gegensatz zu diesem Mal die Fehldrucke dem Landratsamt übergeben worden. Die Schutzpolizei schickte die Niederschriften über die Aussagen an den Landrat und stellte allerdings fest, dass ein *Missbrauch der verdruckten Nahrungsmittelkarten nicht stattgefunden hat*⁵⁵⁷.

Rationierung und Verschlechterung der Qualität der zugeteilten Produkte

Bei der Einführung der Lebensmittelkarten Ende August 1939 waren die Zuteilungsmengen durchwegs großzügig⁵⁵⁸:

Lebensmittelzuteilung!

An Stelle des dem Lebensmittelhandel zugestellten Einlageblattes zum Merkblatt über den Bezug von Lebensmitteln usw. treten folgende Sätze:

Fleisch oder Fleischwaren, auch in Konserven, 700 g je Woche oder auf jeden der zwölf Abschnitte der Ausweis-karte 235 g.

Milchzeugnisse, Öle oder Fette 60 g je Tag. Zucker 280 g je Woche. Marmelade 110 g je Woche, statt Marmelade können auch 55 g Zucker je Woche bezogen werden. Graupen, Grütze, Grieß, Sago oder sonstige Nahrungsmittel 150 g je Woche.

Kaffee oder Kaffee-Ersatzmittel [$\frac{1}{8}$ Pfund] 63 g je Woche.

Tee 20 g je Monat.

Milch 0,2 Liter je Tag [einer der vier Milchabschnitte des Bezugsscheines gilt immer für eine Woche].

Zu diesen Mengen werden zusätzlich abgegeben: 1. für Kinder unter sechs Jahren 0,5 Liter Milch je Tag auf Grund einer Bescheinigung der zuständigen Gemeindebehörde, d. h. also insgesamt 0,7 Liter pro Tag; für werdende und stillende Mütter 0,3 Liter Milch je Tag, ebenfalls auf Grund einer Bescheinigung der zuständigen Gemeindebehörde, d. h. also insgesamt 0,5 Liter je Tag; 2. für Schwerst- und Schwerarbeiter Milchzeugnisse, Öle oder Fette 50 g je Tag, an Fleisch, 490 g je Woche, d. h. also insgesamt 1,190 g Fleisch je Woche, wer als Schwerst- u. Schwerarbeiter gilt, wird durch besondere Anordnung bekanntgegeben.

Kernseife 125 g je vier Wochen oder Schmierseife 200 g je vier Wochen oder Haushaltsseife in verkleinerter Form 125 g je vier Wochen, alles zu erhalten auf den Abschnitt „Seife I.“ Seifenpulver 250 g je vier Wochen oder Schmierseife 200 g je vier Wochen oder Haushaltsseife in verkleinerter Form 125 g je vier Wochen oder Waschmittel 100 g je vier Wochen. Ebenfalls zu erhalten auf den Abschnitt „Seife II.“

Die bezugsfähigen Mengen an Hausbrandkohle werden besonders bekanntgegeben.

Bezugscheinpflichtige Spinnstoffwaren sind Oberbekleidung der Männer und Frauen, Bett-, Leib- und Haushaltwäsche sowie Meterware in Geweben und Gewirken. Ob die Bezugscheinpflicht für Spinnstoffwaren und Lederwaren gelockert werden kann, wird noch geprüft. Die Geschäftsinhaber sind an die genaue Einhaltung dieser Mengen und Bestimmungen gebunden.

Deggendorf, 29. August 1939.

Der Bürgermeister der Stadt Deggendorf.

In Vertretung: **Weiß.**

Diese Mengen wurden jedoch schon nach kurzer Zeit reduziert. So wurden am 13. September die Fleischration⁵⁵⁹ und am 23. September die Zuteilungsportionen auch von anderen Lebensmitteln verkleinert⁵⁶⁰. Die Fleischversorgung sank während des Krieges wegen des Rückgangs des Schlachtviehbestandes auf Grund der Futtermittelknappheit und mancher Schwarzschlachtungen stetig. Die Zahl der erfassten Schlachtungen lag zwischen 1942 und 1944 bei jährlich 11 Millionen. Dies entspricht nur noch der Hälfte der Schlachtungen im Jahr 1940⁵⁶¹. Wegen der Ablieferungspflicht an staatliche Stellen wurde die Schweinezucht wenig lukrativ⁵⁶². Dazu kam, dass

es viele Bauern verstanden, den Abgabesatz von Schweinen mit dem "Wiegeschwein" zu manipulieren, indem man ein *besonders mager gehaltenes Schwein* für die Berechnung der staatlichen Abgabe hernahm. Das fetttere Schwein schlachtete man dann selbst⁵⁶³. So ging zwischen 1938/39 und 1943/44 der *Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch* um fast 50% auf 30 kg zurück⁵⁶⁴. Dies hatte natürlich auch Auswirkungen auf die Fettversorgung der Menschen und war eine der Ursachen für die sogenannte *Fettlücke*. Diese wollte man unbedingt schließen, um Deutschland auf dem Gebiet der Fettwirtschaft vom Ausland unabhängig zu machen. Die Schließung gelang aber trotz der jährlich propagierten *Erzeugungsschlachten* oder dem verstärkten Anbau von Raps, Lein und Mohn nicht. 1939 wurde noch immer erst 57% des Gesamtfettbedarfs in eigener Produktion abgedeckt⁵⁶⁵. Friedrich-Wilhelm Henning gibt den Anteil der inländischen Fettproduktion sogar nur mit 47% an und fährt dann fort, dass *die verfügbare Menge bis zum Ende des Krieges um ein Drittel* fiel⁵⁶⁶. Den Fettmangel wollte man durch *die Requirierung von 400.000 Tonnen Öl und 1 Million Tonnen Ölkuchen* in den eroberten Teilen der Sowjetunion beheben⁵⁶⁷. Zwischen 1941 und 1943 wurden tatsächlich über 632.000 Tonnen an Ölen und Fetten nach Deutschland eingeführt. Als dann gegen Ende des Krieges auch diese Zufuhren aus der Sowjetunion wegfielen, ging die Fettration, wie gezeigt, um die Hälfte zurück. Auch die Milch sollte zur Lösung des Fettproblems beitragen. Laut der *BO* vom 23. September 1939 gibt es für Erwachsene nur noch Magermilch, Buttermilch oder Jogurt. Vollmilch bekommen nur Kinder sowie werdende oder stillende Mütter. Die Zeitung betont später ausdrücklich, dass diese Maßnahmen zur *Schließung der Fettlücke* notwendig seien⁵⁶⁸. Für Milch wurde der Ablieferungszwang eingeführt. Zur Kontrolle der Milcherzeugung war es den Erzeugern von Bürgermeister Weiß und dem Leiter des Ernährungsamtes, Frank, ausdrücklich verboten worden, Milch direkt an die Verbraucher im Stadtkreis Deggendorf abzugeben⁵⁶⁹. Ab dem 16. September mussten sich die Verbraucher in die Kundenliste eines Milchgeschäftes eintragen, von dem sie die Milch beziehen wollten⁵⁷⁰. Das Buttern für den Eigenbedarf war den Bauern ebenfalls untersagt. Es war auch strikt verboten, Vollmilch zur Fütterung von Schweinen zu verwenden⁵⁷¹.



Zur Überwachung der Landwirte wurde die *Pflichtmilchkontrolle* eingeführt. Dazu wurden vor allem weibliche Kräfte eingesetzt, die als Probennehmer den Eigenverbrauch und die korrekte Ablieferung der Milch überwachen sollten. Da die Bauern fortfuhren, die Milch heimlich für eigene Butterherstellung zu benutzen, mussten die im Einzugsbereich einer Molkerei liegenden Bauern Zentrifugen und Butterfässer abliefern. Diese Maßnahme rief laut Monatsbericht vom April 1941 *große Verstimmung* bei diesen hervor.

die Eierversorgung unterlag ebenfalls der Bewirtschaftung. Die *BO* vom 20. Oktober 1939 teilt mit, dass *nur noch bis Sonntag je zwei Eier für jeden Versorgungsberechtigten ausgegeben* werden. Angesichts dieser Rationierung wurde die Rücknahmepflicht fauler Eier angeordnet, weil *heute bei der Zuteilung der Eier vom Verbraucher besonderer Wert darauf gelegt werden muß, daß jedes Ei einwandfrei ist*⁵⁷². Die Eier wurden von Eiersammlern am Bauernhof abgeholt. Für die Hühner gab es Legevorgaben. *1942 wurde das Ablieferungssoll einer Legehennen auf 70 Eier festgelegt. Legeschwache Hennen sollten wegen der Futtermittelknappheit geschlachtet werden*⁵⁷³. Offensichtlich konnte der private Ankauf von Eiern aber nie völlig unterbunden werden. Laut *BO*

könne auch die *strengste Bewirtschaftung* nicht garantieren, dass das *letzte Ei beim Erzeuger* erfasst werde⁵⁷⁴. So gäbe es *auf dem Gebiet der Eiersversorgung* besondere Schwierigkeiten, vollständige Kontrollen durchzuführen.

Wie jeder zu seinem Ei kommt

Besondere Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Eiersversorgung

Der Zeitungsartikel gibt offen zu, dass es jetzt gelte, die *säumigen und böswilligen Hühnerhalter* zu erfassen. Durch die Bewirtschaftung der Eierwirtschaft sei es aber gelungen, im Krieg die Eiersversorgung *in der Höhe der Friedenswirtschaft* sicherzustellen. Die Zahl der ausgegebenen Eier hing von der jahreszeitlich bedingten Legefrequenz der Hühner ab. Oft waren es aber nur 2 Eier pro Monat, die jeder Versorgungsberechtigte bekam⁵⁷⁵.

Bekanntmachung
Auf die vom 21. Sept. bis 18. Oktbr. 1942 gültigen Bestellscheine Nr. 41 der Reichseierkarte werden
2 Eier
für jeden Versorgungsberechtigten ausgegeben und zwar
auf den Abschnitt a 1 Ei
auf den Abschnitt b 1 Ei.
Die Ausgabe erstreckt sich auf den gesamten Versorgungsabschnitt und erfolgt durch die Kleinverteiler, sobald diese im Besitze der Eier sind.
Deggendorf, den 25. September 1942
Ernährungsamt Abt. B.

Laut DB vom 13. August 1942 waren es im August noch 3 Eier gewesen. Zu Ostern 1945 gibt es für die Stadt Regensburg einen *Eierauftrag*, nach dem für jeden Normalverbraucher 8 weitere Eier zur Verteilung kommen⁵⁷⁶. Dies gilt auch für die Stadt Deggendorf. So deutet vieles darauf hin, dass zumindest die Eiersversorgung bis zum Kriegsende geklappt hat.

Die Knappheit von Bohnenkaffee scheint die Menschen und damit auch das Regime ebenfalls sehr betroffen zu haben. In dem Artikel

Wir „entbehren“ den Kaffee

versucht die NS-Propaganda, die Annahme der Kriegsgegner, dass den Deutschen der Kaffee fehle, zu widerlegen. Der Malz- und Gerstenkaffee werden als *deutsche Spitzenbohne* angepriesen. Ferner wird suggeriert, dass die Menschen das Koffein eigentlich gar nicht brauchten. Weder Luther noch Friedrich der Große und Mozart *haben jemals in ihrem Leben Kaffee getrunken*⁵⁷⁷. Andererseits wird in der Zeitung immer extra angekündigt, wenn es wieder einmal Bohnenkaffee gibt⁵⁷⁸. Schon am 1. November 1943 wird in der Rubrik *Amtliche Bekanntmachungen* angekündigt, dass die Zuteilungsberechtigten *50 g Bohnenkaffee als Weihnachtssonderzuteilung* vorbestellen können⁵⁷⁹. 1944 gibt es nicht nur keinen Bohnenkaffee, sondern es wird im November angekündigt, dass in der

nächsten Zuteilungsperiode die Verteilung von Kaffee-Ersatz-Mischung von 250 g auf 150 g gesenkt wird⁵⁸⁰. Gleichzeitig betont man, dass die Qualität wegen des höheren Getreideanteils jetzt besser sei und somit der Verbrauch geringer sei: *Die Menge von 150 Gramm Kaffee-Ersatz-Mischung entspricht 15 gestrichenen Eßlöffeln. Pro Tag und pro Person darf also ein halber Eßlöffel voll verbraucht werden. Ein halber Eßlöffel in dreiviertel Liter kochendes Wasser gegeben und fünf Minuten auf kleinem Feuer gekocht, ergibt ein gut schmeckendes Getränk.*

An Weihnachten gibt es zur Hebung der Stimmung der Bevölkerung während des Krieges nicht nur Bohnenkaffee sondern auch andere Vergünstigungen und Sonderzuwendungen. Zu Weihnachten 1939 allerdings gibt es für die Menschen nur Tipps für punktfreie Weihnachtsgeschenke⁵⁸¹. Es sind dies kunstgewerbliche Dinge, die in den Glas- und Porzellanbetrieben Ostbayerns hergestellt wurden, oder Korbwaren aus dem Frankenwald. Die Gaststätten dürfen am 1. Weihnachtsfeiertag und am Neujahrstag Fleischgerichte anbieten, auch wenn diese Tage auf die fleischfreien Tage des Ortes fallen⁵⁸².

* Deggendorf, 19. Dez. (Fleischgerichte in den Gaststätten am ersten Weihnachtsfeiertag und am Neujahrstag.) Das Landesernährungsamt Bayern gibt amtlich bekannt: Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat sich damit einverstanden erklärt, daß in den Gaststätten am ersten Weihnachtsfeiertag und am Neujahrstag, falls diese nach der örtlichen Regelung auf einen fleischlosen Tag fallen, Fleischgerichte abgegeben werden dürfen. Dies gilt entsprechend auch für den zweiten Weihnachtsfeiertag, wenn nach der örtlichen Regelung der Dienstag als fleischloser Tag bestimmt ist.

Weihnachten 1940 gibt es dann eine Sonderzuteilung an Lebensmitteln⁵⁸³. Diese besteht in erster Linie aus zusätzlichen 500 g Zucker und 250 g Hülsenfrüchten. Auch die Zuteilung von Butterschmalz wird von 50 g auf 100 g erhöht. Anstatt der angesetzten 125 g Ersatzkaffee kann man 60 g Bohnenkaffee bekommen. Selbst zu Weihnachten 1944 bekommen die Berechtigten zusätzlich 250 g Fleisch und je 2 Eier, ferner Kinder u. Jugendliche bis zu 18 Jahren zusätzl. je 125 g Süßwaren⁵⁸⁴. Kriegsgefangene usw. sind jedoch nicht zu berücksichtigen.

Versuche, die Versorgungslücke zu schließen

Neben der Reduzierung der Fleischzuweisung versuchte man, den Fleischverbrauch durch propagandistische Beeinflussung der Menschen, aber auch durch administrative Maßnahmen zu senken. So wurden in den Gaststätten zwei fleischlose Tage in der Woche eingeführt. In Deggendorf waren dies der Montag und der Freitag. Ferner sollte das Angebot auf der Speisekarte auf vier Hauptgerichte beschränkt werden⁵⁸⁵. Den Gaststätten wird zunächst auch verboten, Speisekarten an den Außenfronten anzubringen. Wohl mit der Stabilisierung der Versorgungslage wird dieses Verbot im Februar 1940 wieder aufgehoben⁵⁸⁶. Das Anpreisen von Sonntagsgedecken durch Plakataushang oder durch die Tagespresse bleibt aber weiterhin untersagt. Die Menschen bekamen oft fast banal wirkende Ratschläge, wie sie den Fleischverzehr einschränken können. So werden in der Zeitung

Vorschläge für den Küchenzettel abgedruckt⁵⁸⁷. Dort gibt es in der Woche drei fleischlose Gerichte. Auffallend ist, dass die Beilagen immer nur Kartoffel sind.



Es gab auch Tipps, wie man Gästen Gerichte ganz ohne Fleisch anbieten könne⁵⁸⁸.

Wenn wir abends Gäste haben

Gerichte, die wir ihnen anbieten / Gastlichkeit wird nicht unterbunden

Den Hausfrauen wird geraten, den Gästen *Kartoffel- und Gemüsegerichte* anzubieten, so zum Beispiel *Gefüllte Sellerie, Gemüsepastete, Pillekuchen* mit roten Kartoffeln oder *Kartoffelstrudel*. Auf die Fleisch- und Fettknappheit stellt sich auch die Lebensmittelwerbung ein. In einer Anzeige empfiehlt Knorr 1942 als Gericht *Falsche Frikadellen mit Wirsing Kohl und brauner Soße*⁵⁸⁹. Mit Knorrs brauner Soße könne man auch ohne Fleisch und ohne Fett eine gute Soße herstellen.

aber meist nur aus Versammlungen, bei denen es eine Rede oder eine Filmvorführung gab, und zu der eine *restlose Beteiligung von sämtlichen Bauern und Landwirten* erwartet wurde⁵⁹⁴.

Erzeugungsschlacht 1940/41

1. Versammlungswelle

Am Rahmen der Erzeugungsschlacht 1940/41 werden nachstehende Versammlungen durch die Kreisbauernschaft Deegendorf zur Durchführung kommen:

<p>Ebenstetten am Sonntag, 24. Nov. um 15 Uhr. Redner: KSM II Emil Hofmann.</p> <p>Greising am Sonntag, 24. Nov. um 10 Uhr. Redner: Bez.-Hofberater Scheppach.</p> <p>Hundina am Sonntag, 24. Nov. um 15 Uhr. Redner: Landw.-Rat Ganfer.</p> <p>Schaufling am Sonntag, 24. Nov. um 15 Uhr. Redner: KSM III Georg Haslbeck.</p> <p>Natternberg am Dienstag, 26. Nov. um 15 Uhr. Redner: Düngeberatungsstelle Regensburg.</p> <p>Metten am Samstag, 30. Nov. um 20 Uhr. Filmvorführung.</p> <p>Buchberg am Sonntag, 1. Dez. um 15 Uhr. Redner KSM II Emil Hofmann.</p>	<p>Bergern am Sonntag, 1. Dez. um 15 Uhr. Redner: Bez.-Hofberater Scheppach.</p> <p>Egg am Sonntag, 1. Dez. um 15 Uhr. Filmvorführung.</p> <p>Grafing am Sonntag, 1. Dez. um 20 Uhr. Redner: Bez.-Hofberater Weber.</p> <p>Laiding am Sonntag, 1. Dez. um 15 Uhr. Redner: Landw.-Rat Ganfer.</p> <p>Nach erwarie eine restlose Beteiligung von sämtlichen Bauern und Landwirten. An der Erzeugungsschlacht 1940/41, bei der dem Bauerntum besondere Aufgaben im Hinblick auf die Kriegsverhältnisse gestellt sind, ist es notwendig, daß der letzte Bauer und Landwirt zur Versammlung kommt. Der zahlreiche Besuch soll beweisen, daß auch die Landwirtschaft die Reichen der Zeit verstanden hat und mitmarschiert in der großen Front der Heimat.</p>
---	--

Heil Hitler!
gez. Frank, Kreisbauernführer.

Das sind die Parolen der Erzeugungsschlacht 1942⁵⁹⁵:

1. Ausweitung des Hackfrucht- und besonders des Kartoffelbaues.
2. Ausweitung des Delfruchtbaues.
3. Ausweitung des Gemüsebaues.
4. Erhaltung des Brotgetreideanbaues.
5. Erhaltung der Intensität der Milchwirtschaft.
6. Erhaltung der Schweinehaltung.

Der Ölfrucht-, Kartoffel- und Gemüseanbau sollen also intensiviert werden. Dass diese Ziele nicht immer erreicht wurden, wird weiter unten gezeigt.

Man suchte die Produktion von Lebensmitteln aber auch mit konkreten Maßnahmen zu erhöhen. Wie in anderen Städten, begann die NSV in Deggendorf, im Rahmen des Ernährungshilfswerkes eine eigene Schweinezucht aufzubauen. Für die geplanten 50 Schweine war *ein fast leerstehendes Gebäude vor der ehem. Krausmühle* vorgesehen⁵⁹⁶. An den geplanten Kosten von 9.000 RM will sich laut Beratungsprotokoll vom 29. November 1939 die Stadt mit 5.000 RM beteiligen. Am 1. Mai 1940 wurde dann mit der Schweinemast begonnen, und 1941 hatte die NSV in Deggendorf schon 60 und in Plattling 25 Schweine gemästet⁵⁹⁷. Gefüttert wurden diese Schweine mit Küchenabfällen. Die Hausfrauen sollten deshalb ihre Küchenabfälle zur Abholung durch die NSV in die dafür vorgesehenen Behälter geben⁵⁹⁸.



Zur Abholung hatte die NSV von der Stadt einen Dreiradlieferwagen erworben, der aber, wie oben gezeigt, 1941 gegen ein Pferdegespann ausgetauscht wurde. In einem weiteren Bericht von 1941 wird ein Bild von diesem Pferdegespann gezeigt⁵⁹⁹.

Monatlich zehn stramme Schweine

„Deggendorfer Allerlei“ / Das Ernährungshilfswerk in Deggendorf und Plattling



Links: So wird das „Deggendorfer Allerlei“ gesammelt; auf dem Gehsteig ein vorschrittsmäßiger, verschlossener Sammeleimer. — Rechts: Aus appetitlichen Ferkelchen werden Drei-Zentner-Säue für den Metzger. Aufnahmen: Dr. Deuerlin

Allerdings hatten die im Gebäude der Kraußmühle untergebrachten Mieter sehr unter der Geruchsbelästigung des Schweinestalls zu leiden, sodass ihnen der Stadtrat einen Mietnachlass gab und später noch weitere Vergünstigungen gewährte.

Wegen des Arbeitskräftemangels in der Landwirtschaft, verursacht unter anderem durch die Einziehung der Bauernsöhne und Knechte zur Wehrmacht, wurden während des Krieges zunächst die älteren Schüler zur Erntehilfe herangezogen. Man verlängerte 1940 die Sommerferien auf 7 Wochen, damit die Oberschüler Ernteeinsatz leisten konnten⁶⁰⁰. 1943 wurde der Einsatz der Schuljugend ausgeweitet. Jetzt konnten Kinder vom 10. Lebensjahr an zur Erntearbeit herangezogen werden. Die Jugendlichen zwischen 10 und 14 Jahren durften aber nur an benachbarten Orten eingesetzt werden, *die täglich vom Elternhaus erreicht werden können*⁶⁰¹. Schüler der Klassenstufen 5, 6 und 8 der höheren und mittleren Schulen konnten auch zum *Auswärtigen Noteinsatz* beordert werden. Sie waren dann in Jugendherbergen, RAD Lagern oder einzeln beim Bauern untergebracht. In den Sommerferien 1943 wurden die Volksschüler der Klassenstufen 6, 7 und 8 aufgefordert, sich freiwillig zum Kartoffelklauben zu melden. Sieben Jungen und dreizehn Mädchen waren daraufhin unter Aufsicht von Lehrern drei Tage im Einsatz, um dann von einer anderen Gruppe abgelöst zu werden⁶⁰².

Der Hans und's Marerl beim Kartoffelklauben

Deggendorfer Volksschüler helfen beim Bauern in freiwilligem Einsatz

Die Mädchen der Oberschule wurden während der Unterrichtszeit zum Ährensammeln eingesetzt. Hier die Information dazu von der Schulleitung im DB vom 5. August 1942:



Zur Ernte wurde auch der Einsatz städtischer Helfer von Parteidienststellen, Behördenangestellten, Werkbeurlaubten, ebenso die Mithilfe von Wehrmachtsbediensteten, Reichsarbeitsdienst, Studenten und Studentinnen organisiert⁶⁰³. Zusätzlich sollte die Landwirtschaft 1944 Hilfe von den Umquartierten und auch von solchen Frauen erhalten, die es an sich vielleicht aus wirtschaftlichen und sonstigen Gründen nicht nötig hatten. Gegen Uneinsichtige und Arbeitsbummler konnten Ordnungsstrafen wie die Entziehung der Selbstversorgung verhängt werden. Laut dem Monatsbericht vom Oktober 1944 scheinen diese Drohungen nicht viel gefruchtet haben: *Junge und kräftige Soldatenfrauen und Evakuierte wollen nicht in der Landwirtschaft mitarbeiten, weil ihnen der Familienunterhalt ein bequemes Leben ermöglicht.*

1943 wurden 140 Jungen der HJ und 37 Mädchen des BDM zur Hopfenernte in der Holledau eingesetzt. Dies war kein freiwilliger Einsatz sondern *Kriegseinsatz der HJ.*



Er war ein Teil der Jugenddienstpflicht und galt zugleich als Erfüllung der Pflichten der Schule gegenüber⁶⁰⁴. Der Einsatz dauerte vom 20. August bis in den September hinein. Am 17. September berichtet der DWK, dass die Jungen und Mädels des Bannes 341 schon wieder einige Tage zurück in der Schule seien. In der Holledau waren sie vom Bannführer Heindl und der Bannmädelführerin Gättschmann besucht worden, und die besten Pflücker waren geehrt worden.

Um auch noch die letzten Ressourcen auszunutzen, forderte man die Deggendorfer immer wieder auf, Waldbeeren und Pilze zu sammeln. Die *restlose Erfassung und Verwertung der Waldfruchternte* sei von *kriegswichtiger Bedeutung*⁶⁰⁵.

Sammelt Wald- und Wildbeeren!
Sorgt für die restlose Erfassung und Verwertung der Waldfruchternte

Die Pilze wurden sogar zum Fleisch des Waldes hochstilisiert⁶⁰⁶:

Pilze, das Fleisch des Waldes
Gute Pilzkennntnisse sind erforderlich / Eine Aufgabe für die Lehrerschaft

Die Gauleitung forderte von allen *Volksgenossen*, als *Sammler und Sammlerinnen* mitzuhelfen, sich selbst mit Waldfrüchten zu versorgen. Die von *berufsmäßigen Pflückern geernteten Früchte* sowie die nicht im eigenen Haushalt benötigten Beeren und Pilze sind an die zugelassenen Aufkäufer abzugeben. Die kleine Mühe des Sammelns sei *gerade in Kriegszeiten wichtig*. *Keine Beere darf verlorengehen und es darf keinen Sonntag geben, solange nicht der Segen des Waldes in die Scheune gebracht ist*. Wie eifrig die Deggendorfer Heidelbeeren gesammelt hatten, zeigt dieses Bild, das leider von schlechter Qualität ist⁶⁰⁷.



Zum Beerensammeln wurden auch die Oberschüler und die HJ eingesetzt. So mussten die Oberschüler der Klassen 1-4 zum Himbeerpflücken antreten⁶⁰⁸.

* Deggendorf, 28. Juli. (Beeren-
sammlung der Oberschule für
Jungen.) Unter der Leitung von Herrn
Studienrat Ragaller führt die Oberschule
für Jungen am Donnerstag, den 30. Juli
eine Sammlung von Himbeeren für die
Wehrmacht durch. Alle in Deggendorf
und der nächsten Umgebung der Stadt
wohnenden Schüler der Klassen 1—4 fin-
den sich Donnerstag um 8 Uhr vor der
Neuen Kaserne ein. Die Teilnahme ist
für die genannten Klassen Pflicht. Schü-
lern höherer Klassen ist die Beteiligung
freigestellt. Gefäße sind mitzubringen.

Die HJ verlegte den gesamten HJ-Dienst auf das Beerensammeln und ließ die Pimpfe zwei Halbtage dazu ausrücken⁶⁰⁹.

HJ im Dienst der Beeren-sammlung
An alle Gefolgshafte und Fähnlein des
Bannes 341!

Neben der Heilkräutersammlung ist in den
kommenden Wochen der Einheitsdienst auf
die Sammlung der Waldfrüchte einzustellen.
Um die Lazarette, Arbeitslager, die Wehr-
macht und die anderen kasernierten Einhei-
ten ausreichend mit Beeren versorgen zu
können, ist notwendig, daß auch die letzte
Waldbeere geerntet wird.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird für
sämtliche HJ- und W-Einheiten folgendes
angeordnet:

Ab sofort ist der gesamte HJ-Dienst aus-
schließlich auf die Einbringung der Wald-
früchte abzustellen.

Mit Ausnahme der ganztägig in der
Landwirtschaft tätigen Jungen und des klei-
nen Kontingents jeder Einheit (eine Ka-
meradschaft bzw. Jungenschaft), das auch in
dieser Zeit die Heilkräutersamm-
lung fortsetzt, haben alle Pimpfe wöchent-
lich zweimalig halbtägig zur Beeren-samm-
lung scharweise auszurücken. Die HJ wird
am Sonntag vormittag eingesetzt.

Jeder weitere Dienst entfällt.

Für die Durchführung dieser Anordnung
sind die Gefolgshafte- und Fähnleinführer
verantwortlich.

Der R.-Führer des Bannes 341
Spanrad, Stammführer.

„Spare eisern“

Zur Schonung der Rohstoffe wurden die Menschen immer wieder aufgerufen, in allen Bereichen zu sparen und dabei einen möglichst großen Teil ihres Einkommens für die Zeit nach dem Krieg zurückzulegen⁶¹⁰. Dies sollte einmal durch das „Eiserne Sparen“ geschehen. Ein Arbeitnehmer musste sich dabei verpflichten, jeden Monat einen bestimmten Teil seines Lohnes auf das "Eiserne Sparkonto" einzuzahlen. Nach dem Krieg würde er das Angesparte gut verzinst zurückbekommen⁶¹¹. Das war in Wirklichkeit nichts anderes als eine "Kriegsanleihe" des Staates.



Aber eisern...
sagt Schornsteinfeger Emil C... aus Hindenburg.

„Zehn Stunden am Tage, da weiß man, was man getan hat. Aber es bringt auch etwas ein. Und wohin damit am besten im Krieg? Nun, der Hans soll mal etwas Ordentliches lernen. Darum wird jetzt nur Wichtiges gekauft und möglichst viel eisern gespart. Dann ist das Geld für die Lehrszeit da, wenn der Krieg aus ist.“

Fünf einzigartige Vorteile

1. Wer eisern spart, zahlt weniger Steuern und Sozialbeiträge.
2. Die Höhe des Krankengeldes berechnet sich trotzdem nach dem vollen Lohnbetrag.
3. Der Sparbetrag wird zum Höchstsatz verzinst.
4. Das Sparguthaben ist unpfändbar.

2. Das Sparguthaben wird in Notfällen, bei der Geburt eines Kindes und bei der Verbeirung einer Sparerin auf Antrag sofort ausgezahlt.

Haben Sie Ihre Sparerklärung schon abgegeben?

Spare eisern jetzt im Krieg, kaufen kannst Du nach dem Sieg!

Um Vollmilch einzusparen, wurden die Menschen dazu angehalten, Buttermilch zu trinken, und zugleich wurde die Qualität dieser Milch angepriesen⁶¹².

Trinkt Buttermilch!
Sie enthält wertvolle Nährstoffe

Mit oft dramatisch wirkenden Anzeigen wollte man den Menschen zeigen, wie sie 4,5 Millionen Tonnen Kartoffel sparen können, die durch das Schälen verloren gehen⁶¹³.



Selbst den Hausfrauen glaubte man Ratschläge geben zu müssen, wie man beim Wäschewaschen Seife spart und dennoch saubere Wäsche bekommt⁶¹⁴. Das Ziel, *Seife sparen-Wäsche schonen* wird am besten erreicht, wenn man das Wasser mit Soda entkalkt und die Wäsche - im Gegensatz zu einem alten Huhn - nicht zu lange kocht.



Die Hausfrauen sollten auch die Feuerstätten in Ordnung halten, um so Holz zu sparen⁶¹⁵. Wohl besonders an die Frauen gerichtet war die Aufforderung, beim Beantragen von Bezugsscheinen für Textilien und Schuhen zurückhaltend zu sein⁶¹⁶.

„... gibt schlichtem Kleide Glanz“
Mehr Zurückhaltung in der Anforderung von Bezugsscheinen ist vaterländische Pflicht

Friseurbetrieben war es ab Februar 1943 verboten, das Anfertigen von Dauerwellen, das Haarfärben oder Blondieren anzubieten, da dies mit einem zu hohen Energieverbrauch verbunden sei. *Kopfwaschen und Frisieren, Wasserwelle oder Ondulieren* in den Damenabteilungen, sowie *Haarschneiden, Kopfwaschen und Rasieren* in den Herrenabteilungen waren weiterhin erlaubt. Die Friseurbetriebe wurden auch angehalten, Verwundete und Fronturlauber bevorzugt zu bedienen⁶¹⁷.

Die Verschlechterung der Lebensbedingungen bis 1944

Die Historiker sind sich nahezu in der Einschätzung einig, dass die deutsche Bevölkerung trotz aller Einschränkungen bis in das Jahr 1943/44 nicht zu hungern brauchte. In einer eingehenden Studie über *Gesundheit und Konsum der „Volksgenossen“* stellt Mark Spoerer aber fest, dass sich der *biologische Lebensstandard* schon vor dem Krieg verschlechtert hatte. Auf Grund von Mangelernährung stagnierte das Körperwachstum der Jugendlichen. Die Sterblichkeitsquote der 5-15 jährigen Jugendlichen erhöhte sich zwischen 1932 und 1937 um 13,6%. Spoerers Analyse gipfelt in der sicher überspitzten Feststellung: *Die Deutschen opferten ihre Kinder dem Führer bereits in Friedenszeiten*⁶¹⁸. Im "Dritten Reich" war der Konsum von sogenannten *inferioren Gütern wie Roggenprodukten und Kartoffeln erheblich höher, während Weizenprodukte, frisches Obst, tropische Früchte, Zucker, Margarine und Vollmilch in geringerem Umfang konsumiert wurden*⁶¹⁹. In den Kriegsjahren ging also nicht nur die Zuteilungsmenge zurück, sondern es verschlechterte sich auch deren Qualität⁶²⁰. Außerdem gab es einige Lebensmittel gar nicht mehr oder nur ganz unregelmäßig auf den Markt. Wegen der Fettlücke wurde 1940 Rapsfett anstatt Margarine als Brotaufstrich propagiert, und man konnte dieses auch auf die Margarinemarken bekommen. Allerdings reichten die zur Verfügung stehenden Mengen nur für die Belieferung einiger Gebiete aus. Die Anbaufläche sollte deshalb stark vergrößert werden⁶²¹. Nicht lebenswichtig, aber doch die Verschlechterung der Versorgungslage aufzeigend, ist die Einschränkung der Ausschankzeiten von Bier ab 4. Juni 1941⁶²²:

Ab Mittwoch, den 4. Juni erfolgt in den Deggen-
dorfer Gaststätten in der Zeit von 14 - 17 Uhr
Keine Bierabgabe
Die Wirtschaftsgruppe Gaststätten
und Beherbergungsgruppe

Diese zeitliche Einschränkung war die Folge der Kontingentierung von Bier. Im Februar 1942 meldet der Regierungspräsident, dass wegen der Bierknappheit manche Gasthöfe mehrere Tage ohne Bier seien. Einen Monat später heißt es, dass das neue Einfachbier mit nur 3,3% Stammwürze *so gut wie*

einmütig abgelehnt wird, und dass man 5% Stammwürze fordert. Im Sommer 1941 gab es auch eine vorübergehende Knappheit an Kartoffeln, was in Regensburg sogar zu Raufereien auf den Märkten führte⁶²³. Später übernimmt die Ausgabe der Kartoffeln das Versorgungsamt.

Ein weiteres Beispiel für die Einengung des Angebotes bei Lebensmitteln ist die Anordnung von 1943 des Reichsinnungsmeisters des Fleischerhandwerks, dass Metzger nur noch fünf Wurstsorten herstellen dürfen⁶²⁴.



Künftig nur noch fünf Wurstsorten. Nach einer Ankündigung des Reichsinnungsmeisters des Fleischerhandwerks ist vorgelesen, in Zukunft nur noch die folgenden fünf Wurstsorten herzustellen: Brühwurst (und Brühwürstchen), Leberwurst, Fleischrotwurst, Blutwurst, Streichmettwurst nach Braunschweiger Art. Ueber die Rezeptvorschriften, nach denen diese Wurstsorten hergestellt werden, sei bereits eine weitgehende Einigung erzielt.

Die Zuteilungsmenge von Zigaretten richtete sich nach der jeweiligen Versorgungslage, war aber für Männer immer doppelt so groß wie für Frauen. Zwangsarbeiter aus Polen und Russland bekamen die Hälfte der Ration für Frauen, während Zwangsarbeiter aus dem Westen die volle Ration der deutschen Frauen erhielten. Die jüdische Bevölkerung war von der Zuteilung ausgeschlossen⁶²⁵. Auf Grund der verschlechterten Lage auf dem Tabakmarkt wurde Anfang 1942 die Raucherkarte eingeführt. Diese konnte sich jeder männliche Antragsteller über 18 Jahre und jede weibliche Raucherin über 25 Jahre besorgen⁶²⁶. In Deggendorf wurden die Raucherkarten in den Tabakgeschäften Glasschröder, Eiter, Oswald und Höcht ausgegeben. Als auf Grund der Kriegsentwicklung die Balkanstaaten verloren gingen, wurde im September 1944 die Zuteilung von Tabakwaren um 33 1/3 Prozent gesenkt. Die Zeitung schlägt deshalb vor, als Ausgleich für die Kürzung Tabak im eigenen Garten zu ziehen⁶²⁷.



Ausschneiden und aufheben!
Tabakernte vom eigenen Boden
Das Geheimnis der Fermentierung / Auch unser Tabak kann gut sein

Es werden dann in einem langen Artikel detaillierte Belehrungen über die richtige Ernte und Verarbeitung der Tabakblätter gegeben. Dass die Herstellung des eigenen Tabaks nicht ganz ungefährlich war, zeigt folgende Warnung in der Zeitung einige Tage zuvor⁶²⁸.



Keine ungebeizten Tabakblätter rauchen!
Ein Landwirt aus der Umgebung von Böhmischem-Ramnitz rauchte ungebeizte Tabakblätter. Er bekam eine sehr schwere Nikotinvergiftung, die seinen Tod herbeiführte.

Während der gesamten Kriegszeit war Honig äußerst knapp. Schon im Dezember 1939 wurde das erste Mal an jeden Versorgungsberechtigten Kunsthonig verteilt⁶²⁹. Kunsthonig wird aus Stärkezucker, Honigaroma und Karamell hergestellt und offiziell als Invertzucker-Creme

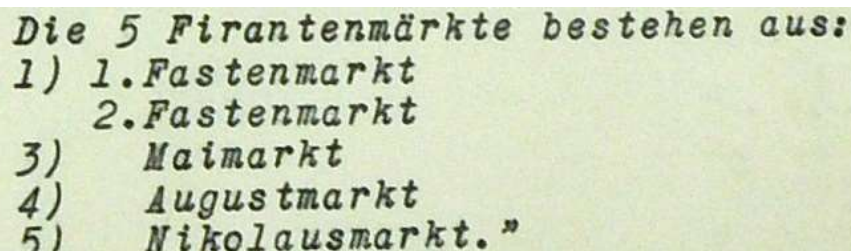
bezeichnet⁶³⁰. Im Juli 1944 greift man auch zur Zwangsablieferung von Bienenhonig. Zur *Sicherstellung der Versorgung von Lazaretten, Krankenhäusern und Heilstätten...* werden die Imker verpflichtet, je Bienenvolk *drei Kilogramm Bienenhonig abzuliefern*⁶³¹.

Ab 1940 werden die Sommer- und Winterschlussverkäufe eingestellt. Hier die Ankündigung im Januar 1941 über die Weiterführung der Einstellung⁶³².



Auch 1941 kein Winterschlussverkauf. Der Reichswirtschaftsminister hat — wie schon für die Winter- und Sommerschlussverkäufe des Jahres 1940 — auch die Durchführung der Winterschlussverkäufe des Jahres 1941 abgelehnt. Wegen der Bewirtschaftung liegt weder ein Bedürfnis danach vor, noch sind die Voraussetzungen dafür gegeben.

Mit den für die Schlussverkäufe fehlenden *Voraussetzungen* ist wohl das fehlende Warenangebot gemeint. Die fünf Jahrmärkte finden aber weiterhin statt, wenn auch mit einem beschränkten Warenangebot. Im Dezember 1944 beschließt der Bürgermeister in der Beratung mit den Ratsherren schließlich, die fünf Jahrmärkte bis zum Ende des Krieges aufzuheben. *Die zum Kauf angebotenen Waren beschränken sich auf einige minderwertige Artikel, welche nicht lebensnotwendig erscheinen*⁶³³. Allein das Herrichten der Buden erfordere 605 Arbeitsstunden. Diese würden dann für *lebensnotwendige Arbeiten* fehlen. Die Viehmärkte und die Wochenmärkte mit Ferkelmarkt sollen weiter stattfinden. Dies waren die fünf weggefallenen Jahr- oder *Firantenmärkte*:



Die 5 Firantenmärkte bestehen aus:
1) 1. Fastenmarkt
2. Fastenmarkt
3) Maimarkt
4) Augustmarkt
5) Nikolausmarkt."

Mit *Rücksicht auf die schweren Abwehrkämpfe an der Ostfront* wurde im Januar 1942 das bestehende Tanzverbot auf Tanzstundenzirkel von Vereinen ausgedehnt. Nur reiner *Tanzunterricht* ist weiter erlaubt⁶³⁴.

Ab 1940 verschlechterte sich die ärztliche Versorgung der Zivilbevölkerung zusehends. Der Monatsbericht vom Oktober 1942 beklagt, dass der Mangel an Ärzten und Dentisten zu unzureichender ärztlicher Versorgung führe. Deshalb habe sich sogar schon ein Geburtenrückgang im Bezirk bemerkbar gemacht. Nachdem das Krankenhaus Deggendorf 75 Betten für Lazarettzwecke zur Verfügung gestellt hatte, blieben für Zivilkranke nur noch 51 Betten, viel zu wenig für eine Stadt mit 12.000 Einwohnern. Im Juli 1941 meldet die *BO*, dass durch *den Bedarf der Wehrmacht* die Zahl der zur Verfügung stehenden Ärzte *nicht unerheblich* zurückgegangen sei⁶³⁵. Ein halbes Jahr später schlägt der Stadtrat Alarm und nennt die ärztliche Versorgung in Deggendorf *katastrophal*⁶³⁶.

1. Beratung

mit den R a t s h e r r e n

am 23. Februar 1942.

Nr. 4 a.

Gegenstand: Ärztliche Versorgung der Stadt Deggendorf.

Berichterstatter: Bürgermeister-Stellvertr. W e i ß .

- a) Vortrag des Berichterstatters: Die ärztliche Versorgung der Zivilbevölkerung ist seit 1940 eine sehr eingeschränkte und muss nun als katastrophal bezeichnet werden. Dr. Multerer ist krank, Dr. Endres wieder zum Heeresdienst einberufen, sodass die Stadt ohne Arzt ist. Die Stadtverwaltung hat die zuständigen Stellen längst auf diese misslichen Verhältnisse hingewiesen. Es kann eine Schuld der Stadt nicht beigemessen werden.
Die Reichsärztekammer hat nun den Assistenzarzt Dr. Tannheim als Hilfskassenarzt neben seiner Tätigkeit als Assistenzarzt dienstverpflichtet. Weiters hat Herr Bürgermeister Weiß dem Assistenzarzt die Erlaubnis gegeben in der Mittagszeit in den Räumen der Deggendorfer Werft und Eisenbau-Ges. für die zahlreiche Belegschaft ärztliche Sprechstunden zu halten.
Die Reichsärztekammer ist ausserdem ersucht, den Klinikinhaber Dr. Schaufler zur Betreuung der Zivilbevölkerung heranzuziehen.
- b) Stellungnahme der Ratsherren: - - -
- c) Entscheidung d. Bürgermeisters: Der Bürgermeister ersucht die Ratsherren aufklärend auf die Bevölkerung einzuwirken und diese zu beruhigen und hinzuweisen, dass seitens der Stadt alle Schritte unternommen werden, die notwendig sind.

Außer den im Krankenhaus tätigen Ärzten gab es in Deggendorf zeitweise keinen Arzt. Auch Dr. Thannberg hatte wegen seiner Aufgaben als Assistenzarzt im Krankenhaus nicht viel Zeit, Sprechstunden abzuhalten. Wie seine Anzeige in der Zeitung zeigt, waren es nur zwei Stunden pro Tag⁶³⁷.

Herr Dr. med.
Hugo Thannheim
hat vertretungsweise die Praxis von
Herrn **Dr. med. Hubert Wittmer**
übernommen.
Sprechstunden: Tägl. von 14-16 Uhr
Samstag und Sonntag keine Sprech-
stunden.

Er wurde schon gesagt, dass während des Krieges die Feiertage Christi Himmelfahrt und Fronleichnam auf den jeweils folgenden Sonntag verschoben wurden. Aber auch die sogenannten Bauernfeiertage versuchte man mit mehr oder weniger großem Erfolg abzuschaffen. Hier eine ernste Warnung des Kreisleiters und des Landrats an die Bauern im Jahr 1942⁶³⁸.

Bauern und Landwirte!

Der Führer hat in seiner letzten Rede darauf hingewiesen, daß wir in der jetzigen großen Zeit nicht zu feiern, sondern zu arbeiten haben. So erst erfüllen wir unsere Pflicht, wie es der Soldat seit dem Jahre 1939 als eine Selbstverständlichkeit empfunden hat. Nur so haben wir das Unstrige zu den großen Erfolgen der Front beigetragen.

Immer wieder kann festgestellt werden, daß selbst jetzt noch landwirtschaftliche Betriebsführer mit ihren Gefolgschaftsangehörigen sogenannte Bauernfeiertage halten und diese untragbare Erscheinung noch insofern ausdehnen, als sie auch ausländische und fremdwirtschaftliche Arbeitskräfte wie Polen und Kriegsgefangene an die en Tagen nicht beschäftigen. Der Bauer, der künftighin trotz dieses Hinweises ausländischen Arbeitskräften wie auch seinen eigenen Bauernfeiertage einräumt, muß damit rechnen, daß diese Arbeitskräfte an andere Betriebsführer vermittelt werden, die diese Feiertage nicht halten und wissen, was sie dem Führer und ihrem Volke schuldig sind.

Der Kreisleiter der NSDAP Deggendorf :
gez.: Hain.

Der Landrat des Landkreises Deggendorf :
gez.: Senfferrth.

Der Kreisbauernführer :
gez.: W. Frank.

Der Leiter des Arbeitsamtes Deggendorf :
gez.: Gruber.

Schon im April 1941 hatte der Regierungspräsident bei den Bauern *eine große Verstimmung* wegen der Versuche der Abschaffung dieser Feiertage bemerkt und festgestellt, dass die Landbevölkerung noch sehr an *den althergebrachten, aufgehobenen kirchlichen Feiertagen* festhält.

In der Zeit der siegreichen Blitzkriege von 1939 bis 1941 war, abgesehen von den geschilderten kleineren Kürzungen und der Verschlechterung der Qualität der Lebensmittel, in Deutschland keine eigentliche Not zu verzeichnen⁶³⁹. Als man sich nach dem Überfall auf die Sowjetunion unerwartet auf einen längeren Krieg einrichten musste, setzte die *Ernährungskrise* des Jahres 1942 ein, da das Deutsche Reich mit seinen Rohstoff- und Produktionsmängeln dafür nicht gerüstet war.

Das größte Problem aber sollte die Fleisch- und Fettversorgung bleiben. Es gab im Verlauf des Krieges insgesamt sieben Reduzierungen der Fleischration, und nur einmal wurden diese wieder kurz erhöht. Hatte man bei der Einführung der Bezugscheine noch 700 g Fleisch für Erwachsene pro Woche vorgesehen, wurde die Menge schon Mitte September auf 500 g gesenkt⁶⁴⁰:

Die neue Fleischration. Nach Mitteilung des Ernährungsamtes beim Landrat in Deggendorf werden die Portionssätze für Fleisch und Fleischwaren für Durchschnittsversorgungsberechtigte mit sofortiger Wirkung auf 500 Gramm Wochenration festgesetzt. Der bisherige Kreis von Schwer- und Schwerstarbeitern behält vorläufig weiter 1190 Gramm.

Wie zu sehen ist, bekommen Schwer- und Schwerstarbeiter mehr als die doppelte Menge Fleisch. Bis März 1942 müssen die Fleischrationen nochmals, jetzt auf 400 g, reduziert worden sein. Dies zeigt die Tabelle über die Lebensmittelzuteilung ab 6. April 1942⁶⁴¹:

Veränderte Lebensmittelzuteilung

Weniger Brot, Fleisch und Fett / Erhöhte Käse- und Milchration / Wieder Kondensmilch

Brot		
Bisher		
1100	900	Kleinstkinder bis zu 3 Jahren
1100	1200	Kleinkinder von 3 bis 6 Jahren
1700	1700	Kinder von 6 bis 10 Jahren
2800	2800	Jugendliche von 10 bis 20 Jahren
2250	2000	Normalverbraucher üb. 20 Jahre
2850	2600	Lang- und Nachtarbeiter
3650	3400	Schwerarbeiter
4650	4400	Schwerstarbeiter
Fett:		
125	125	Kleinstkinder bis zu 3 Jahren
188	188	Kleinkinder von 3 bis 6 Jahren
266	286	Kinder von 6 bis 14 Jahren
301	269	Jugendliche von 14 bis 18 Jahren
269	206	Normalverbraucher üb. 18 Jahre
289	226	Lang- und Nachtarbeiter
394	306	Schwerarbeiter
738	575	Schwerstarbeiter
Fleisch:		
250	150	Kleinst- und Kleinkinder bis zu 6 Jahren
400	350	Jugendliche von 6 bis 18 Jahren
400	300	Normalverbraucher üb. 18 Jahre
600	450	Lang- und Nachtarbeiter
800	600	Schwerarbeiter
1000	850	Schwerstarbeiter

Die Reduzierung der Fett- und Fleischrationen um ein Viertel waren für den Normalverbraucher schon einschneidend. Im nachfolgenden Zeitungsartikel werden viele Gründe für die Notwendigkeit der Kürzungen genannt. So hätten die beiden letzten langen und kalten Winter die Ernte geschmälert. Auch die Einfuhren aus den europäischen Ländern seien als Folge der Witterung

geringer als erwartet gewesen. Diese aus den besetzten Ländern erzwungenen Einfuhren spielten ja eine sehr wichtige Rolle für die Ernährung der deutschen Bevölkerung. Hier die Zahlen⁶⁴²:

Tab. 181: Bilanz der Ausbeutung der Landwirtschaft in den besetzten Gebieten in 1.000 t in den Wirtschaftsjahren 1940/41 bis 1943/44 (für das letzte Jahr die geplante Entnahme)

Wirtschaftsjahr	Getreide	Fleisch	Fett
1940/41	1.272	269	137
1941/42	3.232	468	140
1942/43	5.319	624	317
1943/44	4.200	455	109

Ein weiterer Grund sei, dass die jetzt viel größere Zahl der Soldaten der Wehrmacht und die 2,5 Millionen Rüstungsarbeiter als Schwerstarbeiter größere Rationen bekommen. Eine recht gute Ernte 1942 und vor allem die verstärkte Ausbeutung der eroberten Gebiete im Osten ermöglichten es, dass die Kürzungen der Brot- und Fleischrationen vom April 1942 ab 18. Oktober wieder aufgehoben wurden⁶⁴³. So konnte laut Gernot Wiese bis *weit in das Jahr 1943 hinein die Ernährung des deutschen Volkes als ausreichend bezeichnet werden*⁶⁴⁴. Hier eine Übersicht über die Änderungen der wichtigsten Lebensmittelrationen während der Gesamtdauer des Krieges⁶⁴⁵.

Die wöchentlichen Rationen eines „Normalverbrauchers“ (z. B. Hausfrauen, Angestellte)⁶⁴⁵ beliefen sich im Zweiten Weltkrieg auf:

Zeitpunkt	Brot	Fleisch	Fett
September 1939	2400 gr.	500 gr.	270 gr.
April 1942	2000 gr.	300 gr.	206 gr.
Juni 1943	2325 gr.	250 gr.	218 gr.
Oktober 1944	2225 gr.	250 gr.	218 gr.
März 1945	1778 gr.	222 gr.	109 gr.

Die Tabelle zeigt den angesprochenen Anstieg der Brot- und Fettrationen zwischen April 1942 und Juni 1943. Das Absinken der Fleischrationen auf 250 g pro Woche wird von anderen Autoren allerdings nicht bestätigt. Gernot Wiese gibt an, dass 1943 die Zuteilungsmenge *noch bei durchschnittlich 1,5 kg lag*⁶⁴⁶. Auch Hans-Dieter Arntz sagt in seiner Arbeit, dass in der 46. Zuteilungsperiode vom 8. Februar bis 3. März 1943 jede Person 1,5 kg Fleisch bekam⁶⁴⁷. Dies würde einer Wochenration von fast 400 g entsprechen. Arntz probierte aus, mit seiner Familie eine Woche lang von der Kriegsration dieser Zuteilungsperiode zu leben.

Für diese 46. Zuteilungsperiode wurden an der Heimatfront folgende Lebensmittel pro Kopf des durchschnittlichen Verbrauchers zugeteilt: 9,7 kg Brot, 1,5 kg Fleisch, 250 g Ersatzkaffee, 154 g Fisch, 2,8 Eier, 15,8 kg Kartoffeln, 700 g Marmelade, 900 g Zucker, 250 g Käse und Quark, 7,5 l entrahmte Frischmilch, 158 g kondensierte Milch, 925 g Handelsfette, 600 g Nahrungsmittel, 85 g Schokolade.

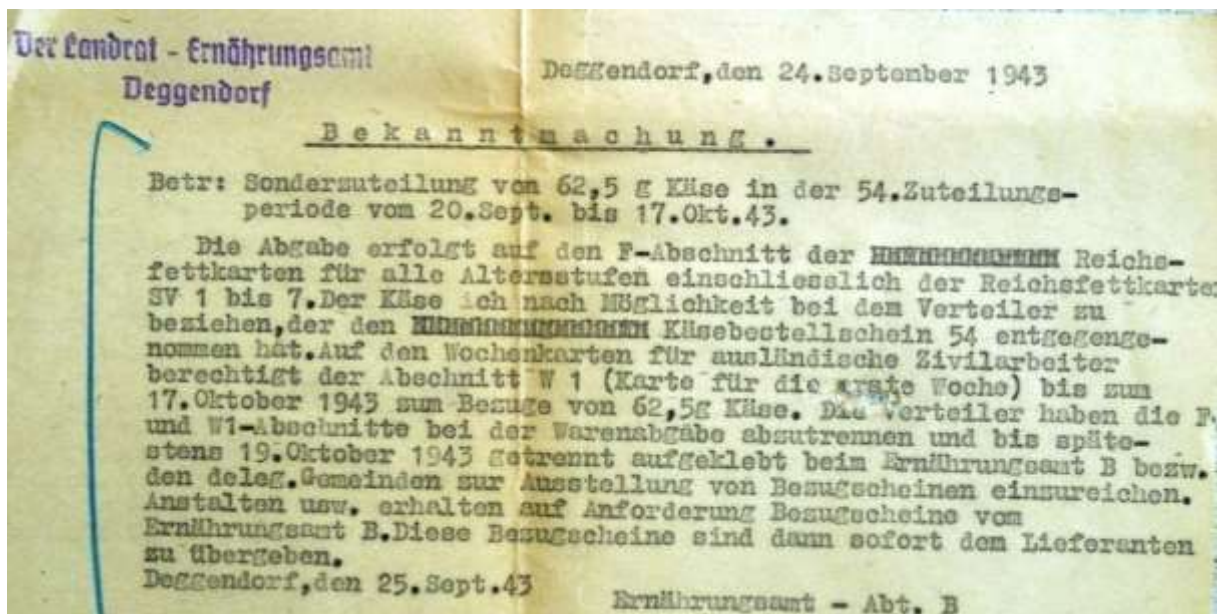
Sein Fazit war: *zu viele Kartoffel, zu wenig Brotaufstrich und 1786 Kalorien für 2,52 Mark pro Kopf und Tag.*

Diese Nahrungsmittel konnte man aber nicht jederzeit im Geschäft kaufen. Sie mussten meist

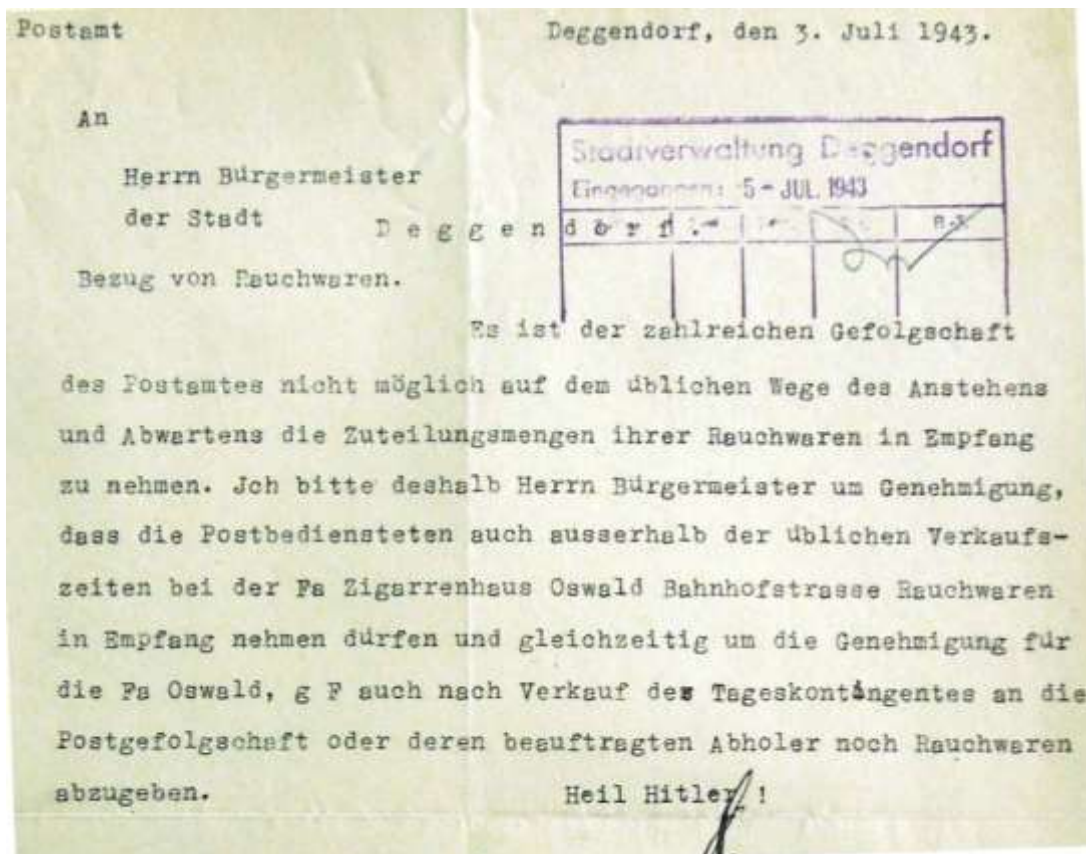
vorbestellt werden und wurden dann zu bestimmten Tagen und Uhrzeiten zugeteilt. Die Zeitung informiert die Verbraucher, dass bestimmte Lebensmittel verfügbar sind und in den entsprechenden Geschäften gekauft werden können. Hier einige Beispiele⁶⁴⁸. Im DWK vom 12. August 1943 befindet sich diese Ankündigung: **Es gibt jetzt zwei Eier.** In einer amtlichen Bekanntmachung veröffentlicht der Landrat die Verteilung von zwei Eiern für jeden Versorgungsberechtigten. Eine Bekanntmachung zum Fleischverkauf steht in der BO vom 13. Januar 1942:



Die Bekanntmachung des Ernährungsamtes gibt einen Einblick in den bürokratischen Aufwand bei der Lebensmittelverteilung:



Die Käufer müssen für den Bezug der Sonderzuteilung zuerst bei ihrem Verteiler einen Bestellschein abgeben, damit dieser die entsprechenden Mengen anfordern kann. Das Abholen der Ware war dann oft mit langem Anstehen verbunden. Deshalb wendet sich 1943 wohl der Leiter des Postamtes an den Bürgermeister mit der Bitte, für die Postbediensteten bei der Verteilung der Rauchwaren eine Ausnahme zu machen⁶⁴⁹.



Ob der Bürgermeister dieser Bitte nachkam, ist nicht bekannt aber sehr unwahrscheinlich. Manchmal gab es auch Ärger über wirkliche oder vermeintliche Ungleichbehandlung bei der Ausgabe der Waren. Die streitbare Malersgattin, Frau Böck, beschwerte sich 1942 heftig bei der Stadt, dass der für die Fleischbank zuständige Stadtangestellte, Bachmeier, der Frau Apotheker Sell außerhalb der Zuteilungszeit 7 1/2 Pfund Fleisch verkaufte. Als sie dann *höflichst* um 1 Pfund Fleisch bat, lehnte dieser *grob* ab und riet ihr, sich am nächsten Morgen zur Verkaufszeit anzustellen⁶⁵⁰. Frau Böck fügte dann noch hinzu, dass der Bachmeier schon öfters manche Frauen beim Verkauf bevorzugt habe. Oberinspektor Weber wies daraufhin Bachmeier zurecht, dass er bei der Abgabe von Fleisch alle gleich zu behandeln habe⁶⁵¹.

Die Probleme mit der Obst- und Gemüseversorgung

Eigentlich hätte es damit in Deggendorf keine Probleme geben dürfen, denn im Ortsteil Schaching gab es damals *kaum ein Haus, in dem sich nicht eine Gärtnerei* befand. Schaching wurde die *Gärtnervorstadt* genannt⁶⁵².



Dies waren jedoch meist Kleingärtnereien. Im Einwohnerbuch von 1938 sind in Deggendorf nur fünf Gartenbaubetriebe aufgeführt. In dem Zeitungsartikel heißt es auch, dass einige Gärtnereien schon Teile ihrer Grundstücke verkauft hätten und dass die Villen immer mehr in Schaching eindringen. Die Schachinger Gärtner trafen sich 1940 zu einer Versammlung im Gasthaus Schrötter⁶⁵³. In

Anwesenheit von Ortsbauernführer Mutz stellte man fest, dass wegen der Preisstoppverordnung Preiserhöhungen nicht in Frage kämen. Dies könne gerade im Winter zu Problemen führen. Durch Produktionssteigerung im Rahmen der Erzeugungsschlacht könne man aber eine *angemessene wirtschaftliche Besserstellung* erreichen. So wurden auch die Schachinger Gärtner in die Propagandakampagne der Erzeugungsschlacht eingebunden⁶⁵⁴.

Gemüsebau in der Erzeugungsschlacht

Versammlung der Erwerbs-Gartenbauer Deggendorf

Bei der obigen Versammlung der Gartenbauer betonte man die Wichtigkeit des Gemüseanbaus für die Ernährung des Volkes. Deshalb sollten sich im Krieg Blumen- und Zierpflanzenbetriebe auf Gemüseanbau umstellen. Die Gärtnereien sollten die *Frühgemüse und Feingemüse*, die Feldgemüsebauer die Massengemüse wie Kohl *in der notwendigen Menge* liefern⁶⁵⁵. Sogar die Wehrmachtssoldaten am Standort machten bei dieser Erzeugungsschlacht mit und bauten Gemüse selbst an⁶⁵⁶. Doch alle diese Maßnahmen hatten nicht den gewünschten Erfolg. 1942 befasst sich der Stadtrat zweimal mit der schlechten Gemüseversorgung in Deggendorf. Die Versorgung mit Zitrusfrüchten aber auch mit Gemüse und Obst *lässt sehr zu wünschen übrig*⁶⁵⁷.

4. Beratung
mit den R a t s h e r r e n am 21. Mai 1942.
Nr. 6.5/

Gegenstand: Gemüseversorgung der Stadt Deggendorf.
Berichterstatter: Bürgermeister-Stellvertr. V e i ß .

a) Vortrag des Berichterstatters: Die Versorgung der Stadt Deggendorf mit Orangen, Zitronen und in den Herbst- und Wintermonaten mit Gemüse und Obst lässt sehr zu wünschen übrig. Die Stadt Deggendorf mit über 12000 Einwohnern hat mehrere kriegswichtige Betriebe, die eine Belegschaft von 730 Mann aufweisen, dazu kommen noch 160 Mann von der Bauarbeiterschaft, sodass der Mangel an Obst, Südfrüchten und in den Herbst- und Wintermonaten an Gemüse sich sehr empfindlich bemerkbar macht. Schriftliche Vorstellungen haben bisher wenig genützt. Die Stadt muss alles unternehmen, dass die Versorgung der Einwohnerschaft mit Obst, Südfrüchten und Gemüse eine bessere wird. Es ergeht die Anregung, dass der Bürgermeister gelegentlich seiner Anwesenheit in München bei der zuständigen Stelle persönlich vorspricht und darauf hinwirkt, dass die Versorgung der Stadt in den mehrerwähnten Lebensmitteln eine bessere wird.

Der Bürgermeister hatte aber keinen Erfolg in München. Dies zeigt sich in der Beratung vom 16. Juni⁶⁵⁸:

Die Vorsprache beim Gartenbauwirtschaftsverband München war ohne Erfolg. Es wurde ein ablehnender Bescheid erteilt. Die Stadt Deggendorf muss 28% Industriebevölkerung nachweisen, was unter keinen Umständen möglich ist; auch sonst wurde dem Berichterstatter bedeutet, dass in Deggendorf auch heute noch gut zu leben sei. Einwendungen, dass dies vielleicht 1940 oder 1941 gewesen sei, liess man nicht gelten.

Überraschend ist, dass Weiß die Behauptung, *dass in Deggendorf auch heute noch gut zu leben sei*, in Frage stellt. Die Benachteiligung Deggendorfs im Vergleich zu benachbarten Orten greift wenig später der Kartoffelhändler Ludwig Stangl in einem anderen Zusammenhang auf. Er gibt bei der Schutzpolizei zu Protokoll: *Lebhafte Kritik kann man auch darüber hören, dass Deggendorf schon seit längerer Zeit mit Südfrüchten wie Orangen, Citronen u. dgl. nicht mehr versorgt wird, während man in den umliegenden Städten hören kann, dass dort die gleichen Waren manchmal in großen Mengen zu haben sind*⁶⁵⁹. Ein weiterer Hinweis darauf, wie schlecht es um die Gemüseversorgung in Deggendorf stand, ist die anscheinend notwendig gewordene Verteilung von Gemüsekonserven im Winter 1942⁶⁶⁰.

Bekanntmachung

Betreff: Gemüsekonserven

Vom 19. 1. - 14. 2. 1942 kommen an alle Versorgungsberechtigten der Stadt Deggendorf, die nicht einen Selbstversorgerhaushalt mit Brotgetreide angehören, Gemüsekonserven zur Verteilung. Da die Bezugskarte für Gemüsekonserven noch nicht verteilt werden kann, kommen bei der Lebensmittelmarkenverteilung die Bestellscheine hierfür mit zur Verteilung. Wer von der Bezugsmöglichkeit für Gemüsekonserven Gebrauch machen will, muß den Bestellschein in der Zeit vom 6. - 8. 11. 1941 bei dem Verteiler, bei dem er die Konserven zu beziehen wünscht, abgeben. Die Kleinverteiler haben über die bei ihnen eingehenden Bestellscheine zur Kontrolle über die spätere Abgabe der Konserven ein Verzeichnis zu führen. Die Kleinverteiler reichen die Bestellscheine, aufgeklebt auf Bogen, bis spätestens 10. 11. 1941 bei der Kartenausgabestelle zum Umtausch in einen Bezugsschein ein.

Die Termine sind genau einzuhalten. Spätere Eingänge können wegen der vom Landesernährungsamt gesetzten Fristen unter keinen Umständen berücksichtigt werden.

Deggendorf, den 31. Oktober 1941

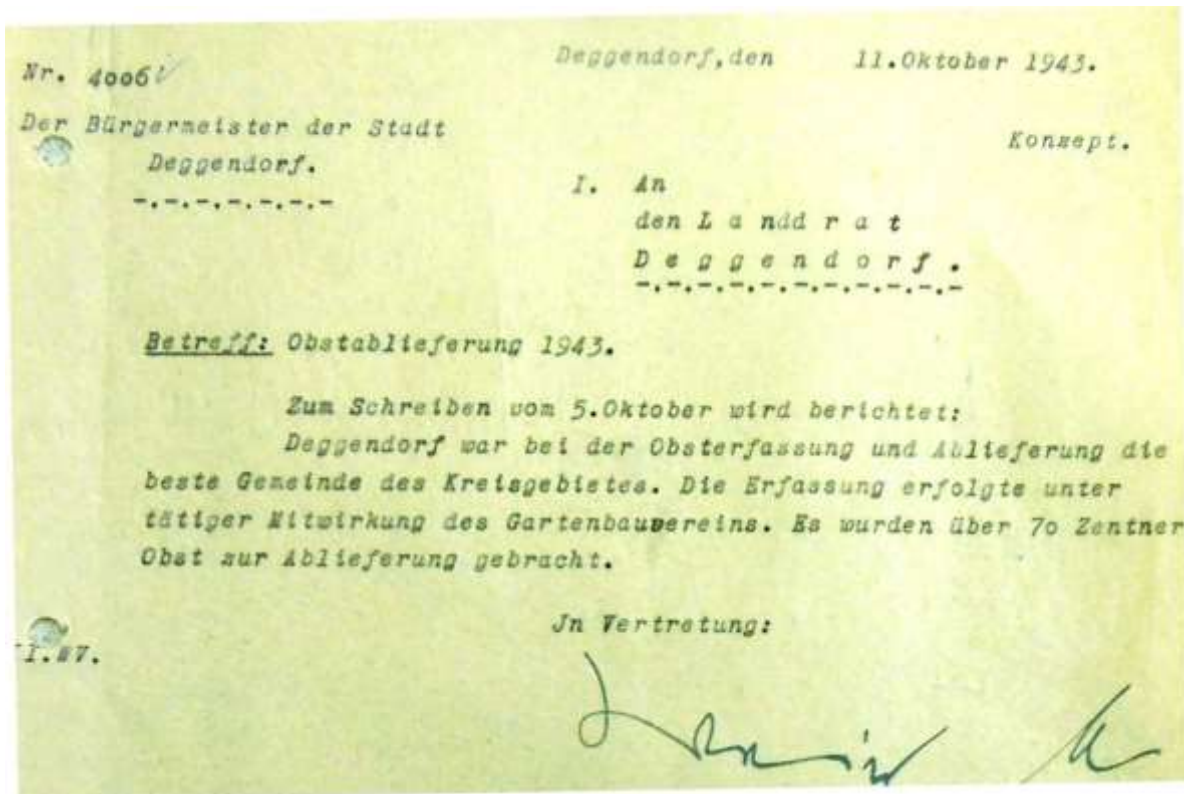
Der Bürgermeister der Stadt Deggendorf
J. B. Weiß

Die Probleme der Gemüseversorgung im Jahr 1944 zeigt eine Amtliche Bekanntmachung vom April⁶⁶¹. Dort heißt es: *Zur Behebung der Schwierigkeiten mit der Gemüseversorgung erhält jeder Versorgungsberechtigte in der 61. bis 63. Zuteilungsperiode etwa 750 g Reis*. Ausgeschlossen von dieser Zuteilung sind Häftlinge und Kriegsgefangene, die nicht *im gewerblichen Einsatz stehen*. Statt Gemüse gibt es also Reis, der gerade zur Verfügung steht. Durch den oben schon behandelten Zustrom von Flüchtlingen und Umquartierten verschärfen sich natürlich die Probleme noch. Damit befasst sich im Oktober der Hauptartikel des Lokalteils mit dieser Überschrift ⁶⁶²:

Versorgung der Umquartierten mit Gemüse und Obst Besondere Rücksicht auf die Kinder / Einkauf in der Nachbarstadt

Für die Lösung dieses Versorgungsproblems werden mehrere Vorschläge gemacht. Die bei Selbstversorgern Untergebrachten sollen sich durch Mitarbeit ihre Rationen verdienen. Im äußersten Notfall müsse Obst und Gemüse von einer anderen Stadt besorgt werden. Wenn sich aber die Umquartierten durch Mithilfe in die Gemeinschaft einfügen, *werden die Bauern und Landwirte eher bereit sein, ihnen hinsichtlich der Obst- und Gemüseversorgung zu helfen, als wenn die Umquartierten keinerlei Hilfe leisten.*

Einer der Gründe, dass eine Stadt mit so vielen Gärtnereien Probleme mit Gemüseversorgung hatte, lag darin, dass die Gärtner ihre Produkte nicht frei verkaufen konnten, sondern abliefern mussten, wie das auch beim Obst der Fall war. Im Mai 1942 wurde der Direktverkauf von Obst und Gemüse an den Verbraucher eingeschränkt. Direkt dürfen von Großzeugern nur noch Wochenmärkte und benachbarte Läden beliefert werden. Klein- und Hausgärtner sind von der Regelung ausgenommen⁶⁶³. Äpfel unterliegen in den Hauptanbaugebieten der Mindestablieferungspflicht für einen Teil der Ernte. Ab 1943 wurde auch in Deggendorf in den Gärten das Obst durch die vom Ortsbauernführer eingesetzten Mitglieder des Erfassungsausschusses registriert. Es soll etwa der dritte Teil des Obstanfalls *zur Ablieferung herangezogen werden*⁶⁶⁴. Damit wollte man den *Schwarzhändlern und Hamsterern* das Handwerk legen. Das Obst werde dringend benötigt, *um Lazarette, Krankenhäuser, Kinder und Mütter mit den wichtigen Obstnährstoffen zu versorgen*. Aus den Ablieferungsbescheiden geht hervor, dass sich in Deggendorf die Lieferanten hauptsächlich in den ländlich geprägten Ortsteilen wie Kandlbach oder Thannberg befanden⁶⁶⁵. Allerdings brachte die Ablieferung zumindest 1943 nicht den gewünschten Erfolg. In einem Schreiben vom Oktober 1943 an *die Herren Bürgermeister* nennt der Landrat das Ergebnis der *Obstablieferung...von wenigen Ausnahmen abgesehen mehr als kläglich*⁶⁶⁶. Dagegen betont Bürgermeister Weiß, dass Deggendorf mit über 70 Zentnern abgelieferten Obst die beste Gemeinde gewesen sei⁶⁶⁷.



Auch 1944 verkündet der Bürgermeister stolz, dass *trotz der ungünstigen Ertragsverhältnisse dieses Sommers* in der Stadt wieder das Vorjahresergebnis erreicht wurde⁶⁶⁸.

Als eines der ganz wenigen Lebensmittel konnte man Kartoffeln längere Zeit ohne Lebensmittelmarken bekommen. Doch auch die Kartoffelversorgung klappte während des Krieges nicht immer. Im Januar 1942 bringt die *BO* einen Artikel mit dieser Überschrift⁶⁶⁹:

Warum so wenig Kartoffeln?

Schwieriges Versorgungsproblem / Eine Million Güterzüge für Transport

Im Krisenwinter 1942 kam es zu ernstlichen Engpässen, da die Güterwägen der Reichsbahn von der Wehrmacht benötigt wurden. Für die Kartoffeltransporte wären aber 1 Million Güterwägen notwendig gewesen, und die hatte man nicht. Außerdem mussten wegen des starken Frostes die Kartoffeltransporte zum Teil eingestellt werden, um Schäden bei den Kartoffeln zu vermeiden. Der Zeitungsartikel endet wieder mit der Empfehlung, Pellkartoffel zu essen. Dadurch könnten pro Tag 250.000 Zentner Kartoffel eingespart werden. Im Sommer 1942 gab es auch mit den Frühkartoffeln Probleme. Der Deggendorfer Kartoffelhändler Ludwig Stangl teilt der Schutzpolizei mit, dass Deggendorf in diesem Jahr keine Lieferung von Frühkartoffeln erhalten werde. Laut Kreisfachschaftsleiter Zitzelsberger seien diese den Großstädten vorbehalten. Zitzelsberger kündigte jedoch Schritte gegen diese Benachteiligung Deggendorfs an, da *die Kartoffelversorgung augenblicklich auch in Deggendorf nicht besser ist, wie in den Großstädten*⁶⁷⁰. In den späteren Kriegsjahren gibt es in den Amtlichen Bekanntmachungen immer wieder Hinweise auf Engpässe bei der Speisekartoffelversorgung. So wird im April 1944 angekündigt, dass anstatt *fehlender Kartoffeln* vom 1. Mai bis 25. Juni andere Rohstofferzeugnisse bezogen werden können. Dies gelte jedoch nur für Verbraucher, die weniger als 150 kg Kartoffeln eingelagert haben⁶⁷¹. Ein halbes Jahr später wird

angeordnet, dass unter Berücksichtigung der derzeitigen Kartoffelversorgungslage mit sofortiger Wirkung nur noch höchstens 100 kg eingelagert werden dürfen⁶⁷².

Die Energieversorgung

Kohle war für die Eisen- und Stahlerzeugung sowie für die Benzinherstellung von größter Wichtigkeit. So sieht die NS-Propaganda die Kohle als den *Schlüssel zum Sieg* an. Wenn jeder Haushalt nur eine Schaufel Kohle weniger verbrauchen würde, ergäbe das eine Einsparung von 2,5 Millionen Tonnen. So viel Kohle sei notwendig *um 20 Schlachtschiffe oder 28.000 schwere Panzer oder 22.000 Bomber herzustellen*⁶⁷³. Da damals die meisten Haushalte mit Kohle heizten, verwundert es nicht, dass schon zwei Tage vor Kriegsausbruch der Kohlebezug rationiert wurde⁶⁷⁴.

Kohlenbezug.

Auf die Kohlenmarken Nr. 1 und 2 werden je 1 Ztr. Kohlen, gleich welcher Art in den Kohlenhandlungen abgegeben.

Kohlenscheine Nr. 3 und 4 dürfen von den Kohlenhandlungen noch nicht eingelöst werden.

Es wird erneut darauf hingewiesen, daß die Lebensmittelausweis Karte **für 4 Wochen gilt** u. daß es sinnlos ist, sämtliche Lebensmittel gleich für 4 Wochen im voraus einzukaufen.

Die Haushaltungen werden dringend gebeten ihre Bezugsscheine nicht für länger als eine Woche zu verausgaben und sie auf die 4 Wochen zu verteilen, weil dies im Interesse nicht nur der Kaufleute sondern auch derjenigen Volksgenossen gelegen ist, die nicht das Geld haben, sich gleich für 4 Wochen einzudecken. Niemand läuft Gefahr seine Bezugsscheine nicht voll gedeckt zu bekommen.

Deggendorf, den 30. August 1939.

Der Bürgermeister der Stadt Deggendorf:
In Vertretung: **Weiß.**

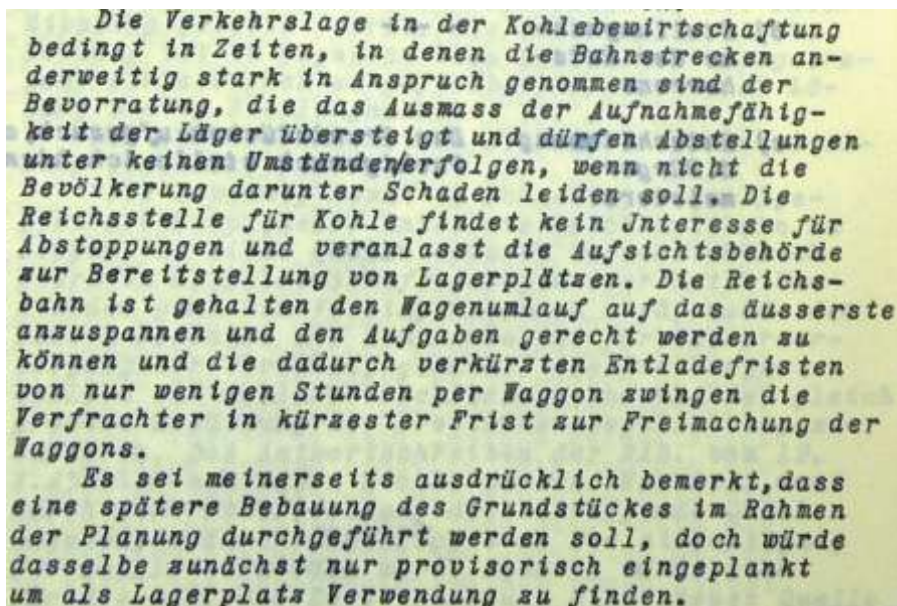
Man kann also jetzt nicht mehr als zwei Zentner Kohlen kaufen. Weitere Kohlenscheine dürfen erst zu einem späteren, noch nicht genannten, Zeitpunkt eingelöst werden. Dabei gab es in Deggendorf laut Einwohnermeldebuch von 1938 9 Brennstoffhändler⁶⁷⁵:

Brennstoffe

Nichinger Josef, Unt. Stadtplatz 131
Gerstner & Simperl, Pferdemarkt 357
Hedtscher Berthold, Ufer 396 ½
Hinkofer Michael, Stadt-Platz 298
Kohlenhof Deggendorf, E. Krapoth, Bahnhofstr. 37 ½
Leiß Fritz, Westl. Graben 446 ½
Neumaier Matthias, Westl. Graben 226
Schmidt Katharina, Hengersberger Str. 400
Stern Anna, Nördl. Graben 270

Manche dieser Händler, wie Leiss oder Gerstner, betrieben das Kohlegeschäft allerdings nur nebenbei. Leiss war Fuhrunternehmer, Gerstner war Bauunternehmer. Ob während des Krieges alle Kohlehändler ihr Geschäft weiterführen konnten, erscheint allerdings fraglich.

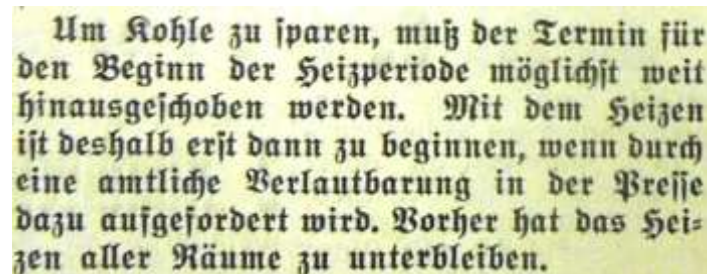
Die Kohleförderung konnte bis in das Jahr 1944 hinein *auf hohem Niveau* gehalten werden⁶⁷⁶. Dies gelang trotz der Bombenangriffe auf die Kohlegruben durch rücksichtslosen Einsatz von Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen. Die Arbeitszeit in den Gruben betrug 12 Stunden am Tag. Dazu kamen noch fast regelmäßig Sonntagsschichten. Dennoch aber wurde die Kohleknappheit immer offensichtlicher. Die Reichsbahn konnte einfach nicht genügend Güterwagons für den Transport der Kohle von den Halden zu den Händlern bereitstellen. Diesen Engpass benutzt wohl der Kohlehändler Leiss als Vorwand für seinen Antrag an den Stadtrat, ihm eine kleine, nicht genutzte Fläche an der Festwiese zu verkaufen. Er bräuchte diese an sein Grundstück angrenzende Fläche zur Lagerung von Brennmaterialien. Dabei argumentiert er mit dem angespannten Wagonumlauf der Reichsbahn⁶⁷⁷.



Die Verkehrslage in der Kohlbewirtschaftung bedingt in Zeiten, in denen die Bahnstrecken anderweitig stark in Anspruch genommen sind der Bevorratung, die das Ausmass der Aufnahmefähigkeit der Lager übersteigt und dürfen Abstellungen unter keinen Umständen erfolgen, wenn nicht die Bevölkerung darunter Schaden leiden soll. Die Reichsstelle für Kohle findet kein Interesse für Abstopnungen und veranlasst die Aufsichtsbehörde zur Bereitstellung von Lagerplätzen. Die Reichsbahn ist gehalten den Wagonumlauf auf das äusserste anzuspannen und den Aufgaben gerecht werden zu können und die dadurch verkürzten Entladezeiten von nur wenigen Stunden per Waggon zwingen die Verfrachter in kürzester Frist zur Freimachung der Waggon.

Es sei meinerseits ausdrücklich bemerkt, dass eine spätere Bebauung des Grundstückes im Rahmen der Planung durchgeführt werden soll, doch würde dasselbe zunächst nur provisorisch eingeplant um als Lagerplatz Verwendung zu finden.

Der Bürgermeister lehnt aber dieses Kaufgesuch ab. Neben der Rationierung der Kohlezuteilung versucht man mit allen Mitteln, die Menschen zum sparsamen Umgang mit Brennstoffen zu bewegen. So kommt im September 1942 die Mahnung⁶⁷⁸: *Spart Kohlen! Nicht zu früh heizen.*



Um Kohle zu sparen, muß der Termin für den Beginn der Heizperiode möglichst weit hinausgeschoben werden. Mit dem Heizen ist deshalb erst dann zu beginnen, wenn durch eine amtliche Verlautbarung in der Presse dazu aufgefordert wird. Vorher hat das Heizen aller Räume zu unterbleiben.

Erst im *DB* vom 15. Oktober wird dann die Erlaubnis zum Starten der Heizung gegeben.

Am 9. Februar 1943 ergeht ein weiterer Aufruf, angesichts der milden Witterung *größte Sparsamkeit im Kohleverbrauch* walten zu lassen. Zugleich kündigt die Zeitung für den nächsten Winter eine *weitere Einschränkung der Hausbrandmengen an, um den gesteigerten Kohlebedarf der*

*Rüstungswirtschaft sicherzustellen*⁶⁷⁹. Zum sparsamen Umgang mit Kohle will man auch motivieren, indem man zum Beispiel die Wichtigkeit der Kohle zur Herstellung von alltäglichen Gebrauchsdingen aufzeigt. So brauche man zur Herstellung von *10 Stück Ziegel 2,5 kg Kohle* und von *10 Liter Bier 1,8 kg Kohle*⁶⁸⁰. Mit der Serie *Kohlenklau* versucht man auf mehr oder weniger humorvolle Weise die Frühheizer und Energieverschwender als Kriegsverbrecher anzuprangern⁶⁸¹.



Wer ist
KOHLLENKLAU?

Ein Bösewicht, vor dem wir uns sehr hüten müssen, weil er uns und unsere Kriegswirtschaft gefährdet.

Was tut Kohlenklau?

Es zieht kalt ins warme Zimmer. Im leeren Zimmer brennt Licht. Das Radio spielt ohne Zuhörer. Der falsch geheizte Ofen wärmt schlecht... Überall, wo wertvolle Kohle, Strom und Gas vergeudet werden, hat Kohlenklau seine Hand im Spiel.

Er nützt unsere kleinste Gedankenlosigkeit und Nachlässigkeit für sein kriegsverbrecherisches Treiben aus. Es ist toll, wie raffiniert er uns überall reinlegen will.

Wie machst du ihn unschädlich?

Kohlenklau ist beobachtet worden, man kennt seine Tricks! In der nächsten Zeit wirst du hier lesen, wie und wo du ihn fassen kannst. Du und ich und wir alle tun uns jetzt zusammen, und es wäre doch gelacht, wenn wir den Burschen nicht aufs Kreuz legen.

Die Jagd auf Kohlenklau geht los!

Ein weiterer Versuch, die Menschen durch Merksätze zum Sparen zu bringen, stammt vom April 1943⁶⁸²: *Mit Heizen macht jetzt schnellsten Schluß, weil Kohle übrig bleiben muß!*

Auf den Kohlekarten selbst befinden sich ebenfalls Appelle zum sparsamen Umgang mit Kohle. Das ist auch bei der recht spärlich erscheinenden Zuweisung von 30 Zentner Koks an die Turnhalle für ein ganzes Jahr nötig, und es besteht auch kein Anspruch auf Zusatzkohle⁶⁸³.

Der Landrat
Wirtschaftsamt Deggendorf

Kohlenkarte 1943/44

(1. 4. 43 — 31. 3. 44)

Fritz Leiss
Abt. Kohlen
Deggendorf

N^o 81

für Trenkhalle - Inkleidersheim Deggendorf 543 7/2

Zn.-n. Vorname Wohnort Straße

Genehmigte Richtmenge 1 Zentner = 50 kg					Zusatz wegen besonderer Umstände				
Steinkohlen	Anthrazit	Koks	Br.Briketts	Braunkohle	Steinkohlen	Anthrazit	Koks	Br.Briketts	Braunkohle
/	/	30	/	/					

Auf Zusatzkohle, sowie Art und Sorte besteht kein Anspruch.

Denke an den Winter, heize sparsam!

P.Z. _____

Diese Karte ist dem Kohlenhändler binnen 3 Tagen nach Empfang zwecks Anmeldung der eingetragenen Brennstoffmengen vorzulegen. Der Händler hat die Karte abzustempeln. Bestellung hat grundsätzlich beim vierjährigen Händler zu erfolgen. Die Karte ist nicht übertragbar. Sie ist sicher aufzubewahren, da bei Verlust Ersatz nicht nachgeholt wird. Jede Änderung der Eintragungen des Wirtschaftsamtes ist verboten und wird bestraft. Zeitpunkt der Umlauf der Beförderung wird vom zuständigen Wirtschaftsamt in der Tagespresse jeweils bekannt gegeben.


 5. Mai 1943
 Datum

Laut der *Bekanntmachung über die Hausbrandverordnung 1942/43* sollen die Bewohner nur einen Raum beheizen. In Wohnhäusern mit zentralen Warmwasserversorgungsanlagen ist der Betrieb dieser auf *2 aufeinanderfolgende Tage je Woche zu beschränken*.

Der Kauf von Kohle wird zu einem richtig bürokratischen Vorgang. Die auf der Karte eingetragene Menge muss man erst beim Kohlenhändler bestellen. Man kann diesen Händler selbst nicht aussuchen, da die Meldung bei dem Händler des Vorjahres zu erfolgen hat. Dass der Einkauf auch von einer beschränkten Kohlenmenge für die Menschen eine finanzielle Belastung war, zeigt die Tatsache, dass der Bürgermeister 1942 den Arbeitern der Stadt zur *Eindeckung mit Kohlen für den nächsten Winter* eine Bevorschussung von 30 bis 50 RM zusagt⁶⁸⁴.

Die Kohleversorgung hatte schon in den ersten Kriegsjahren nicht immer geklappt. So hatte die Oberschule für Knaben zum ersten Mal 1940 Kohleferien. Wegen des kalten Winters *wurden am 2. Februar 1940 die gesamten Heizvorräte der Schule beschlagnahmt und die Schüler vom 3. Februar bis zum 5. März 1940 in die sogenannten "Kohleferien" geschickt*⁶⁸⁵. Bei der Schlussfeier in diesem Jahr wurden auch die Kohleferien neben den anderen Störungen des Unterrichtsbetriebs, bedingt durch den Krieg, erwähnt: *Neuerdings unterbrochen die Kälteferien den Unterricht*⁶⁸⁶. Im Winter 1942/43 wurden die Weihnachtsferien verlängert. Da die Regelung der Ferien in der Winterzeit *von der Versorgung der Schulen mit Heizstoff* abhängig sei, dauerten sie vom 14. Dezember bis zum 11. Januar. Durch diese Regelung seien aber damit *jegliche Kohleferien abgegolten. Weitere Unterrichtsausfälle durch Kohleferien dürfen unter keinen Umständen entstehen*⁶⁸⁷. Im Winter 1943/44 verschlechterte sich die Brennstoffversorgung dramatisch. In manchen Städten hatte die Kohleversorgung für Wochen ausgesetzt, und wenn die Händler Kohle hatten, mussten die Kunden diese selbst nach Hause transportieren. In der *Bekanntmachung zur Hausbrandversorgung* waren die Kunden in Deggendorf schon 1942 aufgefordert worden, ihre Kohlen bei den Händlern selbst abzuholen⁶⁸⁸: *Mit Rücksicht auf den Mangel an Arbeitskräften, Fahrzeugen und Treibstoffen sollen die Verbraucher kleinere Mengen bei den Händlern selbst abholen. Die Händler sind berechtigt, Selbstabholer bevorzugt zu befriedigen*. In Regensburg wurde laut Helmut Halter 1944 die Kohlenzustellung an die Haushalte eingestellt⁶⁸⁹. Er rechnet nach, dass die Kunden rund zehnmal mit dem Handkarren fahren mussten, um die Jahreszuweisung von 30 Zentner Kohlen nach Hause zu schaffen.

In unserem Raum bietet sich als Alternative zur Kohle natürlich das Heizen mit Brennholz an. Aber die Beschaffung von Brennholz war ebenfalls mit Schwierigkeiten verbunden. Brennholz war zwar genügend vorhanden, doch die Kommunen hätten es selbst abholen müssen. Dies bereitete große Schwierigkeiten, wie der Auszug aus dem Beratungsprotokoll vom 4. November 1942 Nr. 9 zu diesem Punkt zeigt:

Am 2. November lfd. Js. wurde nun in den Schwarzacher Waldungen das Holz insgesamt 313 Ster zu einem Preis von 2199,30 RM übernommen. Die Abfuhr des Holzes ist mit grossen Schwierigkeiten verbunden, die nicht nur in der ungünstigen Lage des Holzes, weite Entfernung (35 bis 40 km), sondern auch in Mangel an Arbeitskräften, Beschaffung des Triebstoffes usw. liegen. Die an 2 Tagen eingesetzten Gefangenen (Russen) haben sich nicht als brauchbar erwiesen; auf eine Vorstellung beim Forstamt wird nun das Aussetzen des Brennholzes durch Forstarbeiter erfolgen.

Sowohl Treibstoff- wie auch Arbeitskräftemangel machten die Holzarbeiten, welche die Stadt zu organisieren hatte, schwierig. Dass sich die russischen Gefangenen nicht *als brauchbar* erwiesen hatten, mag wohl an deren schlechten physischen Zustand wegen schlechter Ernährung und Behandlung gelegen haben.

So wurde auch das Brennholz knapp. Hier zwei Tauschgesuche Brennholz betreffend aus dem Anzeigenteil vom gleichen Tag⁶⁹⁰.

Brennholz
gegen Futterstroh zu vertauschen
Niederalters 11

Brennholz
geg. Stanzung Gr. 42/44 u. einen
Fuchspelz zu vertauschen.
Näh Deggendorfer Donaubote

Wie knapp Brennholz war, zeigt die Tatsache, dass die Stadt Deggendorf im Sommer 1944 an die Bürger kein Holz mehr abgeben konnte⁶⁹¹.

Deggendorf. — Holzabgabe. Die Holzabgabe an die Bewohnerschaft der Stadt Deggendorf verzögert sich verschiedener, unvorhergesehener Umstände halber. Der Zeitpunkt der Holzabgabe wird seinerzeit bekanntgegeben. Anfragen usw. sind nutzlos und wollen vermieden werden. — Deggendorf, den 27. Juli 1944.
Der Bürgermeister der Stadt Deggendorf: I. V. Weiß.

Da die Forstämter jetzt in erster Linie *Nutz- und Generatorholz für die kriegsentscheidende Industrie* schlagen, müsste die Stadt wieder selbst Arbeitskräfte und Gerät zum Holzfällen stellen: *Wer Brennholz im Wald unmittelbar kaufen will, muss sich dieses selbst aufarbeiten und eine zusätzliche Arbeit im Wald leisten*⁶⁹². Die Stadt hatte zwar vom Forstamt eine Zuweisung von Brennholz im Schwarzacher und Ödwieser Forst bekommen. Doch da Ende 1944 die Bereitstellung geeigneter Arbeitskräfte und auch die *Beschaffung der notwendigen Geräte* schwierig ist, sind die Ratsherren ziemlich ratlos, und der Bürgermeister will nach *Eingang von Vorschlägen* das Thema nochmals aufgreifen. Doch dazu sollte es nicht mehr kommen, und so müssen die Menschen in Deggendorf in

diesem Winter frieren. Unter der Überschrift *Gaststätten helfen gegen Winterkälte* werden die Wirte aufgefordert, *die frierenden Menschen wieder "aufzutauen"* mit warmen Getränken und einem warmen Raum⁶⁹³. Für die Schüler in Deggendorf war ein kleines Trostpflaster, dass im Winter 1944/45 wegen Kohlemangels der Unterricht zum größten Teil ausfiel.

Schon am 9. Dezember 1944 kündigte die Zeitung an, dass die Weihnachtsferien vier Wochen, vom 11. Dezember bis zum 9. Januar, dauern werden⁶⁹⁴. Am 11. Januar verfügt der Bürgermeister zwar, dass sich die Schüler am 12. Januar in ihren Schulen einzufinden haben⁶⁹⁵.



In den ungeheizten Räumen und vielleicht auch wegen Mangels an Lehrern wurde jedoch kein regulärer Unterricht durchgeführt, sondern es wurden lediglich Hausaufgaben gestellt. Schon am nächsten Tag wird unter der Überschrift *Kriegseinsatz der Hitler-Jugend während der Kohlenferien* angekündigt, dass die *Volks- Haupt- und Mittelschulen bis auf weiteres Kohlenferien* haben. Vom Bannführer der HJ sei deshalb angeordnet worden, dass *alle Schüler vom 12. Lebensjahr ab im Monat Januar für die Dauer von mindestens einer Woche Kriegseinsatz zu leisten haben*⁶⁹⁶. Dieser *Kriegseinsatz* scheint sich hauptsächlich auf das Mitmachen bei der Volksopfersammlung beschränkt zu haben. Andere Aktivitäten werden nicht konkret genannt. So fand im ganzen Januar kein geregelter Unterricht statt. Die Hilfsschule rief ihre Schüler lediglich an zwei Tagen zum Stundenappell zusammen⁶⁹⁷.



Auch die Knabenschule veranstaltete Schulappelle abwechselnd für Knaben und Mädchen⁶⁹⁸.

Schulappelle. Die Schüler und Schülerinnen der Knabenschule in Deggendorf versammeln sich ab Mittwoch, 24. Januar, ab 9 Uhr vormittags in ihren Klassen zu den Schulappellen (warme Winterkleidung). Verteilung: Mittwoch: Knaben, Donnerstag: Mädchen, Freitag: Knaben; Samstag: Mädchen um

Es ist nicht ganz klar, ob diese Appelle überhaupt im Gebäude der Knabenschule stattfanden. In der Chronik der Mädchenschule heißt es, dass am 25. Januar in Gaststätten unterrichtet wurde, *da das Knabenschulhaus von Flüchtlingen belegt wurde*⁶⁹⁹. Der Unterrichtsbeginn an der Oberschule für Mädchen war für den 8. Februar geplant. Da auch Räume des Elisabethenheims jetzt für Lazarettzwecke genutzt wurden, musste wegen Platzmangels der Unterricht in zwei Schichten stattfinden⁷⁰⁰.

Unterrichtsbeginn an der Oberschule für Mädchen in Deggendorf. Der Unterricht an der Oberschule für Mädchen wird wieder aufgenommen am Donnerstag, den 8. Februar und zwar für die erste mit dritte Klasse um acht Uhr vormittags und für die vierte mit sechste Klasse um 14 Uhr.

An der Oberschule für Knaben wurde am 13. Februar ein *Aufgabenappell* durchgeführt, bei dem die Schüler ihre zu Hause angefertigten Aufgaben vorzulegen hatten⁷⁰¹.

Oberschule für Jungen Deggendorf. Alle in der Stadt wohnenden Jungen und Mädel der Oberschule für Jungen finden sich Dienstag, den 13. Febr. vormittags zu einem Aufgabenappell im Physikaal der Schule ein. Die beim letzten Appell gestellten Aufgaben sind mitzubringen. Reihenfolge der Klassen: 2. Klasse um 9.00, 5. Klasse um 9.15, 3. Klasse um 9.30, 6. Klasse um 9.45, 7. Klasse um 10.00, 4. Klasse um 10.15, 1. Klasse um 10.30 Uhr.

Der „reguläre“ Unterricht begann erst wieder am 19. Februar und wurde ebenfalls in zwei Schichten durchgeführt⁷⁰².

Schulbeginn. Die Oberschule für Jungen Deggendorf nimmt den Unterricht nun doch am Montag den 19. Februar im Schulgebäude wieder auf. Für die Klassen 1a, 1c, 3b, 4a, 4c und 6 beginnt der Unterricht Montag um 8.20 Uhr, für die Klassen 2c, 3c und 7 Montag um 13.40 Uhr. Die Klassen 1b, 2a, 2b, 3a, 4b und 5 haben erstmals Dienstag den 20. Februar um 8.20 Uhr Unterricht.

Die Folge war, dass die Schüler jeweils nur 20 Schulstunden pro Woche hatten. Damit *konnte aber der Oberstufenunterricht nicht eingehalten werden, sodass man den Unterrichtsstoff teilweise radikal kürzen musste*⁷⁰³.

Auch Strom und Gas wurden knapp, weil die Kriegswirtschaft jede Kilowattstunde Strom und jeden Kubikmeter Gas benötigte. Im Herbst 1942 begann eine regelrechte Kampagne zum Einsparen von Strom. Die Bauern sollten möglichst erst nach 11 Uhr vormittags elektrische Maschinen benutzen und möglichst jeden Leerlauf vermeiden⁷⁰⁴. In größeren Betrieben sollten geeignete Leute als „Energie Ingenieure“ Einsparungsmöglichkeiten beim Stromverbrauch finden⁷⁰⁵. 1943 wurden die

Appelle durch konkrete Maßnahmen der staatlichen Behörden ersetzt. So musste in Gaststätten, Hotels und Geschäften der Stromverbrauch im Vergleich zum Vorjahr um 30 % gesenkt werden. Bei Verstoß gegen diese Anweisung wurden Strafmaßnahmen angedroht⁷⁰⁶.



30 Prozent Lichtstromeinsparung in Gaststätten, Verkaufsräumen und Büros. Die Reichsstelle für Elektrizitätswirtschaft hat Anordnungen über die Einschränkung des Lichtstromverbrauchs im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, in Verkaufs- und Ausstellungsräumen und in Büros und Verwaltungen der gewerblichen Wirtschaft erlassen. Der Lichtstromverbrauch ist um mindestens 30 v. H. gegenüber dem Verbrauch in der entsprechenden Ableseperiode in der Zeit vom 1. 10. 41 bis 30. 9. 42 herabzusetzen. Verstöße können nach den Vorschriften der Verbrauchsstrafregelungsverordnung verfolgt werden.

Im gleichen Jahr wurden auch alle Haushaltungen zu konkreten Einsparungsquoten verpflichtet.



Strom und Gas: Gewissenfragen
Kraft sparen für die Kriegswirtschaft / Strenge Kontrolle

So durften alle Haushalte mit mehr als zehn Zimmern nur noch 80 Prozent der Strommenge des Vorjahres verbrauchen⁷⁰⁷. Alle anderen Haushalte mussten gegenüber dem Vorjahr mindestens 10 % einsparen. Als Strafe wird bei krassen Verfehlungen *der Name des Schuldigen öffentlich bekannt gegeben werden*. Der Artikel gibt auch Tipps, wie man Strom einsparen kann. Zwei Glühbirnen weniger genügten schon, um die 10 Prozent einzusparen. Sorgsamer Umgang mit Elektrogeräten wie Bügeleisen, Staubsauger und Radio sei unbedingt nötig, wie auch das regelmäßige Ablesen des Zählerstandes.

Geschäftsschließungen

Negativ auf die Versorgungslage der Menschen haben sich auch die zum Teil staatlich angeordneten Geschäfts- und Betriebsschließungen ab 1943 ausgewirkt. Diese Schließungen erfolgten, wenn der Inhaber oder die Mitarbeiter einberufen wurden oder in die Rüstungsindustrie abkommandiert wurden. Weitere Gründe konnten sein, dass die im Geschäft angebotenen Waren für die Kriegsführung als nutzlos angesehen wurden oder dass sie auf Grund der Rationierung nicht mehr abgegeben werden durften, wie das bei den Tankstellen der Fall war. Über die Schließungen in Deggendorf sind wir nur lückenhaft informiert. Neben den schon behandelten zwei Tankstellen wissen wir aber doch von einigen anderen solcher Schließungen. Um eine solche abzuwenden, bittet die Mutter des Bäckers Anton Prebeck im Oktober 1943 dessen Bataillonsführung, ihrem Sohn einen *Arbeitsurlaub von 14 Tagen bis 3 Wochen* zu geben⁷⁰⁸. Ihre Bäckerei sei eine der größten in der Stadt und beliefe die städtischen Anstalten und auch das Gefangenenlager. Da vier der sieben Arbeitskräfte einberufen seien, könne sie den Betrieb kaum noch aufrechterhalten. Bürgermeister Weiß bestätigt die Angaben von Frau Prebeck und befürwortet die Gewährung des Arbeitsurlaubes. Dieses Plakat stammt nicht von Deggendorf, könnte aber auch hier in gleicher Form angebracht worden sein⁷⁰⁹.



Das Pelz- und Hutgeschäft Emil Achtmann sollte mit der Begründung geschlossen werden, dass *Pelzwaren, Hüte und Mützen nicht mehr verkauft werden dürfen*⁷¹⁰. Emil Achtmann wehrt sich dagegen in einem Schreiben an den Bürgermeister. Er verkaufe als einziger in Deggendorf auch *Ordensbänder* und *Ordensschnallen*. So bittet er, dass ihm der Verkauf dieser Waren und auch der Herrenwäsche weiterhin gestattet wird und dass er auch *die noch lagernden Hüte & Mützen verkaufen* darf. Wie der Bürgermeister hier entschieden hat, ist nicht bekannt.

Die Entscheidung über Schließungen lag aber nicht in der Hand des Bürgermeisters, sondern bei der Kreisleitung und beim Gauwirtschaftsberater. Ein Schreiben von Kreisleiter Hain vom März 1943 an den Gau Bayreuth zeigt, dass es ganze Listen von Betrieben in Deggendorf gab, die zur Schließung vorgeschlagen waren. Auf einer solchen Liste befanden sich das Geschäft für Haus- und Küchengeräte von Maria Brebeck und die Blumenverkaufsfilialen von Georg Hück und Franz Weingärtner. Weingärtner, der in der erwähnten Versammlung der Schachinger Gärtner am 7. Februar 1940 als Redner aufgetreten war, befand sich ursprünglich nicht auf der Liste der Schließungen. Der Kreisleiter hatte aber dringend geraten, beide Pgs. gleich zu behandeln⁷¹¹. Das Modehaus von Pg. Wenninger am Luitpoldplatz entging der Schließung nur ganz knapp. Erst nachdem die Tochter des Firmeninhabers persönlich beim Gauwirtschaftsberater in Bayreuth vorgesprochen hatte, wurde die Entscheidung zur Schließung zurückgenommen. Wenninger musste allerdings seine Buchhalterin *dem Arbeitsamt zur Verfügung stellen und seine Werkstatt in eine Reparaturwerkstätte* umwandeln⁷¹². Die Schuhmacherei Prinz war in für die Arbeit ungeeigneten Räumen untergebracht. Weiß verspricht hier Abhilfe, da verschiedene hiesige Geschäfte geschlossen werden⁷¹³.

Deggendorf, den 18. Februar 1943.

Der Bürgermeister der Stadt
Deggendorf.

Konzept.

I. An
die Deutsche Arbeitsfront
Deggendorf.

Betreff: Unhaltbare Zustände in der
Schuhmacherei P r i n z .

Da in absehbarer Zeit mit der Schliessung von
verschiedenen hiesigen Geschäften gerechnet werden muss, wird
für P r i n z mit Sicherheit ein freierwerdender Laden zur Ver-
fügung stehen.
Die DAF. wird ihm hiebei sicherlich auch be-
hilflich sein.

In Vertretung:
[Handwritten Signature]

Wir wissen zwar nicht, wie viele Geschäfte und Betriebe in Deggendorf stillgelegt wurden, die Formulierung, die der Bürgermeister gebraucht, deutet aber darauf hin, dass Schließungen im größeren Ausmaß zumindest geplant waren. Betriebe und Geschäfte, die von sich aus geschlossen hatten oder auf behördliche Anordnung geschlossen wurden, durften ohne behördliche Genehmigung ihre Waren weder verwerten noch veräußern⁷¹⁴. Die Arbeiter, die durch die kriegsbedingten Schließungen ihren Arbeitsplatz verloren hatten, wurden sozial abgesichert. Sie bekamen eine Abgangsentschädigung und Arbeitslosenversicherung bis zum neuen Arbeitseinsatz⁷¹⁵.

Daneben wurden schon 1942 handwerkliche Aktivitäten wie das Störgehen verboten⁷¹⁶. Im Anzeigenteil der Zeitung finden sich am gleichen Tag zwei Ankündigungen von der Damenschneider-Innung und der Sattler-Innung über die Einstellung des Störgehens. Dadurch könnten den Handwerkern die *unnützen Wege* erspart werden und diese Zeit für produktive Arbeiten genutzt werden. Da der Wortlaut der beiden Anzeigen identisch ist, kann man davon ausgehen, dass sie von der Parteiführung initiiert wurden.

<p>An unsere sehr verehrte Kundschaft!</p> <p>Die Rationalisierung im Handwerk, der Mangel an Arbeitskräften und die Zusammenballung der Arbeit in unseren Betrieben, deren Bewältigung als lebenswichtig oberstes Gebot für uns ist, zwingt uns, mit sofortiger Wirkung ab 1. September 1942 jede unproduktive Arbeit auszuschalten und damit von diesem Tage ab das</p> <p style="text-align: center;">Störgehen</p> <p>im Damenschneider- u. Schneiderinnenhandwerk anzugeben.</p> <p>Wir ersuchen unsere werten Kunden freundlichst, uns jeweils die anfallenden Arbeiten in unsere Werkstätten und Betriebe zu bringen, denn nur dadurch können wir in die Lage, durch Ausfall der unnützen Wege usw. dafür der dringenden Arbeiten bestimmt mehr und besser als bisher Herr zu werden</p> <p style="text-align: right;">Heil Hitler!</p> <p style="text-align: center;">Damenschneider-Innung Deggendorf Die Obermeisterin.</p>	<p>An unsere sehr verehrte Kundschaft!</p> <p>Die Rationalisierung im Handwerk, der Mangel an Arbeitskräften zwingt uns, um unseren zu den lebenswichtig gehörenden Sattlerarbeiten (Welschirz-Reparaturen usw.) gerecht zu werden, mit sofortiger Wirkung ab 1. Sept. 1942 jede unproduktive Arbeit auszuschalten und damit das</p> <p style="text-align: center;">Störgehen</p> <p>im Sattlerberuf ab 1. September 1942 anzugeben.</p> <p>Wir ersuchen unsere werten Kunden freundlichst, uns jeweils diese anfallenden Arbeiten in unsere Werkstätten zu bringen, denn nur dadurch können wir in die Lage, durch Ausfall der unnützen Wege der dringenden Arbeiten mehr und eher Herr zu werden.</p> <p style="text-align: right;">Heil Hitler!</p> <p style="text-align: center;">Sattler-Innung Deggendorf. Der Obermeister.</p>
--	--

Größere Stilllegungsaktionen gab es ab 1943 auch im Druckgewerbe. Schon im Januar 1942 hatte ein längerer Artikel in der *BO* den Grund erklärt, warum die Zeitungen *so dünn geworden seien*⁷¹⁷.

Warum sind Zeitungen so „dünn“ geworden?

Das gewandelte „Gesicht“ der Zeitung / Der Krieg erforderte Papiereinschränkung

Das Holz für die Papierherstellung werde von der Rüstungsindustrie dringender gebraucht. In Deggendorf wird am 28. Februar 1943 der Deggendorfer Donaubote, der in der Druckerei Nothast hergestellt wurde, eingestellt. Die zwei Deggendorfer Zeitungen werden mit der Wald-Zeitung zum Donau-Wald-Kurier fusioniert. Hier die Ankündigung der Schließung⁷¹⁸:

An unsere verehrlichen Leser!
Aus Gründen der restlosen Erfassung aller Kräfte für die Kriegsführung haben mit Billigung der Reichspressekammer die nachfolgenden Verlage beschlossen, ihre Zeitungen zum 1. 3. 1943 zusammenzulegen:

Deggendorfer Donaubote
Deggendorfer Zeitung
und Wald-Zeitung Regen.

Die Leser erhalten von diesem Tag an die für dieses Gebiet neugeschaffene Zeitung:

Donau-Wald-Kurier
zugestellt.

Verlag des Deggendorfer Donaubote
Verlag der Deggendorfer Zeitung
Verlag der Wald-Zeitung Regen

Annahme und Herstellung aller Druckerarbeiten
für Behörden, Industrie, Handel, Gewerbe und Privat (Trauerdrucksachen usw.) erfolgt nach wie vor in unserem Betriebe.

Buchdruckerei Hof. Nothast
Joh. Alfons Nothast und Jakob Adler
Deggendorf, Wiegengasse 45
Telefon 4

Dadurch verkleinert sich der Lokalteil für Deggendorf natürlich beträchtlich und wir erhalten immer weniger wirkliche Informationen über das Geschehen in unserer Stadt.

Einige Tage später glaubt der *DWK* erneut, eine Erklärung für die Stilllegungen im Druckgewerbe geben zu müssen⁷¹⁹.

Die Stilllegungen im Druckgewerbe

Die Gründe, ihr Zweck und Ziel / Einstellung der Luxuszeitschriften

Eine kriegsbedingte Rationalisierung der Produktionsvorgänge bedingte die Stilllegung einiger tausend Druckereien der 18.000 vorhandenen Betriebe. Auch bei den Zeitschriften sollte es zu einer Reduzierung von 4.000 auf 2.500 Titel kommen, wobei vor allem *Luxuszeitschriften* ihr Erscheinen einstellen sollten. Die akute Papierknappheit bleibt in diesem Artikel allerdings unerwähnt. Ende Juli 1943 meldet die Zeitung dann den *Abschluß der Stilllegungsaktion*⁷²⁰.

Abschluß der Stilllegungsaktion

Der Beitrag des Mittelstandes für die Konzentration der Kräfte

Der Reichswirtschaftsminister und der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft haben die zuständigen Stellen angewiesen, die Stilllegungsaktion in Handel, Handwerk, Fremdenverkehr und anderen Gewerben zum Abschluß zu bringen.

Hierzu wird amtlich noch Folgendes erklärt: Im Raum der Stilllegungsaktion hat auch der deutsche Mittelstand seinen besonderen Beitrag für die Konzentration aller Kräfte auf den Sieg geleistet. Das für die Betroffenen damit verbundene Opfer an materiellen und ideellen Gütern war schwer.

Die Reichsregierung mußte dem Mittelstand dieses Opfer auferlegen, weil die Kriegsführung gebieterisch die Mobilisierung aller Reserven verlangte. Entscheidend war dabei, „daß in kürzester Frist größte Erfolge erzielt wurden“. Es liegt in der Natur der Dinge, daß dabei Härten nicht immer zu vermeiden waren. In dankbarer Würdigung kann aber heute festgestellt werden, „daß der Mittelstand durch sein Opfer der Kriegsführung ganz erhebliche neue Kräfte zugeführt hat“.

Die Stilllegungsaktion wurde allein von der harten Notwendigkeit des Krieges diktiert. Mit Rücksicht auf die notwendige Mobilisierung aller Kräfte mußte sie für die Dauer des totalen Krieges geordert werden. Sie ist dagegen auf keinen Fall als Maßnahme grundsätzlicher Art anzusehen und ändert nichts an der nationalsozialistischen Auffassung, daß Erhaltung und Förderung eines gesunden Mittelstandes das Kernstück unserer Wirtschaftspolitik sind. In Punkt 16 des Parteiprogramms ist das klar ausgesprochen und für alle Zeiten verankert. Die Staatsführung weiß, daß die breite in sich gefestigte und verantwortungsbewußte Schicht des Mittelstandes als verbindendes Glied im sozialen Aufbau Deutschlands niemals entbehrt werden kann. Zahlreiche nationalsozialistische Kämpfer sind aus ihr in die Führung unseres Volkes aufgestiegen. Kulturelle und wirtschaftliche Höchstleistungen haben in dieser Schicht ihren Ursprung.

Nach dem Siege wird es daher mit zu den ersten Aufgaben der Staatsführung gehören, die dem Mittelstand durch sein Kriegsoffer entstandenen Schäden zu beseitigen, und seiner Bedeutung gemäß in die gewaltige Aufbauarbeit des Friedens einzuschalten.

Dem Mittelstand musste also dieses Opfer auferlegt werden, *weil die Kriegsführung gebieterisch die Mobilisierung aller Reserven verlangte*. Die dann folgende enthusiastische Apologie des Mittelstandes als der Ursprung für *kulturelle und wirtschaftliche Höchstleistungen* weist darauf hin, dass die Stilllegungen bei den Betroffenen schon erhebliche Irritationen verursacht hatten. Dies wird in den Monatsberichten des Regierungspräsidenten von 1943 bestätigt. Der Bericht vom März weist auf die Furcht mancher betroffener Geschäftsinhaber hin, dass sie dadurch ihre Existenz verlieren würden. Es werde auch der Verdacht geäußert, *sie seien einer gewissen Konkurrenz zum Opfer gefallen*. Damit wird impliziert, dass bei der Auswahl der zu schließenden Geschäfte Beziehungen und Ansehen des Inhabers in der Partei eine Rolle spielten. Im folgenden Monat äußert auch der

Regierungspräsident nochmals seine Besorgnis, dass die Geschäftsschließungen Unruhe bei den Betroffenen hervorrufen würden.

Staatliche Strafmaßnahmen und die Sondergerichte

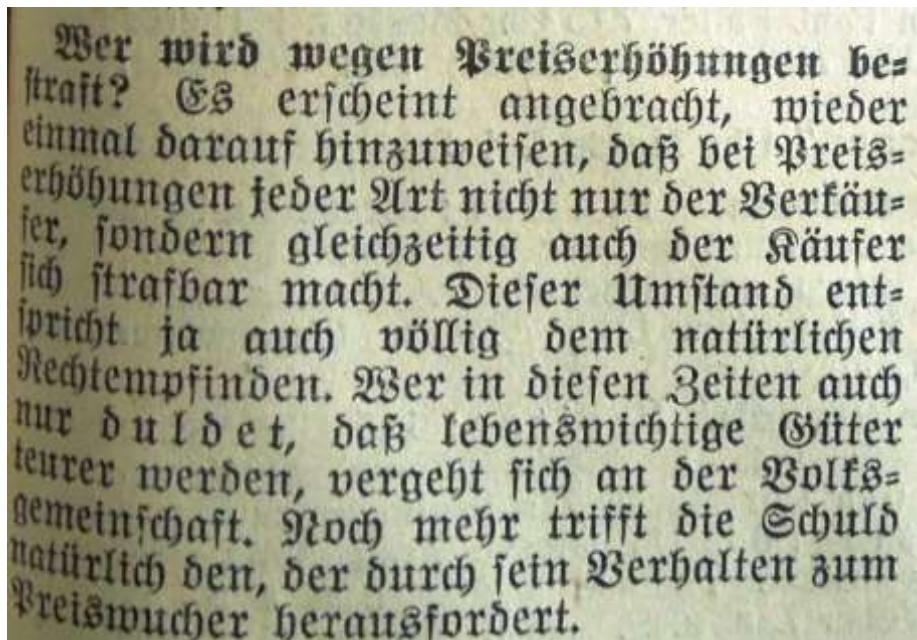
Das Charakteristikum der Rechtsprechung im "Dritten Reich" besonders während des Krieges war eine enorme Verschärfung des Strafrechts. *Drakonische Strafen* sei das *Hauptziel der Nazijustiz* gewesen, schreibt Richard Grunberger⁷²¹. Zwischen 1933 und 1943 war die Todesstrafe von früher 3 auf 46 Tatbestände ausgeweitet worden. Über die Zahl der im "Dritten Reich" von Gerichten verhängten Todesurteile ist sich Forschung nicht einig. Die Schätzungen reichen von 16.500 Hinrichtungen⁷²² bis zu weit über 30.000 Todesurteilen⁷²³. Im Vergleich dazu wurden im Zeitraum von 1907 bis 1932 im Reich 1547 Menschen zum Tode verurteilt⁷²⁴. Bei der Beurteilung von Verbrechen wurden phänomenologische Kriterien übernommen und der Rechtsbegriff des *gesunden Volksempfindens* eingeführt. Anstatt das begangene Verbrechen zu definieren, beschreibt die *phänomenologische Schule Grundtypen von Verbrechern wie den "Kriegsgewinnler", den "Volksschädling" oder den "Gewaltverbrecher"*. Diese verstießen gegen die *Idee der Volksgemeinschaft* und sollten deshalb ausgesondert werden. Für das Strafmaß war in erster Linie die Person des Verbrechers und nicht so sehr das Verbrechen, das er begangen hatte, relevant. In häufigen Fällen wurden Strafgefangene nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis in Irrenanstalten oder Konzentrationslager gebracht, wo sie für den kurzen Rest ihres Lebens verwahrt wurden⁷²⁵. Den verschwommenen Begriff „das gesunde Volksempfinden“ gebrauchte man vor allem bei der Aburteilung von Fällen der „Rassenschande“ (intime Beziehungen zwischen Ariern und Juden) und von Fällen des „ehrlosen Verhaltens“ (Beziehung zwischen deutschen Frauen und Fremdarbeitern oder Kriegsgefangenen)⁷²⁶. Diese Fälle wurden in der Regel vor den Sondergerichten verhandelt, von denen bis 1942 insgesamt 74 eingerichtet worden waren. Die Sondergerichte waren auch für die Anwendung der sogenannten „Heimtückeverordnung“ vom März 1933 zuständig⁷²⁷. Jeder, der *öffentlich gehässige, ketzerische oder von niedriger Gesinnung zeugende Äußerungen über die NSDAP, den Staat oder Hitler machte*, konnte mit bis zu 2 Jahren Gefängnis bestraft werden⁷²⁸. Dazu gehörte auch die sogenannte „Gerüchtemacherei“. Neben dem Volksgerichtshof, dessen Aufgabe die Vernichtung der politischen Gegner war, waren auch die Sondergerichte wegen ihrer gnadenlosen Spruchpraxis berüchtigt und gefürchtet. So überrascht es nicht, dass im September 1944 in der Zeitung ein längerer, beruhigender Artikel über diese Gerichte erscheint⁷²⁹.



Der Schreiber erklärt dann im Detail, für welche Delikte das Sondergericht zuständig ist. Neben den oben schon genannten Vergehen sind dies *Verstöße gegen die Bestimmungen zum Schutze der Lebensmittelversorgung, der Versorgung mit sonstigen bewirtschafteten Gebrauchsgütern, Kapitalverbrechen, Plünderungen nach Bombenangriffen, Diebstahl von Feldpäckchen u.a.* Zu den Straftaten, *die geeignet sind, den Widerstandswillen des deutschen Volkes und seine Würde zu schädigen*, gehören das *Abhören von Auslandssendern und der verbotene Umgang mit den Kriegsgefangenen*. Weiter betont der Verfasser, dass das Sondergericht *genauso an die Gesetze*

gebunden sei wie jedes andere Gericht. Auch die Zahl der vom Sondergericht verhängten Todestrafen sei erstaunlich gering und betrage nur 9 Prozent der Gesamtverurteilungen. Es könne also gar keine Rede davon sein, daß die Sondergerichte eine "Blutjustiz" treiben. Laut dem schon zitierten Artikel "Sondergericht" verhängten jedoch die Sondergerichte allein 11.000 der insgesamt geschätzten 16.500 Todesurteile.

Teilweise schon seit 1934, endgültig aber seit 1936, wurden die Preise vom Reichskommissar für die Preisbildung festgesetzt. Neben der Festsetzung der Preise war dieser auch zuständig für die Überwachung der Einhaltung der Preisvorschriften⁷³⁰. Damit waren die marktwirtschaftlichen Prinzipien außer Kraft gesetzt. Aber dadurch stieg der Verbraucherpreisindex lediglich mit durchschnittlich einem Prozent pro Jahr⁷³¹. Wer gegen die Preisbildung verstieß, wurde als „Preistreiber“ bestraft. Hier seien einige Beispiele dafür angeführt. Im September 1939 erscheint ein Artikel mit der Überschrift *Wer wird bei Preiserhöhung bestraft?* Das Ergebnis ist, dass sich auch der Käufer einer überteuerten Ware schuldig macht⁷³².



Wer wird wegen Preiserhöhungen bestraft? Es erscheint angebracht, wieder einmal darauf hinzuweisen, daß bei Preiserhöhungen jeder Art nicht nur der Verkäufer, sondern gleichzeitig auch der Käufer sich strafbar macht. Dieser Umstand entspricht ja auch völlig dem natürlichen Rechtsempfinden. Wer in diesen Zeiten auch nur duldet, daß lebenswichtige Güter teurer werden, vergeht sich an der Volksgemeinschaft. Noch mehr trifft die Schuld natürlich den, der durch sein Verhalten zum Preiswucher herausfordert.

So wird laut Monatsbericht vom Mai 1941 in Deggendorf ein Kaninchenhändler aus Hamburg verhaftet, weil er im *DB* in Anzeigen zu *Höchstpreisen* 10.000-20.000 Kaninchen zu kaufen suchte. Verärgert aber relativ hilflos steht der Verfasser des Monatsberichtes vom August 1943 der Tatsache gegenüber, dass Auswärtige die Waldbeeren von den Sammlern direkt zu überhöhten Preisen kaufen. Die Käufer fangen die Sammler auf dem Heimweg ab und vereinbaren dann Preisabsprachen für den Fall einer Kontrolle. Resigniert stellt der Verfasser fest, dass man dagegen *praktisch nichts unternehmen* könne. In erster Linie geht man aber gegen die Verkäufer vor, welche überhöhte Preise verlangen. Laut Monatsbericht vom März 1941 wurde in Deggendorf eine Gemüsehändlerin aus der Deggenau am 28. Februar auf die Dauer von 21 Tagen in Polizeihaft genommen, weil sie *sich trotz Vorwarnungen immer wieder* über die Preisvorschriften hinweggesetzt hatte. Wohl zur Abschreckung werden 1941 im Deggendorfer Lokalteil der *BO* Artikel über die Bestrafung von Preissündern in anderen Gegenden veröffentlicht. Drei Landwirte aus dem Landkreis Schrobenhausen sind in Schutzhaft genommen worden, weil sie Laufgänse zu überhöhten Preisen verkauft hatten⁷³³. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass in Zukunft *jedes Angebot wie auch die Gewährung von Überpreisen seitens des Käufers* durch Schutzhaft bestraft wird. Gegen Ende 1944, als die sich

verschlechternde Kriegslage zu immer mehr Käufen auf dem Schwarzmarkt führte, erscheint eine letzte Warnung an die *Preissünder*⁷³⁴.

Preissünder werden streng bestraft

Ueberwachungsstelle beim Regierungspräsidenten in Regensburg nimmt Stellung

Dass diese Drohungen auch umgesetzt wurden zeigt das Beispiel von Preiswucher schon zwei Jahre vorher⁷³⁵.

Preiswucher mit Gemüse streng bestraft
Dnb Dresden, 4. Juni. Vor dem Sondergericht in Dresden hatte sich als Angeklagte die Gemüsegroßhändlerin Helena Damm zu verantworten, die an in ihrer Kundenliste eingetragene Gemüsfleinhandeler Waren zu überhöhten Preisen abgab. Als sich einmal ein Kunde weigerte, die verlangten Preise, welche die Höchstpreise bis zu 10 v. H. überschritten, zu bezahlen, wurde ihm die weitere Belieferung mit Gemüse von der Angeklagten einfach gesperrt.
Die Angeklagte wurde wegen Wucher und Preisüberschreitung zu einer Zuchthausstrafe von vier Jahren und einer Geldstrafe von 6300 RM. verurteilt. Außerdem wurde der erzielte Mehrerlös von 1200 RM. eingezogen und ihr die Ausübung des Gewerbes auf die Dauer von fünf Jahren verboten.

Die Personalknappheit bei den Preisüberwachungsstellen machte jedoch im Laufe des Krieges die Kontrolle immer schwieriger. Die Reichswirtschaftskammer gibt dies 1944 unumwunden zu⁷³⁶: *Die Personalminderung hat naturgemäß auch eine Einschränkung der Arbeiten der Dienststellen zur Folge gehabt.*

Harte Strafen gab es auch für "Schleichhändler" und "Kriegsschieberei". Das Sondergericht München verurteilte 1943 einen "Schleichhändler" zu sechs Jahren Zuchthaus. Er hatte in Lokalen in München Mangelware wie Schuhe, Kleiderstoffe, Tee, Kaffee und Pelze erworben und diese dann weiterverkauft⁷³⁷. Unter der Überschrift *Schnelle Justiz für Kriegsschieber* berichtet der *DB* im gleichen Monat über die Verurteilung von Betriebsangehörigen, die 800 Kilo Zucker veruntreut und zu *Überpreisen und gegen Eintausch von Zigaretten* verkauft hatten. Da die Täter bis dahin als *unbescholten* galten, waren die Urteile mit zwischen zwei und sieben Jahren relativ "mild"⁷³⁸.

Wegen der angespannten Versorgungslage bei Fleisch ging man gegen Schwarzschlachtereien besonders energisch vor. Zu Beginn des Krieges waren dafür die Strafen noch relativ mild gewesen. Später wurden darauf Zuchthausstrafen und in schweren Fällen sogar die Todesstrafe ausgesprochen⁷³⁹. Unter der Überschrift *Volksschädlinge werden ausgemerzt* berichtet der *DB* im Oktober 1942 über die Verhandlung gegen den Krainsburger Bürgermeister Bruno Kastner am Sondergericht⁷⁴⁰. Er habe seit Kriegsbeginn 3 Schafe und 11 Schweine geschlachtet und sich dazu

selbst die Genehmigungsbescheinigungen ausgestellt. Außerdem habe er sich selbst Mahlscheine ausgestellt und so mindestens 8 Zentner Mehl erschlichen. Dafür und noch für weitere Delikte wurde Kastner zum Tode verurteilt. Besonders hart waren die Strafen, wenn das Fleisch aus Schwarzschlachtung zu überhöhten Preisen weiterverkauft wurde. Dies wurde zusätzlich als Preistreiberei geahndet, wie ein Urteil des Sondergerichts Dortmund zeigt⁷⁴¹.

**Schwere Strafen für Schwarzschlächter
und Schleichhändler**

Dnb Berlin, 16. Juli. Der Metzgermeister Bruno Jacoby aus Bergkamen hatte elf Schweine schwarzgeschlachtet und einen Teil des Fleisches durch Vermittlung des Kraftfahrers Albert Senne aus Werne an den Gastwirt Josef Bresser aus Lünen zu Ueberpreisen verkauft. Dieser gab wieder einen Teil des Fleisches an die Ehefrau Klara Ostermann aus Lünen ab. Sämtliche Beteiligten hatten sich vor dem Sondergericht in Dortmund wegen Kriegswirtschaftsverbrechens und Preistreiberei zu verantworten.

Das Urteil lautete gegen Jacoby auf acht Jahre, gegen Senne auf vier Jahre, gegen Bresser auf zwei Jahre Zuchthaus, gegen die Angeklagte Ostermann auf acht Monate Gefängnis.

Im Dezember 1942 verurteilte das Sondergericht Wien einen Viehhändler wegen Schwarzschlachtens von Kälbern und Schweinen zu 10 Jahren Zuchthaus⁷⁴². Ein Fleischhauer, der ihm die Ware abnahm und ohne Markenabgabe an bevorzugte Kunden weiterverkaufte, bekam 9 Jahre Zuchthaus.

Nach Stalingrad wurde im Februar 1943 ein Metzger in Stuttgart wegen der Schwarzschlachtung von 25 Kälbern und 55 Schweinen zum Tode verurteilt. Seine Abnehmerin, eine Gastwirtin, bekam 10 Jahre Zuchthaus⁷⁴³.

In Deggendorf wurden 1943 vor dem Sondergericht München der in Eging wohnende Markus Hauzenberger und dessen Sohn wegen *Kriegswirtschaftsverbrechens und Preisvergehens* verhandelt. Die beiden hatten von einem Bauern ein Schwein gekauft und dieses schwarz geschlachtet. Der Vater bekam dafür 1 Jahr Zuchthaus und musste 100 RM Geldstrafe bezahlen. Der Sohn bekam 2 Jahre Zuchthaus und eine Geldstrafe von 300 RM. Bei ihm kam erschwerend hinzu, dass er das Geräucherte überteuert um 12 RM das Pfund verkauft hatte⁷⁴⁴. Dies wurde als Kriegsschieberei angesehen, die Gerichte in der Regel *mit unnachgiebiger Härte* verfolgten⁷⁴⁵. Der Verfasser des Berichts über die Verhandlung stimmt den Urteilen voll zu, wobei er auch in diesem Fall das *gesunde Volksempfinden* bemüht⁷⁴⁶.

Das gesunde Volksempfinden wird die vom Sondergericht ausgesprochenen Strafen als völlig gerecht ansprechen. Wer in der heutigen Zeit durch Schwarzschlachtungen die gerechte Versorgung aller Volksgenossen mit Lebensmitteln zu gefährden droht, gehört ins Zuchthaus, noch dazu, wenn er durch Aufzählung erheblicher Ueberschüsse sich als Schieber betätigt. Das mögen sich alle, die glauben, aus der Not des Krieges Vorteile ziehen zu können, gesagt sein lassen!

Johann Madl aus Deggendorf war wegen Schwarzschlachtung eines Spanferkels zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Außerdem sollte er drei Jahre keine Fleischrationen zugewiesen bekommen⁷⁴⁷. Nach seiner Entlassung wandte sich Madl an die Stadt um Hilfe.

Deggendorf, den 1. März 1944.

Bei Amt erscheint Herr Johann Madl in Deggendorf, oberer Stadt-
platz 231 und bringt vor:
Am 1. Juni vor. Js. wurde ich wegen Schwarzschlachtung von Spanferkel
sogen. Kümmerling zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Nun bekomme ich
für ca 3 Jahre keine Fleischmarken zugewiesen. Ich bin bereits 68 Jahre
alt, Kriegsteilnehmer von 1914/18, 2 Söhne von mir stehen im Felde,
ich selbst bin kränklich. Meine Ehefrau ist als Putzfrau beim Finanz-
amt Deggendorf beschäftigt, diese muss morgens um 1/2 5 Uhr aufstehen
und ihre Arbeit verrichten. Meine Ehefrau kann mir von ihren Fleisch-
marken nichts abgeben, ich weiss nicht wovon ich leben soll.
Habe in meinem Leben noch keine Strafe verbüsst und in meinen alten
Tagen muss ich nun noch eine Strafe verbüssen. Der Hauptgrund warum
ich mich zu der Schlachtung verleiten liess, waren meine Söhne im
Felde, diese seit 1939 fort sind und mich öfters gebeten haben, ihnen
doch etwas zu schicken.

L. U.

Johann Madl

Sebastian Weiß unterstützt dann als Ortsgruppenleiter dieses Gesuch in einem Begleitschreiben an das Ernährungsamt⁷⁴⁸. Madl würde durch Entziehung der Fleischkarte gezwungen werden, *wieder eine strafbare Handlung zu begehen*. Außerdem habe er durch die Gefängnisstrafe hinreichend Sühne geleistet. Der Erfolg dieser Intervention des Ortsgruppenleiters ist nicht belegt, dürfte aber wahrscheinlich gewesen sein.

Es kann mit Sicherheit gesagt werden, dass bei den Schwarzschlachtungen auf dem Land die Dunkelziffer sehr hoch war. Aber selbst in der Stadt Deggendorf fanden solche Schwarzschlachtungen statt. Ein Zeitzeuge berichtet, wie sein Großvater ein Schwein schlachtete. Man schaltete dazu den Volksempfänger laut an, um den Lärm beim Schlachtvorgang zu übertönen.

Daneben versuchten die Menschen noch mit einem anderen Trick, die Fleischknappheit zu beheben, nämlich mit der *Erschleichung von Schlachtgenehmigungen*⁷⁴⁹. Der Zeitungsartikel dazu beginnt mit der Feststellung, dass die *Fälle, in denen Genehmigungen zu Hausschlachtungen erschlichen werden*, erheblich zunehmen. So habe in Deggendorf ein Krieginvalide von einem Bauern ein Schwein gekauft, für dessen Schlachtung er von den Behörden eine Genehmigung brauchte. Er gab vor, das Schwein mindestens 3 Monate selbst gefüttert zu haben und bekam so die Genehmigung für die Hausschlachtung. Für diesen Betrug bekam der Mann 4 Monate Gefängnis.

Gegenüber dem sogenannten „Tauschhandel“ ist die Haltung der staatlichen Behörden ambivalenter. Der Monatsbericht vom Dezember 1941 spricht noch von der *Sucht des Tauschhandels*. Auch 1942 heißt es in einem Zeitungsartikel, dass Tauschhandel *gegen die Berufslehre des Handwerks verstoße*⁷⁵⁰.

Tauschhandel verstößt gegen die Berufsehre. Zu dem sogenannten Tauschhandel, der sich während der Kriegszeit hier und da verbreitet hat, veröffentlicht der Reichsstand des Deutschen Handwerks eine Erklärung, die feststellt, daß nach Auffassung des Reichsstandes jeder Handwerksbetrieb verpflichtet ist, Angebote abzulehnen, die darauf gerichtet sind, zusätzlich Mangelware durch Austausch gegen andere Ware zu erhalten. Kunden, die in der Lage sind, ihrerseits im Tauschwege Ware zu liefern, dürfen unter keinen Umständen bevorzugt beliefert werden. Verstöße hiergegen werden von den Handwerkskammern im Wege des Ehrengerichtsverfahrens verfolgt.

Handwerksbetriebe dürfen also für ihre Leistungen nur Geld aber keine verknappten Waren annehmen. Dies würde als „Schiebertum“ gesehen und streng bestraft werden. Allerdings sollen manche Handwerker trotzdem nur noch gegen Tauschhandel gearbeitet haben⁷⁵¹. Auch die anderen Menschen halfen sich angesichts des verknappten Warenangebots durch privaten Tauschhandel selbst. Hier zwei Anzeigen vom Mai 1942⁷⁵².

Ganseerl	Ganseerl
gegen Futterstroh oder Holz zu vertauschen. Näh. Deggendorfer Donaubote.	geg. Scheitholz zu vertauschen. Näh. Exp. und Inf.-Agentur Breiffinger, Dengersberg.

Die Tatsache, dass dieser Tausch öffentlich in der Zeitung angeboten wurde, zeigt, dass von Seiten der Behörden dagegen nicht mehr eingeschritten wurde. Als es immer schwieriger wurde, sich wichtige Gebrauchsgegenstände zu beschaffen, sieht man es später von staatlicher Seite sogar als richtig an, dass *Gegenstände aus privaten Beständen gegeneinander getauscht werden, weil sie auf der einen Seite entbehrlich sind, auf der anderen aber dringend gebraucht werden*⁷⁵³.

Der private Tausch verknappter Artikel
Gute Erfahrungen im ganzen Reich / Wie kann man tauschen

Für die Abwicklung privater Tauschgeschäfte wird sogar Hilfe durch die NS-Frauenschaft und die Bereitstellung von Räumen und Personal der Gemeinden angeboten. Nicht akzeptiert wurde vom

Regime der professionelle Tauschhandel. Eine Händlerin aus Bad Homburg hatte einen regelrechten Tauschhandelsring aufgebaut. Es gab Damenbekleidung im Tausch gegen Öl und Kaffee, wobei die Artikel auch sehr verteuert waren. Als *Volksschädlinge* wurden die Beteiligten zu 1 bis 3 Jahren Zuchthaus verurteilt⁷⁵⁴. Hart ging das Sondergericht gegen Tauschhandel in Verbindung mit illegalem Erwerb der Waren vor⁷⁵⁵.

Zuchthausstrafe für unberechtigten Lederbezug und Tauschhandel
 dnb Berlin, 16. Juli. Der Vertreter einer Lederfabrik Anton Seifert aus Bamberg, hatte neben seiner Vertretertätigkeit ohne Kontingentberechtigung Leder bezogen und ließ sich damit Schuhe anfertigen. Diese verwendete er wieder dazu, sie bei Landwirten gegen Lebensmittel einzutauschen und zu Ueberpreisen an Bekannte zu verkaufen. — Das Sondergericht in Bamberg, verurteilte den Kriegsverbrecher, der auf diese Weise Güter, die der Bewirtschaftung unterliegen, beiseite geschafft hatte, zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten.

Besonders die Stadtbevölkerung versuchte, auf dem Land ihre Wertsachen oder Raucherkarten gegen Lebensmittel zu tauschen oder diese gegen Bezahlung zu kaufen. Dies war für die Bauern ein gutes Geschäft, denn sie konnten den Preis bestimmen. Auch gegenüber diesem Hamstern war die Haltung des Regimes ambivalent. Bestraft wurde ausdrücklich der Weiterverkauf von Hamsterware mit Preisaufschlag⁷⁵⁶.

Hamsterer mit Zuchthausbestrafung
 dnb Königsberg, 30. Juni. 1 1/2 Kg. Speck, 4 Kg. Butter, drei Gänse, eine Pute, 20 Hühner und etwa 200 Eier hatte der vor dem Sondergericht in Königsberg angeklagte Emil Bilio aus Wilhelmsrode bei verschiedenen Fahrten aufs Land zusammengehamstert, wobei er als Tauschobjekte, Fahrradzubehör, Teller, Schüsseln, landw. Geräte und Einmachgläser mit sich führte. Die bezugsbeschränkten oder verknappten Lebensmittel hat dieser Schleichhändler dann wieder an verschiedene Bekannte mit entsprechendem Preisaufschlag weiterveräußert und zum Teil selbst verbraucht. Bilio wurde zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren verurteilt.

Im Juli 1943 verbot aber die Parteikanzlei der Polizei ausdrücklich, *gegen Hamsterfahrten der Stadtbevölkerung vorzugehen*⁷⁵⁷. Wer also auf dem Land Obst und Gemüse für sich und seine Familie kaufte, sollte nicht belangt werden. Wer aber durch Hamsterkäufe die Kriegswirtschaftsverordnung tangierte, wurde bestraft, wie dieses Beispiel zeigt⁷⁵⁸.

19. 1943. Nr. 10

Hamsterer in Schubhaft

Als abschreckendes Beispiel

Polizeiamtlich wird mitgeteilt: Der Johann Spingler aus Westendorf, Landkreis Wertingen, mußte in Schubhaft genommen werden, weil er in seinem Anwesen nicht weniger als 1800 Liter Benzin und 55 Liter Motorenöl zum Teil in der Düngergrube und unter Stroh im Stadel versteckt und gelagert hatte. Diesen großen Benzin- und Ölvorrat hatte sich Spingler nach und nach zusammengehamstert und so den Staats- und den Wehrmachtsteilen entzogen. Die Schubhaft wurde als abschreckendes Beispiel für andere gleichartige staatsfeindliche Elemente verhängt. Die sämtlichen Vorräte wurden beschlagnahmt.

Wer Ware hamstert, die illegal, zum Beispiel aus Schwarzschlachtung, angeboten wurde, wird ebenfalls bestraft⁷⁵⁹.

Gehamstert und zu Ueberpreisen weiterverkauft

München, 22. Sept. Der 42 Jahre alte Franz Pflügler, früherer Anweisersbesitzer in einer Ortschaft bei Freising, nützte seine Beziehungen zum Lande dahin aus, daß er auf Hamsterfahrten seinen Heimatort aufsuchte. Dort kaufte er von dem Landwirt Gg. Ingerl Fleisch von Tieren auf, die dieser wie sein Bruder Josef Schwarz geschlachtet hatte; ferner hamsterte er auch andere landwirtschaftliche Erzeugnisse. Die Hamsterware verkaufte Pflügler, der seit dem Jahre 1941 in einem Münchener Großhotel beschäftigt war, mit hohem Gewinn weiter.

Das Sondergericht München verurteilte ihn zu vier Jahren Zuchthaus. Josef Ingerl zu drei Jahren Zuchthaus und Georg Ingerl zu zwei Jahren Gefängnis; ferner erkannte es auf Geldstrafen bis zu 1000 RM.

In den Städten entstand schon bald nach Einführung der Rationierungen ein inoffizieller Markt, auf dem man sonst nicht erhältliche Waren zu Preisen kaufen konnte, die die *Vorkriegspreise um das Drei- bis Zehnfache übertrafen*. Bis Ende 1944 lagen die Schwarzmarktpreise mitunter fünfzig, bei Kriegsende dann oft sogar hundert bis zweihundert Mal höher als die offiziellen Preise⁷⁶⁰. Als die Zuteilungsmengen und deren Qualität sich im Laufe des Krieges verringerten, nahm die Bedeutung dieses Schwarzmarkts im selben Maße zu⁷⁶¹. Die angebotenen Fleischwaren stammten meist von Schwarzschlachtungen der Bauern, andere Dinge von zurückgehaltenen Waren in Geschäften die von der Schließung durch die Behörden bedroht waren.

Da auch die Geschäftsleute mit den Einnahmen aus dem Verkauf ihrer Waren sich nicht mit rationierten oder verknappten Waren versorgen konnten, hielten manche ihre Waren im Geschäft zurück, um sie vielleicht für Tauschgeschäfte einsetzen zu können. Dies wurde von den Sondergerichten als Verbrechen gegen die Kriegswirtschaftsverordnung mit Zuchthaus bestraft, wie das Beispiel in Hamburg zeigt⁷⁶².

Bei den Juwelierschleuten Dr. Josef und Selene Miller in Hamburg wurde bei einer Durchsuchung der Geschäftsräume ein auffallend großes Lager an Weibern, Taschen- und Armbanduhrten vorgefunden. Es stellte sich heraus, daß die beiden seit langem den Verkauf dieser Waren stark gedrosselt hatten u. später überhaupt keinen Verkauf vornahmen, sondern die Kunden mit der Erklärung abwießen, es seien keine Uhren mehr vorrätig. Mit den am Lager aufgestapelten Uhren trieben sie dagegen Tauschgeschäfte und erhielten dafür von anderen pflichtvergessenen Kaufleuten Spirituosen, Fleischkonserven und Geflügel. Wegen Zurückhaltens von Erzeugnissen, die zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehören, wurde Miller vom Sondergericht in Hamburg noch der Kriegswirtschaftsverordnung zu drei Jahren und Selene Miller zu zwei Jahren Zuchthaus sowie beide zu einer Geldstrafe von je 10 000 RM verurteilt.

Die Sondergerichte gingen auch mit Härte gegen Autobesitzer vor, welche das ihnen für Geschäftszwecke zugewiesene Benzin für private Zwecke missbrauchten. Der Geschäftsmann Karl Goller bekam dafür neun Monate Gefängnis, und seine Fahrzeuge wurden konfisziert⁷⁶³.

Schwere Strafe für Benzinverschwender

ng. Der 41 Jahre alte Karl Goller von Schwarzenbach a. S. hat in den Jahren 1940 und 1941 einen erheblichen Teil des ihm für Geschäftsfahrten zugewiesenen Benzins für Vergnügungs- und Bequemlichkeitsfahrten verwendet.

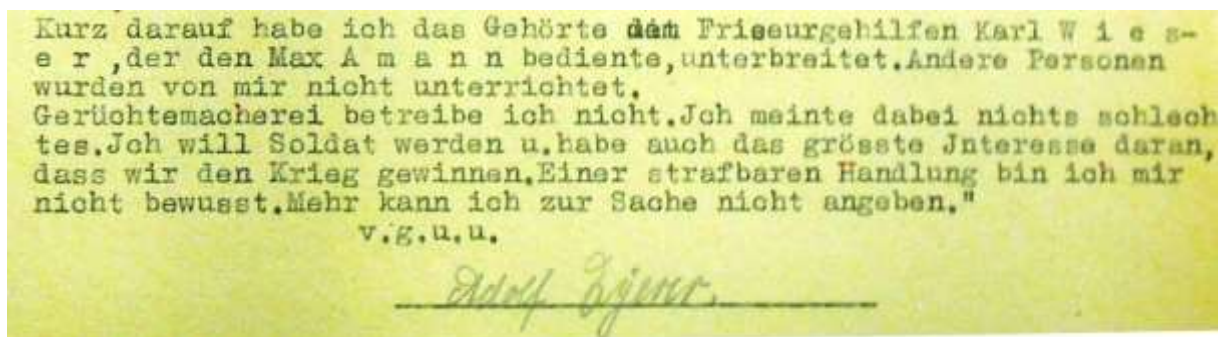
So ist er sehr oft mit dem Kraftwagen zu seiner Jagdhütte und wiederholt auch zur Hirschjagd gefahren. Im Herbst 1940 hat er einmal einige Wochen in der Jagdhütte gewohnt und ist von dort täglich zu seinem Betrieb und zurück gefahren. Außerdem hat Goller den Kraftwagen benützt, wenn er für seinen Haushalt kleinere Einkäufe in der Stadt tätigte. Ja, er hat ihn sogar regelmäßig dazu verwendet, um die kurze Strecke vom Betrieb zu seiner Wohnung zurückzulegen. Schließlich hat er auch Pfingsten 1941 eine Vergnügungsfahrt nach Bischofsgrün unternommen.

Das Sondergericht Bayreuth stellt fest, daß Goller auf diese Weise mehrere Hundert Liter Benzin mißbräuchlich verwendete und verurteilte ihn deshalb wegen eines Verbrechens nach § 1 der Kriegswirtschaftsverordnung zu neun Monaten Gefängnis. Die zu den Fahrten benützten Kraftfahrzeuge wurden eingezogen.

Neben diesen Wirtschaftsdelikten befassten sich die Sondergerichte mit in den Augen der Nationalsozialisten "politischen Vergehen". Um die Stimmung in der Bevölkerung angesichts des ungünstigen Kriegsverlaufs und der steigenden Zahl von Gefallenen nicht kippen zu lassen, ging man gegen jede Art von „Gerüchtemacherei“ -eine Wortschöpfung der Nationalsozialisten - rigoros vor. Was man nicht hören wollte, durfte auch nicht gesagt werden. Die Verurteilung von Wolfgang Eisenhofer zu vier Monaten Gefängnis, weil er sich in einem Gasthaus kritisch über die Vorgehensweise von Oberstaatsanwalt Dros geäußert hatte, wurde schon angesprochen⁷⁶⁴. 1939 waren anscheinend "Gerüchte" über einen führenden Parteifunktionär in Deggendorf verbreitet worden. Ein Parteigericht stellte fest, dass sich die mit Namen nicht genannte Person völlig korrekt

verhalten habe. Es seien *Verleumder am Werk* gewesen, heißt es in der Überschrift des Artikels zu diesem Vorfall⁷⁶⁵. Der Artikel endet mit der unverhohlenen Drohung: *Aber auch auf die schweren Folgen für Urheber und Verbreiter von unwahren Gerüchten sei mit allem Ernste hingewiesen*. Die Gerüchte um den Gefallenentod von Ludwig Högn zogen eine intensive Untersuchung durch die Schutzpolizei gegen eine Anzahl von Bürgern nach sich. In der Weißbierbrauerei war erzählt worden, dass *der Högn Ludwig gefallen* sei. Diese Information gab der Brauereibesitzer Sesselsberger an Balbina Schmidt, die in der Wirtschaft Burger beschäftigt war, weiter. Frau Schmidt wurde dann von Bürgermeister Weiß zu einer längeren Aussprache vorgeladen⁷⁶⁶. Wie die Sache ausgegangen ist, wird in den Akten nicht gesagt.

Im Juli 1943 wurde der Frisör Lehrling Adolf Eyerer wegen Gerüchtemacherei angezeigt⁷⁶⁷ und von der Schutzpolizei verhört. Der Anlass dafür war, dass Betty Friedl nach einer Übernachtung in München zu ihrer Frisöse sagte, *dass man so hört, dass Flugblätter abgeworfen worden sind mit dem Inhalt "Münchner sollen schleunigst die Stadt verlassen, sonst gehe es ihnen wie den Kölnern"*⁷⁶⁸. Dies hatte der Lehrling Eyerer mitgehört und machte dann später laut Niederschrift der Polizei folgende Angabe:

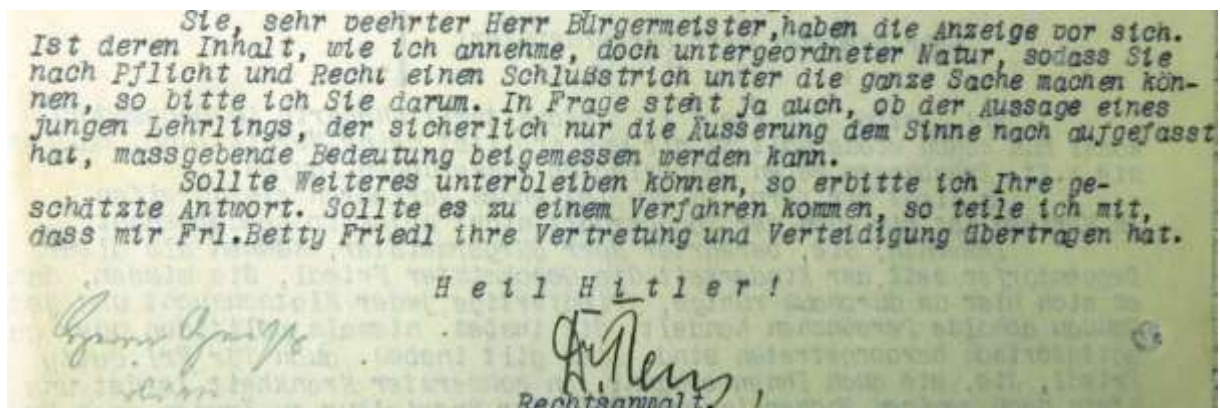


Kurz darauf habe ich das Gehörte dem Friseurgehilfen Karl W i e s e r , der den Max A m a n n bediente, unterbreitet. Andere Personen wurden von mir nicht unterrichtet. Gerüchtemacherei betreibe ich nicht. Ich meinte dabei nichts schlechtes. Ich will Soldat werden u. habe auch das grösste Interesse daran, dass wir den Krieg gewinnen. Einer strafbaren Handlung bin ich mir nicht bewusst. Mehr kann ich zur Sache nicht angeben."

v.g.u.u.

Adolf Eyerer

Bei ihrer Vernehmung durch die Schutzpolizei gibt Frau Friedl an, das Gerücht am Bahnhof in Plattling gehört zu haben und fügt dann hinzu: *Eine Gerüchtemacherei stelle ich entschieden in Abrede*. In ihrer Angst, ins Gefängnis zu müssen, wendet sie sich an den jetzt wieder als Rechtsanwalt tätigen Dr. Reus. Dieser schickt ein Schreiben an den Bürgermeister, in dem er die Geschwister Friedl als *ruhige, friedfertige und jeder Klatschsucht und jedem Raudau abholde Persönchen* schildert, die *niemals politisch oder gar agitatorisch hervorgetreten sind*⁷⁶⁹. Er bittet dann Weiß, das Verfahren einzustellen.



Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, haben die Anzeige vor sich. Ist deren Inhalt, wie ich annehme, doch untergeordneter Natur, sodass Sie nach Pflicht und Recht einen Schlussstrich unter die ganze Sache machen können, so bitte ich Sie darum. In Frage steht ja auch, ob der Aussage eines jungen Lehrlings, der sicherlich nur die Äusserung dem Sinne nach aufgefasst hat, massgebende Bedeutung beigemessen werden kann.

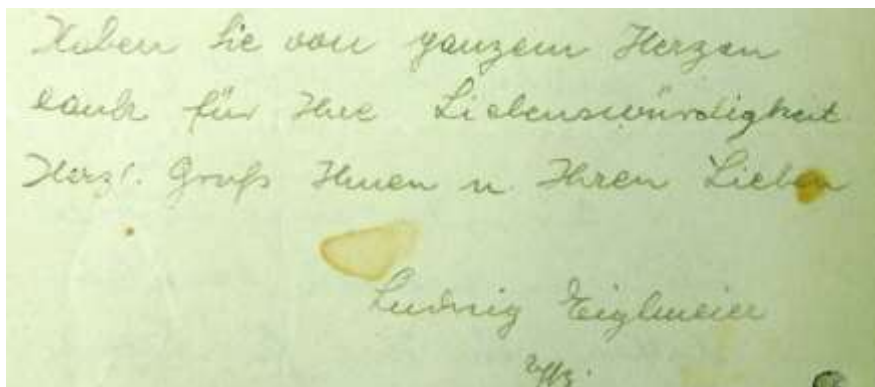
Sollte Weiteres unterbleiben können, so erbitte ich Ihre geschätzte Antwort. Sollte es zu einem Verfahren kommen, so teile ich mit, dass mir Frl. Betty Friedl ihre Vertretung und Verteidigung übertragen hat.

Heil Hitler!

Dr. Reus
Rechtsanwalt.

Es dürfte unwahrscheinlich sein, dass der Lehrling Eyerer juristisch belangt wurde. Bei Betty Friedl wissen wir genau, dass dies nicht der Fall war. Am 19. August 1943 bedankt sich ihr Bruder Ludwig

Eiglmeier in einem Schreiben aus dem Felde bei Weiß für dessen Hilfe⁷⁷⁰: *Aus weiter Ferne möchte ich Ihnen meinen Dank abstaten, für Ihre fürsorgliche Tätigkeit in Ihrer Funktion als Bürgermeister unserer Stadt, meiner Schwester gegenüber.* Der Brief endet so:

A photograph of a handwritten letter on aged, yellowed paper. The text is written in cursive and reads: 'Küben Sie von ganzem Herzen Dank für Ihre Liebenswürdigkeit Herzl. Gruss Ihnen u. Ihren Lieben Ludwig Eiglmeier 2/43'. There are some stains on the paper.

Es fällt auf, dass am Schluss die sonst übliche Grußformel *Heil Hitler* fehlt. Obwohl die Sache für die Betroffenen glimpflich ablief, zeigt allein schon die Tatsache, dass eine solch harmlose Äußerung von der Schutzpolizei untersucht wird und das Ergebnis dieser Untersuchung auf dem Schreibtisch des Bürgermeisters landet, wie das Regime die Menschen einschüchtern wollte.

Unter dem Vorwand, dass der *Feind mithört*, werden die Menschen in Pressekampagnen aufgefordert, nur über unverfängliche Dinge zu sprechen. *Und wer etwas ausplaudert, was geheim bleiben muß, der ist ein Verräter*⁷⁷¹.

A photograph of a propaganda poster with a yellow background and black text. The title is 'Um Eures Lebens willen: seht Euch vor!'. The text discusses food supply in Germany and warns against leaking information to the enemy.

**Um Eures Lebens
willen: seht Euch vor!**

Sprecht darüber, wie ordentlich wir gepflegt werden! Darüber, daß heute in Deutschland mehr Menschen mit Brot und Butter und Milch versorgt werden als jemals zuvor. Und darüber, daß immer noch jeder sogar sein frisches Weißbrot bekommt und hin und wieder auch ein paar Eier und ein paar schöne Äpfel!

Schimpft auch ruhig mal, wenn es nicht so klappt, wie es soll! Schimpfen erleichtert! Aber seht Euch vor und schweigt, wenn von der Arbeit gesprochen wird! Wer arbeitet, steht an der Front. Und wer etwas ausplaudert, was geheim bleiben muß, der ist ein Verräter! Denn er schadet uns. Und nutzt dem mörderischen Feind. Der folgt Euch wie ein Schatten. Hört mit und erfährt, aus welcher oder dritter Hand vielleicht, was ihr Euch im tiefsten Vertrauen erzählt. Darum schweigt!

Wie der nächste Bericht über eine Sitzung des Sondergerichts in Deggendorf zeigt, kann ein Verfahren wegen Gerüchtemacherei auch einmal mit einem Freispruch enden. Dies war aber sicher selten der Fall. Wenn in dem verbreiteten Gerücht der Staat, die Partei oder gar Hitler selbst kritisiert wurden, fiel dies unter das „Heimtückegesetz“ vom März 1933, und eine Bestrafung war obligatorisch. Das Urteil gegen die Katharina H. von Spitzberg im März 1941 zeigt dies⁷⁷².



Unter der Überschrift *Vergehen gegen das Heimtückegesetz* berichtet der *BO* über eine andere Sitzung des Sondergerichts in Deggendorf im Januar 1940. Der Angeklagte J. S. hatte in einer Gaststätte in Kirchberg behauptet, dass sich Hitler während des Polenfeldzugs gar nicht an der Front befunden hätte, sondern beim Stabe hinter der Front. Außerdem sei in Wien die Revolution ausgebrochen. Der Mann wurde offensichtlich denunziert, und mehrere Zeugen bestätigten, dass J. S. diese Äußerungen gemacht habe⁷⁷³. Interessant ist, welche Kriterien das Sondergericht für seine Urteilsfindung berücksichtigte.

Die Persönlichkeit des Angeklagten ist nicht einwandfrei. Er ist bereits fünfmal vorbestraft und zwar wegen Hausfriedensbruch, Körperverletzung, gefährlicher Körperverletzung, Bedrohuna und Sittlichkeitsverbrechen. Die über ihn eingeholten politischen Führungszeugnisse geben gleichfalls kein gutes Bild von ihm. Einmal war er sogar in Dachau im Konzentrationslager gewesen. Andererseits muß ihm wieder zugute gehalten werden, daß er den ganzen Weltkrieg mitmachte und verwundet wurde, daß er sechs eheliche Kinder hatte, von denen freilich nur eines mehr lebt, und einen Adoptivsohn großzog, sowie, daß seine Frau seit 13 Jahren erblindet ist. Jetzt steht er da und leugnet, oder will sich an nichts erinnern. Die Zeugenansage ist aber einwandfrei und erdrückend. Der Staatsanwalt beantragte fünf Monate Gefängnis unter Anrechnung von zweieinhalb Monaten Polizei- und Untersuchungshaft. Das Gericht erkannte auf fünf Monate Gefängnis unter Anrechnung von nur zwei Monaten Untersuchungshaft, da die Haltung des Angeklagten während der Verhandlung bewies, daß er durchaus noch nicht eine richtige Einstellung zu seiner Straftat gefunden habe. Der Haftbefehl wurde aufrecht erhalten, da der Vollzug der Strafe im Interesse der Öffentlichkeit ist.

— — x

Das Gericht urteilt also nicht so sehr über das „Verbrechen“ sondern über den „Verbrecher“. Die Persönlichkeit des Angeklagten, seine Vorstrafen aber auch die über ihn *eingeholten politischen Führungszeugnisse* werden als Kriterien für die Urteilsfindung erwähnt, das „Verbrechen“ selbst nicht. Wie dies bei der Justiz im „Dritten Reich“ immer üblicher wurde, sind der Strafantrag des Staatsanwaltes und die Entscheidung des Gerichts im Strafmaß identisch. Richard Grunberger schreibt dazu⁷⁷⁴: *Es wurde üblich, daß Richter und Staatsanwälte vor Beginn jeder Verhandlung miteinander konferierten, um das Ergebnis schon im voraus festzulegen.* Im Laufe des Krieges wurden die Strafen bei Vergehen gegen das Heimtückegesetz noch verschärft, wie die *Hinrichtung eines Berliner Geistlichen, der einen nazifeindlichen Witz erzählt hatte*, zeigt⁷⁷⁵.

Ein weiteres „Verbrechen“ in den Augen der Nationalsozialisten war „ehrloses Verhalten“. Damit bezeichnete man das Verhalten einer deutschen Frau, die mit einem Zwangsarbeiter oder einem Kriegsgefangenen eine Beziehung aufgenommen hatte. Die Behörden wurden über dieses Delikt meist von Denunzianten informiert. Dass es dabei auch manchmal zu falschen Beschuldigungen kam, zeigt die Verhandlung vor dem Landgericht Deggendorf im April 1941. Eine Frau aus Emmersdorf hatte gegen die Magd Anzeige erstattet, weil diese sich mit einem französischen Kriegsgefangenen, der auf dem Hof arbeitete *zu sehr...abgegeben* habe⁷⁷⁶. Sie sei auch einmal am Tisch mit den Gefangenen gesessen. Von den Burschen sei sie als *Franzosenschicks* bezeichnet worden. Die Magd erstattete allerdings Gegenanzeige wegen übler Nachrede, und die Frau wurde daraufhin zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. In der Revisionsverhandlung wurde die Strafe auf einen Monat reduziert. Der Artikel über die Verhandlung endet dann mit dieser moralisierenden Aufforderung: *Andererseits lehrt der Fall aber, daß ein Mädchen im Umgang mit Kriegsgefangenen nicht vorsichtig*

genug sein kann; aus einem harmlos gemeinten Lachen kann zu leicht der Vorwurf der Leichtfertigkeit und des unwürdigen Benehmens gemacht werden. Ab Mitte 1941 finden wir in den Monatsberichten des Regierungspräsidenten fast regelmäßig unter den Rubriken „Staatsfeinde“ oder „Kriegsgefangene“. Dort werden Zahlen gegeben, wie viele deutsche Frauen im Bezirk verbotenen Kontakt oder Geschlechtsverkehr mit meist polnischen Zwangsarbeitern oder Kriegsgefangenen hatten und dafür bestraft wurden. Für die Polen endete eine solche Beziehung meist am Galgen oder in der „Sonderbehandlung“, eine Tarnbezeichnung der Nationalsozialisten für „Hinrichtung“. Auch in unserer Region gab es zahlreiche solcher Fälle. Am 1. August 1941 wurde eine 35-jährige Frau aus Freundorf vor dem Sondergericht in Deggendorf verhandelt. Sie hatte sich mit einem polnischen Kriegsgefangenen befreundet und ein Kind von ihm bekommen, das aber nach wenigen Tagen starb. Als strafmildernde Gründe werden angeführt, dass der Angeklagten das Zeugnis *eines arbeitsamen und ordentlichen Mädchens ausgestellt wird*. Sie sei wohl den Annäherungsversuchen des Polen aus *einem gewissen Liebesbedürfnis* nicht genügend entgegengetreten. Trotzdem wurde die Frau zu 1 Jahr und 5 Monaten Zuchthaus verurteilt⁷⁷⁷. Im Herbst 1942 häufen sich die Urteile wegen "ehrolosem Verhalten". Allein im Oktober wird über sieben Verfahren berichtet. Verurteilte Frauen kamen aus den Landkreisen Straubing, Grafenau⁷⁷⁸ und Deggendorf⁷⁷⁹. Im November 1942 verurteilte das Sondergericht Regensburg eine 26-jährige Frau für *schamloses Verhalten* zu 2 Jahren Zuchthaus⁷⁸⁰. Hier der Wortlaut des Berichts:

Straubing, 2. Nov. (Zuchthaus für schamloses Verhalten.) Vor dem Sondergericht Regensburg hatte sich die 26-jähr. led. Maria Berlinger aus Rogging zu verantworten, die sich mit einem an ihrem Arbeitsplatz eingelebten französischen Kriegsgefangenen in intime Beziehungen einließ. Wegen dieses schamlosen Verhaltens verurteilte sie das Sondergericht Nürnberg bei einer Sondertagung in Regensburg zur Zuchthausstrafe von 2 Jahren und zum Verlust der Ehrenrechte auf 2 Jahre.

In den meisten Fällen werden die schuldig gesprochenen Frauen, besonders wenn sie mit einem Polen eine Beziehung aufgenommen hatten, *auf längere Zeit in ein Konzentrationslager überführt*⁷⁸¹. Die Berichte über die Verurteilungen sind jetzt sehr kurz und außer den Namens- und Ortsangaben im Wortlaut praktisch identisch⁷⁸²:

Ehroloses Verhalten!
nig. Bayreuth, 22. Sept. Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei teilt mit:
Am 29. August wurde Franziska Meisinger, zuletzt in Wegscheid beschäftigt, auf längere Zeit in ein Konzentrationslager übergeführt. Sie hat sich in ehrovergeßener Weise mit einem Polen eingelassen.

Ehrloses Verhalten

nig. Bayreuth, 27. Okt. Der Reichsführer
 ⚡ und Chef der Deutschen Polizei teilt mit:
 Am 8. Oktober wurde Barbara Dir-
 jherl von Rannersdorf (Landkreis
 Roding) auf längere Zeit in ein Konzen-
 trationslager übergeführt. Sie hat sich in
 ehrvergessener Weise mit einem Polen ein-
 gelassen.

Diese Berichte wurden wahrscheinlich zur Abschreckung in die Zeitung gesetzt. 1943 geht die Zahl der Berichte über Verurteilungen wegen "ehrlosem Verhalten" zurück. Der Ton der Überschriften wird allerdings rauer. Sie lauten jetzt *Ehrlose Frauensperson*⁷⁸³ oder *Ehrvergessenes Weibsbild*⁷⁸⁴.

Ehrvergessenes Weibsbild. Der Reichsfüh-
 rer SS. und Chef der Deutschen Polizei teilt
 mit: Am 6. März 1943 wurde Frieda Nestl
 von Deggendorf auf längere Zeit in ein Kon-
 zentrationslager überführt. Sie hat sich in
 ehrvergessener Weise mit einem Polen ein-
 gelassen.

Es ist nicht bekannt, wie lange diese verurteilten Frauen im KZ waren. Zwei Frauen *starben später im KZ Auschwitz*⁷⁸⁵. Das Schicksal der betroffenen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter ist aber bekannt. Sie wurden bis 1943 *in der Nähe des früheren Arbeitsortes* erhängt, weil sie *intime Kontakte mit deutschen Frauen* gehabt hatten.⁷⁸⁶ Zur Abschreckung wurden die Zwangsarbeiter aus der Umgebung an dem Erhängten vorbeigeführt.



(Foto: Muggenthaler, Verbrechen Liebe, 11)

Auf dem Bild ist zu erkennen, dass die Menschengruppe gezwungen wurde, der Hinrichtung beizuwohnen. Die aufgenähten Quadrate an der Kleidung der Menschen lassen darauf schließen,

dass es sich um Fremdarbeiter handelt. Dies ist eines von fünf Fotos von einer Ausstellung in Flossenbürg über die Hinrichtung eines unbekanntem Polen⁷⁸⁷.

Der Journalist Thomas Muggenthaler fand im Staatsarchiv Amberg Unterlagen von 22 Fremdarbeitern, die in der Nähe des Arbeitsplatzes, und von 4 Polen, die im KZ getötet wurden. Da Muggenthaler die Namen der wegen „ehrlosem Verhalten“ verurteilten deutschen Frauen oft nicht nennt, ist es schwierig, die in den Zeitungsberichten genannten Frauen in Verbindung mit den hingerichteten Polen zu bringen. Im Fall von Maria Einweck aus Schafberg scheint dies zu gelingen. Am 1. Oktober 1942 bringt der *DB* die Meldung über die Einlieferung von Maria Einweck in das Konzentrationslager.



Dieser Pole war mit größter Wahrscheinlichkeit Stanislaw Arciszewski. Er war im Frühjahr 1940 als Zwangsarbeiter auf einen Bauernhof in Schafberg gekommen⁷⁸⁸.



Eine deutsche Magd auf dem Bauernhof bringt am 4. Dezember 1941 ein Kind zur Welt und gibt zu, dass der Vater der Pole Arciszewski sei. Dieser wird daraufhin verhaftet und am 3. September 1942 in einem Wäldchen in der Nähe des Bauernhofes hingerichtet⁷⁸⁹.

erspart. Deshalb und weil Obersimbach ein gutes Stück von Zolling entfernt liegt, ist diese Maria wahrscheinlich nicht die in der Meldung des *DB* genannte Maria Nachtmann. Die Hinrichtung von Stanislaw Strychalski fand am 27. August 1942 *an einem Waldrand bei Gödert, einem Weiler bei Zolling, statt*⁷⁹¹.



(Foto: Franz Strunz)

Dies könnte der Ort der Hinrichtung im Wäldchen bei Gödert gewesen sein. Wer die Plastiktafel an den toten Baumstumpf angebracht hat und was die Zeichnung darauf bedeutet, lässt sich nicht sagen.

Zuvor hatte Stanislaw wohl am gleichen Tag der Hinrichtung eines anderen Polen in Rain bei Straubing beiwohnen müssen⁷⁹². Um möglichst effizient zu arbeiten, versuchte das Exekutionskommando, das die Häftlinge von Flossenbürg zur Hinrichtung in der Nähe ihrer Arbeitsplätze transportieren musste, an einem Tag zwei Exekutionen durchzuführen, wenn sich die Hinrichtungsorte in geographischer Nähe befanden.

Ob es eine Verbindung zwischen Anna Geiß und Michal Kycia , der am 12. November 1942 ebenfalls in Zolling an der gleichen Stelle hingerichtet wurde, gab, lässt sich auch nicht genau sagen. Dafür sprechen würde, dass sowohl Anna Geiß wie auch die Geliebte des Michal Kycia *Ende Oktober 1942* ins KZ Ravensbrück eingeliefert wurden⁷⁹³. Dagegen spricht, dass Michal Kycia am gleichen Waldrand bei Zolling ermordet wurde wie Stanislaw Strychalsky zweieinhalb Monate vorher. Dieser Platz ist aber von der Deggenau relativ weit entfernt. Hatte ihn das Exekutionskommando deshalb wieder gewählt, weil er sich bei der Hinrichtung von Stanislaw Strychalsky „bewährt“ hatte?

Bei diesen Exekutionen waren in der Regel der Bürgermeister der Gemeinde, der Landrat und der Kreisleiter anwesend. Der Deggendorfer Landrat Seyfferth gibt an, dass er *diesen Hinrichtungen bewusst aus dem Weg* gegangen sei und *bei beiden Fällen in seinem Landkreis nicht anwesend gewesen* sei⁷⁹⁴. Kreisleiter Konrad Hain wird bei den Hinrichtungen wohl dabei gewesen sein. Nach dem Krieg schwieg die Bevölkerung über diese Verbrechen. Auf Anfrage teilte der Bürgermeister von Auerbach mit, dass es in Zolling, wo innerhalb von zweieinhalb Monaten zwei Polen hingerichtet wurden, keine Erinnerungstafel gebe. Ein Anwohner berichtete jedoch, dass es früher schon eine solche Tafel gegeben habe, diese dann aber „weggekommen“ sei. Dagegen hat die Gemeinde Zachenberg dem am Ortsrand am 8. Mai 1942 hingerichteten Polen Josef Trzeciak⁷⁹⁵ 2012 eine Gedenktafel gewidmet. Trotz des Widerstandes eines Teils der Pfarrei scheint Pfarrer Meier von Ruhmannsfelden der Initiator dieses Projektes gewesen zu sein. Dies ist der Kommentar eines seiner Pfarrangehörigen⁷⁹⁶: *Der wenn nicht aufhört mit seinem Scheiß, dann geh ich ihm nicht in seine Kirche*. Zusammen mit der Zeitzeugin Maria Engl und dem Gemeinderat gelang es dem Pfarrer, den Gedenkstein beim Wäldchen, wo Josef gehängt worden war, aufzustellen.



(Foto: Franz Strunz)

Ab Ende 1942 hören die Berichte in der Presse über Exekutionen von Polen auf. Das bedeutet aber nicht das Ende der Ermordungen. In den Monatsberichten gehen die Eintragungen zu „Verbotener Geschlechtsverkehr“ bis Mai 1944 weiter. In diesem Monat kamen 15 Polen dafür ins KZ und 6 Polen erhielten „Sonderbehandlung“. Laut Landrat Seyfferth hatten die Exekutionen *Empörung unter der Landbevölkerung ausgelöst*. Dies war wohl der Grund, warum ab 1943 die Zeitungen nicht mehr über sie berichteten und man die Hinrichtungen in das KZ Flossenbürg verlegte. Diese Brutalität des Vorgehens gegen die polnischen Zwangsarbeiter hatte ihre Ursache in der Rassenideologie der Nationalsozialisten. Die Polen wurden als "Untermenschen" betrachtet, mit denen man möglichst wenig Umgang haben sollte. So sollten auch möglichst die Mahlzeiten getrennt eingenommen werden. Freundschaftliche oder gar sexuelle Kontakte seien eine Gefahr für das deutsche Volkstum⁷⁹⁷ und Verrat an den Soldaten an der Front⁷⁹⁸.

Ganz verwerflich ist es aber, wenn deutsche Mädchen und Frauen sich nicht scheuen, mit Kriegsgefangenen in nähere Beziehungen zu treten. Wie wollen diese Ehrvergessenen einmal unseren Soldaten gegenüberreten, welche an den Fronten täglich und stündlich ihr Leben einsehen? Wie wollen sie bestehen vor dem heiligen Opfer, das deutsche Soldaten mit ihrem Leben für die Größe des Vaterlandes und die Freiheit des deutschen Volkes geben? Denken wir doch auch immer daran, daß unsere Väter, Gatten, Brüder und Söhne, die in fremder Kriegsgefangenschaft schmachten, niemals und nirgends entfernt so anständig und gerecht behandelt werden, wie die Gefangenen bei uns!
Darum: Abstand und Haltung im Umgang mit Kriegsgefangenen!

Das Ergebnis dieser Hetze war, dass laut Michael Westerholz sechs Auerbacher Lynchjustiz an einem Polen übten, der ein Auerbacher Mädchen geschwängert hatte. Sie verschleppten ihn *in den nahen Wald und folterten ihn, dann hängten sie ihn auf*⁷⁹⁹. Dieser Mord sei nie gesühnt worden. Auf Nachfrage gab ein Zeitzeuge, der über die Morde an Polen in unserer Gegend von seiner Mutter gut informiert war, an, dass er von diesem Verbrechen nichts gehört habe.

Gegen die polnischen Arbeiter ging man auch wegen anderer Delikte brutal vor. Wer einen Deutschen angriff oder auch nur bedrohte, wird zum Tode verurteilt⁸⁰⁰.

Hinrichtung von Volksschädlingen
VPM. Am 29. September 1942 ist der am 8. 2. 1922 in Krebsdorf (Kroatien) geborene Franz Nowakowski hingerichtet worden, den das Sondergericht in München auf Grund der Polenstrafrechtsverordnung zum Tode verurteilt hat. Der Pole Nowakowski hat den Bauern, bei dem er beschäftigt war, tödlich angegriffen und mit einer Eisenstange bedroht.

„Rundfunkverbrechen“ war eine weitere Wortschöpfung der Nationalsozialisten. Das Wort basierte auf der am 7. September 1939 veröffentlichten Verordnung über das Verbot des Abhörens ausländischer Sender. Das Abhören solcher Sender wird mit Zuchthaus bestraft. *Wer Nachrichten ausländischer Sender, die geeignet sind, die Widerstandskraft des deutschen Volkes zu gefährden, vorsätzlich verbreitet, wird mit Zuchthaus, in besonders schweren Fällen mit dem Tode bestraft*⁸⁰¹. Unter der Überschrift *Welche Sender darf man abhören?* listet im Juli 1940 die BO 73 Sender im Reichsgebiet und Generalgouvernement auf⁸⁰². Alle anderen empfangbaren Sender seien *Auslandslandssender*, deren Abhören verboten sei. Im Mai 1942 lautet eine Überschrift im DB: *Wer*

*Auslandssender hört, ist ein Volksschädling*⁸⁰³. Er schädige bewusst *den Abwehrwillen des deutschen Volkes durch geistige Selbstverstümmelung*. Der Artikel endet dann mit der unverhohlenen Drohung: *Wie Volksschädlinge behandelt werden, das dürfte heute im 3. Kriegsjahr jedem bekannt sein*. Die Aufdeckung dieser „Vergehen“ geschah meist durch Denunziation. Hier ein Beispiel vom Sondergericht in Deggendorf. Dieses hatte schon im Januar 1940 einen Fall von "Rundfunkverbrechen" behandelt. Zwei Männer aus Rabenstein waren vom *Bürgermeister und Ortsgruppenleiter, dem L. schon seit längerer Zeit politisch nicht ganz einwandfrei erschien*, beim Abhören des Straßburger Senders überrascht worden. Da L. als *braver Arbeiter* galt und Mitglied der NSV und des Sudetendeutschen Heimatbundes war, kam er mit einer Strafe von 7 Monaten davon. Das Rundfunkgerät von L. wurde beschlagnahmt. Der andere Mann gab *glaubhaft* an, dass er *keinerlei Interesse an der Sendung hatte und sie auch gar nicht richtig gehört habe*⁸⁰⁴. Wohl zur Abschreckung erscheinen im November 1942 gleich zwei Artikel über die Bestrafung von Schwarzhörern, die jetzt auch beim Namen genannt werden. Hier der erste dieser Artikel⁸⁰⁵.

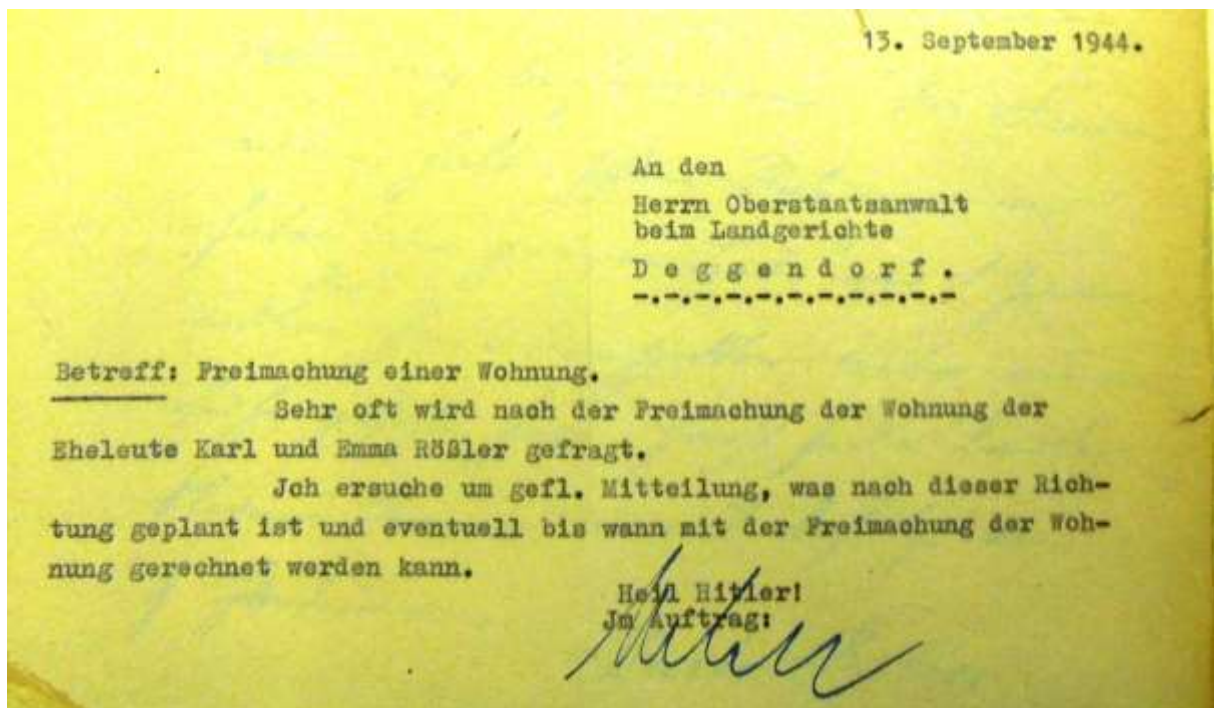


Es werden dann noch die Verfahren gegen vier weitere "Rundfunkverbrecher" aufgeführt. Eines der Urteile liegt bei 8 Jahren Zuchthaus, weil der Beschuldigte die abgehörten Nachrichten weiterverbreitet hatte. Wie rigoros und voller Hass man gegen Schwarz Hörer vorging, zeigt eine andere Überschrift vom gleichen Monat zum Thema "Rundfunkverbrechen"⁸⁰⁶:



Sechs solcher "Verbrecher" werden namentlich aufgeführt. Sie wurden zu jeweils 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. In den folgenden Kriegsjahren erscheinen keine weiteren Berichte über Verfahren gegen das Abhören ausländischer Sender, wie auch die Berichterstattung über die Arbeit der Sondergerichte anscheinend ebenfalls eingestellt worden war. Doch die Behörden verfolgten weiterhin das Abhören ausländischer Sender rigoros. Als ob man keine größeren Probleme in dieser Zeit gehabt hätte, wurden laut Monatsbericht noch im Februar 1945 im Bezirk 32 Personen wegen „Rundfunkverbrechen“ angezeigt. In Deggendorf wurden 1944 zwölf Personen wegen Schwarzhörens verhaftet⁸⁰⁷. Im Monatsbericht vom Juni 1944 heißt es dazu, dass eine Gruppe von 15 Hörern ausländischer Sender festgestellt und davon 12 Personen festgenommen worden seien. Drei von diesen seien *ausgesprochene Staatsfeinde, einer ein Halbjude und ehemaliger Marxistenführer*. Es heißt dann weiter, dass *unter der Führung des vorbestraften Radiogeschäftsinhabers Karl Rößler die Gruppe fortgesetzt die Nachrichten des Schweizer und Londoner Senders gehört und weiterverbreitet habe*. Karl Rößler, Norbert Nirschl und Berthold

Heckscher wurden am 8./9. November 1944 zum Tode verurteilt, da sie zusätzlich noch *wiederholt anderen gegenüber schwer zersetzende Äußerungen getan* hätten⁸⁰⁸. Rößlers Frau, Emma, die ebenfalls verhaftet worden war, wurde zu drei Jahren Zuchthaus wegen Verbreitung von *Nachrichten eines Feindsenders* verurteilt. Es muss doch sehr befremden, dass Bürgermeister Weiß am 13. September, also fast zwei Monate vor der Urteilsverkündung bei *Herrn Oberstaatsanwalt beim Landgerichte Deggendorf* anfragt, *bis wann man mit der Freimachung der Wohnung Karl und Emma Rößler rechnen kann*⁸⁰⁹.



Die weiteren Vorgänge zu diesem Thema wurden von Georg Haberl und Michael Westerholz⁸¹⁰ schon eingehend behandelt, sodass sie in dieser Arbeit nicht mehr näher dargestellt werden müssen.

Das Leben der Menschen in Deggendorf in den letzten Monaten des "Dritten Reiches".

Ab 1. September 1944 treten die Maßnahmen zur totalen Kriegsführung in Kraft. Das hat die Schließung sämtlicher Theater, Orchester und zahlreicher Verlage zur Folge. Die freigesetzten Kräfte sollten der Rüstungsindustrie oder der Wehrmacht zugeführt werden⁸¹¹. Die Zahl der Tageszeitungen wird nochmals eingeschränkt und deren Umfang mit Ausnahme der Wochenendausgabe auf vier Seiten begrenzt.

Mit der 68. Zuteilungsperiode im Oktober wird eine neue Sammelkarte für alle Lebensmittel eingeführt. Dies spare an die *300 Millionen Lebensmittelkarten je Zuteilungsperiode*. Gleichzeitig wird die Wochenarbeitszeit in der *öffentlichen Verwaltung und den Büros der Wirtschaft* auf 60 Stunden erhöht. Für die Arbeiter gilt diese Regelung nur bedingt. Laut Reichsarbeitsblatt entscheidet der Betriebsführer, was er seinen Arbeitern zumuten kann, ohne deren Arbeitskraft zu schaden. So könne die Zulagenkarte für Langarbeit schon gewährt werden, wenn die *vorgeschriebene Mindestarbeitszeit (55 Stunden bei Männern und 52 1/2 Stunden bei Frauen und Jugendlichen) erreicht wird*⁸¹².

Gegen Ende 1944 scheint die Parteiführung in Deggendorf allmählich die Kontrolle über die Geschehnisse zu verlieren. Dies wurde zum Teil durch den schon erwähnten verstärkten Zustrom von Rückgeführten und Flüchtlingen verursacht. Die Stadt ist verpflichtet, sofort telefonisch alle neuankommenden Personen an die NSV zu melden. Wieviele verschiedene Arten von Lagern es im Landkreis inzwischen gab, zeigt ein Aufruf an die Flüchtlinge, die nicht *in den Lagern der Volksdeutschen Mittelstelle untergebracht sind und auch vom Volksbund für das Deutschtum im Ausland (V.D.A.) noch nicht erfaßt wurden*, sich bei der Kreisleitung zu melden⁸¹³. Im März 1945 ergeht ein weiterer Aufruf an die Umquartierten, sich bei der NSV zwecks Familienzusammenführung namentlich zu melden. Dies deutet schon darauf hin, dass die NSV selbst nicht mehr im Besitz zuverlässiger Informationen über die in der Stadt verweilenden Flüchtlinge ist⁸¹⁴:

Umquartierte herhören! Umquartierte, die vermuten, daß sie von Angehörigen gesucht werden, sollen umgehend auf einer Postkarte Namen und derzeitigen Wohnort an das Kreisamt für Volkswohlfahrt Deggendorf einsenden. Sofortige Erledigung erspart unnötige Sorgen und Arbeit.
 Alle Säuglingschwestern, Volkspflegerinnen und sonstige Fachkräfte der NSV, die sich im Kreisgebiet Deggendorf als Umquartierte befinden, haben sich umgehend beim Kreisamt für Volkswohlfahrt Deggendorf zu melden.

Wie überfüllt die Stadt schon 1944 war, zeigt die Antwort von Bürgermeister Weiß im August 1944 auf eine Anfrage nach einem Quartier⁸¹⁵.

Der Bürgermeister der Stadt Deggendorf.
 Deggendorf, den 3. August 1944.
 Konzept.
 I. Herrn Eugen Riedinger
 (13b) München 19
 Allersheim-Neuhausen
 Dom Peter Platz.
 Auf Ihre Anfrage vom 29.7. teile ich mit, daß Deggendorf als Aufnahmeort für Hamburger und Wiener schon so überfüllt ist, daß Privatquartiere nicht mehr verfügbar sind, nachdem auch noch Beschäftigte bei der Industrie untergebracht werden mußten. Es tut mir daher leid, Ihnen ein Quartier nicht zuweisen zu können.
 Im Auftrag:

Mit der jetzt katastrophalen Wohnraumnot und der verzweifelten Kriegslage wird auch der Ton immer drohender, in dem die Wohnungsinhaber vor jeden Versuch gewarnt werden, die

beschlagnahmten Räume in irgendeiner Weise zu verändern. Das wird mit Sabotage gleichgesetzt und entsprechend bestraft⁸¹⁶.



Kurz vor Kriegsende muss die Stadt nochmals 350 evakuierte *Ungarn-Angehörige der Kriegsteilnehmer auf deutscher Seite* aufnehmen. Für diese sollte eine 50 m lange und 10 m breite Unterkunftsbaracke und eine Küchenbaracke aufgestellt werden. Einschließlich der Inneneinrichtung wurden die Kosten auf 31.000 RM geschätzt. Die Baracke sollte von der Krankenhausstiftung finanziert werden. Noch keine Einigung bestand zum Zeitpunkt der Beratung darüber, wo die Baracke aufgestellt werden sollte⁸¹⁷. Sie wurde jedoch errichtet, denn am 15. März fand im ungarischen Lager die *Ungarische Nationalfeier* statt, über die der DWK erst am 11. April berichtet. Der Lagerführer begrüßte dazu *den Beisitzer der Gemeinde und den Ortsgruppenleiter*. Es fällt auf, dass die örtlichen Führer nicht mehr namentlich genannt werden. Die Rückführung *frontfähiger, rüstiger und gut genährter* ungarischer Soldaten erzeugte laut dem Monatsbericht vom Februar 1945 immer größeren Unwillen in der Bevölkerung. Man sei der Meinung, dass sie lieber *ihre Heimat an der Front* verteidigen sollten.

Auch die Versorgung der ansteigenden Zahl der Umquartierten wird immer schwieriger. So gäbe es Engpässe mit Obst und Gemüse gerade in ländlichen Gebieten, da wegen der häufigen Eigenversorgung der dortigen Bevölkerung die Geschäfte dort kein Obst führen. Es ergeht der Aufruf, dass die Umquartierten bei Bauern mithelfen sollen. Dann würden sie diese auch mit Obst und Gemüse versorgen⁸¹⁸. Dazu kommen noch die anderen Versorgungsengpässe. So muss der Verkauf von Geschirr an Fliegergeschädigte nach der Personenzahl der Familie kontingentiert werden, da die *knappen Bestände an Glas und Porzellan zur Belieferung nicht ausreichen*⁸¹⁹.

Nach der kurzen Erholung vom Herbst 1942 bis Juni 1943 ging es mit den Lebensmittelrationen und der Organisation der Zuteilung dieser Rationen wegen der sich verschlechternden Kriegslage abwärts. 1944 beträgt die monatliche Fleischration nur noch etwa 1 kg, was einer wöchentlichen Menge von 250 g entspricht⁸²⁰. Im September 1944 wird auch die Brotration auf 2.225 g gekürzt. Sie sei damit zwar um 175 g geringer als zu Beginn des Krieges, *aber immer noch um 225 g höher als bei der bisher niedrigsten Ration, die vom 1. April bis 19. Oktober 1942 galt*⁸²¹. In dieser Zeit beginnt auch die sicher komplexe Organisation der Verteilung der Rationen Probleme zu bereiten. So kann man plötzlich im Juli 1944 Fett und Käse ohne Bestellscheine beziehen.

Fett und Käse in Zukunft ohne Bestellscheine
Die Lebensmittelzuteilung vom 24. Juli bis 20. August 1944

Der Grund dafür war, dass *der Umfang der Umquartierungen zu technischen Schwierigkeiten in der Benutzung der bestellscheingebundenen Fettkarten geführt hatte*⁸²². Zwei Monate später fallen Zucker- und Marmeladekarten zusammen, wobei jetzt die zugeteilten Mengen im Verhältnis austauschbar sind⁸²³. Die zugeteilten Rationen bleiben fast unverändert. Bei Brot wird allerdings die Zoneneinteilung verändert. In Zone 1, welche die Kerngebiete des Reiches umfasst, beträgt der Roggenanteil 65%, in den übrigen Gebieten beträgt er 75%. In der 68. Zuteilungsperiode gibt es einen Austausch zwischen Fett und Schweinefleisch. Für 125 g Fett bekommen die Verbraucher jetzt 200 g des sonst so knappen Schweinefleisches, *weil in den kommenden Monaten aus verschiedenen Gründen vorübergehend mit einem verstärkten Fleischanfall zu rechnen ist*⁸²⁴. Auch die Organisation der Versorgung wird durch die in die Stadt strömenden Flüchtlinge immer schwieriger. So müssen Anfang März 1945 die Verbraucher, die 150 kg Kartoffel eingelagert hatten, *von diesen Vorräten wieder 25 kg pro Kopf abgeben. Diese Kartoffeln werden zur Versorgung der Flüchtlinge aus dem Osten und Westen benötigt*⁸²⁵. Ende März 1945 gibt es Butter statt Butterschmalz, weil wegen Transportproblemen die Butterschmalzlieferung nicht in der Stadt eingetroffen war⁸²⁶.

Ausgabe von Molkerei- oder Landbutter anstelle von Butterschmalz. Der Milch-, Fett- und Eierwirtschaftsverband Bayreuth teilt mit: Das für die Verteilung auf den Abschnitt C der Grundarten der 73. Zuteilungsperiode vorgesehene Butterschmalz konnte mit Rücksicht auf die allgemeine Transportlage dem Groß- und Kleinhandel noch nicht zugeführt werden. Da der Zeitpunkt der Auslieferung noch nicht abzusehen ist, können die Kleinverteilnehmer die Abschnitte C der Grundarten anstelle von 100 g Butterschmalz mit 125 g Molkereibutter oder Landbutter beliefern. Letzgenannte Buttersorte kann von Landbutter-Bezirks sammelstellen oder Landbutter erfassenden Molkereien durch deren Sammler bezogen werden.

Im Jahr 1945 werden die zugeteilten Lebensmittelrationen nochmals gekürzt. Da die Versorgungslieferungen aus den *landwirtschaftlichen Überschussgebieten* ausbleiben, werden die 72. und 73. Zuteilungsperioden um eine Woche verlängert. Die zugeteilten Lebensmittel müssen statt 8 Wochen jetzt 9 Wochen reichen⁸²⁷.

Änderung in der Lebensmittelzulage

Berlin, 5. Februar. Die militärischen Operationen in den landwirtschaftlichen Ueberschussgebieten des deutschen Ostens und die starke Anspannung auf allen Gebieten des Transportwesens erfordern in der Ernährungswirtschaft eine Anpassung an die Lage. Es werden Einsparungsmaßnahmen notwendig, deren endgültige Regelung sich naturgemäß im Augenblick noch nicht durchführen lässt.

Es wird auch angekündigt, dass bei Zucker *die kriegsbedingten Ausfälle besonders hoch* seien und dass es deshalb in der 74. Zuteilungsperiode keinen Zucker geben werde. Anfang März werden in der 73. Zuteilungsperiode die Rationen weiter gekürzt, wobei die Brotration beinahe halbiert wurde⁸²⁸.

△ Berlin, 1. März. Mit Rücksicht auf die durch die Entwicklung der letzten Wochen veränderte Versorgungslage, insbesondere wegen der Sicherstellung der Versorgung der zahlreichen Rückgeführten aus dem Osten, sind außer der Verlängerung der Lebensmittelkarten für die 72. und 73. Zuteilungsperiode um insgesamt eine Woche vorübergehend weitere Rationskürzungen erforderlich. Diese Rationskürzungen betragen für die 73. Zuteilungsperiode bei Roggenbrot grundsätzlich 1000 Gramm, bei Nahrungsmitteln 250 Gramm und bei Fett 125 Gramm. Bei Kindern von drei bis zehn Jahren beträgt die Kürzung bei Brot nur 500 Gramm, die Brotration der Kleinkinder bis zu drei Jahren wird nicht herabgesetzt. Gleichzeitig werden die Selbstversorgungsrationen noch stärker gekürzt. Die infolge der Kürzung ungünstig werdenden Kartenabschnitte der 73. Zuteilungsperiode sind am Schluss dieser Veröffentlichung aufgeführt.

Knapp einen Monat später werden die Rationen der 74. Zuteilungsperiode, der letzten im "Dritten Reich", bekanntgegeben⁸²⁹.

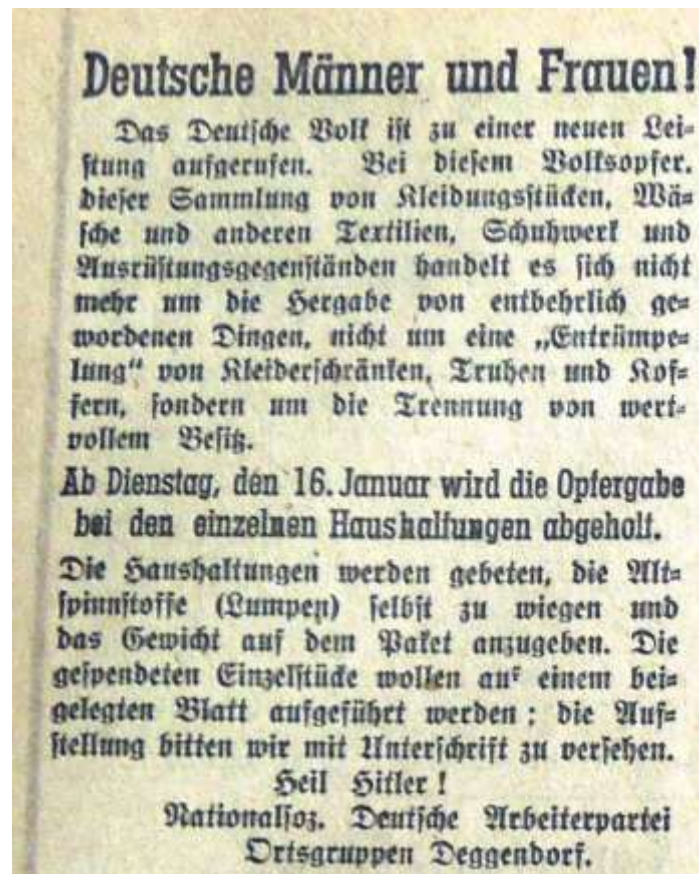
Fleisch: a) Normalverforaunoberechtiäte (einschließlich ausländ. Zivilarbeiter) 250 Gramm, b) Jugendliche von sechs bis 18 Jahren 300 Gramm, c) Kinder bis zu sechs Jahren 100 Gramm, d) Zulagen für Schwerarbeiter 350 Gramm, e) Zulagen für Schwerarbeiter 600 Gramm.
Fett: a) Normalverforaunoberechtiäte (einschließlich ausländische Zivilarbeiter) 125 Gramm, b) Jugendliche von sechs bis 18 Jahren 165 Gramm für drei Wochen) 208 Gramm, c) Kinder bis zu sechs Jahren 125 Gramm, d) Zulagen für Schwerarbeiter (170 Gramm für drei Wochen) 57 Gramm, e) Zulagen für Schwerarbeiter (600 Gramm für drei Wochen) 207 Gramm.
Nährmittel: Einbittlich 225 Gramm für drei Wochen.
Zucker oder Marmelade in doppelter Menge. a) Grundsätzlich 125 Gramm je Woche, b) für Jugendliche von sechs bis 18 Jahren 500 Gramm für drei Wochen.
Kunstbrot: An Kinder bis zu sechs Jahren 125 Gramm in drei Wochen.
Käse: 62,5 Gramm in drei Wochen.
Quark: 125 Gramm in drei Wochen.
Kaffee-Ersatz: 100 Gramm in drei Wochen.
Kindersäckchenmehl nur für Kinder bis zu sechs Jahren, 250 Gramm in drei Wochen.
 Die Abgabe der genannten Rationen auf die einzelnen Nummernabschnitte wird in der Woche vor Beginn der neuen Rationsperiode durch Plakat bekanntgegeben.

Es fällt auf, dass es jetzt wieder Zucker gibt, dass die Fleischrationen gleich geblieben sind und dass sich die Brotrationen im Vergleich zu der vorherigen Zuteilung sogar etwas erhöht haben. Natürlich drängt sich hier die Frage auf, ob man angesichts der bevorstehenden Niederlage die Vorratslager einfach räumen wollte. Die andere Frage ist, inwieweit die Menschen angesichts der Verhältnisse und der Transportlage die angekündigten Waren überhaupt bekamen. Auch der Regierungspräsident beklagt im Februar 1945 ganz offen, dass die örtlichen Lebensmittellager leer werden, aber wegen der Transportprobleme keine neuen Lieferungen gemacht werden können. Auf jeden Fall herrschte in den letzten Kriegswochen eine akute Knappheit an Lebensmitteln. In der Beschreibung des Zustroms der Umsiedler heißt es in der Chronik des Redemptoristenklosters Halbmeile⁸³⁰: *Auch ganz entlegene Höfe haben Gäste. So werden die Lebensmittel knapper und alle Lebensbedürfnisse noch rarer.*

Als sich die Ausrüstungslage der Wehrmacht gegen Kriegsende drastisch verschlechterte, wurde am 5. Januar 1945 die Sammelaktion *Volksopfer für Wehrmacht und Volkssturm* ausgerufen⁸³¹. In insgesamt 60.000 Annahmestellen sollten Kleidung und alle möglichen Ausrüstungsgegenstände abgegeben werden. Bis zum 11. Februar hatte man so 80.000 Tonnen Textilien eingesammelt. Auch in Deggendorf gab es drängende Aufrufe zum Volksopfer⁸³². Laut Regierungspropaganda sollte dies ein Beitrag zum *Endkampf für den Sieg* sein.



In Deggendorf wurde der Druck auf die Menschen, sich von ihren Habseligkeiten zu trennen, noch verstärkt, indem man die Gegenstände *bei den einzelnen Haushaltungen* abholte⁸³³.



Einige Tage später heißt, dass die Bürger, die bei der Sammlung nicht angetroffen worden waren, die Sachen *unverzüglich* bei der Sammelstelle abgeben sollen. Und dies ist zugleich die letzte Erwähnung des Volksopfers⁸³⁴:



Auch die Parteiorganisation versuchte auf fast bizarre Weise zur *Ausrüstung der neu aufgestellten Einheiten* beizutragen und zwar mit der Ablieferung der Vorhänge aller Parteidienststellen⁸³⁵.

NSDAP - Kreisleitung Deggendorf
Kreis-Organisationsamt
Beauftragter f. Altmaterialerfassung.

Deggendorf, den 16. Jan. 1945

Rundschreiben Nr. 5/45

Betrifft: "Volksopfer".

Der Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar hat unterm 11.1.1945 nachstehende Verfügung erlassen:

"Zur Ausrüstung der neu aufgestellten Einheiten der Wehrmacht und des Deutschen Volkssturmes, sowie zur Sicherstellung der vordringlichsten Bedürfnisse der fliegergeschädigten Volksgenossen und des für die biologische Erhaltung unseres Volkes entscheidenden Bedarfes an Säuglings- und Kleinkinderlebensmittel, wurde im Auftrage des Führers das

" V o l k s o p f e r "

aufgerufen.

Ich ordne aus diesem Grunde an, daß in allen Parteidienststellen, in den Büros der staatlichen und kommunalen Verwaltung sämtliche Vorhänge (auch Stores) und Übergardien als Beitrag der Ämter zum "Volksopfer" zur Ablieferung gebracht werden. Dunkle Übergardinen, die zur Verdunkelung benötigt werden, sind hiervon ausgenommen.

Ich erwarte, daß die Leiter der genannten Dienststellen meine Anordnung verbildlich befolgen."

Und dies ist das Ergebnis der Aktion⁸³⁶:

Der Kreissachwalter.

An die
NSDAP-Ortsgruppe
D e g g e n d o r f.

D/B. 23. Jan. 45.

Betreff: Volksopfer.

Wir geben Ihnen Kenntnis, dass für das Volksopfer unsere Kreisverwaltung

24 Stück Vorhänge

gegen Empfangsbescheinigung zur Abgabe bereit gestellt hat. Mit dieser Abgabe sind auch die Vorhänge unserer KdF-Dienststelle in der Pfleggasse mit inbegriffen.

Heil Hitler!

[Handwritten Signature]
Kreissachwalter.

Die zwei letzten Beratungen im Jahr 1945

Das Chaos, das im Frühjahr 1945 herrschte, zeigt sich selbst in den Protokollformularen der letzten zwei Beratungen. Da die Formulare des Titelblattes offensichtlich ausgegangen waren, benutzt man zur Auflistung der Anwesenheit Formulare aus dem Jahr 1933, als Dr. Reus noch Bürgermeister war:

1/12.

am 16. 11. 1945
2 Uhr

NIEDERSCHRIFT

über

die Sitzung des Stadtrates Deggendorf

vom

Freitag, 16. 1. 45.

18 Uhr

2. Sitzung!

ZUSAMMENBERUFUNG

1. Hella. Gegenwärtig: S. Weisb.

Rechtsk. 1. Bürgermeister Dr. Reus

2. Bürgermeister Hans Graf

2. Stadträte

Stadträte:

- 1. Weisb Sebastian ✓
- 3 ✓ 2. Stadler Franz
- 3. ~~Güb Andreas~~
- 4. ~~Jedersberger Josef~~
- 5. ~~Schiller August~~
- 6. ~~Neubauer Hans~~
- 7. ~~Fuchsle Franz Xaver~~
- 8. ~~Graß Alois~~

- 15 ✓ 9. Reisach Karl
- 10. ~~Höcht Albert~~ & Koul
- 11. Eckert Theodor
- 16 ✓ 12. Wartner Franz
- 13. ~~Bauer Josef~~ +
- 14. ~~Dr. Niedermeier Richard~~
- 15. ~~Wiedemann Ludwig~~

11. Protokollführer: Obersekretär Höfner.

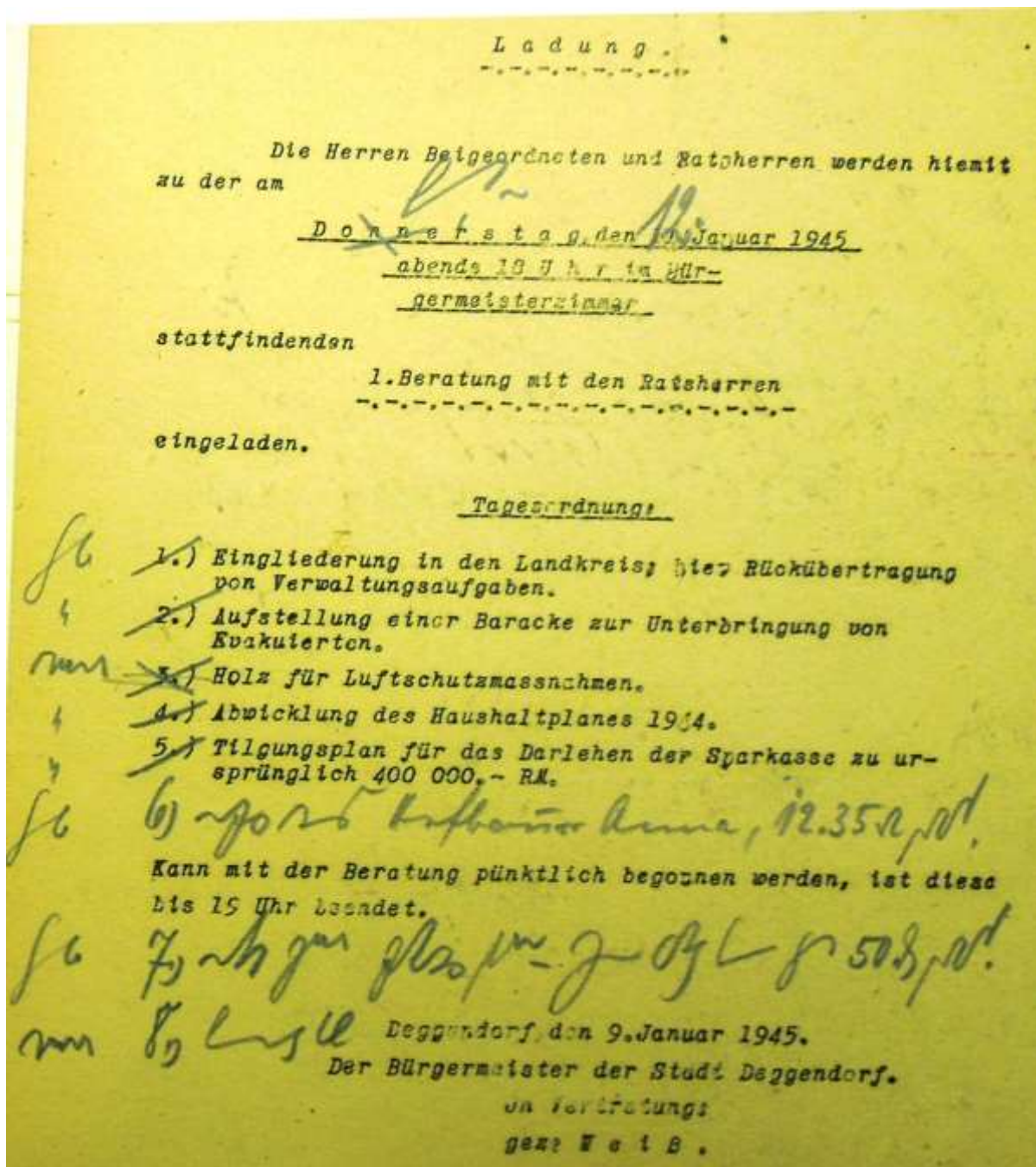
12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

8. Dr. Salk
9. Pfurzhan
10. Hub
11. Rossmann

Bemerkung: Soweit ein Stadtratsmitglied abwesend ist, wird das durch Streichung der Ziffer gekennzeichnet.

Entsch. Eckert!
" Trofer.

Bei der ersten Sitzung des Jahres am 12. Januar sind von den 14 Ratsherren 12 anwesend. Eckert und Treffer fehlen entschuldigt. Diese Beratung war ursprünglich für Donnerstag, 11. Januar, geplant, wurde dann aber auf den nächsten Tag verlegt.



Die Tagesordnung wurde nachträglich um drei Punkte erweitert. Damit war die Ankündigung, dass die Beratung nur eine Stunde dauern solle, etwas optimistisch. Man stellte aber schließlich die Behandlung von Punkt 2: *Aufstellung einer Baracke zur Unterbringung von Evakuierten* auf Montag, 15. Januar, zurück, da die *Platzfrage* noch nicht geklärt war⁸³⁷. Die Inhalte dieses und des ersten Tagesordnungspunktes wurden in dieser Arbeit bereits behandelt. Zu Punkt 3 (Holz für Luftschutzmaßnahmen) liegt kein gedruckter Beschluss vor. Es überrascht schon, dass angesichts des Chaos ringsum bei der *Abwicklung des Haushaltes 1944* der *Haushaltsausgleich 1944* sowohl für die *Stadtkasse als auch für die stiftischen Anstalten als gesichert erscheint*⁸³⁸. Dass die Stadt auch

weiterhin das *Darlehen der Sparkasse von ursprünglich 400.000 RM* vertragsgemäß tilgen will, lässt auch nicht auf zerrüttete Finanzen schließen. Eine Mieterin des Hauses Nr. 506 in unmittelbarer Nähe des städtischen Schweinestalles hatte sich elektrisches Licht einrichten lassen, ohne dies bei der Stadt zu beantragen. Sie ersucht nun um Übernahme der Kosten von 12,35 RM. Angesichts der Tatsache, dass *die Mieter schwer unter der Ausdünstung des Schweinestalls des EHW zu leiden haben, übernimmt die Stadt ausnahmsweise die Kosten*⁸³⁹. Der zweite an die Tagesordnung hinzugefügte Punkt hatte mit den Kriegsereignissen zu tun: *Zufolge Feindeinwirkung konnte Metzgermeister Schiller die ihm vom Viehwirtschaftsverband zugewiesenen Tiere in Regensburg nicht wiegen lassen, sondern musste die Waage in Deggendorf benutzen*. Da die Wiegegebühren in Deggendorf höher sind, bittet Schiller um Ermäßigung dieser. Sein Freund, Bürgermeister Weiß, entscheidet, dass pro Schwein *immer nur die Mindestgebühr von -.50 RM* berechnet wird⁸⁴⁰. Der auf der Einladung hinzugefügte Punkt 8 kann nicht gelesen werden.

Die 2. und letzte Beratung findet am 11. April um 20.15 Uhr statt. Die Namen der anwesenden Räte sind wieder handschriftlich in das veraltete Formular eingetragen. Es fehlen demnach bei dieser Beratung die Ratsherren Mack Josef, Noel Theobald, Dr. Sell Walter, Stadler Franz-Xaver und Treffer Josef.

NIEDERSCHRIFT

über
die Sitzung des Stadtrates Deggendorf
vom Mittwoch, 11. IV. 45.
abends. 20¹⁵ = Uhr

Gegenwärtig: *V. Weiss, Stadl*
~~Bürgermeister Hans Graf~~ *Koller*
2. Bürgermeister Hans Graf

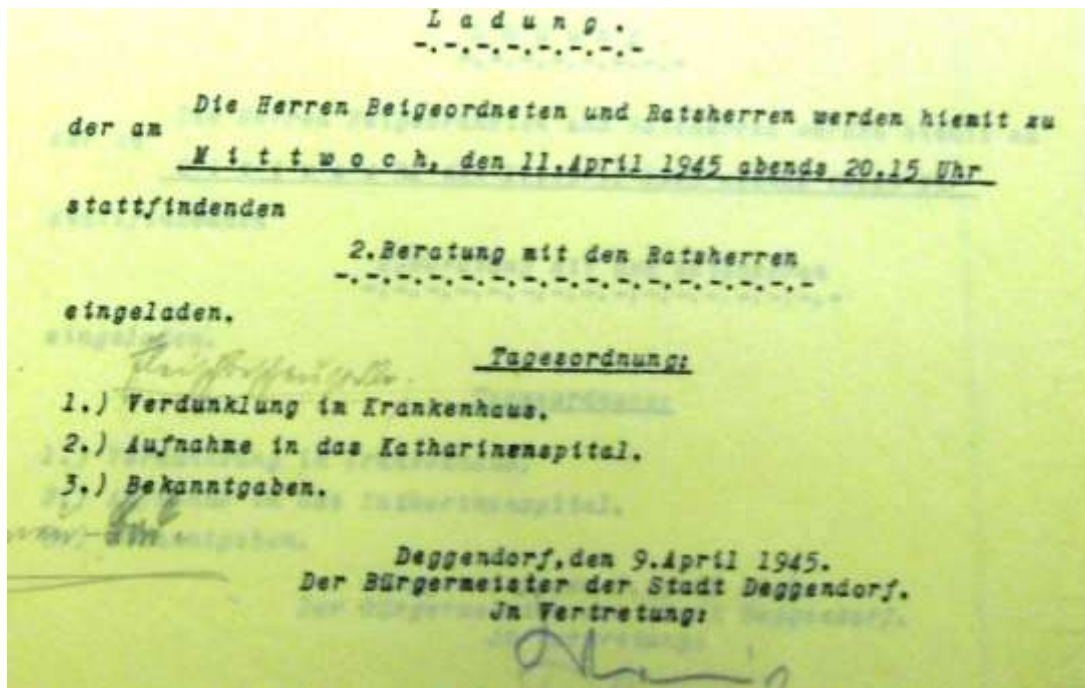
Stadträte: *1. v. M.*

| | |
|---|--|
| 1. Weiß Sebastian <i>Wittmann</i> | 9. Reisch Karl <i>Kinger</i> |
| 2. Stadler Franz <i>Stadl</i> | 10. Esent Albert <i>Martner</i> |
| 3. Geb. Andreas <i>Hofmann</i> | 11. Eckert Theodor |
| 4. Jederhanger Josef <i>Graf</i> | 12. Wartner Franz |
| 5. Schilke August <i>Weichselgartner</i> | 13. Bauer Josef |
| 6. Neubauer Hans | 14. Dr. Niedermeyer Richard |
| 7. Wichle Franz Xaver | 15. Wiedmann Ludwig |
| 8. Graß Alois | |

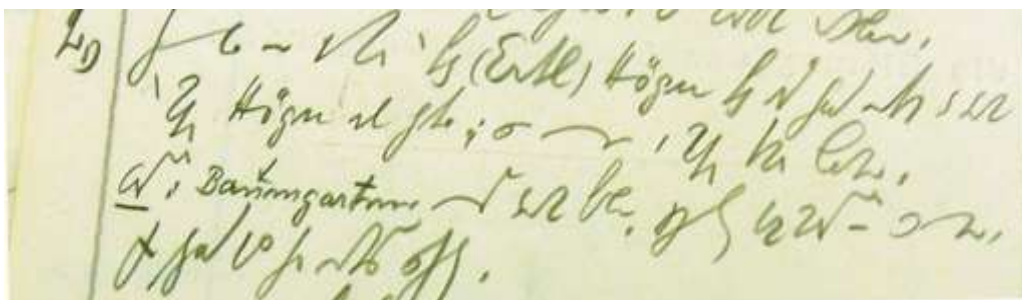
Protokollführer: *Oberskretär Höfner.*

Bemerkung: Soweit ein Stadtratsmitglied abwesend ist, wird das durch Streichung der Nummer gekennzeichnet.

In der Ladung sind nur drei Tagesordnungspunkte aufgeführt.



Laut Protokoll wurden aber sechs oder sieben Punkte behandelt. Der Beschluss, wegen der aktuellen Lage die Verdunkelung im Krankenhaus zu vertagen, wurde in dieser Arbeit schon behandelt. In die Beratung wurde dann ein zweiter Punkt eingeschoben. Der Beschluss darüber liegt nur in handschriftlichen Notizen von Schriftführer Höfner vor:



Die Frage der Aufnahme von Frau Maria Högn in das Katharinenspital wurde in der Beratung zurückgestellt, da laut Ratsherr Wartner sein Mieter *schon länger vorgemerkt ist und er alleinstehend mehr Betreuung bedarf als Frau Högn, die bei ihrer Tochter bleiben kann*⁸⁴¹. Die weiteren Punkte standen nicht auf der Tagesordnung. *Bei dem starken Zuzug zur Stadt* braucht man einen Hilfsfleischbeschauer, der aber nicht fest angestellt wird, da man ihn *in normalen Zeiten* nicht braucht. Von den fünf Bewerbern kommt nur Karl Rohrmüller in Frage⁸⁴². Es entbehrt nicht einer gewissen Symbolik, dass in den Tagen vor dem Zusammenbruch das baufällige Donaabad am 5. Februar untergegangen war, und in dieser letzten Beratung dem Wasserwirtschaftsamt Deggendorf übereignet wird⁸⁴³.

c) Entschlies-
sung d. Bür-
germeisters:

Da der Untergang des Donaubades im Hafen klar bewiesen hat, daß die Befürchtungen über die Betriebssicherheit des Bades voll berechtigt waren und die hohen Instandsetzungskosten von schätzungswise 10 - 12 000.- RM für eine Zwischenlösung nicht tragbar sind, bedeutet die Übersignung für die Stadt eine Entlastung von den nicht unbedeutenden Kosten für Hebung und Aufräumung des Bades. Die Übersignung ist daher im Interesse der Stadt. Gegen den Vertrag werden Erinnerungen nicht erhoben.

Im Punkt 5 wird die bei der Stadt beschäftigte Kriegsaushilfe Friedl in eine andere Besoldungsgruppe übergeleitet⁸⁴⁴. In den handschriftlichen Aufzeichnungen des Schriftführers befindet sich noch ein Punkt 7, der etwas mit Hosemann zu tun hat.

Dieser Punkt wurde ebenfalls nicht in dem mit Schreibmaschine erstellten Protokoll aufgenommen. Dort ist der letzte Tagesordnungspunkt, der von den Ratsherren in Deggendorf behandelt wurde, bevor die amerikanischen Truppen zwei Wochen später in Deggendorf einmarschieren, die Frage der Überführung von K. März in das Beamtenverhältnis⁸⁴⁵:

2. Beratung

mit den R a t s h e r r e n

am 11.4.1945.

Gegenstand: K. März; hier Überführung in das Beamtenverhältnis.

Nr. 6

Berichterstatter: Bürgermeister-Stellvertreter W e i ß .

- a) Vortrag des Berichterstatters: Am 12.1.1945 hat die Journalführerin K. März ihr Gesuch vom 19.4.1938 um Überleitung in das Beamtenverhältnis erneuert. Bei der derzeitigen Kriegslage kann aber keine Entscheidung getroffen werden.
- b) Stellungnahme der Ratsherren: - - -
- c) Entschliesung d. Bürgermeisters: Nach Besserung der derzeitigen Lage wird das Gesuch März weiter behandelt. Vorerst kann keine Entscheidung getroffen werden.

An der derzeitigen Lage sollte allerdings keine Besserung mehr eintreten.

